

**perspektiven des demokratischen  
sozialismus**

Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse  
und Reformpolitik  
31. Jahrgang 2014 Heft 2  
ISBN 978-3-89472-592-1  
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes  
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher (+),  
Helga Grebing, Leo Kießler und Karl Theodor  
Schuon

**Redaktion:** Bernhard Claußen, Klaus Faber,  
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,  
Jens Kreibbaum, Kira Ludwig, Thomas Meyer,  
Roland Popp (Schlussredaktion), Walter  
Reese-Schäfer, Hans-Joachim Schabedoth,  
Klaus-Jürgen Scherer, Joachim Spangenberg

**Redaktionsleitung:**  
Tobias Kühne  
eMail: tokuehne@web.de

**HDS-Geschäftsstelle:**  
c/o Kulturforum  
WBH, Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin

Weitere Informationen unter:  
[www.hds-perspektiven.de](http://www.hds-perspektiven.de)  
[www.perspektiven-ds.de](http://www.perspektiven-ds.de)

**Verlag und Abo-Vertrieb:**  
Schüren Verlag GmbH,  
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg  
Informationen zu *perspektiven ds* und zum  
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden  
Sie im Internet: [www.schueren-verlag.de](http://www.schueren-verlag.de)  
Die *perspektiven ds* erscheinen zweimal im  
Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €  
incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-  
Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
© Schüren Verlag GmbH  
Alle Rechte vorbehalten.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte wird keine Haftung übernommen.  
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag  
Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die  
Vision einer freien, gerechten und solidarischen  
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine  
dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres  
Handelns ist die soziale Demokratie.*

*Hamburger Grundsatzprogramm der SPD*

# 1914 – Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts im Kontext

**perspektivends**  
**2/14**

# INHALT

Editorial	4	<b>Klaus Wasmund</b> Die Mobilmachung der Kinematographen. Film- propaganda im Großen Krieg	57
<b>Helga Grebing</b> Iring Fetscher. 4. März 1922– 19. Juli 2014	6	<b>Axel Weipert</b> Umkämpfter Burgfriede. Spontaner und organisierter Protest im Ersten Weltkrieg	69
<b>THEMENSCHWERPUNKT: 1914 – DIE URKATASTROPHE DES 20. JAHRHUNDERTS IM KONTEXT</b>			
<b>Helga Grebing/Tobias Kühne</b> «Der Krieg steht uns noch sehr nahe». Ein Interview mit Helga Grebing	8	<b>BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN</b> <b>Hagen Weiler</b> Zwischenruf zu Horst Heimann: «Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie»	84
<b>Bernd Faulenbach</b> Der Erste Weltkrieg als Beginn des «Zeitalters der Extreme»	18	<b>Horst Heimann</b> Antworten auf Hagen Weilers Zwischenruf	90
<b>Karsten Rudolph</b> Das Erinnerungsjahr 2014. Im Reich der Analogien, Assoziationen und Aversionen	27	<b>Josefa Kny/Raffaella Then</b> FUTURZWEI zeigen den Yeti!	95
<b>Heinz Verführt</b> Die Spur der Gewalt. Wie die Erlebnisse und die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs die Gesellschaft in Deutschland veränderten	35	<b>Margareta Mommsen</b> Eine gekränkte Großmacht? Russland und der Ukrainekonflikt	99
<b>Krzysztof Ruchniewicz</b> Der vergessene Krieg in Ostmitteleuropa	48	<b>Edgar Einemann</b> Medienkritik und neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit	110

**Jan-Philipp Küppers**

Der kompetente Politiker fällt nicht vom Himmel. Über das Fehlen eines Maßstabs 118

**Klaus Faber**

Die islamistische Terrororganisation ISIS, Israel und der Westen. Vom Sykes-Picot-Abkommen von 1916 zur Mossuler Kalifatsausrufung von 2014 128

**Kira Ludwig**

Die Geschichte der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e.V. Teil 3: Ökosozialismus, Godesberg 2 und die Deutsche Einheit (1984–1990) 141

**REZENSIONEN**

**Helga Grebing**

Rezension zu Fikentscher, Rüdiger: Liebe, Arbeit, Einsamkeit. Ein Gelehrtenpaar in zwei Diktaturen. Wilhelm Schubart, Papyrologe. Gertrud Schubart-Fikentscher, Rechtshistorikerin 152

**Tobias Kühne**

Perspektiven einer Weltgeschichte des Kapitalismus und der Arbeit. Rezension zu Kocka, Jürgen: Geschichte des Kapitalismus; Komlosy, Andrea: Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert 153

**Autorinnen und Autoren** 158

# EDITORIAL

Vor 100 Jahren zogen die europäischen Großmächte in den Krieg. Das «Zeitalter der Extreme» (Eric Hobsbawm) nahm seinen Anfang. Wie so viele andere Zeitschriften auch widmen wir unseren Themenschwerpunkt dem Ersten Weltkrieg. Mit dem Kriegsverlauf wollen wir uns in diesem Heft aber nicht beschäftigen, zahlreiche Wissenschaftler haben im Gedenkjahr umfassende Darstellungen vorgelegt. Wir möchten vielmehr der Frage nachgehen, wie der Erste Weltkrieg in die Geschichte des 20. Jahrhunderts eingeordnet werden kann und wie er sich auf die europäische Erinnerungskultur auswirkte. Auch auf die deutsche Arbeiterbewegung werden wir in diesem Rahmen natürlich eingehen. Unsere Autorinnen und Autoren sprechen dabei viele Themen an, die in den stark auf den Kriegsausbruch, die «Kriegsschuld» und die Kriegshandlungen fixierten Diskussionen unterbelichtet geblieben sind. Gerade angesichts der derzeitigen internationalen Krisen bleibt das beklemmende Gefühl, dass uns der Krieg «noch sehr nahe steht», wie es Helga Grebing in dem einleitenden Interview anmerkt.

Kurz vor dem Erscheinen dieses Heftes fand in Birkenwerder die Tagung der *Hochschulinitiative Demokratische Sozialismus e. V.* (HDS) statt, die wir im Heft 1/2015 dokumentieren werden. Mit unseren Gästen debattierten wir über Perspektiven künftiger Regierungskoalitionen und Möglichkeiten linker Reformpolitik. Dieser Diskussionsprozess ist inhaltlich noch lange nicht abgeschlossen. Die HDS und ihre Mitglieder möchten diesbezüglich keine Vorstell-

ungen treffen, keine politische Arithmetik betreiben und auch keine programmatischen Unterschiede zwischen und innerhalb von Parteien einebnen. Aber wir wollen zu einer offenen und kontroversen Diskussion anregen und einladen und sie vorurteilsfrei führen. Vielleicht ist dies in der derzeitigen politischen Konstellation nur in parteiunabhängigen Organisationen und Netzwerken wie der HDS möglich. Denn wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass nur der *Demokratische Sozialismus* eine überzeugende Alternative zu einer Gesellschaft sein kann, die national wie global auf drückender sozialer Ungleichheit basiert.

Stichwort soziale Ungleichheit: Im Jahr 2014 sind zwei Bücher in deutscher Übersetzung erschienen, die sich eingehend mit diesem Phänomen in kapitalistisch organisierten Gesellschaften auseinandersetzen – sie kommen allerdings zu vollkommen unterschiedlichen Ergebnissen. Es handelt sich natürlich um *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft* von Jeremy Rifkin und *Das Kapital im 21. Jahrhundert* von Thomas Piketty. Ganz gleich, was man von den Thesen der beiden Autoren halten mag: Beide erzielten durch Buchverkäufe und mediale Präsenz eine öffentliche Reichweite, die für kapitalismuskritische Ansätze äußerst ungewöhnlich ist. Auch und gerade in linken Milieus fanden beide Autoren erheblichen Widerhall. Es wäre also auch für die *perspektiven* ds an der Zeit, sich kritisch mit beiden Bestsellern auseinanderzusetzen.

Zum Schluss ein Wort in eigener Sache: Die *perspektiven* ds erscheinen mittlerwei-

le seit dreißig Jahren, 2015 jährt sich die Gründung der HDS zum vierzigsten Mal. Wie wir an der noch laufenden Artikelserie von Kira Ludwig zur Geschichte der HDS sehen können, hat sich die HDS selbst, aber auch das linke intellektuelle Milieu in der Bundesrepublik über die Jahrzehnte hinweg erheblich gewandelt. Gibt es dieses Milieu heute überhaupt noch und kann es sich Gehör in Politik und Gesellschaft verschaffen? Oder ist es in einer Welt der Spin-Doktoren, selbstreferenzieller Think-Tanks und der digitalen Informationsflut ein Anachronismus? Vielleicht ist es zu unserem «Vierzigsten» angebracht, sich noch einmal ganz neu über das Selbstverständnis, die Herausforderungen und die Wirkungsmöglichkeiten

der HDS und der *perspektiven ds* zu verständigen. Und dies auch und gerade mit unseren Freundinnen und Freunden in Gewerkschaften, Parteien und Stiftungen. Denn als «einsame Rufer in der Wüste» haben wir uns nie verstanden.

Während dieses Heft entstand verstarben zwei unserer Genossen, unser Mit-Herausgeber Iring Fetscher und unser Revisor Sönke Reyels. Wir trauern um sie, beide werden uns schmerzhaft fehlen.

*Eine anregende Lektüre wünscht im Namen  
der Herausgeber und der Redaktion  
Tobias Kühne*

## Iring Fetscher. 4. März 1922–19. Juli 2014

Am 19. Juli 2014 starb Iring Fetscher im Alter von 92 Jahren in Frankfurt a.M. Über Jahrzehnte hatte er der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V. (HDS) und den *perspektiven* ds, hier als Mitherausgeber, zur Seite gestanden. «Das Herz ist einfach stehen geblieben», teilte seine Tochter mit. Begonnen hatte sein Leben am 4. März 1922 in Marbach am Neckar; aufgewachsen war er jedoch in Dresden in einer antinationalsozialistischen Familie. Dennoch meldete er sich als 18-Jähriger freiwillig, damals nicht ungewöhnlich, zum Kriegsdienst. Den Zweiten Weltkrieg erlebte er in Russland, in den Niederlanden, in Belgien, in Dänemark, zuletzt als Oberleutnant der leichten berittenen Artillerie mit dem ursprünglichen Standort Potsdam. Nach 1945 kam unvermeidlich die neue Sinnsuche: Fetscher konvertierte zum Katholizismus; er studierte Philosophie, Geschichte und Literaturwissenschaft an der Universität Tübingen, wo sein Lehrer Eduard Spranger war, und er ging für eine Weile nach Paris. Zurückgekehrt begann er die Ideen- und Theoriegeschichte als gewichtiges Teilgebiet in das damals neue Fach Politikwissenschaft einzubringen. 1963 wurde er auf den Lehrstuhl für diese neue Disziplin an die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a.M. berufen und blieb hier, obwohl ihn Rufe an andere Universitäten erreichten, bis zu seiner Emeritierung 1987.

In Frankfurt lernte ich, damals Referentin in der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung für Lehrerfortbildung und Universitäten zuständig, ihn kennen: ein

weltgewandter, immer zu kritischen Diskussionen aufgelegter, freigeistiger Gelehrter, also ein ganz anderer Professor als die, die ich bis dahin erlebt hatte. Als ich, eine junge Frau, politisch rot und von «proletarischer Herkunft», ihn fragte, ob es für mich eine Möglichkeit geben könnte, nach 13 Berufsjahren zur Universität zurückzukehren, antwortete er mit einer Rückfrage: «Wollen Sie Akademische Rätin werden oder sich habilitieren?» Kühn antwortete ich, dass ich letzteres wöhlen würde. Er nahm mich ernst und öffnete mir den Weg zu Lehre und Forschung an der Universität. Damals begegnete ich auch seinen frühen Schülern, die zum Teil mit ihm aus Tübingen nach Frankfurt gekommen waren: Walter Euchner, Gert Schäfer, Dieter Senghaas, Gisela Kress, Richard Saage (und noch einige dazu), jeder von ihnen klug, einfallsreich und engagiert auf jeweils eigenen Wegen. Bekannt wurde ich auch mit Fetschers Frau Elisabeth, eine Historikern wie ich und Übersetzerin aus dem Englischen (sie verstarb bereits 2010) und nacheinander mit seinen vier Kinder, denen er viel gab, von denen er aber auch viel erwartete, wie von seinen Schülern ebenfalls.

Ohne großen Anspruch bildeten wir an der Frankfurter Uni ein, wie man heute so gerne sagt, «Netzwerk» im linken Milieu, weit entfernt von den damaligen Linksradikalen und in ständiger heftiger Auseinandersetzung mit ihnen und mit den Rechten sowieso. Als Fetscher nach Frankfurt kam, besaß er bereits den Ruf eines bedeutenden Marxismus-Kenners. Da er aber kein Marxist

im weltanschaulichen Sinne war, konnte er die vielschichtige und weit verzweigte Entwicklung der Marx'schen Theorieansätze bis hin zur dogmatisch-orthodoxen Ideologie des Marxismus-Leninismus verstehen und interpretieren. Es ging ihm nach seinen eigenen Worten darum, den Abstand, ja den Abgrund aufzuweisen, «der zwischen den humanistischen Intentionen und der Theorie des frühen Marx und den Ideologien der zweiten Internationale wie des orthodoxen Leninismus liegt». Das gelang ihm, mitten im Kalten Krieg, überzeugend, auch sichtbar in den vielen Anstößen, die er der Forschung in diese Richtung gab. Ein größeres Institut parallel zum Frankfurter Institut für Sozialforschung zu begründen, gelang ihm (und mir) nicht – die angedachten Finanzierer machten schließlich nicht mit.

Parallel zu seinen Marxismus-Interpretationen hat Fetscher, ebenfalls in die Öffentlichkeit hineinwirkend, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus und dem a-demokratischen, ursprünglich faschistoiden Konservatismus initiiert. Auch hierbei erwies er sich als ein bewusst politischer Professor, für den «Theorie» nie der Zweck, sondern das Mittel war, zur Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit beizutragen. Damit galt er als Ausnahmeerscheinung unter der Hochschullehrerschaft und diese Haltung ist ja auch heute noch nicht oder wiederum nicht mehr verbreitet.

Noch zweimal hat Fetscher, so scheint es mir, vorbildlich in den öffentlichen Diskurs «eingegriffen». Neben Erhard Eppler gehörte er, von Beginn seiner Arbeit an Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, zu jenen grünen Sozialdemokraten, die eine Alternative zur grenzenlosen Dynamik der herrschenden industriekapitalistischen Zivilisation suchten mit dem Ziel

der gesellschaftlichen Erneuerung, bestimmt durch Solidarität, Verbundenheit und Gemeinsamkeit der Interessen. «Eine neue Utopie?» fragte er sich und antwortete: «Vielleicht. Allerdings eine meiner Überzeugung nach weit realistischere als die Annahme, durch unendliches Wachstum der Produktion schließlich zu einer allgemeinen Zufriedenheit in einer Welt gelangen zu können, die nach wie vor durch Konkurrenz um Prestigekonsum, Neid, Arbeitsleid und individualistischen Egoismus charakterisiert wird.»

In diesen Kontext lassen sich auch seine Gedanken über die Zukunft der Arbeit einordnen. Er gehörte nicht zu den Schwärmern vom «Recht auf Faulheit» und auch nicht zu den Bedenkträgern, die das Ende der Arbeit fürchteten. Er blieb bei den zwei Reichen von Karl Marx, dem Reich der Freiheit und dem der Notwendigkeit. Er predigte keinen rigiden Egalitarismus, sondern forderte «bei Anerkennung unterschiedlicher Fähigkeiten, Neigungen und Bedürfnisse einen ähnlichen Grad an Befriedigung unterschiedlicher humaner Bedürfnisse» durch neue Formen der Arbeit, die freie Zeit gewinnen lassen würden für befriedigende Eigenarbeit.

Iring Fetscher war ein liberaler, katholisch verorteter Sozialist bildungsbürgerlicher Observanz, ein frei schwebender Intellektueller, der auch ein ordentlicher, wenn auch nie kritikloser «Parteisoldat» sein konnte – ohne Brüche in seiner Persönlichkeit. Sigmar Gabriel nannte ihn in seinen Beileidsworten «eine wichtige Brücke zwischen akademischer Sozialwissenschaft und sozialdemokratischer Grundsatzdebatte». Für uns, die HDS, war er ein guter Freund, den wir nun vermissen müssen, dessen Tod uns aber verpflichtet, im Sinne seines kritischen linken Denkens weiter zu machen.

# THEMENSCHWERPUNKT: 1914 — DIE URKATASTROPHE DES 20. JAHRHUNDERTS IM KONTEXT

Helga Grebing/Tobias Kühne

## «Der Krieg steht uns noch sehr nahe»

### Ein Interview mit Helga Grebing

*Tobias Kühne: Helga Grebing, beginnen wir mit einer persönlich gehaltenen Frage. Welche Rolle spielte der Erste Weltkrieg in Deiner Familienerinnerung und in Deiner langjährigen politischen und persönlichen Freundschaft mit Fritz Sternberg, der ja als Soldat einberufen wurde und der sozialdemokratischen «Burgfriedenspolitik» sehr kritisch gegenüber stand?*

**Helga Grebing:** Drei Männer sind mir im Leben begegnet, die deutsche Soldaten im Ersten Weltkrieg waren: ja, Fritz Sternberg, Jahrgang 1895, 1916–1918 Soldat an der deutsch-russischen Ostfront, als Jude wie üblich im Deutschen Kaiserreich in niederen Dienstgraden. Es gelang ihm im Krieg 1917 seine Dissertation fertigzustellen – wie das ging, weiß ich nicht, auch nicht, warum er erst als 21-Jähriger einberufen wurde. 1918 war er dann Soldatenrat in Breslau, hat aber nicht, wie eine Legende es einst wollte, Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis befreit.

Der Zweite war mein Vater Franz Grebing, Jahrgang 1899, der 1917 eingezogen nach der Grundausbildung zum Fliegerhorst Elbing versetzt wurde. Dass er voller Stolz das Fliegen lernte, dokumentieren, damals noch ungewöhnlich, eine Reihe Fotos – Fliegen war ja auch etwas Besonderes für so einen aus einer Berliner Proletarierfamilie. Fragen konnte ich ihn nicht, weil er an den Folgen eines Verkehrsunfalles starb, als ich gerade fünf Jahre alt geworden war. Drei seiner vier jüngeren Brüder verloren dann im Zweiten Weltkrieg ihr Leben.

Und nun der Dritte: Wilhelm Worringer, Jg. 1881, der sich, damals bereits ein international bekannter Kunsthistoriker, 1915 mit 34 Jahren freiwillig zum Kriegsdienst meldete. Wie es in der Familie hieß, landete er gezielt im Stab eines Bataillons, das sein Schwager kommandierte. Worringer berichtete oftmals von einem armseligen und unglücklichen Soldatenleben an der Westfront, wünschte sich, dass dieser Krieg der



letzte sein müsste, den die Menschen erleben sollten. Immerhin ließen ihn die Vorgesetzten Unteroffizier werden.

Ein eindrucksvolles Panorama, wie ich finde. Mein eigenes Kinderleben war durch den Zweiten Weltkrieg geprägt, alles, aber auch alles wurde militärisch ausgerichtet, vom Hacken zusammenschlagen im Dienst beim BDM bis zum unablässigen Kämpfen für oder gegen etwas. Zeitlebens habe ich damit «gekämpft», die vielen Anlässe für Militärisches aus meiner Sprache, vor allem den Befehlston, zu verbannen. Allerdings fand ich dann in der Arbeiterbewegung, zu der ich mich seit meinem 16. Lebensjahr zählte, «Kampf» und «kämpfen» als geläufige Ausdrücke vor.

*In Anschluss an die Bücher von Christopher Clark und Herfried Münkler wird die «Kriegsschuld-Frage» wieder recht polemisch diskutiert, nicht zuletzt der leider kürzlich verstorbene Hans-Ulrich Wehler hat sich sehr scharf geäußert. Hat Dich diese neue/alte Debatte überrascht?*

Ja und nein. Ja, weil ich bisher gedacht hatte, dass der mir bekannte Konsens der Geschichtswissenschaftler nach der Fischer-Kontroverse immer noch tragfähig wäre. Nein, als ich bemerkte, dass der 100-Jahre-Erinnerungskult mit der national gestimmten Alternative für Deutschland sich gewollt oder ungewollt miteinander verknüpften. Doch alles der Reihe nach.

Noch nicht einmal im Versailler Friedensvertrag stand etwas über die alleinige Kriegsschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg. Wörtlich hieß es, dass Deutschland anerkenne, «dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind...» Von Verantwortung war die Rede, nicht von

Schuld. Daraus entwickelte sich in der Zeit der Weimarer Republik eine von Historikern und Publizisten getragene heftige Widerlungs-Aktivität gegen die «Kriegsschuldlüge» (schon wegen der Reparationen), die im Laufe der Jahre die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands nicht ganz unbeeindruckt ließ. Der Sieger in dieser Auseinandersetzung wurde allerdings Hitler, als er seinem Volk versicherte, er habe «die Ehre Deutschlands» wiederhergestellt.

Erst in den frühen 1960er-Jahren flammte die Debatte wieder auf, als bereits damals (und nicht erst mit der antiautoritären Bewegung) die Bemühungen begannen, den Nationalsozialismus zu erklären und die durch Deutsche verübten Verbrechen im Rahmen des Zweiten Weltkriegs ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. (Mein erstes Buch – Ursprung und Wesen des Nationalsozialismus – erschien 1959.) Fritz Fischer, der selbst Grund hatte, seine aktive Mitläuferschaft im «Dritten Reich» aufzuarbeiten, wies in seinem Buch «Der Griff nach der Weltmacht» (1961) Deutschland die Hauptverantwortung für den Kriegsausbruch 1914 zu. In diesem wie auch in einem späteren Buch am Ende des Jahrzehnts behauptete er aber keineswegs, dass Deutschland allein die Verantwortung zufiel. Allerdings sei der Krieg von Deutschland von langer Hand geplant und dann durch expansive Ziele, ähnlich denen später Hitlers, gekennzeichnet gewesen. Spätestens in den 1980er-Jahren stimmten die Historiker in der Bundesrepublik dem zwar mehrheitlich nicht zu, aber es wurde kaum noch bestritten, dass Deutschland die Hauptverantwortung für den Kriegsbeginn trug. Dieser Konsens ist nun aufgehoben, neue Unschuldthesen werden laut, in die öffentliche Meinung implantiert und durch das

Internet geht eine Welle von Freude über die «Entschuldung». Wiederum ja und nein.

Christopher Clark wäre falsch verstanden, würde man behaupten, er habe diese Entschuldung der wilhelminischen Kriegspolitik geliefert. Er ist vielmehr nicht weit entfernt von jener schon genannten konsensual vertretenen These, dass alle Beteiligten am Krieg den annähernd gleichen Anteil am Ausbruch des Krieges hatten (vielleicht nimmt er dann doch Deutschland und Österreich ein wenig mehr in Schutz). Aber es geht ihm nicht um Schuld, gar Hauptschuld – das wären keine analytischen, sondern moralische Kategorien, die Historiker wie Richter oder Strafverteidiger erscheinen lassen würden. Nicht einmal um Verantwortung oder Hauptverantwortung geht es Clark, sondern um bewusste Irritationen, gezielte Provokationen und nicht ausreichend bedachte Entscheidungen, die eine Kette von sich überschlagenden Ereignissen auslösten, die zum Krieg führten. Man versteht nicht, wieso sich Deutsche von einer schwergewichtig diplomatischen Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges «befreit» fühlen können. Es sei denn, sie sind historiografische Ignoranten.

Herfried Münkler dagegen bestreitet die «Theorie von der deutschen Alleinschuld» am Ersten Weltkrieg ausdrücklich, die eigentlich niemand (mehr) vertritt. Aber er erweitert die Perspektive der Betrachtung, indem er nicht nur nach Anlässen und Begebenheiten fragt, sondern nach den Ursachen, und zwar bei allen Beteiligten. Er stellt dann fest, dass es in allen beteiligten Nationen Militaristen und Kriegstreiber gegeben habe, nicht nur unter den Deutschen, die nicht einmal die Schlimmsten gewesen seien. Er verweist darauf, dass z. B. für die exakte Umsetzung des Schlieffenplans ganze drei Armeekorps

fehlten. Ergänzend ließe sich darauf hinweisen, dass bekanntlich die deutsche Marine, um England herauszufordern, Schlachtschiffe bauen lassen durfte, die dann im Krieg gar nicht gebraucht wurden (es sei denn zur Auslösung der Revolution im November 1918). Es war die SPD, die nolens volens die Heeresreform forderte, weil sie ihre Mitglieder und Anhänger nicht eines Tages defizitär ausgerüstet auf das Schlachtfeld schicken lassen wollte. Es waren Sozialdemokraten, die zu den wenigen gehörten, die begriffen, dass der nächste Krieg ein anderer sein würde als der von 1870/71. Münklers Fazit hat dann mit «Schuld» oder «Unschuld» ebenfalls nichts zu tun: Deutschland war einer der maßgeblichen Akteure, die für den Kriegsausbruch verantwortlich waren, aber es war dies nicht alleine. So ganz neu ist diese Ansicht gar nicht.

Gerd Krumeich kritisiert an seinem Freund Clark zu Recht, dass dieser die langfristigen Grundströmungen in Europa zu wenig beachtet habe: Imperialismus und Militarismus (man könnte auch sagen: Kapitalistische Expansion und Weltmachtambitionen). Er verweist darauf, dass der deutsch-britische Gegensatz bereits in den 1890er Jahren begann und die deutsch-französischen Differenzen ihren Höhepunkt bereits 1911 mit der Marokko-Krise erreichten. Auf deutscher Seite spielte die Furcht vor einem militärisch immer stärker werdenden Russland, das sich zunehmend als Hüter aller großslawischen Interessen verstand, eine große Rolle und das Trauma der Einkreisung. Verhängnisvoll erwies sich die Idee von der Lokalisierung der Konflikte, obwohl alle Bündnisse auf mögliche Kriege hin abgeschlossen worden waren. Krumeichs Schluss lautet: Nicht allein die Deutschen trugen die Verantwortung «für die bis

ins Unerträgliche gesteigerten Spannungen der Vorkriegszeit». Allen beteiligten Nationen war eben der Friede nicht das höchste Gut. Aber die deutsche Nation trug wohl die größte Verantwortung, weil sie Russlands Kriegsbereitschaft lieber jetzt als zu spät testen wollte. Alle Handelnden jedoch wussten nicht oder weigerten sich zu wissen, wie sich dieser Krieg in kürzester Zeit zu einem «großen Krieg» entwickeln würde. Auch Krumeichs Thesen, die teilweise die Interpretationen seines Lehrers Wolfgang Mommsen fortführen, bleiben im Rahmen des bestehenden Konsenses. Einen neuen Historiker-Streit bräuchte es nicht zu geben, jedenfalls nicht unter Historikern. Was sich da abspielt, erscheint mir eher als eine Neuauflage der Auseinandersetzung über den deutschen Sonderweg und die Verteidigung oder Erwerbung von Deutungshoheit über dessen historische Bedeutung.

Dass dabei auch ein geschichtspolitischer Umdeutungsversuch mit im Spiel ist, kann ich auch nur bestätigen. Man fragt sich deshalb, was die Publizistin Cora Stephan (die einst bei mir in Frankfurt a. M. ein wenig studierte) veranlasst haben könnte, fanfarenstoßartig der Welt in der «Welt» einblasen zu können, was sie aus Clarks Buch entnehmen will: «die These von der Hauptverantwortlichkeit des Deutschen Reiches» sei nun «klaffertief begraben». Da kam sie wohl zur Beerdigung zu spät. Es gibt jedoch weitere Hinweise auf Journalisten und Publizisten und deren Echo im Internet, dass eine neue Unschuldsthese in die Welt gesetzt wird, die durchaus den Charakter einer geschichtspolitischen Weichenstellung annehmen könnte. Was steckt dahinter? Das unstillbare Bedürfnis der meisten historisch bereits längst überholten Deutschen, so deutsch sein zu kön-

nen, wie andere englisch, französisch oder sogar europäisch sind. Das geht aber nicht, meine ich, das wird es nie geben, kann es nicht geben: Wir Deutschen haben dem 20. Jahrhundert eine Prägung gegeben, die, mag sie inzwischen auch Vergangenheit genannt werden, nicht vergehen kann, was immer sonst in der Welt geschehen mag. Das sollten wir auch denen sagen, die Deutsche inzwischen geworden sind oder noch werden wollen.

*Die «Kriegsschuld-Frage» wird und wurde ja nicht nur im Feuilleton und innerhalb der Historikerzunft diskutiert, sondern auch gerade innerhalb der Arbeiterbewegung. Das verdichtet sich häufig auf die Frage, ob die deutsche oder die europäische Arbeiterbewegung den Krieg hätte verhindern können. Werden da nicht die Stärke, die Homogenität und die Handlungsspielräume der Arbeiterbewegung überschätzt?*

Zuerst eine methodische Vorbemerkung: Historiker können nur nach Erklärungen suchen, warum etwas, was geschah, so geschah, wie es geschah. Das Ergebnis solcher Erklärungen wird immer nur eine Annäherung an die historische Wahrheit sein können. Das hängt mit der Komplexität der historischen Vorgänge zusammen und mit der Begrenztheit der Rekonstruktionsmöglichkeiten historischer Totalität. Selbstverständlich kann auch ein Historiker beurteilende Schlüsse ziehen oder warnende Vergleiche etwa zur Gegenwart anstellen, aber er tut dies dann in einer anderen Funktion, etwa als politischer Mensch oder philosophierender Moralist.

Doch nun zum inhaltlichen Kern der Frage: Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Europa, die sich 1889 mit der «Zweiten Internationale» ein, wenn auch lo-

ckeres organisatorisches Gefüge geschaffen hatte, erwartete nach den Vorgaben des Kommunistischen Manifestes von 1848, dass der expansive Kapitalismus als der große Gleichmacher aller europäischen Länder wirken würde. Das aber war die Voraussetzung für die Transformation in den Sozialismus und deshalb der Ruf nach dem «Proletarier aller Länder, vereinigt Euch». Der Weg zum Sozialismus führte jedoch über die Nationalstaaten: Man kämpfte in ihnen den möglicherweise ungleichen Kampf zum gleichen Ziel. Und man bereitete sich, da der Charakter der kapitalistischen Expansion Kriege nicht ausschloss, zwar nicht auf die gleiche Weise, aber mit dem gleichen Ziel auf ihn vor; denn ein solcher Krieg konnte eine Menschheitskatastrophe bedeuten, aber auch unter Umständen den Zusammenbruch des Kapitalismus und den Weg in den Sozialismus beschleunigen.

Mit Worten war man in der europäischen Arbeiterbewegung seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts auf alles gut vorbereitet. Trotz mancher vor allem sprachlich-kommunikativer Hindernisse entstand sogar eine emotional unterfütterte europäische Allianz unter den Sozialisten, und die angestrebten Bemühungen, die tiefstehende deutsch-französische Feindschaft aus dem Krieg 1870/71 zu überwinden, waren erfolgreich, besonders auf Seiten der Deutschen, die sich wieder wie vor jenem Krieg ausgesprochen frankophil verhielten.

Gleichzeitig kann man beobachten, dass in allen Ländern unter den Sozialisten ein Prozess ablief, den man als nationale Identifikation bezeichnen kann. Er begann in Frankreich mit Alexandre Millerand, der von 1899 bis 1904 als Minister einem linksliberalen Kabinetts angehörte (und prompt später im konservativen Lager landete). In

England blieb die Gewerkschaftsbewegung politisch lange an die Liberalen gebunden, und erst 1900 wurde die Labour Party gegründet. In Deutschland war und blieb die Lage auch nach dem Ende des Sozialistengesetzes prekär. Die sozialistische Bewegung wuchs in alle Richtungen, und nach den letzten Reichstagswahlen vor dem Krieg 1912 wurde die SPD die stärkste Fraktion. Ihre Erfolge in der praktischen Politik waren beachtlich. Zwar nicht in Preußen, aber in Bayern war die Zustimmung zu den Etats entgegen der allgemeinen Parole, diesem System kein Mann und keinen Groschen, der Versuch, Einfluss in der Bauernschaft zu gewinnen; in Baden versuchte man eine Koalition mit den Liberalen zu bilden; und von einem sozialdemokratischen Vizepräsidenten im Reichstag war 1912 auch schon die Rede. Das alles war nicht unumstritten in der Partei. Aber entscheidend war etwas anderes: Sobald sich auch nur schemenhaft zeigte, dass das monarchisch-autoritäre System von Staat und Gesellschaft existentiell tangiert werden könnte, drohten Repressionen ähnlich dem Sozialistengesetz. Die deutsche Sozialdemokratie war mächtig geworden, aber hatte keine Macht. Es ist schwer zu begreifen, aber es wuchs die Identifikation der Arbeiterbewegung selbst in Deutschland mit dem jeweils eigenen Nationalstaat, wenn auch eher still, aber stetig. Es war, als wollte man das Errungene keinesfalls aufs Spiel setzen: die parlamentarische Interessenvertretung, die erfolgreichen Streiks, die quasi Anerkennung als Tarifpartner, die Lohnerhöhungen, das eigene bunte Feld der Gegenkultur gegen die herrschende langsam verfallende Kultur.

Seit 1904 auf den Kongressen der Internationale beobachtbar, 1907 bestätigt und 1912 vollzogen: Die Internationale

war kein sicherer Friedensfaktor mehr. Zwar versicherte man sich des Gegenteils, aber niemand bereitete etwas Durchschlagenes vor. Auf der letzten Sitzung des Internationalen Büros vor Kriegsausbruch am 29./30. Juli 1914 in Brüssel glaubte keiner der Anwesenden, dass der Krieg ausbrechen würde, man erwartete vielmehr, dass die Krise nach dem Mord in Sarajewo beigelegt werden würde, wie bereits manch andere Krise auch. Alle Länderdelegierten zweifelten nicht an den friedlichen Absichten ihrer Regierungen, auch die deutschen nicht. Rosa Luxemburg, die an der Sitzung teilnahm, sah dies nicht anders, und Hugo Haase, der Mit-Parteivorsitzende der SPD, reiste vorzeitig nach Hause in Erwartung von großen Arbeiterdemonstrationen. Die gab es, viel mehr als damals öffentlich gemacht wurde.

Aber dann ging es Schlag auf Schlag: Deutschland erklärte Russland und Frankreich den Krieg, Großbritannien Deutschland. Im Deutschen Reich herrschte nun der Kriegszustand, der Belagerungszustand, sozialdemokratische Zeitungen wurden verboten. Die Hälfte der SPD-Mitglieder waren nicht mehr Arbeiter, sondern Soldaten. Bebel hatte es bereits 1907 geahnt: «Wo bekämen wir da noch die Menschen für einen Massenstreik her?». Und noch etwas hatte er bereits 1904 im Reichstag gesagt: Dass die Sozialdemokraten im Falle eines Angriffskrieges auf Deutschland die «Flinte auf die Schulter» nehmen würden, um deutschen Boden zu verteidigen, weil sie «unser Vaterland, unser Heimatland» so gestalten wollten, «dass es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für den letzten von uns».

Am 4. August 1914 bewilligte der Reichstag mit allen Stimmen auch der SPD-Reichstagsfraktion die Kriegskredite. Dabei

waren die Sozialdemokraten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von der allgemeinen Kriegsbegeisterung keineswegs angesteckt. Doch fühlten sie sich nun entlastet von der doppelten Loyalität gegenüber dem Vaterland und gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung, die sie sich immer wieder abgerungen hatten. In der Begründung für die Zustimmung hieß es: «Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht mit einem Sieg des russischen Despotismus... viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unsere Landes sicher zu stellen.» Die SPD-Reichstagsfraktion teilte also die von der herrschenden Klasse und ihren politischen Repräsentanten beschworene Furcht vor dem russischen Despotismus. Aber war sie gerechtfertigt? Russland hatte den Krieg gegen Japan 1905 verloren, zwar die Revolution im eigenen Lande niedergeschlagen, aber zeigte dies nicht, dass es ein Koloss auf tönernen Füßen war, der sich zur Rettung seiner Existenz als führende Kraft des Panslawismus versuchte. Aber – ein anderes Bild – war nicht für die russische kulturelle Elite Deutschland längst ihr kulturelles und zivilisatorisches Modell geworden? Wer vergötterte z. B. Wagner mehr – die Deutschen oder die Russen? Kandinsky, Wefekin, Jawlensky, oder wie sie alle hießen, lebten zeitweise prononciert freigeistig in Deutschland. Die Angst der Deutschen vor Russland – war das vielleicht nur ein Fluchtpunkt für die Rechtfertigung der eigenen Einstellung zu diesem Krieg? Es dauerte nur kurz und die Sozialdemokraten mussten sich eingestehen: Dieser Krieg war kein Verteidigungskrieg und dieser Krieg war ein ganz anderer als die bekannten historischen Modelle.

*Als der Krieg ausbrach war schnell klar, dass man an der «Front» aber auch in der «Heimat» mit einer vollkommen neuen Form der Kriegsführung konfrontiert war. Worin siehst Du die spezifische «Modernität» dieses Krieges?*

Zunächst einmal wurde für jeden, der es sehen wollte, sichtbar, dass dieser Krieg, wie ihn die Deutschen begonnen hatten, kein Verteidigungskrieg, sondern ein Angriffskrieg war. Bereits am 2. August waren deutsche Truppen in Luxemburg einmarschiert. Am 4. August 1914 wurde Belgien, ein neutrales Land, das dem Ein- und Durchmarsch deutscher Truppen nach Frankreich nicht zugestimmt hatte, von deutschen Truppen überfallen (was dann zur Kriegserklärung Englands führte). In Belgien leistete man, auch die Zivilbevölkerung, erbitterten Widerstand gegen die deutsche Besetzung, die erst im September 1914 abgeschlossen war, begleitet von «Gewaltorgien» (wie es in der Forschungsliteratur heißt) von deutschen Soldaten gegen die Zivilbevölkerung, bei denen 6.400 Belgier (und Franzosen in Nordfrankreich) umkamen. Ähnliches geschah übrigens beim Einmarsch russischer Truppen im August 1914 in Ostpreußen.

Im September 1914 legte dann der Reichskanzler Bethmann Hollweg die deutschen Kriegsziele offen, wie sie den Auffassungen der Repräsentanten aus Staat und Wirtschaft entsprachen: Deutschland wollte sein Machtstellung sichern und seine Ansprüche auf eine Weltpolitik geltend machen. Daraus folgte: «Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich so geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu entstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt werden und seine

Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.» Der Angriffskrieg wies also die Zeichen eines Eroberungskrieges auf.

Der Erste Weltkrieg gilt heute vielen Zeithistorikern mit guten Gründen als «Großer» auch im Hinblick auf seine technisch-industriellen Dimensionen und seine in Zeitraffergeschwindigkeit sich steigernde Dynamik. Der Krieg, der im August 1914 ausbrach, war, so heißt es, spätestens im Jahr 1916 einer geworden, der bereits Ähnlichkeit mit dem hatte, der 1939 begann. Nur Stichworte mögen dies verdeutlichen: Flächendeckende, ohrenbetäubend lärmende Artilleriegeschütze (wie Krupps «Dicke Bertha», ein 42 cm Geschütz), Tanks zur Unterstützung der Infanterie, Verwendung von Gas, Luftkrieg (statt erst nur Aufklärer nun auch mit Maschinengewehren ausgestattete Jagdflugzeug-Staffeln, und Flugzeuge, die Bomben abwarfen), U-Boot-Krieg (ab April 1917 uneingeschränkt, d. h. jedes Schiff, nicht nur Kriegsschiffe konnten ohne Warnung versenkt werden)... Die psychischen Folgen dieses Krieges mit den langen Zyklen eines Grabenkrieges – alles das ist nicht noch einmal andeutungsweise beschreibbar. Und auch das gab es: das Verhungern von Kriegsgefangenen und die Zwangsarbeit für Zivilpersonen aus den besetzten Ländern. Von den zunehmend katastrophal sich verändernden Lebens- und Arbeitsbedingungen in der «Heimat» ganz zu schweigen – die Umrisse eines «totalen Krieges» zeichneten sich ab.

*Und wie reagierte die deutsche Arbeiterbewegung auf diese Entwicklung?*

Diese an sich einfache Frage zu beantworten, ist besonders schwierig oder vielleicht doch nicht, weil die Spielräume für alterna-

tives Handeln deutlicher sichtbar gemacht werden können.

Imperialistische Machtpolitik und nationalistische Propaganda hatten sich als stärker erwiesen als die Solidarität der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Man hatte den Kriegskrediten zugestimmt und blieb dabei auch deshalb, weil man hoffte, damit der bislang verweigerten Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft näher zu kommen. Man erwartete von den innenpolitischen Zwängen, die der Krieg auferlegte, eine Wendung zu weiteren Reformen auf sozialpolitischem Gebiet, eine weiter gehende Demokratisierung z. B. durch die Aufhebung des preußischen Dreiklassen-Wahlrechtes.

«Man» – das war die Mehrheit der Reichstagsfraktion, die Parteiführung (ohne Hugo Haase), das rechte Zentrum im innerparteilichen Spektrum, der größte Teil der Parteipresse und die Minderheit einer beinahe nationalistischen Rechten in Partei und Gewerkschaften, die mit konservativ-militaristischen Vertretern des «Siegfriedens» kooperierten. Dabei hätte eine konstruktive Oppositionspolitik, in deren Zentrum eine aktive Friedenspolitik gestanden hätte, verstärkt von innenpolitischen Reformforderungen, durchaus eine Basis in der Partei gehabt, insbesondere bei den ehrenamtlichen Vertrauensleuten in Partei und Gewerkschaften sowie in der Arbeiterjugend.

Stattdessen blieb man in der «Burgfriedenspolitik» gefangen, wodurch die Sozialdemokratie ihre Eigenständigkeit verlor. Sie hatte sich gewissermaßen selbst gefesselt. Einen gravierenden Anteil an dieser Entwicklung hatten die Gewerkschaftsvorstände, die darauf hofften, für ihre Unterstützung der Kriegswirtschaft – man verzichtete für die Dauer des Krieges auf Streiks und

«andere gewerkschaftliche Angriffsbewegungen» – mit der Anerkennung als legitime Vertreter der Arbeiterschaft honoriert zu werden. Alle Hoffnungen wurden enttäuscht. Trotzdem blieb man in der Burgfriedenspolitik befangen, und die Partei spaltete sich. «Spaltete sich»? Niemand von denen, die sich in der USPD zusammenfanden, wollte die Spaltung, Hugo Haase, ihr Vorsitzender, nicht, und Rosa Luxemburg auch nicht. Es war die rechte Mehrheit, und nicht die linke Minderheit, die die Spaltung wollte. Wäre die Spaltung nicht erfolgt, hätte es der Sozialdemokratie – bereinigt von den rechtschauvinistischen und linksradikalischen Rändern – vielleicht gelingen können, in der Revolution 1918/19 eine die Zukunft der Republik bestimmende Aufgabe zu übernehmen. Das soll heißen: die Mehrheit der Wähler zu gewinnen und die immerhin gegebenen, wenn auch geringen Möglichkeiten eines strukturellen Umbaus von Staat und Gesellschaft wahrzunehmen. Die Republik hätte so ein stabiles demokratisches Fundament erhalten können.

*Du sprichst das prekäre «demokratische Fundament» nach 1918/19 an. Insgesamt lässt sich für Deutschland, aber auch andere europäische Staaten, nach dem Ersten Weltkrieg eine weit verbreitete Militanz, ja Verrohung von Politik feststellen, die schließlich in faschistischen Bewegungen und anderen antidemokratischen Strömungen mündete. War diese Entwicklung, wenn auch nicht zwangsläufig, das eigentliche Erbe von «1914»?*

Eine solche Einschätzung würde die Komplexität der Folgen des Ersten Weltkriegs erheblich unterschätzen. Zweifelsohne belastete die Entfesselung der Gewalt durch den Krieg das gesellschaftliche und politi-

sche Leben der neuen, der ersten deutschen Republik erheblich. Aber auch hier gilt es, zwei Seiten zu erkennen: Gemeinschaftlichkeit des Spiels und den des Kampfes Mann gegen Mann. Bereits vor dem Krieg waren ja neue Paradigmen im Entstehen gewesen, die dann die politische Leitkultur des neuen Staates prägen sollten und tatsächlich auch ansatzweise bestimmten: Weg vom bürgerlichen Individualismus und jenseits vom konservativen autokratisch-militaristischen Kollektivismus hin zur Annahme des sozialen Auftrags zur Gestaltung gemeinschaftlich entwickelter Interessen und deren Einordnung in einen allgemeinen Zusammenhang. Das lässt sich an einem nur scheinbar abgelegenen Beispiel verdeutlichen: dem Städte- und Wohnungsbau in der Zeit der Republik, bei dem immer der Anspruch durchschien, ubiquitär und egalitär zu wirken. Solche Paradigmenwechsel entfalteten durchaus Wirkungsmächtigkeit, die sogar in begrenzter Form den Zweiten Weltkrieg überlebte. Ein weiteres Beispiel ist der «Kultursozialismus» sozialdemokratischer Herkunft, der in der Weimarer Republik neue Höhepunkte erreichte durch eine im Ergebnis fast flächendeckende Ausbreitung, wobei sich am Horizont bereits die Tendenz zur entpolitisierten Massenkultur vor allem im Sport bemerkbar machte, aber eher als Form der Gemeinschaftlichkeit denn des Kampfes.

Aber gleichzeitig wirkte eben mit sich verstärkender Schubkraft aus dem Krieg die durch ihn freigesetzte Gewaltbereitschaft in die Gesellschaft hinein. Erst war es nur die Brutalisierung der Sprache, dann die Fortsetzung des Krieges mit kaum anderen als seinen Mitteln, wie sie die extrem massenhaft entfesselte Körpererfahrung im Krieg hervorgebracht hatte. Hierin offenbarte sich das zutiefst barbarische Ergebnis des

antidemokratischen Antimodernismus des Faschismus bis zu dessen paramilitärisch-technokratischen «Sachlichkeit» bei der Exekution der egalitären humanen Moderne. Mit solchen Befunden ist nicht einer Ursache-Wirkung-Konstruktion das Wort geredet, doch der Hinweis darauf gegeben, dass es einen Erkenntnisgewinn bringen würde, nach anthropologischen, durch die Evolutionsgeschichte begründeten Konstanten im Gattungswesen Mensch zu fragen und sich gerade aus einer emanzipatorischen Perspektive heraus nicht damit zu begnügen, immer wieder gebetsmühlenhaft festzustellen, der Mensch sei eben «gut» und «böse» zugleich, man müsse ihm nur die Bedingungen schaffen, überwiegend gut sein zu können. Wahrscheinlich muss tiefer gegraben werden, um die Verhaltensweisen des Menschen zu verstehen. Aus einer solchen Sicht bringt es auch nichts oder herzlich wenig, die Geschichte der Weimarer Republik immer nur vom Nationalsozialismus her gesehen zu erklären, statt ihn von den Belastungen durch den Ersten Weltkrieg zu betrachten. Dann könnte man auch die Versuche zu neuen Aufbrüchen trotz alledem begreifen und anders bewerten.

Schließlich muss man sich über solche Gedanken hinaus klar machen, dass der Erste Weltkrieg das alte Europa, das dessen alte autokratische Herrschaftssysteme nicht mehr zusammenzuhalten vermochten, auseinanderfallen ließ – die Vielvölkermonarchie Österreich-Ungarn ist nur ein Beispiel dafür. Im ganzen Osten Europas zeigten sich solche Zerfallserscheinungen, begleitet von nationalistischen und rassistischen Hassgesängen, gigantischen Gewaltorgien und ethnischen Säuberungen. Und dann wäre ja auch noch zu reden von dem Bürgerkrieg im ehemals zaristischen Russland,



der der Errichtung der terroristischen Diktatur der Bolschewiki vorausging.

Ja, der Krieg, der vor 100 Jahren begann, steht uns, ob wir es nun wollen oder nicht, noch sehr nahe.

### Auswahlbibliografie

Clark, Christopher: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013.

Erster Weltkrieg, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 16-17/2014, online: <http://www.bpb.de/apuz/182554/erster-weltkrieg>, Stand: 12. August 2014.

Krumeich, Gerd: *Juli 1914. Eine Bilanz. Mit einem Anhang: 50 Schlüsseldokumente zum Kriegsausbruch*, Paderborn (u. a.) 2014.

Leonhard, Jörn: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014.

Machtan, Lothar: Over-sophisticated – Anmerkungen zu Christopher Clarks Bestseller, in: *Sehepunkte* 14 (1), 2014, online: <http://www.sehepunkte.de/2014/01/23681.html>, Stand: 12. August 2014.

Münkler, Herfried: *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2013.

## Der Erste Weltkrieg als Beginn des «Zeitalters der Extreme»

### Zu Thema und Fragestellungen

Eric Hobsbawm, der bekannte britische Historiker, hat seine Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts mit «Das Zeitalter der Extreme» überschrieben. Er lässt dieses Zeitalter im Ersten Weltkrieg beginnen und 1989 (bzw. 1991) mit dem Untergang der Sowjetunion und des von ihr geprägten Kommunismus enden.<sup>1</sup> Das «Zeitalter der Extreme» ist für ihn identisch mit dem «kurzen» 20. Jahrhundert, das er mit dem «langen» 19. Jahrhundert kontrastiert. Ein Kennzeichen dieses «kurzen» Jahrhunderts sind für ihn eine ausgesprochene Gewaltsamkeit der politischen Auseinandersetzung mit zahllosen Opfern und die Auseinandersetzung der Ideologien, die mit der russischen Revolution begann, deren Anhänger Hobsbawm übrigens lange war. Für den aus Österreich stammenden Hobsbawm war das Jahrhundert entscheidend durch Kriege, doch auch durch den Kampf von westlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur geprägt, zu der zeitweilig der Faschismus als dritte Partei trat.

In der Charakterisierung des 20. Jahrhunderts sind sich viele Historiker und Publizisten darin einig, dass Gewaltsamkeit ein Grundzug des 1914 beginnenden 20. Jahrhunderts war. Der 1948 geborene, leider schon 2010 verstorbene britische Historiker jüdischer Herkunft, Tony Judt, hat beispielsweise über das 20. Jahrhundert

formuliert: «Vom Massaker an den Armeniern bis zum Völkermord in Bosnien, vom Aufstieg Stalins bis zum Ende Hitlers, von den Schlachtfeldern Flanderns bis nach Korea – das zwanzigste Jahrhundert ist ein gnadenloses Narrativ von menschlichem Unglück und kollektivem Leid, aus dem wir trauriger, aber klüger hervorgegangen sind.»<sup>2</sup> Allerdings habe es trotzdem eben auch Fortschritt, zumal im Alltagsleben, in der Lebenserwartung etc. gegeben.

Zusammenhänge zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem weiteren Geschehen im 20. Jahrhundert werden vielfach festgestellt. Viel zitiert wird zur Zeit George Kennans Diktum über den Ersten Weltkrieg als der «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts»<sup>3</sup>, womit dieser sagen wollte: hier begann das Geschehen mit katastrophischem Charakter, das das weitere 20. Jahrhundert präformiert hat; die folgenden Katastrophen resultierten aus dieser ersten Katastrophe. Jörn Leonhard hat seinem Buch über den Ersten Weltkrieg den Titel «Die Büchse der Pandora» gegeben.<sup>4</sup> Nach der griechischen Mythologie wurde die Menschheit nach der Öffnung der Büchse der Pandora bekanntlich durch vielfältiges Unheil heimgesucht. Keine Frage, durch den Ersten Weltkrieg

1 Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.

2 Tony Judt/Timothy Snyder: *Nachdenken über das 20. Jahrhundert*, München 2012, S. 393.

3 George Kennan: *Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875-1919*, Frankfurt a. M. u. a. 1981, S. 12.

4 Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014.

entstanden (oder wurden verstärkt) neue, teilweise pathologische Tendenzen.

Hier soll etwas genauer betrachtet werden, in welchen Hinsichten tatsächlich der Erste Weltkrieg der Beginn des Zeitalters der Extreme war. Dazu werden folgende Komplexe angesprochen:

1. die Bedeutung des Massenkrieges mit neuen Techniken und einer ungeheuren Zahl von Opfern;
2. die Rolle von Ideologien im Krieg;
3. die Herausbildung eines neuen Nationalismus, den manche als Antizipation des Faschismus sehen;
4. die Bedeutung des Sieges der Bolschewiki in Russland;
5. der vorläufige Sieg der Demokratie nach dem Kriege;
6. das Scheitern einer neuen europäischen Ordnung, die erst viel später dauerhafte Realität wurde.

### **Zum neuen Charakter des Krieges**

Der Begriff «Weltkrieg» ist für uns selbstverständlich geworden. In der Tat unterschied sich der Krieg in Ausdehnung und Intensität weit von früheren Kriegen, die sich in Europa innerhalb des Mächtesystems abgespielt hatten. Neben die Bühne der europäischen Mächte war inzwischen die des Imperialismus getreten. Es ging in diesem Krieg um das Verhältnis von Mächten, die sich als Weltmächte begriffen. So waren die meisten europäischen Mächte beteiligt, auch das Osmanische Reich. Zudem waren die Kolonien Schauplatz der Auseinandersetzung; auch wurden aus den Kolonien rekrutierte Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingesetzt. Bedeutsam war im Übrigen nicht zuletzt das Eingreifen der USA. Der Begriff «Weltkrieg» erscheint vor diesem Hintergrund begründet.

Nicht nur die bloße geographische Ausdehnung, sondern auch die Zahl der Kombattanten und der Opfer war unvergleichlich. Eingesetzt wurden Millionen von Soldaten, Massenheere, Volksheere mit dem Ergebnis massenhaften Todes. Im Ersten Weltkrieg kämpften 65 Millionen Männer, mehr als 8 Millionen fanden den Tod auf dem Schlachtfeld, 21 Millionen wurden verwundet. Der Krieg mit seiner «massenhaften Gewalt» war verbunden mit Emotionen der Massen, er verstärkte und differenzierte diese. Keine Frage, dass er zur anhaltenden Fundamentalpolitisierung beitrug, die sich sehr unterschiedlich auswirkte.

Von besonderer Bedeutung war die neue Qualität und Form des Krieges, der im Westen bald im Stellungskrieg erstarrte, in dem auch nur kleine Landgewinne ungeheure Opfer forderten, die heute – aus viktimologischer Perspektive – besonderes Interesse finden. Die Formen der Auseinandersetzung waren teilweise noch traditionell, doch wurden gleichzeitig moderne Waffen eingesetzt: Maschinengewehre (der größte Teil der Toten wurde durch Maschinengewehre bei Angriffsversuchen getötet), Flammenwerfer und Giftgas; hinzu kamen dann auch Tanks und Flugzeuge. Symbol des Krieges wurde der Kampf um Verdun, in dem Hunderttausende fielen. Die Menschen verloren auf dem Schlachtfeld jede Individualität, sie wurden zur Zahl – gegenüber den neuartigen Waffen waren sie gleichsam Material; das einzelne Menschenleben, das hunderttausendfach geopfert wurde, wurde irgendwie unerheblich.

Keine Frage, dass die massenhafte Erfahrung von Gewalt und Tod, die neue Brutalisierung des Krieges, die Menschen nicht nur erschütterte, sondern sogar prägte und veränderte. Vieles spricht dafür, dass Folge

des Krieges eine gesteigerte Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Leben, doch auch Abstumpfung gegenüber Grausamkeit und Tod war und dass dadurch fortan – gleichsam als Jahrhundertprägung – die Formen der Konfliktaustragung zwischen den Staaten und Völkern wie auch innerhalb der Staaten in erheblichem Maße durch Gewalt bestimmt wurden. Insbesondere in den Ländern, die dann den Krieg verloren hatten, war ein Einbruch kollektiver Gewalt in den Gesellschaften festzustellen. Zu erinnern ist an die Gewaltexzesse im russischen Bürgerkrieg, auch an die revolutionären Auseinandersetzungen in Deutschland, nicht zuletzt an die Freikorps, doch auch an den kommunistischen Putschismus.

Karl Kautsky, der sozialdemokratische Theoretiker, schrieb in seiner Schrift «Terrorismus und Kommunismus» (1919): «Als nun gar der Weltkrieg ausbrach und vier Jahre lang fast die gesamte gesunde männliche Bevölkerung in seinen Bann zog, da wurden die verrohenden Tendenzen des Militarismus auf den Gipfel der Gefühllosigkeit und Bestialität gesteigert, da konnte sich auch das Proletariat ihnen nicht mehr entziehen. Es wurde in hohem Maße von ihnen angesteckt, kehrte in jeder Beziehung verwildert heim. Der Heimkehrer war durch die Kriegssitten nur zu oft in eine Stimmung gebracht worden, die ihn bereit machte, im Frieden den eigenen Landsleuten gegenüber seine Ansprüche und Interessen mit Gewalttat und Blutvergießen zu vertreten. Das wurde zu einem Element des Bürgerkrieges.»<sup>5</sup>

Die neue Gewaltsamkeit, die teilweise in die Gesellschaften einbrach, war ein Merkmal der «Extreme», die ihre Prägung im

Ersten Weltkrieg erfuhren. Manche Erscheinungen des weiteren 20. Jahrhunderts wurden im Ersten Weltkrieg antizipiert. Dazu gehört auch der Genozid an den Armeniern, dem weitere Genozide folgen sollten.

Die massenhafte Gewalt war ein Kennzeichen des Jahrhunderts bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und war erst dann allmählich rückläufig.

### Zur Rolle der Ideologien im Krieg

Im Ersten Weltkrieg spielte bereits ein neuer ideologischer Zug der Auseinandersetzung eine Rolle, auch wenn der Krieg noch kein Weltanschauungskrieg war. Doch war die Tendenz der ideell-ideologischen Überhöhung der eigenen Interessen und Ziele bereits unübersehbar. Zudem begannen sich die großen politisch-ideologischen Gegensätze des Jahrhunderts im Ersten Weltkrieg herauszubilden, Gegensätze, die zum Teil mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges obsolet wurden, zum anderen Teil aber Jahrzehnte der zweiten Jahrhunderthälfte mitbestimmten.

Dass es zu dieser Entwicklung kam, daran hatten die Gelehrten und die Intellektuellen Anteil, die es drängte, ihren Beitrag zur Auseinandersetzung zu leisten. Dabei gingen die deutschen Gelehrten, die zusammen mit den deutschen Universitäten, Forschungseinrichtungen und den Fachdisziplinen großes internationales Ansehen genossen, voran. Voraussetzung dieser Engagements war ein unübersehbarer Nationalismus, der spezifische Politisierungsprozesse zur Konsequenz hatte. Ein gewisser Bedarf nach Ideologie entstand auch durch die neue Qualität des Propagandakrieges, die sich teils nach Innen, teils nach Außen richtete und nicht zuletzt auf die Öffentlichkeit in den neutralen Ländern zielte (zumal

5 Karl Kautsky: *Terrorismus und Kommunismus*, Berlin 1919, S. 104.

nach den heftigen Vorwürfen wegen deutscher Kriegsverbrechen). Jedenfalls wurde der Krieg von Zeitgenossen nicht nur als machtpolitische Auseinandersetzung, als Kampf um Territorien und Einflussphären, sondern auch als Kulturkrieg aufgefasst. Dies galt in besonderer Weise für die Deutschen, die nach dem Durchmarsch ihrer Armee durch das neutrale Belgien, insbesondere nach den fatalen Zerstörungen in Löwen, sich als Kulturvolk zu verteidigen suchten.

Den westlichen demokratischen «Ideen von 1789» suchte man die deutschen «Ideen von 1914» gegenüberzustellen, mit denen man die Besonderheit und die Zeitgemäßheit der deutschen politischen Kultur gegenüber dem Westen, weniger gegenüber dem Osten darzustellen suchte. Im Hinblick auf den Osten behaupteten die Deutschen, die europäische Kultur gegen Despotie und Barbarei zu verteidigen, den russischen Drang nach Westen, den Druck mongolischer Horden abzuwehren. Die ideologische Hauptkampflinie aber war die Auseinandersetzung mit dem Westen, insbesondere mit England, das nicht selten als Zentrum des Kapitalismus kritisiert wurde.

Das monarchisch-konstitutionelle System, das auf Reichsebene mit dem allgemeinen Männer-Wahlrecht, in Preußen aber mit dem Dreiklassenwahlrecht verbunden war, machte die Deutschen angreifbar. Deutsche Gelehrtenpolitiker versuchten deshalb zu begründen, dass das deutsche System, in dem ein starker Staat die Gesellschaft gestaltet, die Probleme moderner Industriegesellschaften besser lösen könne als die westlich-demokratisch-parlamentarischen Systeme, denen eine Tendenz zur Plutokratie unterstellt wurde. Der Theologe und Philosoph Ernst Troeltsch brachte die deutschen Besonderheiten auf die For-

mel «Bildungsindividualismus und Staatssozialismus». Dies war nicht weit entfernt von Thomas Manns Formel der «machtgeschützten Innerlichkeit». Warf man den Engländern bloßen Ökonomismus und Gesinnungsutilitarismus als herrschende Prinzipien vor, nur eine dünne Schicht von Moral bemäntele kommerzielle Interessen (Sombart brachte den Gegensatz zwischen Engländern und Deutschen auf die Formel «Händler» und «Helden»), so Frankreich tendenziell Gleichmacherei und blutleeren Rationalismus. Demgegenüber sah man die Deutschen geleitet durch eine Philosophie, die – der neuen Zeit entsprechend – den Vorrang des Ganzen herausarbeite («Staatssozialismus») und die Besonderheiten der anderen anerkenne und diese nicht auf das deutsche Vorbild verpflichten wollten.

Die Briten ihrerseits kämpften im Krieg gegen Deutschland für die Befreiung vom Geist von Potsdam und gegen den preußisch-deutschen Militarismus, der eine Gefahr für das übrige Europa bilde. Den Krieg als Kampf um die Demokratie zu bezeichnen, daran hinderte sie zunächst ihr Bündnis mit Russland, das als Autokratie galt. Umso intensiver pflegte man in Großbritannien antideutsche Ressentiments und bezeichnete die Deutschen als Hunnen, d. h. als Barbaren, eine Vokabel, die auch noch im Zweiten Weltkrieg eine große Rolle spielte.

Die USA unter Führung des Präsidenten Woodrow Wilson führte dann freilich seit 1917 den Krieg – wie er meinte – für die Freiheit der zivilisierten Völker. Zu seinen Kriegszielen gehörten die Durchsetzung von Demokratie und Selbstbestimmung, die Basis einer neuen Weltordnung werden sollten («make the world safe for democracy»).

Gleichzeitig aber entstand durch die Oktoberrevolution und durch die bolschewisti-

sche Parteidiktatur ein neuer Faktor, der im ganzen 20. Jahrhundert eine wesentliche Rolle spielen sollte, die zu heftigen Gegenbewegungen führte (Antibolschewismus/Antikommunismus). Selbst der Faschismus war nicht zuletzt ein Antibolschewismus.

### Der neue Nationalismus

Der Erste Weltkrieg war nicht nur Ausdruck des Nationalismus, vielmehr steigerte er auch den Nationalismus allerorten. Verschiedene Nationalitäten sahen den Weltkrieg als Vehikel zu ihrer Unabhängigkeit und betrachten deshalb auch retrospektiv den Krieg geradezu positiv. Doch verstärkte sich auch in den größeren Nationen der Nationalismus, der teilweise zu einem neuen radikalen Nationalismus transformiert wurde.

Als Beispiel des neuen Ultranationalismus sei hier die Vaterlandspartei in Deutschland genannt, die sich nicht nur scharf gegen jeden Verständigungsfrieden wandte, sondern als Anti-Partei das Parteiwesen überwinden wollte und eine diktatorische Spitze des Reiches forderte.

Als die gemäßigten Reformkräfte angesichts der Kriegsentwicklung sich verstärkten und durch den Schwenk des Zentrumspolitikers Erzbergers eine Formation entstand, die eine Resolution, ausgearbeitet von einem interfraktionellen Ausschuss von führenden Leuten von MSPD, die von Anfang an für Verständigungsfrieden und Reformen plädiert hatte, von Zentrum und Fortschrittspartei, im Reichstag durchsetzte, wirkte dies als Katalysator für die Bildung einer rechten Sammlungsbewegung neuer Qualität, die einerseits gegen die Verfassungsdiskussion sowie gegen die Reichstagsmehrheit, die einen Verständigungsfrieden forderte, Front machte, andererseits

rigoros für nationale Einheit und deutsche Interessen eintrat. Die als Deutsche Vaterlandspartei bezeichnete Bewegung berief sich auf Kaiser Wilhelm I. und auf Bismarck mit ihrem Kampf «gegen den verderblichen Parteigeist». Die neue Bewegung wollte das «deutsche Vaterland in dieser größten und ernstesten Stunde deutscher Geschichte» von dem angeblichen «Erbübel» der Uneinigkeit und des Parteiwesens befreien.<sup>6</sup>

Die Vaterlandspartei vertrat ein ausgesprochen expansionistisches Programm, das die Annexion Hollands, Luxemburgs und Belgiens mit der flandrischen Küste und Nordfrankreich im Westen und im Osten das Baltikum, Gebiete Weißrusslands und der Ukraine propagierte. Friedrich Meinel hat nach 1945 gemeint, mit dieser Bewegung seien Ziele Hitlers antizipiert worden. Hans-Ulrich Wehler hat sie als «rechtsradikal-protofaschistische Massenpartei» bezeichnet<sup>7</sup>, die für einen autoritären Umbau der Gesellschaft eintrat. In der Tat verweist diese Richtung bereits auf Tendenzen der Nachkriegsperiode. Die Gegenrichtung des «Volksbundes für Frieden und Vaterland» blieb jedenfalls deutlich hinter der Vaterlandspartei zurück.

Für die Katalysator-Funktion des Ersten Weltkrieges zu Gunsten einer Neuen Rechten lassen sich weitere Beispiele anführen. Genannt wurde schon die besondere Rolle der Freikorpsleute nach Ende des Krieges, Offiziere und Soldaten, die in ihrer Mehrzahl nationalistisch-völkische, sowohl an-

6 Aufruf der Deutschen Vaterlandspartei vom 2. September 1917, abgedruckt in: Wilhelm Mommsen: *Deutsche Parteiprogramme*, München 3. Aufl. 1960, S. 417–429, hier: S. 418.

7 Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914–1949*, München 2. Aufl. 2003, S. 108.

tibolschewistische wie antidemokratische Ziele verfolgten. Sie zogen aus der gemeinsamen Erfahrung eines Lebens mit Tod und Tapferkeit eine «Art unvermittelbarer, urtümlich-roher Überlegenheit, die sich vor allem gegen Frauen und alle jene richtete, die nicht gekämpft hatten».<sup>8</sup>

Erinnert sei hier auch an die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für Mussolini und für Hitler. Die Kriegserfahrung förderte bei ihnen einen Nationalismus mit stark antiliberaler und antidemokratischer Stoßrichtung, mit teilweise rassistischer Grundierung. Dieser Nationalismus, dessen Anhängerschaft sich unmittelbar nach dem Krieg in besonderer Weise aus bisherigen Frontsoldaten rekrutierte, proklamierte unter dem Eindruck der Kriegserfahrung einen vermeintlichen neuen Realismus, der die Welt und Geschichte als sozialdarwinistischen Kampf von Völkern, Staaten und Rassen fasste. Von der alten Rechten unterschied sich dieser zum Faschismus sich entwickelnde neue Nationalismus, der bald das Heldentum des Weltkrieges glorifizierte, nicht zuletzt dadurch, das er nicht einfach Verhältnisse wiederherstellen, sondern eine neue Ordnung schaffen wollte, in der das aus dem Militärischen ins Politische übertragene Führerprinzip und völkische Ideen eine wesentliche Rolle spielen sollten.

### **Die Bedeutung des Sieges der Bolschewiki in Russland**

Im Ersten Weltkrieg formierte sich aber auch mit dem Sieg der Bolschewiki in Russland auf der äußersten Linken eine neue Macht, was für Europa, insbesondere für die Arbeiterbewegung von schicksalhafter Bedeutung sein sollte, weil sie einerseits

den Erfolg einer revolutionären Strategie zu beweisen schien, andererseits die radikale Arbeiterbewegung dauerhaft mit den Hypothesen der russischen politisch-gesellschaftlichen Entwicklung belastete.

Lenin brachte die Massen mit der Forderung nach einer raschen Beendigung des Krieges hinter sich, während die provisorische Regierung unter Führung Kerenskis den Krieg fortsetzen wollte. Darüber hinaus aber kündigten die Bolschewiki den Aufbau einer Gesellschaft an, die frei von Not und Ausbeutung sein sollte, wozu sie bereits erste Maßnahmen einleiteten. Dass sie keinerlei Skrupel hatten, Gewaltmittel einzusetzen, zeigte sich bei der gewaltsamen Auflösung der Konstituante, ein Putsch, der den Bruch mit der internationalen Sozialdemokratie irreparabel machte. Die Gewaltförmigkeit dieses Ansatzes wurde auch im russischen Bürgerkrieg deutlich, in der baldigen Einführung der Geheimpolizei, von Lagern u. a. – Phänomene, die keineswegs erst auf Stalin zurückgehen.

Mit der russischen Revolution und der anschließenden Ausbreitung kommunistischer Ideen und Organisationsformen entstand – wie Tony Judt pointiert formuliert hat – «ein überzeugendes Narrativ historischer Notwendigkeit, in der das Scheitern des Kapitalismus unausweichlich war, sei es in der näheren Zukunft, sei es irgendwann später».<sup>9</sup> Nicht wenigen Zeitgenossen – nicht nur den eigentlichen Anhängern und Gläubigen der Verheißung – erschienen Sowjetunion und Kommunismus bald als zukunfts-fähige Mächte. Und angesichts des seit dem Ersten Weltkrieg sich ausbreitenden Antiliberalismus, mit dem ein Antipar-

8 Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme*, S. 43.

9 Tony Judt/Timothy Snyder: *Nachdenken über das 20. Jahrhundert*, S. 394.

lamentarismus verbunden war, erschien als – wie Judt formuliert – «glaubwürdigste Alternative zum Kommunismus ... nicht der liberale Kapitalismus, sondern der Faschismus».<sup>10</sup>

Auf jeden Fall ist der Erste Weltkrieg die Zeit, in der sich die politischen Ideologien herauszubilden begannen, die das Jahrhundert der Extreme beeinflussten. Allerdings schien gleichwohl anfangs der parlamentarischen Demokratie die Zukunft zu gehören.

### **Der vorläufige Sieg der Demokratie**

Auch wenn die in den verschiedenen Ländern während des Krieges beschworene nationale Einheit (in Deutschland «Burgfrieden», in Frankreich «union sacrée» genannt) tendenziell die eher konservativen Kräfte begünstigt hat, so nahm doch während des Krieges der innenpolitische Druck überall zu, demokratische und soziale Reformen zu verwirklichen. Überall förderte der Krieg die Fundamentalpolitisierung. Teilweise – etwa in Deutschland – kamen die von der Sozialdemokratie schon lange geforderten Reformen zu spät. Die monarchisch-konstitutionellen Regime, die größere Schwierigkeit zur Integration der Massen hatten, wurden am Ende des Krieges angesichts der Kriegsniederlagen durch die Revolution hinweggefegt.

Doch auch hier setzte sich nicht – wie in Russland – die Diktatur des Proletariats durch, sondern die parlamentarische Republik – deren Hauptträger überall die Sozialdemokraten, die gleichzeitig Sozialreformen anzielten, und aufgeklärte Teile des Bürgertums waren. Eine erste Demokratisierungswelle erfasste Europa – eine zweite folgte nach dem Zweiten Weltkrieg,

eine dritte nach 1989. Die zweite und dritte Demokratisierungswelle zeigen an, dass die vorhergehende(n) Welle(n) nicht vollständig oder nicht nachhaltig waren. So war das ganze 20. Jahrhundert durch den Kampf von Demokratie und Diktatur, auch zwischen Kapitalismus und Sozialismus (die alle sehr unterschiedlich ausgeformt sein konnten) ausgetragen.

In sehr vielen Ländern, in denen die westlichen parlamentarischen Systeme etabliert worden waren, geriet die Demokratie schon in den 20er-Jahren in die Krise. Gewiss lag dies z.T. an ausgesprochen instabilen Regierungen (verursacht z.T. durch zersplitterte Parteiensystemen, gefördert durch das Verhältniswahlrecht), an wirtschaftlich-sozialen Problemen und an den Nationalitätenauseinandersetzungen und den damit verknüpften unsicheren Grenzen. Insbesondere im agrarischen und kleinstädtischen Bereich hatten vor- oder antidemokratische Kräfte vielerorts einen Rückhalt. So entstanden in der Mehrzahl der Länder autoritäre Systeme und in Italien und Deutschland faschistische Diktaturen, die sich teilweise auf den Stil autoritärer Systeme auswirkten. Nicht das Scheitern der Demokratie, sondern ihre Ersetzung durch ein radikalfaschistisches System macht die Besonderheit des deutschen Falles aus. Trotz der kommunistischen Internationale konnte sich gleichzeitig das kommunistische System bis 1945 jedoch nicht ausbreiten.

Demokratie konnte sich in der Zwischenkriegszeit außer in der angelsächsischen Welt nur in Frankreich, der Tschechoslowakei und in den skandinavischen Ländern halten. In der ersten Hälfte schien das 20. Jahrhundert mehr und mehr durch Diktaturen beherrscht zu werden. Die westliche Demokratie geriet in die Defensive.

10 Ebd.



Wohl nur eine Minderheit der Beobachter hätte der Demokratie vor dem Zweiten Weltkrieg zugetraut, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur ihre Krise überwinden, sondern sich revitalisieren würde. Allerdings war auch dann lange nicht klar, welches System sich beim Ost-West-Antagonismus durchsetzen würde.

Es waren die verschiedenen «modernen» Diktaturen, die im Ersten Weltkrieg und kurz danach in ihre formative Phase traten und zu neuen Herrschaftstypen wurden, die das Jahrhundert zu einem – wie Hobsbawm meint – Zeitalter der Extreme und des Kampfes der Ideologien machte.

### **Das Scheitern einer neuen europäischen Ordnung**

Für das im Ersten Weltkrieg entstehende Zeitalter der Extreme ist nicht nur die zeitweilige Dominanz von Diktaturen, Ideologien und Terror charakteristisch, sondern auch das Misslingen einer europäischen Ordnung. War der Erste Weltkrieg Ausdruck des völligen Scheiterns der zum Weltstaatensystem transformierten Pentarchie, so war die nach dem Krieg durch den Völkerbund und das System der Pariser Vorortverträge geprägte internationale Ordnung, die das Wilson'sche Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker umzusetzen suchte, nicht erfolgreich. Dies lag nicht nur daran, dass das Deutsche Reich, Ungarn, die Sowjetunion u. a. die Grenzen (d. h. Gebietsabtretungen) nicht anerkennen wollten, sondern auch daran, dass sich das westliche Nationalstaatsmodell auf Osteuropa nur schwer übertragen ließ (und zwar weder auf Ostmittel-, als auch Südost- und Osteuropa). Es waren die Siedlungsstrukturen und die damit zwangsläufigen Spannungen zwischen Demos und Ethnos, die zu vielfältigen Nationalitätenkämpfen führten und

den Völkerbund, aus dem sich Deutschland unter Hitler zurückzog, belasteten.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg schienen sich einige Probleme angesichts der völlig veränderten Konstellation zu lösen. Die Verantwortlichkeit des Staates für die sozialen Verhältnisse wurde zu einem Grundzug der Demokratie. Auch wurde das Prinzip des autonomen Nationalstaats relativiert, im Osten durch die sowjetische Hegemonialpolitik, die freilich vielerorts als repressiv empfunden wurde – verschiedene Aufstände unterstreichen dies –, im Westen durch die europäische Integrationspolitik, die tatsächlich etwas neues war, allerdings mancherlei Krisen erlebte und doch immer wieder weiterging. Gewaltanwendung zwischen den Staaten wurde im Westen undenkbar. Wenn damit bestimmte Konflikte aus der Zeit des Ersten Weltkrieges und der Zwischenkriegszeit obsolet wurden, so ist doch nicht zu übersehen, dass der Ost-West-Antagonismus und das Gleichgewicht des Schreckens die Voraussetzung für die Überwindung der vorhergehenden Konflikte war.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass mit der Überwindung des Ost-West-Konfliktes und des Endes der kommunistischen Diktaturen nicht nur Demokratien entstanden, sondern auch manche Konflikte zwischen Nationen und Nationalitäten sich wieder belebten, die im 19. Jahrhundert eine Rolle spielten, im Ersten Weltkrieg verschärft wurden und die Zwischenkriegszeit mitprägten.

Die Ukraine und die russische Politik heute sind besonders eindrucksvolle Beispiele für diese Problematik. Die Ukraine setzt ihren verspäteten Prozess der Nationalstaatsbildung fort, während Russland an ältere imperial-nationalistische Traditionen anknüpft.

### **Schlussbemerkungen**

Das «Zeitalter der Extreme» – so mag deutlich geworden zu sein – wurde ganz wesentlich durch Geschehnisse im Ersten Weltkrieg in Gang gebracht. Auch die Formen weiterer Auseinandersetzung wurden ganz wesentlich im Krieg und in der Nachkriegszeit geprägt. Allerdings war der Zweite Weltkrieg ein wesentlicher Einschnitt des Zeitalters der Extreme. Die Zeit des Faschismus war nun vorbei und bestimmte Konflikte traten in den Hintergrund, während der ideologische Gegensatz niemals eine schärfere Zuspitzung erfuhr.

Der Erste Weltkrieg ist offensichtlich ein Geschehen von gewaltiger Wirkung für das «kurze» 20. Jahrhundert, das 1989 bis 1991 zwar beendet wurde, dessen Nachwirkungen aber durchaus auf dem Balkan in den 90er-Jahren und nach der Jahrhundertwende und im gegenwärtigen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu sehen sind. Es gilt ihnen auf der Basis historischer Erfahrungen mit Vernunft und Augenmaß zu begegnen. Eine demokratisch fundierte Friedensordnung bleibt trotz unübersehbarer Rückschläge eine zentrale politische Aufgabe.

## Das Erinnerungsjahr 2014

### Im Reich der Analogien, Assoziationen und Aversionen

Das Säkulargedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs neigt sich dem Ende zu. Es wurde in Deutschland getragen von einer eigentümlichen Mischung aus medialem Großaufwand, aufgewecktem Bürgerinteresse und einer vor sich hindümpelnden Kontroverse um die Ursachen für den Krieg. Bis dato hatten Wissenschaftler für neue Erkenntnisse oder steile Thesen gesorgt, die zu anregenden politisch-historischen Debatten führten, die die Gesellschaft bewegten.

2014 war das anders. Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg sorgte für Aufmerksamkeit und Indifferenz gleichermaßen. Ein Beleg dafür, dass die Erinnerungsindustrie zwar ein breites Publikum erreicht, die deutsche politische Kultur aber Kontroversen in einem zähen, undurchsichtigen Brei zuerst zerfließen und dann versinken lässt. Die Arbeit der Zuspitzung genießt kein Ansehen und leidenschaftliche Debatten lösen eher kleine Dinge als große Themen aus. Aber auch für die sorgfältigen politischen Strukturanalysen, die individuelles Handeln und gemeinsame Entscheidungen in soziale und historische oder andere Kontexte einordnen, fehlen Geduld und mediale Orte der Auseinandersetzung, die ein größeres Publikum erreichen können.

Unter diesen Umständen kam trotz mancher Anläufe kein neuer, dritter Historikerstreik nach der Fischer-Kontroverse in den 1960er-Jahren und dem Streit um die Historisierung des Nationalsozialismus in

den 1980er-Jahren zustande. Es reichte allenfalls für einiges Geplänkel, das von dem historischen Laien kaum zu durchschauen war. Doch hängen blieben Versuche zu Beschwichtigen und einen Schlusstrich zu ziehen: Politischer Leichtsinn allenthalben soll in einen Krieg geführt haben, den eigentlich niemand gewollt hatte.

Und doch war es noch etwas anderes, was die Deutschen an den Dokumentationen und Diskussionen im Fernsehen interessierte und zu den zahlreichen Veröffentlichungen über den Ersten Weltkrieg greifen ließen. Die Dauerkrise der EU, vor allem der eskalierende Ukraine-Konflikt – mithin die neue Unübersichtlichkeit in einer als zunehmend prekär empfundenen internationalen Lage, in der Deutschland zunehmend gezwungen wurde, die eigene Rolle zu definieren. In der Tat gingen in diesem Jahr einige Gewissheiten verloren: das Funktionieren der deutsch-französischen Achse in der EU, das Vertrauen in die Solidität des Bündnisses mit den USA und nicht zuletzt die über den Systemwechsel hinweg gültige Politik der Verständigung mit Moskau. Es lag insoweit nahe, dass sich sowohl das breite Publikum als auch die politische Funktionselite anhand der deutschen Geschichte vergewissern wollte: Wo standen wir früher, wo stehen wir heute, wer steht für was? Das ist zunächst einmal gut. Denn historische Kenntnisse sind die Seele der Außenpolitik.

Das Feuilleton und die erfolgreichsten Bücher zum Saeculum bedienten dieses Interesse. Sie lieferten gewagte Vergleiche, boten reichlich politischen Subtext und eröffneten Assoziationsspielräume, die weniger von der untergehenden Welt des 19. Jahrhunderts in die Gegenwart als vielmehr in diese zurück verwiesen. Stefan Kornelius, der Leiter des außenpolitischen Ressorts der Süddeutschen Zeitung, zum Beispiel spürte (sic!) dieselben Kräfte wie 1914: den Zerfall staatlicher Autorität, aufkeimenden Nationalismus und den ewigen Kampf um die Machtbalance.<sup>1</sup> Der «Hegemon in der Mitte des Kontinents», niedergekämpft in zwei Weltkriegen, wieder auferstanden als Stabilitätsgarant in der europäischen Wirtschafts- und Währungskrise, ist schon wieder eingekreist. Dieses Mal von Schuldenstaaten, einmal mehr verkannt in seinen guten Absichten, und er sieht sich schon wieder allein gelassen in den Problemlagen der globalen Gesellschaft. Tröstlich ist es, folgt man Gustav Seibt in derselben Zeitung,<sup>2</sup> dass das Schlafwandler-Buch von Christopher Clark<sup>3</sup> die Behauptung des Gründers der La Repubblica, Eugenio Scalfari, und deren Deutschlandkorrespondentin, Kolumnistin und Europapolitikerin Barbara Spinelli, zum rechten Zeitpunkt widerlegt, Berlin ruiniere Europa durch die der EU verordnete Austeritätspolitik ein drittes Mal. Denn beim ersten Mal habe sich – so diese sich im Erinnerungsjahr verbreitende Lesart – Europa ohne besonderes Zutun der

Deutschen selbst ruiniert. Sogar von einem «vereinten Amoklauf Europas» spricht Andreas Kilb in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.<sup>4</sup> Die deutsche Diplomatie habe, wie Christopher Clark zeige, das «Balkan-Szenario» nicht verstanden, jene Falle, die Paris für Berlin aufgestellt habe, indem es das europäische Bündnissystem mit dem Balkan als Brandbeschleuniger kurzgeschlossen habe. Deswegen sei es nicht bei einem dritten Balkankrieg geblieben sondern zum Ersten Weltkrieg gekommen.

So wie Kornelius, Seibt und Kilb kann man die Revision der von der Forschung weithin vertretenen These von der besonderen Verantwortung des deutschen Kaiserreichs am Ausbruch des Ersten Weltkriegs auch betreiben und gleichzeitig die von der deutschen Bundesregierung in der Europäischen Union durchgesetzte Austeritätspolitik exkulpierten.

Das europäische Gedenkjahr bescherte der deutschen Öffentlichkeit gleich dreierlei: Erstens den Versuch, einen Schlusstrich unter die Diskussion über die Ursachen des Ersten Weltkriegs zu ziehen; zweitens einige atemberaubende Analogieschlüsse, mit denen historisch scheinbar legitimiert politische Analyse betrieben werden konnte und drittens Assoziationen, die die Umbrüche in der Welt eher verklärten als erklärten.

Aber der Reihe nach.

### (K)ein Historikerstreit?

Die fachhistorische Kontroverse, die der Hamburger Historiker Fritz Fischer mit einem Aufsatz in der «Historischen Zeitung» 1959 eröffnete, und die bis in die Mitte der 1960er-Jahre hohe Wellen schlug, schien im

1 *Süddeutsche Zeitung (SZ)* vom 26.2.2014.

2 *SZ* vom 8.10.2013.

3 Christopher Clark: *The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914*, London 2012. Deutsche Ausgabe: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013.

4 *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS)* vom 8.9.2013.

Grunde genommen beigelegt zu sein. Akzeptiert wurde die These von der deutschen Hauptverantwortung bei der Verursachung des Ersten Weltkriegs, bei gleichzeitig kritischem Blick auf die Mitverantwortung anderer europäischer Machteliten, der durch weitere, zum Teil vergleichende Forschungen möglich geworden war. Fischer spitzte seine Argumentation jedoch zwischen seinem ersten Buch (Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961) und seinem zweiten Buch (Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1969) weiter zu und trieb sie Anfang der 1980er-Jahre auf die Spitze (Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert, Reinbek 1983). Nicht unerwähnt bleiben sollte allerdings, dass den Anlass für diese letzte Zuspitzung ein Angriff von Egmont Zechlin in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf Fritz Fischer bildete, bei dem zwar die weltpolitischen Ambitionen des Deutschen Reichs nicht länger bestritten wurden, nun aber die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges mit einem daraus folgenden Zwang zum «defensiven Präventivkrieg» verteidigt wurde.<sup>5</sup> Die nach dem Zusammenbruch der sozialliberalen Koalition von Helmut Kohl geforderte «geistig-moralische Wende», die auch auf eine Revision moderner Geschichtsbilder abzielte, schien für diese Intervention den Hintergrund abzugeben.

Die Verhärtung der Fischerschen Interpretation hatte aber nicht nur mit solchen Provokationen sondern auch mit den scharfen Angriffen auf seine Integrität und Reputation zu tun. Fischer war über Jahre als Nestbeschmutzer seiner Zunft, Parteigänger der SED und überführter Quellenfälscher hingestellt worden – in der Fachöffentlichkeit, in der Presse und von der CDU/CSU im

Deutschen Bundestag. Dies mag seine zuspitzende Interpretation über die deutsche aggressive Politik verständlicher machen, für die er eine ununterbrochene Linie vom Kriegsrat bei Wilhelm II. im Dezember 1912 bis zur Kriegserklärung im August 1914 und darüber hinaus zog. Doch geteilt wurde diese Zuspitzung weder von der deutschen noch der internationalen Forschung. Vielmehr versachlichte und diversifizierte sich die Debatte, wie Elise Julien jüngst dargestellt hat. Bei allen unterschiedlichen Gewichtungen verschiedener Erklärungsfaktoren stand aber ebenso fest: «Der Mythos eines unschuldigen und vom Krieg überraschten Deutschlands war entlarvt, und auch die Position, dass die europäischen Mächte versehentlich in den Krieg »hineingeschlittert« seien, erwies sich als kaum noch haltbar».<sup>6</sup> Das war vor allem das Verdienst Fischers gewesen, weil er das bislang «unangefochtene konservative Deutungsmonopol» gebrochen hatte, das sich das Diktum des britischen Premiers David Lloyd George vom Hineinschlittern in den großen Krieg zu eigen gemacht hatte.<sup>7</sup> Und eben dies meinte Hans-Ulrich Wehler, als er sagte, Fischer habe zu 70 Prozent recht gehabt.<sup>8</sup> Insofern geht Herfried Münklers nachträgliche Abrechnung mit der Leistung Fischers völlig in die Irre. Die von ihm beklagte Dominanz der Fischer-Schule war und ist eine Schimäre. Dies belegt ein Blick in einschlägige Schulbücher, Kompendien zur Abiturvorbereitung oder populärwissenschaftliche Magazine. Der darauf aufruhende Vorwurf einer «geschichtspolitisch verord-

5 FAZ vom 8.6.1982.

6 Elise Julien: *Der Erste Weltkrieg*, Darmstadt 2014, S. 28 ff.

7 Volker Ullrich, in: *Die Zeit* vom 24.1.2014.

8 *Der Spiegel* vom 10.2.2014; s. a. Wehler in der FAZ vom 7.5.2014.

neten Blickstarre» und eines «Regimes des geschichtspolitischen Paternalismus» der von Hans Ulrich Wehler oder Volker Ullrich aufrechterhalten werde, geht ebenso fehl.<sup>9</sup> Münkler wird sich selbst fragen lassen müssen, inwieweit er nicht selbst einen bestimmten Blickwinkel verordnen möchte und ob seine gegenüber Fischer posthum betriebene Kritik angemessen ist, wenn sein eigenes Buch von der Quellenarbeit anderer lebt und keine dezidierte Quellenkritik enthält.

Vermutlich spricht aus der Klage Münklers die Enttäuschung des Politikwissenschaftlers darüber, dass sein Buch über den Ersten Weltkrieg weder von Wehler noch von Ullrich gewürdigt wurde.<sup>10</sup> Ein Grund hierfür mag in der stark «anwendungsorientiert» vorgetragenen Analyse des Themas durch Münkler liegen, oder in den nüchternen Worten des umsichtigen Rezensenten Hans Rudolf Wahl: Es handelt sich hier um «eine politikwissenschaftliche Modellanalyse am historischen Beispiel des Ersten Weltkriegs und nicht um eine geschichtswissenschaftliche Darstellung».<sup>11</sup> Münkler neigt in der Tat dazu, die Vergangenheit so zu sezieren, dass die weltpolitische Gegenwart passend interpretiert werden kann. Freilich lässt sich sein Buch auch vice versa lesen: Dabei wird entlang einer Analyse der Gegenwart die Vergangenheit interpretiert. An dieser Stelle ist zunächst festzuhalten: Es macht wenig Sinn, die Fischer-Kontroverse fortzusetzen, wenn die Forschungskarawane längst weiter gezogen ist. Dies ist auch

ein Grund dafür, warum kaum ein arrivierter Zeithistoriker in eine solche öffentliche Debatte eingestiegen ist. Gleichwohl ist es mehr als verständlich, wenn viele Zeitgenossen auch heute noch nach dem Schuldanteil Deutschlands und anderer Länder am Ausbruch des Ersten Weltkriegs fragen.

Für die Mitglieder der CDU gab der Stuttgarter Historiker Wolfram Pyta im Union-Magazin (2/2014) sogleich Entwarnung: Keine der europäischen Großmächte habe gezielt auf einen Weltkrieg hingearbeitet; allerdings gingen Deutschland, Russland, Frankreich und Österreich-Ungarn jeweils ein kalkuliertes Kriegsrisiko ein. Jede Großmacht habe damals mit dem Feuer gespielt und keine von ihnen die Initiative für eine Deeskalation der sich zuspitzenden Lage ergriffen.

Die Frage nach Schuld und Verantwortung einfach nicht mehr beantworten zu wollen oder für überholt zu erklären, wie dies etwa Gustav Seibt tut, erscheint so naiv, dass sie eher wie der Versuch ihrer Tabuisierung anmutet.<sup>12</sup> Denn warum sollten sich in fünfzig, hundert oder hundertfünfzig Jahren nach dem Beginn des Krieges die historisch Interessierten nicht darum kümmern wollen, wer warum angefangen und wer welche Verantwortung auf sich geladen hat? Warum sollten sie nicht die Geschichtswissenschaft um eine kompetente Auskunft angehen, auch wenn diese differenziert und länger als erwartet ausfällt?<sup>13</sup>

Die herausgehobene und herauszuhebende Verantwortung der deutschen Reichsführung für den Kriegsausbruch ist zuletzt von einem der besten Kenner des

9 SZ vom 20.6.2014.

10 Herfried Münkler: *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2013.

11 Hans Rudolf Wahl über Herfried Münkler: *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2013, in: *H-Soz-u-Kult* 05.09.2014.

12 SZ vom 8.9.2014.

13 Friedrich Kießling: *Vergesst die Schuldebatte!*, in: *Mittelweg* 36 (23) 2014, S. 4–15.

Ersten Weltkriegs, dem Düsseldorfer Historiker und Wolfgang Mommsen-Schüler Gerhard Krumeich, von dem Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Andreas Wirsching, und – eingebettet in die Entstehungsgeschichte der deutschen Demokratie – von Heinrich August Winkler überzeugend dargelegt worden. Auch Annika Mombauer von der Open University in Milton Keynes hat diese in einer knappen, aber luziden Studie noch einmal herausgearbeitet. Jörn Leonhard gelingt dies ebenso umsichtig wie präzise in seiner großen analytischen Arbeit über die Geschichte des Weltkrieges.<sup>14</sup>

### Männer machen wieder Geschichte?

Mit Clark wird aber nicht nur gegen Fischer in der Kriegsschuldfrage argumentiert. Mit Clark wird auch gegen die Struktur- und Sozialgeschichte polemisiert. Gustav Seibt empfahl im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung die Lektüre Clarks nicht zuletzt, weil dieser eine Geschichte schreibe, die die Akteure hinter den «großen Begriffen – Imperialismus, Nationalismus, Militarismus» wieder hervorhole und sie auf eine Ebene zurückhole, auf der diese gemacht und entschieden werde.<sup>15</sup> Dominik Geppert, der in Bonn Neuere und Neueste Geschichte lehrt, hält die Versuche, den Kriegsbeginn

strukturgeschichtlich zu erklären, für Unternehmungen, die nicht weit geführt hätten und plädiert dafür, «das Denken und Handeln von knapp hundert Politikern, Diplomaten und gekrönten Häuptern an den Schalthebeln der Macht» zu untersuchen.<sup>16</sup> Heinrich August Winkler hat Geppert deshalb einen Rückfall auf Heinrich von Treitschke vorgeworfen, für den nur «große Männer» Geschichten machten.<sup>17</sup> Bereits zuvor hatte er bei der Analyse der Kriegsursachen zu Recht auf unterschiedliche politische Kulturen, die Stellung des Militärs und innenpolitische Kräfteverhältnisse hingewiesen.<sup>18</sup>

In der Absicht, die Ergebnisse der Forschungen über die Ursachen des Ersten Weltkrieges zu revidieren, indem die deutschen Eliten in der Julikrise entlastet und die aggressiven Grundzüge der deutschen Vorkriegspolitik entschärft werden, steckt somit ein grundlegender historiografischer Wechsel zurück zu einer überkommenen Politikgeschichte. Wieder ausgespart werden damit auch die von dem britischen Historiker James Joll schon früher angesprochenen «unspoken assumptions»,<sup>19</sup> die sich nicht in den Quellentexten finden, aber denen die Handelnden gehorchten, und überhaupt sein gelungener Versuch, die politische Ereignisgeschichte mit einer klugen Diskussion möglicherweise krisenverschärfender Ursachen von neuem Nationalismus bis zur Untersuchung des jeweiligen Verhältnisses von Außen- und Innenpolitik zu verknüp-

14 Vgl. Krumeich in *NZZ* vom 27.6.2014 (s. a. Gerd Krumeich: *Juli 1914. Eine Bilanz*, Paderborn u. a. 2014), Wirsching in der *SZ* vom 16.7.2014, Winkler in der *FAZ* vom 2.9.2014, Annika Mombauer: *Die Julikrise. Europas Wege in den Ersten Weltkrieg*, München 2014 und Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges*, München 2014, S. ebenfalls ausgewogen und klar die Darstellung von Franziska Augstein in der *SZ* vom 12./13. Juli 2014. Dagegen eher an Fischer orientiert: John C. G. Röhl in der *SZ* vom 5.3.2014.

15 *SZ* vom 8.10.2013.

16 *SZ* vom 25.8.2014.

17 *SZ* vom 29.8.2014.

18 *FAZ* vom 2.6.2014.

19 Dieser Hinweis bei Jost Dülffer: Rezension zu: Christopher Clark: *Die Schlafwandler*, in: *H-Soz-Kult*, 21.11.2013.

fen<sup>20</sup>. Warum sollte die Geschichtswissenschaft hinter diesen Standard zurückgehen?

Nun hat der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg in diesem Richtungs- und Methodenstreit eine vermittelnde Position eingenommen, indem er die Legitimität drei unterschiedlicher Perspektiven betont, die zu jeweils unterschiedlichen Ergebnissen bei der Einschätzung der Kriegsursachen führten.<sup>21</sup> Fragt man ihm zufolge nach dem «wie» der Entscheidungen zum Krieg, dann kann man Österreich-Ungarn und Deutschland eine besondere Verantwortung für die Eskalierung zum großen Krieg nicht absprechen, indem sie auf das Attentat in Sarajevo unverhältnismäßig reagierten. Fragt man, warum es zum Krieg kam und beleuchtet die Strukturen des Krisenverlaufs, dann werde eine stärkere Verantwortung der Entente sichtbar. Fragt man, wieso es zum Krieg kommen musste und untersuche die systematischen Bedingungen, dann stieße man auf einen «gemeineuropäischen Fatalismus», der in allen Ländern regiert habe.

Eine solche Pluralität von differierenden Geschichtsbildern erzeugenden Perspektiven, die auf den jeweils gewählten Betrachtendstandpunkten beruht, bleibt indessen unbefriedigend, weil sie zu einer Relativierung von Forschungsergebnissen einlädt und die Anstrengung vermeidet, ein (immer nur vorläufiges) Gesamtbild zu erarbeiten.

Kielmanseggs Vermittlungsinitiative verweist noch auf einen weiteren, zentralen, strukturierenden Aspekt der Kontroverse.

### Zurück in die fünfziger Jahre?

Die Entscheidung Clarks über den Aufbau und die Form seiner Darstellung ermöglichte einen neuen, faszinierenden Blick auf die wechselseitigen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in den europäischen Hauptstädten. Aber es war implizit auch eine Entscheidung für das «Wie». Der Preis für diese Entscheidung in der Darstellung liegt in einer Unterbelichtung des «Warum» und des «Wieso». Auch wirken die Figuren des Dramas eher wie heutige Akteure. Aber waren sie nicht doch viel stärker ihrer Zeit verhaftet? Waren ihre Denkfiguren und Handlungsspielräume nicht doch stärker den spezifischen Dispositionen der gewachsenen sozial-moralischen Milieus, der Ausbildung und Herkunft sowie den jeweiligen innenpolitischen Machtkonstellationen, nationalen Traditionen und Politikstilen geprägt?

Clark lässt seine Geschichte nicht mit der französischen Niederlage im Krieg gegen Preußen-Deutschland und der deutschen Reichsgründung, nicht mit dem Abschied Bismarcks von der Macht oder auf einer internationalen Friedenskonferenz beginnen. Sie beginnt in und mit Serbien. Dieses Serbien wird uns als «Schurkenstaat» (Volker Ullrich) des Kontinents vorgestellt, von wo aus alles Unglück seinen Anfang nahm.

Das Wiener Ultimatum an Belgrad wird von Clark als maßvoller bewertet als die von der NATO an Serbien 1999 ultimativ erhobene Forderungen von Rambouillet, die unter anderem die Stationierung von NATO-Truppen in Jugoslawien vorsahen. Betrachtet man allein diesen massiven Eingriff in die Souveränitätsrechte eines Staates mag das sein. Doch der Vergleich hinkt, zumal Serbien mit einer weiteren Verstärkung seines Militärs im Kosovo reagierte. Gleichwohl

20 Vgl. James Joll/Gordon Martel: *The Origins of the First World War*, 3. Aufl., Harlow 2007.

21 FAZ vom 29. Juni 2014.



fügt sich dieser Vergleich in die Geschichte vom Schurkenstaat ein, der gegenüber dem stärkeren Österreich-Ungarn hätte einlenken können, ja müssen, wenn nicht Petersburg (und im Hintergrund Paris) seinem Bundesgenossen den Rücken gestärkt hätte. Zwischen den Zeilen mag mancher eine zum letzten Balkankrieg analoge Grundkonstellation aus dieser Darstellung herauslesen. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht.<sup>22</sup>

An diesen und einigen anderen Beispielen lässt sich zeigen, dass das in Deutschland meistgelesene Buch des Erinnerungsjahres, Christopher Clarks «Schlafwandler», gleich dreierlei Erwartungen bedient: die im Feuilleton herbeigesehnte historiografische Revision, die die deutschen Eliten endlich aus ihrer besonderen Verantwortung für den Ersten Weltkrieg entlässt, Analogien, die die Zeiten überdauernde Konfliktlagen hervortreten lassen und nervenkitzelnde Assoziationen, nach denen es bis zum nächsten Weltenbrand nicht mehr weit sein muss. Dies illustriert die Buchvorstellung von Andreas Kilb. Sie mündet gar in der Befürchtung, dass das, was vor hundert Jahren ein Attentat ausgelöst habe, nämlich den «vereinten Amoklauf Europas», heute ein Bürgerkrieg in Syrien sein könne.<sup>23</sup> Bei allen gut gemeinten Analogismen und aufregenden Assoziationen – vor hundert Jahren war doch einiges anders als heute. Oder wollen wir jetzt noch über eine tiefsitzende deutsch-französische Feindschaft, imperialistischen Rivalitäten unter den europäischen Mächten, einen integralen Nationalismus, der weit

in die Mitte der Gesellschaften reichte, ein von sich her dümpelndes Habsburger Reich oder einen Schlieffenplan reden?

Volker Ullrich hat Recht, wenn er darauf hinweist, Müncklers Buch liest sich als Fortsetzung Clarks.<sup>24</sup> In diesem zweiten Bestseller des Erinnerungsjahres wird das Deutsche Reich des langen 19. Jahrhunderts mit dem China des 21. Jahrhunderts in eine Reihe gestellt, um das Problem «junger Großmächte» zu thematisieren bzw. um historische Lehren zu ziehen, wie mit «aufstrebenden Mächten» umzugehen sei. Der außenpolitische Experte der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, hat vor derart trüben und trügerischen Analogien, die so gleich in Wochenmagazinen und Wochenzeitschriften ihre Blüten trieben, eindringlich gewarnt.<sup>25</sup> Aber auch die Aufwertung der deutschen Einkreisungssängste, die zu einer ausgeprägten Kriegsbereitschaft beigetragen haben sollen, wurden zu historischen Argumenten von «Putinverstehern» im Ukrainekonflikt. Muss sich Putins Russland nicht heute ebenso eingekreist fühlen wie weiland das Wilhelminische Reich? Und müsse man deshalb nicht verständnisvoller mit historisch nachvollziehbaren Machtambitionen umgehen? Statt hart mit Sanktionen zu reagieren mehr Entgegenkommen zeigen? Die Ukraine «föderalisieren» oder wenigstens neutralisieren? Heißt also die historische Lehre: «No more summers like 1914»? Mithin Appeasement, so wie es die britische Diplomatie und Politik nach 1918 (überwiegend) gemeint hat?

22 Der Vergleich findet sich bereits in Christopher Clark: *Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers*, 2. Auflage, München 2009. Die Originalausgabe erschien 2000.

23 *FAS* vom 8.9.2013.

24 *Die Zeit* vom 24.1.2014.

25 Rolf Mützenich: Von Historikern und Hysterikern. Weshalb 2014 nicht 1914 ist (und die Volksrepublik China nicht das Deutsche Reich), in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 12.3.2014.

Zurück zum kalendarischen Ausgangspunkt. Eröffnet worden war das Gedenkjahr mit einem programmatischen Artikel in der Zeitung «Die Welt» von Dominik Geppert, Sönke Neitzel, Cora Stephan und Thomas Weber.<sup>26</sup> Danach wollte das spätwilhelminische Kaiserreich eigentlich nur zurück zu der internationalen Position, die Bismarck ihm verschafft hatte. Schon diese Verteidigung ist absurd. Die politischen und militärischen Führungseliten wollten weder noch konnten sie zurück. Ihre Ambitionen reichten weit über Bismarcks geradezu behutsam erscheinende und helllichtige Außenpolitik hinaus. Dass die Autoren dann weiter ihre Aversionen gegen einen vermeintlich deutschen «Schuldstolz» und eine angebliche Introver-

tiertheit der deutschen Gesellschaft im 21. Jahrhundert freien Lauf lassen; dass sie für ein gesundes Nationalempfinden plädieren und nicht länger hinnehmen möchten, dass nationale Interessen hinter einem unverständlichen «Menschenrechtsinterventionismus» verschwinden und Europa gegen den eigenen Nationalstaat gestellt wird, klingt nun alles andere als neu. Es ist der Sound der 1950er-Jahre, als manche Westdeutsche glaubten, sie könnten wie Briten auftreten. Inzwischen sind wir weiter gekommen. Dank und mit der Europäischen Union. Und das Deutschland dort seine Interessen aufgibt, glaubt niemand der anderen Staats- und Regierungschefs.

26 *Welt* vom 3.1.2014.

## Die Spur der Gewalt

### Wie die Erlebnisse und die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs die Gesellschaft in Deutschland veränderten

Der Krieg 1914–1918 hatte gerade erst begonnen, als deutsche Truppen bereits mit einem hemmungslosen Zerstörungsdrang aufziefen und dabei eine erschreckende Blutspur zogen. Denn Belgien, in das Deutschland am 4. August 1914 einmarschierte, unter Verletzung von dessen völkerrechtlich anerkannter Neutralität, wurde alsbald nicht nur vom militärischen Kampfgeschehen getroffen, sondern auch durch brutale Gewaltexzesse terrorisiert.<sup>1</sup> Zwar war vom Deutschen Reich der Truppen-Durchmarsch ultimativ verlangt worden, aber König Albert I. hatte das dreiste Ansinnen rigoros zurückgewiesen. Auch ein weiteres Kalkül der Deutschen ging nicht auf: Der militärische Vormarsch im westlichen Nachbarland gestaltete sich schwieriger und langwieriger als geplant und angenommen. Denn die belgische Armee, gerade einmal 200.000 Mann stark, sowie die Milizverbände (*garde civique*) leisteten heftigen Widerstand.

Schon in dieser Anfangsphase des Krieges, einer überschaubaren militärischen Lage, zeichneten sich deutlich die Konturen des künftigen unerbittlichen Kampfes ab. Bei der Belagerung der befestigten Stadt Lüttich vom 8. bis 16. August, einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt in Ostbel-

gien, wurden erstmals neue schwere Waffen eingesetzt: das 42-Zentimeter-Geschütz aus der Essener Rüstungsschmiede Krupp, verharmlosend «Dicke Berta» genannt, eine gewaltige Kanone mit 9.300 Metern Reichweite und ungeheurer Verwüstungskraft; dann das Luftschiff Cöln, beteiligt an der Bombardierung Lüttichs. Es handelte sich um Einsätze bisher unbekannter Dimension, jedoch Vorboten der späteren industrialisierten Kriegsführung. Erich Ludendorff, in späteren Jahren als Offizier wie als Politiker eine fragwürdige Figur, legte mit der Einnahme Lüttichs sein militärisches Gesellenstück ab – und erhielt dafür vom Kaiser den höchsten Orden *Pour le Mérite*.

Der deutsche Vormarsch in Belgien besaß auch in anderer Hinsicht ein betrübliches neues Kennzeichen: durch die vielen Massaker an der Zivilbevölkerung. Visé, Seilles, Dinant, Louvain (Löwen) – die Namen dieser Orte stehen für mörderische Gewaltausbrüche gegenüber den Einwohnern, in denen bereits der erbarmungslose Horror kommender Jahrzehnte beängstigend aufleuchtete.

Die deutschen Soldaten, die vor hundert Jahren Belgien okkupierten, immerhin fast zwei Millionen, bewegten sich bei ihrem Vormarsch in großer Angst, wenn nicht gar Panik vor Freischärlern und Hecken-schützen, den so genannten *Franctireurs*. Mit Scharmützeln versuchten die Gegner

1 Zu ähnlichen Gewalttaten kam es an der Ostfront, vgl. den Beitrag von Krzysztof Ruchniewicz in diesem Band.

den Angriff zu stören, ein ziemlich hilfloses Unterfangen aufgrund der hoffnungslosen Unterlegenheit. Der Franc tireur galt im Feldzug Preußen-Deutschlands gegen Frankreich 1870/71 als gefürchtete Gestalt, weil er für reichlich Verwirrung gesorgt hatte. 1914 war dieser Schrecken neu belebt worden, nicht zuletzt durch die offen geäußerte Haltung ranghoher Offiziere, Freischärler sollten direkt standrechtlich erschossen werden.

Natürlich kam es in Belgien auch zu solchen Zwischenfällen. Doch die deutschen Truppen verfielen in eine Überreaktion, indem sie ganze Dörfer zerstörten und Hunderte von Zivilisten erschossen. Der Grenort Dinant ist dafür beispielhaft. Nach einem Schusswechsel beim Übergang der Angreifer über die Maas wurden am 23. August 674 Einwohner getötet, darunter Greise, Frauen, Kinder, die kleine Stadt fast völlig ausgelöscht. Ein paar Tage vorher gab es in Seilles bei Andenne ebenfalls eine Schießerei. 262 Einwohner verloren ihr Leben, der Ort wurde völlig eingeäschert. Höhepunkt dieser frühen Gewaltspirale war die Universitätsstadt Löwen (Louvain). Sie war am 19. August kampfflos besetzt worden. Auch dort löste ein angeblicher Gewehrhael am 25. August eine geradezu bestialische Zerstörung des historischen Stadtkerns aus. Die Universitätsbibliothek mit 230.000 Handschriften, Inkunabeln, Büchern – ein mittelalterliches Gedächtnis europäischer Kultur – wurde absichtlich in Brand gesetzt, 2.000 Gebäude in Ruinen verwandelt, 10.000 Menschen von den deutschen Besatzern aus der Stadt vertrieben, etwa 1.500 in Viehwagen in ein Lager nach Munster in der Lüneburger Heide transportiert. Der akribische Zeitzeuge Harry Graf Kessler, der das Geschehen in

Belgien unmittelbar bei Andenne erlebt hatte, notierte Ende August in sein Tagebuch, man müsse bis zum Dreißigjährigen Krieg zurückgehen, um solche schauerliche Dramen zu finden. Zugleich plagte ihn die Ahnung, der Krieg könne in einen «Hunnenzug» ausarten.

Remember Belgium: In den ersten Kriegswochen zeigten sich bereits die neuen Dimensionen der Gewalt, die durch diesen europäischen Waffengang entfesselt wurden. Immerhin wurden dabei 6.500 Zivilisten getötet – wenig im Vergleich zu den über zwei Millionen Toten, die allein Deutschland am Ende des Krieges zu verzeichnen hatte. Doch für einen «Verteidigungskrieg», wie ihn Kaiser, Militärs und Reichsregierung ausgerufen hatten, sprachen diese Zahlen bereits Hohn. Die Eigendynamik der Gewaltexzesse, von denen der Freiburger Historiker Jörn Leonhard gerade im Blick auf Belgien spricht, diente den gegnerischen Entente-Mächten als Folie, auf der sich die deutschen Truppen als rücksichtslos wütende, wenn nicht gar entmenslichte Soldateska darstellen ließen. Löwen diente als immer wieder zitiertes Beispiel. Ein zweites war dann Reims. Zwischen dem 18. und 20. September 1914 hatten deutsche Verbände die dortige gotische Kathedrale mit Artillerie beschossen. Der Kirchenbau, Krönungsort französischer Könige und damit historisches Identitätsmonument einer ganzen Nation, brannte bis auf die Außenmauern nieder – ein Akt brutaler Barbarei. Die gegnerische Propaganda fand reichlich Anlässe, das Deutsche Reich von Anfang an wegen seiner rohen Gewalt anzuklagen. Von diesem Imageschaden, dem Makel einer besonders gewalttätigen Spezies, haben sich die Deutschen denn auch nicht mehr zu befreien vermocht und es waren nicht zuletzt die auf diese Weise gezeich-

neten Bilder, die bis zu den Friedensverhandlungen 1918/19 wirkungsmächtig blieben.

Die Metapher vom Ersten Weltkrieg als der «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» ist gerade im Erinnerungsjahr zu einem geflügelten Wort geworden. Aber was will dies schon heißen? Die Diskussionen kreisen vor allem um die europäischen Mächtekonstellationen am Vorabend des Konflikts, aber auch um die leidige Kriegsschulddebatte. Dieses Thema schien nach den endlosen Kontroversen über die pointierten Thesen des Hamburger Historikers Fritz Fischer in den sechziger Jahren zumindest beigelegt. Wenn die historischen Diskurse nun zurückkehren, dann hat es nicht den Eindruck, dass es um geschichtliche Aufklärung geht, sondern eher um eine aktualitätsbezogene politische Selbstbehauptung: nämlich für die Berliner Republik eine von Schuldsprüchen korrigierte neue Identität zu schaffen.

In einem solchen Kontext verliert sich allerdings leicht die Thematik, die für den Ersten Weltkrieg so spezifisch war: nämlich die tiefe Spur der Gewalt, die er zog, nicht nur in Deutschland, sondern in großen Teilen des europäischen Kontinents. «Remember Belgium», das stand nicht nur für die Grausigkeiten in diesem kleinen Land zu Anfang der blutigen Kämpfe, sondern für viele geografischen Räume und lange Zeitabschnitte. Der Historiker Benjamin Ziemann spricht daher vom Ersten Weltkrieg als einem «Laboratorium der Gewalt». Und dieses Faktum sollte unbedingt zum festen Bestandteil unserer Erinnerungskultur gehören.

Gewiss, Krieg ist, seit Menschengedenken, immer Ausdruck organisierter und ruinöser Gewalt gewesen, weil er nachgerade darauf abzielt, den Gegner, den Feind zu schwächen, zu verletzen, zu töten, Gut und Leben zu vernichten. Kämpfen und

sterben, töten und überleben, verwüsten und zertrümmern: Das sind die leidlichen, aber auch beständigen Kategorien kriegerischer Auseinandersetzungen. Da macht der Erste Weltkrieg selbstverständlich keine Ausnahme. Und doch bekam er eine andere Qualität als die früher zumeist regional begrenzten Feldzüge. Zwei Gründe sind da zu nennen:

Einmal die zunehmende Industrialisierung durch den Einsatz technisch komplexer oder neuartig entworfener Waffen wie Maschinengewehre, Artillerie, Gas, U-Boote, Flugzeuge, Panzer, die schließlich den totalen Krieg ermöglichten. Der Zerstörungs- und Tötungsgewalt erschlossen sich dadurch bislang unbekannte Konstellationen bei der Kampfführung. Sie bezogen sich sowohl auf die strategischen Planungen der Generalstäbe als auch auf die physischen und psychischen Folgen für die kämpfenden Truppen. In dieser Hinsicht stellt der Erste Weltkrieg eine Epochenschwelle dar.

Zum anderen sickerten die Gewalterfahrungen tief in die Gesellschaften aller kriegsführenden Mächte ein – mit bislang nicht gekannten Nachwirkungen. Dabei geht es nicht nur um die früher nie erreichte enorme Zahl von Millionen getöteten, zerstückelten, verwundeten und traumatisierten Soldaten, die an den kämpfenden Fronten die Formen exzessiver Gewalt – man denke beispielsweise nur an den Gebrauch von Giftgas – unmittelbar erlebten, auch daran direkt beteiligt, also Opfer wie Täter zugleich waren. Sondern das gilt auch für die so genannten Heimatfronten, die – wenigstens in Deutschland – von den direkten Kampfhandlungen weitgehend verschont blieben. Dort vermittelte sich die Gewaltpraxis durch Verlust und Trauer, Leid und Verwundung, Hunger und Elend, Mangel

und Kriegswirtschaft. Dass sich dieses Wissen auch über das Kriegsende und die Friedensverträge hinaus verlängerte, gehört zu den traurigen Nachlässen des Ersten Weltkrieges.

Zu diesem Krieg gehörte auch die Erkenntnis, dass nicht mehr Menschen allein entscheidend waren für den Kampfverlauf, sondern die Fortschrittlichkeit des Geräts und deren permanente Gefechtsfähigkeit. Die neuen Waffensysteme steigerten nicht nur die Formen des anonymen Tötens, sondern erlaubten auch die räumliche und zeitliche Eskalation der Gewalt. Das steigerte die körperlichen und seelischen Gräueltaten der Gewalt, denen die Soldaten in ihrer deprimierenden Schützengraben-Existenz ausgesetzt waren, die zwar von der nationalistischen Propaganda als Kameradschaftsgemeinschaft verklärt und von den Bellizisten als heroische Tat gefeiert wurde, die jedoch viele Kämpfer als Hölle erlebt hatten. Die inzwischen recht umfangreich erschienene Tagebuch- und Feldpost-Literatur legt von den emotionalen und organischen Heimsuchungen der Soldaten in den Laufgräben und Unterständen, bei Artilleriebeschuss und Sturmangriffen beredt Zeugnis ab.

Nun besteht in der historiografischen und kulturgeschichtlichen Literatur schon eine längere Kontroverse über die Begrifflichkeit der Gewalt und deren Auswirkungen auf das gesellschaftliche und politische Geschehen, gerade in Deutschland. Das Stichwort dazu lautet «Brutalisierung» und die darauf beruhende These, dass das Erlebnis der Brutalitäten in den mörderischen Schlachten des Ersten Weltkrieges zu weiterer individueller und kollektiver Brutalität führe. Bereits während der Kriegsjahre wurde über diese Ansicht diskutiert. So nehmen in den Überlegungen des Psychoanalytikers

Sigmund Freud über Krieg und Tod aus dem Jahr 1915 Gewalt-Ausdeutungen einen großen Raum ein. Die Gewaltsteigerung, wie sie durch den Krieg ausgelöst werde, so meinte er, hinterlasse langfristig eine Erbitterung. Krieg und Gewalterfahrung zeigten, dass ein Rückfall in ältere psychische Verhaltensmuster möglich sei. Für Freud eine Erklärung für die Gewaltenthemmung, deren Zeuge man nun werde. Aber er konzentrierte sich dann eher auf die Evidenz des Todes, die durch das Kriegsgeschehen nun offensichtlich werde. Deshalb hat er, in einer noch frühen Phase des Krieges, seine Gewaltdeutungen wohl auch nicht auf die gesellschaftspolitische Ebene ausgedehnt, doch das Zerrüttungsmoment der Gewalt hat er schon benannt.

Diesen Schritt vollzog später der Historiker George Mosse, indem er das Verhaltensmuster der Gewaltbrutalisierung für die deutsche Politik während der Weimarer Politik benutzte. Mosse reflektierte dabei gewiss eigene biografische Erfahrungen. Denn als Abkömmling aus der bekannten Berliner Zeitungsdynastie hatte er die widersprüchlichen Jahre der Zwischenkriegszeit in Deutschland selbst erlebt, musste 1933 aber in die USA fliehen, wo er dann lange an Universitäten lehrte.

Die Schrecknisse des Krieges und das massenhafte Sterben der Soldaten, so Mosse in seinem Buch «Gefallen für das Vaterland» in den neunziger Jahren, seien in Deutschland im Nachhinein in Heroisierung und Mythenbildung umgedeutet und in dieser Verfremdung in den Alltag integriert worden. Dieser Mythos des Kriegserlebnisses sei dann von der nationalistischen Rechten aufgegriffen worden, um in den zwanziger Jahren ihren «inneren Krieg» weiter zu führen. Mosse nennt hier als Belege

die politischen Morde an den Linken, die blutigen Fährten der Freikorps und die Idealisierung eines aggressiven «soldatischen Mannes», wie er dann in die Ideologie des Nationalsozialismus einzog.

Daraus leitet er Verrohung, Gefühlskälte und Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben ab, Eigenschaften, die eine demokratische Kultur ausschließen.

Mosses Brutalisierungsthese wird heute infrage gestellt. So bezweifelt Ziemann, dass die Gewaltaffirmation in Deutschland nach 1918 in direktem Zusammenhang mit den Kriegserlebnissen stehe. Denn schließlich seien brutalisierende Mythen und Vorstellungen in der Gesellschaft auch bei jenen verbreitet gewesen seien, die an den Gewaltakten des Krieges nicht aktiv teilgenommen hätten. Auch der in Dublin lehrende Historiker Robert Gerwarth hält Mosses These «in ihrer Pauschalität» nicht mehr für zeitgemäß. Zwar räumt er eine psychologisch deformierende Wirkung auf die Kriegsteilnehmer ein, aber daraus lassen sich keine Schlussfolgerungen ableiten, «warum die politische Kultur in einigen ehemaligen Kombattantenstaaten ‚brutalisiert‘ wurde, in anderen hingegen nicht». Der Kulturhistoriker Bernd Hüppauf verwirft gar die Brutalisierung als «unterkomplexen Begriff» generell. Dies offeriere nur eine «Pseudoerklärung», weil dabei das Handeln auf physische Akte verengt sei. Hüppauf verwendet dafür den Begriff der Grausamkeit als «eine komplexe psychosoziale Struktur». Und so formuliert er: «Der Erste Weltkrieg setzte zweifellos heftige Emotionen wie Hass und Angst frei und erzwang eine Transformation in Aggression. Sie bildete die Bedingung für die Wiederkehr einer Grausamkeit, die für überwunden gehalten worden war.» Hüppauf meint, die Normalisierung der

Grausamkeit «senkt Verbotsschwellen und schafft eine Latenz der Grausamkeit, die jederzeit aufgerufen und in Taten umgesetzt werden kann».

Es ist gewiss sinnvoll, sich um genaue Definitionen der Gewalt, wie sie im Ersten Weltkrieg entstand und danach weiterwirkte, zu bemühen und dabei zu differenzieren. Denn es handelt sich dabei ja nicht um eine abstrakte Kategorie, sondern um eine historische Realität, die den Fortgang in der Zwischenkriegszeit maßgeblich beeinflusst hat. Bei Hüppauf heißt es schließlich, Gewalt könne geschehen, aber sie müsse nicht geschehen. Was sind also die Bedingungen, dass sie eben in Deutschland, im Gegensatz zu anderen kriegsführenden Nationen wie Frankreich und England, das gesellschaftliche und politische Geschehen in einer Weise prägte, die bis zum Scheitern der Weimarer Demokratie und in den totalitären Staat der Nazis führte?

Eine solche Linie zu führen, kann heute schnell Widerspruch auslösen. Denn in der historiographischen Literatur mehren sich jüngst die Stimmen, die Kontinuitätslinien vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg vehement zu bestreiten. Und gewiss stehen den Verfechtern dieser Interpretation eine Reihe von Argumenten zur Verfügung, strukturelle, institutionelle, kulturelle, auch ökonomische, mit denen sie dies zu belegen versuchen.

Bei der Thematik Gewalt verläuft die Linie jedoch stringenter. Der Freiburger Historiker Jörn Leonhard, Verfasser einer exzellenten Darstellung des Ersten Weltkrieges, hat in einem Sammelband einen Aufsatz unter der bezeichnenden Überschrift «A war to end all wars?» veröffentlicht. Damit beruft er sich auf eine Losung in den westlichen Demokratien, vor allem auf die Vision

des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson mit seiner Vision einer neuen Weltordnung aufgrund von Selbstbestimmungsrecht und Partizipation, nun den Krieg nach 1918 für immer bannen zu können. Leonhard wertet nun unter diesem Aspekt die Pariser Friedensverträge von 1919/20, die er im Spannungsfeld zwischen «Erwartungslast und Desillusionierung» sieht. Aus der Umsetzung der neuen Vorstellungen dieser Friedensverträge seien «zahlreiche neue Gewaltstrukturen und massenhafte Gewalterfahrungen in Europa und darüber hinaus» entstanden, wie Bürgerkriege, Massenverreibungen, Genozide. «Diese Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, die Verlängerung des Krieges in den Frieden hinein, prägte die Periode zwischen den Weltkriegen. Sie ließ die Schwelle zur Gewalt sinken und die Grenze zwischen Krieg und Frieden brüchiger werden», so Leonhard. Auch Robert Gerwarth spricht, schon etwas konkreter, vom «Aufkommen einer gewaltbereiten gegenrevolutionären Subkultur in den besiegten Staaten Mitteleuropas» und einem transnationalen Milieu der militanten Rechten, «einem paramilitärischen Milieu, das entschlossen war, jene vermeintlichen und realen inneren und äußeren Feinde gewalttätig niederzuschlagen, die sie für die Kriegsniederlage, territorialen Zerfall und revolutionären Umsturz verantwortlich machten».

Treffen solche Beschreibungen nicht auf die Zustände und Mentalitäten in Deutschland nach 1918 zu? Gewiss, auch die Verlierermächte k.u.k. Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich wurden durch ihre Auflösung von Chaos und Konfusion erfasst. Aber im Deutschen Reich markierte das Versailler Vertragswerk einen besonders tiefen Einschnitt in die nationale Identität. Die Indizien sind zahlreich.

Die 3. Oberste Heeresleitung (OHL) um Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff hatte bis in den Spätsommer 1918 fälschlicherweise die Hoffnungen auf einen «Siegfrieden» genährt; als sie die militärische Aussichtslosigkeit ihrer Lage einsah, schob sie die Verantwortung für die Waffenstillstandsbemühungen an zivile Politiker ab und rettete sich selbst in die infame Dolchstoßlegende; die Unterzeichnung des Waffenstillstandes in einem Eisenbahnwaggon im Wald von Compiègne am 11. November 1918 wurde vom Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger vollzogen, obwohl der Reichstag auf die militärische Kriegsführung keinen Einfluss haben konnte – Anlass dafür, um später von den «Novemberverbrechern» zu reden; die Unterschrift unter den Friedensvertrag am 28. Juni 1918 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles wurde von einer emotional aufgeladenen Szene begleitet, weil nämlich während der Zeremonie fünf im Gesicht schwer verletzte französische Soldaten, Les cinq gueules cassés, in der Nähe des Tisches platziert wurden, an dem die deutsche Delegation die Dokumente attestieren musste – stille Anklage gegen die deutsche Schuld am Krieg, die später millionenfach auf Postkarten verbreitet wurde.

Drückt sich nicht in solchen Akten ebenfalls Gewalt aus, wenn auch nicht in direkter, sondern in gefühlsbetonter Art? In Deutschland wurde dies jedenfalls mehrheitlich so empfunden und interpretiert. Zumal da der oft zitierte Artikel 231 des Versailler Vertragswerkes Deutschland ausdrücklich mit der alleinigen Schuld am Krieg belegte, neben den hohen Reparationsforderungen, die die Zukunftsperspektive erheblich belastete. Die «besiegte» Nation verfiel in Mutlosigkeit, Enttäuschung, Wut, Zorn,



Hass, Revanche-Gefühlen. Waren die jahrelangen Stellungskriege oft ein Schrecken ohne Ende, so bedeutete Versailles für viele Deutsche ein Ende mit Schrecken.

Dieses Ende stand so ganz im Gegensatz zum Anfang. Als Wilhelm II. in den ersten Augusttagen 1914 den Kriegseintritt verkündete, kam Jubel und Begeisterung auf. Die ikonographischen Bilder sind bekannt: die applaudierende Menge auf dem Berliner Schlossplatz; die ausgelassenen Jünglinge mit ihren schwenkenden hellen Strohhüten auf der Prachtstraße Unter den Linden; die winkenden Soldaten aus den geschmückten Eisenbahnwaggons, die sie an die Fronten brachten; die jungen Damen, die den Herren in Feldgrau Blumen an die Uniformen heften. Die Euphorie der Eliten, getragen von Adel, Militärs und arriviertem Bürgertum, wurde keineswegs in allen Schichten geteilt. In der Landbevölkerung mit den Sorgen um Hof, Sippe, Vieh und Ernte überwog die Skepsis, ebenso in der Arbeiterschaft wegen des Verlustes von Mann und Vater sowie des Ausfalls von Familieneinkommen. Da zeichneten sich schon andere Skizzen ab, die jedoch von einer manipulativen Propaganda aus der Öffentlichkeit weitgehend ausgeblendet wurden.

Allerdings begann in Deutschland, neben dem enormen militärischen Aufmarsch, auch eine beispiellose geistige Mobilisierung. Die «verspätete Nation», um diese Chiffre Helmuth Plessners für das wilhelminische Kaiserreich aufzugreifen, erging sich in beschwörender Selbstvergewisserung und pathetischer Selbstbestätigung. Als «Augusterlebnis» ist diese «kollektive Erregung», so der Potsdamer Historiker Ernst Piper, in die Geschichtsschreibung eingegangen. Die Zahl der Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Kulturträger, die

sich an dieser martialischen Geistesrallye beteiligten, ist geradezu Legion: Max Weber, Ernst Troeltsch, Georg Simmel, Werner Sombart, Rainer Maria Rilke, Gerhart Hauptmann, Richard Dehmel, Ernst Stadler, Richard Strauß, Karl Schefflere, Thomas Mann, um nur einige prominente Namen zu nennen. Im Oktober 1914 erschien ein «Aufruf an die Kulturwelt», von 93 bekannten Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern unterzeichnet, unter ihnen Max Liebermann, Adolf von Harnack, Max Reinhardt, Engelbert Humperdinck, Gustav von Schmoller, Wilhelm Röntgen, Paul Ehrlich. In dem Aufruf, der die Gewaltexzesse der deutschen Truppen in Belgien verharmloste, wird der Militarismus zur Wahrung deutscher Kultur verteidigt. Es folgte kurze Zeit später die «Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches» mit über 4.000 Unterschriften. Darin heißt es, am Sieg des deutschen Militarismus hänge das Heil für die ganze Kultur Europas.

In allen diesen geistigen Ergüssen herrscht eine ausschweifende Kriegsverherrlichungspropaganda – und damit eine stupende Verklärung der Gewalt. Der Krieg wird als ein Ereignis gefeiert, der Sinn und Richtung gebe, Manneszucht, Tapferkeit, Treue und Opfermut fördere, für Reinigung und Erneuerung in der Gesellschaft Sorge, eine Hygiene darstelle. Bei Rilke: «Endlich ein Gott.» Oder wie der Verseschmied Heinrich Lersch dichtete: «Nun lebt wohl, ihr Menschen, lebet wohl! Ein freier Deutscher kennt kein kaltes Müssen: Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen!» Das «nervöse Zeitalter», um eine Formel des Historikers Joachim Radkau aufzugreifen, über das sich die Firnis der Belle Époque gelegt hatte, schien ein adäquates abenteuerliches Ventil gefunden zu haben.

Ganz typisch dafür Thomas Mann, der in den ersten Augusttagen 1914 ein «historisches Hochgefühl, Aufbruchsfreude, Abwerfen des Alltags, Befreiung aus einer Welt-Stagnation» empfand. Er wurde «zum bedeutendsten literarischen Apologeten des gerade beginnenden Krieges», so Piper. Sein Urteil begründet er auf Manns Text «Gedanken im Kriege», der im September 1914 erschien. Darin spitzt der Dichter jenen Gegensatz zu, der damals für die geistig-moralische Aufrüstung so maßgeblich war: nämlich zwischen der westlichen Zivilisation und der deutschen Kultur, noch erweitert durch westliche «Politik» und deutsche «Moral»: «Politik ist eine Sache der Vernunft, der Demokratie und der Zivilisation; Moral aber einer solche der Kultur und der Seele.»

Thomas Mann hat sich an diesem vorgegebenen mentalen Unterschied, auch in Konkurrenz zu seinem Bruder Heinrich, weiter abgearbeitet. Denn in seinen «Betrachtungen eines Unpolitischen», Ergebnis einer dreijährigen Beschäftigung mit dem Thema und daher erst 1918 publiziert, konstatiert er: «Ich will nicht Parlaments- und Parteiwirtschaft, welche die Verpestung des gesamten nationalen Lebens mit Politik bewirkt. Ich will nicht Politik. Ich will Sachlichkeit, Ordnung und Anstand.» Politik, Demokratie sei «an und für sich etwas Undeutsches, Widerdeutsches». Manns Wendung zum «Vernunft-Republikaner» vollzog sich erst 1922, unter dem Eindruck einer fürchterlichen Gewalttat, nämlich dem Mord am deutschen Außenminister Walter Rathenau durch nationalistische und antisemitische Freikorps-Angehörige.

Diese Intonation entspricht in ihrer klaren Abgrenzung zu Zivilisation und Demokratie jenen «Ideen von 1914», die alsbald eine intellektuelle Unterfütterung für die

Kriegsnation bilden sollten. Als Versatzstücke für diesen Begriff, der vom Münsteraner Staatswissenschaftler Johann Plenge eingeführt wurde, zählten nationale Einheit und «deutsche» Freiheit, Ordnung und Pflichterfüllung, Gleichmaß und Kameradschaftlichkeit. Auch Formeln wie Volksgemeinschaft und nationaler Sozialismus tauchten auf. Für den Historiker Steffen Bruendel hat sich der Gesellschaftsentwurf der «Volksgemeinschaft», der zum ideologischen Kernstück des Nationalsozialismus gehörte, aus den Diskussionen um die «Ideen von 1914» und korporativer Reformvorstellungen entwickelt. Die konservativen Sinnstifter verstanden die «Ideen von 1914» vor allem als Gegenentwurf zu den Idealen der Französischen Revolution mit Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Plenge stilisierte den kulturellen Kontrast sogar zu einer «deutschen Revolution von 1914», einem Modell überindividueller Gemeinschaft und organisatorischer Effizienz.

Von dieser Einigkeitsstimmung, dem Zusammenstehen und Zusammenhalten, ließen sich auch die Politiker des Reichstages beeindrucken. Nachdem Kaiser Wilhelm II. am 4. August 1914 in einer Thronrede den fatalen, weil trügerischen Satz ausgesprochen hatte «Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur Deutsche», da reichte diese Mystifikation aus, dass alle Reichstagsabgeordneten den Kriegskrediten zustimmten. Das Votum der bürgerlichen Parteien war selbstverständlich, aber auch die Sozialdemokraten ließen sich, aus Angst vor der russischen Despotie, umstimmen: «Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Volk nicht im Stich.» Sowohl Wilhelm II. als auch Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg hatten mit der Bedrohung der Feinde von außen argumentiert und daher

einen Verteidigungskrieg betont. «Wir sind jetzt in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot!», so der Kanzler. Damit war die Politik des «Burgfriedens» arrangiert. Dabei handelte es sich «viel eher um einen Waffenstillstand im Klassenkampf», meint Ernst Piper. Denn «der August 1914 war kein Wir-Erlebnis, das ein solidarisch handelndes Subjekt schuf. Vielmehr brachte er eine Schicksals- und Notgemeinschaft hervor, deren Aktionsbasis die temporäre Suspendierung widerstrebender Partikularinteressen war». Der «Burgfrieden» hatte aber auch noch einen anderen Effekt, auf den der Historiker Gerd Krumeich aufmerksam macht: «Die Politiker überließen das konkrete Handeln den Militärs, und diese verfügten, so schien es zumindest, über sehr klare Vorstellungen und Zeitpläne.»

Es war eine große Illusion, wie sich schon bald herausstellte, und damit bröckelte auch mehr und mehr die dürftig gezimmerte innere Einheit: weil der «Siegesfeldzug» der deutschen Truppen an der Westfront bereits im Spätherbst 1914 scheiterte und der folgende Stellungskrieg mit seinen Abnutzungsstrategien immer mehr Tote und Verwundete forderte; weil die Kriegswirtschaft in Deutschland laufend stärkere Einschränkungen und Eingriffe erforderte, bis hin zum sprichwörtlichen Steckrübenwinter 1917, der zu Hungerrevolten und Streiks führte; weil die immer ausgreifenderen annexionistischen Kriegsziele der Radikationalisten stets deutlicher im Gegensatz zu den militärischen Realitäten gerieten, so dass sich der Eindruck verfestigen konnte, einer Chimäre nachzujagen; weil die Militärführung die bitteren Wahrheiten so lange verschwieg, bis der politische Spielraum für ein Ende der Kämpfe mit Gesichtswahrung längst verspielt war.

Unter der Oberfläche lauerte während der Kriegsjahre deshalb an vielen Stellen ein Gewaltpotential, auch in der deutschen Bevölkerung, oft subtil und zuweilen regressiv, aber doch mit einiger Virulenz für das Bewusstsein der Gesellschaft. Das ließ sich nicht ewig unter der Decke halten und das wachsende Aufbegehren gegen die sich verschlechternden Lebensbedingungen in den späteren Kriegsjahren belegt dies auch. Symptomatisch für diese Ambivalenz waren zudem die üppigen Mythenbildungen, mit denen die Menschen sowohl an der Front als auch in der Heimat immer wieder in die Pflicht genommen werden sollten. Das waren am Kriegsbeginn die Heroisierungen von Langenmarck und Tannenberg, also einmal der gescheiterte Sturm junger deutscher Kriegsfreiwilliger auf eine britische Stellung in Flandern, angeblich mit dem Gesang «Deutschland, Deutschland über alles» auf den Lippen; dann der Sieg des damaligen Generaloberst Paul von Hindenburg Ende August 1914 über die russischen Truppen in Ostpreußen, der diesen Mann später sogar bis ins Amt des Reichspräsidenten beförderte. Schließlich die Verklärung der «großen Schlachten» 1916 in Verdun, mit 330.000 «Verlusten» auf deutscher und 380.000 auf französischer Seite. In diesen Mythen drückte sich pure Gewaltverherrlichung aus und es ist bezeichnend, wie die dabei geistig mobilisierten Attribute Kampfeswille und Opferbereitschaft in den zwanziger Jahren gerade von der radikalnationalistischen Agitation gegen die Demokratie eingesetzt wurden. Die Nazis integrierten diese Mythen völlig in ihre gewalttätige Propaganda und faschistische Ästhetik, wie die Langenmarck-Halle auf dem Berliner Olympia-Gelände bis heute belegt.

Daneben die ständige Beschwörung der Schützengrabengemeinschaft als Lebensform, in der die individuellen Interessen vor den kollektiven zurückzustehen haben. Auch darin verbirgt sich eine Sublimierung offensiver Fantasien. Dem Schriftsteller Ernst Jünger ist in seinen «Stahlgewittern», obwohl die Tagebuchnotizen erst in den zwanziger Jahren erschienen, die literarische Schilderung dieser Gegebenheiten beispielhaft gelungen. Als einen «Praktiker und Beobachter des Tötens» bezeichnet der Historiker Ziemann Jünger, als einen Typen, wie es ihn vielfach an der Westfront gegeben hat. Die Alltäglichkeit der Gewalt, in ihren rationalen wie emotionalen Empfindungen, wird in dieser kühlen Kriegsprosa überdeutlich. So ist nachvollziehbar, dass Jünger den «Kampf als inneres Erlebnis» erfuhr. Aber der Literat denkt über den Krieg hinaus. Er verlängert seine Beobachtungen auf ein Plädoyer für einen «neuen Menschen» als einem perfekten Zusammenspiel von Mann und Maschine, das er durch sein Kriegserlebnis verinnerlicht hat. «Der Krieg ist unser Vater, er hat uns gezeugt im glühenden Schoße der Kampfgräben als ein neues Geschlecht, und wir erkennen mit Stolz unsere Herkunft an. Daher sollen unsere Wertungen auch heroische, auch Wertungen von Kriegern und nicht solche von Krämern sein, die die Welt mit ihrer Elle messen möchten», hat er Mitte der zwanziger Jahre geschrieben. Mit solcher Gesinnung wurde Jünger, der in der Zwischenkriegszeit mit seinen Büchern beachtliche Erfolge erzielte, zum Idol jener Menschen, die mit der Weimarer Demokratie wenig anzufangen wussten.

Es blieb allerdings nicht eine abstrakte Dimension. Der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer hat nachgewiesen, wie stark

das Geschehen des Ersten Weltkrieges das antidemokratische Denken in der Weimarer Republik beeinflusst hat. «Von der Kraft des Kriegserlebnisses wurde eine neue Politik projiziert», meint er. Die Antriebe dazu rührten «aus blutvoller und harter Lebenserfahrung». Der aus dem Kriegserlebnis abgeleitete neue Nationalismus sei «in den breiten Strom des antidemokratischen Denkens und seiner philosophisch-kulturkritischen Theoreme» gemündet. Auch im Frieden hätten sich die Männer als ein Geschlecht von Kriegern empfunden, «die gegen die Krämerseele des Systems zum Aufstand bliesen».

Die Spur der Gewalt: Sie zieht sich tatsächlich durch fast alle Jahre der Weimarer Republik. In den blutigen Gewalttätigkeiten der zahllosen Unruhen und verbissenen Konfrontationen spiegelte sich, so der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, «der ideologische Charakter der Auseinandersetzungen wider, bei denen es nicht mehr um die Austragung von Interessendifferenzen und politischen Meinungsunterschiede ging, sondern um weltanschauliche Richtungskämpfe. Der Kampf um die zukünftige Ordnung der Gesellschaft nahm so mehr und mehr Züge einer Bürgerkrieges an». Die Anläufe zu Revolte und Umsturz von der radikalen Linken wie der militanten Rechten sind zwischen den Weltkriegen geradezu epidemisch. Und an der Bekämpfung und Niederschlagung waren nicht nur die staatlichen Streitkräfte, sondern auch Freikorps, Freiwilligen-Gruppen, Einwohnerwehren, Arbeiter-Verbände, Soldateska-Cliquen, Geheimbünde beteiligt. Selbst nach dem Machtantritt der Nazis wurde hemmungslose Gewalt eingesetzt, vor allem durch ihre paramilitärischen Schlägerbanden SA und SS, bis sie ihren Totalitätsanspruch in Deutschland gesichert glaubten.

Nur einige Stationen dieser Gemengelage der Gewalt: Anfang 1919 Spartakus-Aufstand in Berlin, der von Freikorps bezwungen wurde und an dessen Ende Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden; wenig später Aufstände in Berlin, Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet; Mord an Bayerns Ministerpräsident Kurt Eisner und eine kurzfristige Räterepublik, von Reichswehrtruppen und Freikorps aufgelöst; im März 1920 der Versuch einer rechten Gegenrevolution durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch in Berlin, mit dem Wüten der Marinebrigade Erhardt in der Stadt; danach ein von den Linken initiiertes «Ruhrkrieg», ebenfalls von Reichswehr und Freikorps beendet; im August 1921 der Mord an dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger durch Mitglieder der rechtsradikalen «Organisation Consul»; im Jahr darauf das Attentat auf Außenminister Walther Rathenau; Anfang November inszeniert Hitler seinen Putsch in München, der blamabel scheitert; während der Hyperinflation, die Schockwellen in den Bevölkerung auslöst, wuchert ein neuer Antisemitismus, «der zum Passepartout, zu Erklärung nahezu aller Widersprüche des mordenden Lebens» wurde (Herbert) und später bekanntlich zu den offenen Pogromen und schließlich zum Holocaust führte.

Dieser Strang lässt sich leicht weiter erzählen, etwa bis zur staatlich sanktionierten Gewalt der Nazis. Nach dem 30. Januar 1933 wüteten SA-Schlägertrupps auf den Straßen, jagten Kommunisten, verschleppten Opponenten, richteten wilde Konzentrationslager ein, in denen gefoltert und gemordet wurde. Als die Abgeordneten des Reichstages am 23. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz, außer den Sozialdemokraten, zustimmten, bildeten finstere SA-Männer eine entschlossene Drohkulisse. Am 1. Juli 1934 lässt Hit-

ler den SA-Führer Ernst Röhm und seine engsten Kumpane umbringen, weil sie ihm lästig und gefährlich erschienen. Gleichzeitig werden auch der ehemalige Reichskanzler Kurt von Schleicher und andere bürgerliche Politiker umgebracht.

Genug, genug: Dass Gewalt wieder Gewalt gebiert, ist satte historische Erfahrung. Den Zeitabschnitt von 1914 bis in die dreißiger Jahre allein auf diesen Aspekt zu beschränken, wäre ein unvollständiges Bild. So prägend die Kriegserlebnisse waren: Millionen von Frontsoldaten sind nach 1918 wieder in die zivile Gesellschaft integriert worden. Aber eine beträchtliche Zahl fand nicht in eine normale Existenz zurück und verlor das Vertrauen in die Zukunft. Für den Kulturhistoriker Hüppauf generiert die Gewalt auch Angst. Sie kann sich zur «Angstlust» steigern, meint er, wenn «das Gefühl von Sicherheit und Bindung verloren geht». Und davon hatte diese Epoche reichlich viel zu bieten: Sozialabstieg, Inflation, Arbeitslosigkeit, Bürgerkrieg, um nur einige Stichworte zu nennen. Die Gesellschaft schien nicht mehr die Fähigkeit zu besitzen, die Konflikte einzudämmen und einzuhegen. Vermeintliche gefühlsmäßige Auswege bot da ein überbordender Nationalismus im rechten Spektrum wie ein radikaler Internationalismus bei der kämpferischen Linken. Dafür stehen Verbände wie «Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten» mit Verbindungen zu Freikorps und Einwohnerwehren, aber auch Vereinigungen wie der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der Germanenorden, auch Traditionsfossile wie Alldeutscher Verband und Kyffhäuserbund, sowie paramilitärische Gruppierungen wie der Rote Frontkämpferbund bei der KPD und SA und SS bei der NSDAP. Die Disposition zu Gewalt verfügte über beträchtliche Netzwerke.

Bemerkenswert und von gesellschaftlichem Belang ist ebenfalls die so genannte Kriegsjugendgeneration, also die Jahrgänge zwischen 1900 und 1910. Noch zu jung, um selbst die Schützengrabenerfahrung gemacht zu haben, begeisterten sich doch viele Angehörige in völkischen Jugendverbänden für Soldatenideale und Opfermythen. Der Historiker Gerwarth glaubt, dass diese Generation vor allem durch die Niederlage von 1918 geprägt worden sei, die sie als Verrat empfunden habe. Es wäre eine Erklärung dafür, dass viele Angehörige dieser Jahrgänge später im NS-Apparat Karriere gemacht haben.

In dieser Atmosphäre der Gewaltäußerung als einem fast alltäglichen Verständnis wird der Kontext evident, in dem der Staatsrechtler Carl Schmitt 1927 seinen «Begriff des Politischen» formuliert hat: «Die spezifische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.» Schmitt reduziert alle politischen Akte auf diesen Gegensatz, und daher ist es nur konsequent, wenn er die «äußerste Realisierung der Feindschaft» im Krieg erblickt. Für ihn ist eine Welt ohne Unterscheidung von Freund und Feind eine «Welt ohne Politik». In solchen Definitionen sind zweifellos die Verhältnisse in der Weimarer Republik eingeflossen. Denn Schmitt machte aus seiner Verachtung des damaligen Systems keinen Hehl. Sein Begriff des Politischen, bemerkt der Biograf Reinhard Mehring, lebe vom Widerspruch zu Liberalismus und Demokratie. Später avancierte der Staatsrechtler als Apologet des totalen Staates zum nationalsozialistischen «Kronjuristen» und preußischen Staatsrat unter den Nazis. «Der Führer schützt das Recht», so rechtfertigte er 1934 die Morde in der

Röhm-Affäre und sanktionierte damit die uneingeschränkte und unkontrollierte Gewalt als eindeutiges Herrschaftsinstrument des NS-Staates. Der totalitäre Staat, mit unzähligen Regulierungen und Repressalien, erfuhr auf diese Weise seine vermeintliche Legitimität.

Hier schließt sich gleichsam der Kreis in der Konzentration auf die Gewaltentwicklung in den beiden Jahrzehnten von 1914 bis 1934. Natürlich haben sich in der Zwischenkriegszeit auch gesellschaftliche Strukturen und zivile Lebensformen herausgebildet, die Fortschritt und Modernität ermöglichten. Die Dialektik zwischen Stabilität und Fragilität moderner Massendemokratien hat der Hamburger Historiker Tim B. Müller in einem instruktiven Essay über die Weimarer Republik herausgearbeitet. Allerdings müssten Demokratien bei Gefährdungen und Krisen «ihr zivilisatorisches Minimum» bewahren, meint er. In der engen Krisenabfolge, aber auch im häufigen Versagen des Krisenmanagements, ist dies damals nicht ausreichend gelungen. Es hat sich gezeigt, dass Gewaltüberschreitungen zu einer Eskalation führen können, die Demokratie und Freiheit bedrohen und gar vernichten. In der aufgeladenen Mischung aus Verzweiflung, Verachtung, Hass, Zügellosigkeit, Rache und Brutalität wächst die Sehnsucht nach der charismatischen Figur, dem Führer, der die Unsicherheit und das Chaos beendet. Es ist der Verzicht auf Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung, eben die Kapitulation vor menschenverachtender Gewalt. Dies hat Deutschland in die Katastrophe von 1933 bis 1945 geführt.

Nun bleibt Gewalt im «Jahrhundert der Extreme» Mittel der Politik. Dafür stehen Namen wie Mao, Pol Pot, Idi Amin, Pinochet, Mladic, Assad, wohl auch Putin, aber

ebenso Schauplätze wie Vietnam, Ruanda, Srebrenica, Tianamen, Nahost, Ukraine. Im vielfachen Gedenkjahr 2014, mit seiner überschüssigen Phraseologie vom «Lernen aus der Geschichte», besteht allenthalben die Neigung, aktuelle Krisen auf frühere historische Folien zu legen. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat angesichts der heutigen Gewaltausbrüche nachdrücklich vor der «Suggestion historischer Analogien» gewarnt. Die Vergangenheit sei nicht die «Blaupause der Gegenwart», sondern habe eigene Regeln und Besonderheiten. Das gilt auch für die Spur der Gewalt während des Ersten Weltkrieges und danach. Aber das Wissen darum, die Verwicklungen wie die Abgründe, kann helfen, Risiken erst gar nicht einzugehen, die nur Gewalt als Lösung fixieren.

#### Literatur

- Bruelens, Geert: *Europas Dichter und der Erste Weltkrieg*, Berlin 2014.
- Bruendel, Steffen: Die Geburt der «Volksgemeinschaft» aus dem «Geist von 1914», <http://www.zeitgeschichte-online/md=EWK-Bruendel>.
- Clark, Christopher: *Die Schlafwandler*, München 2013.
- Gerwarth, Robert und Horne, John: *Krieg im Frieden*, Göttingen 2013.
- Gerwarth, Robert: *Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts?*, <http://www.deutschlandfunk.de>.
- Herbert, Ulrich: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014.
- Hirschfeld, Gerhard und Krumeich, Gerd: *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt 2013.
- Hochschild, Adam: *Der große Krieg*, Stuttgart 2013.
- Hüppauf, Bernd: *Was ist Krieg?*, Bielefeld 2013.
- Jünger, Ernst: *In Stahlgewittern*, Stuttgart 2014.
- Lauinger, Horst: *Über den Feldern*, Zürich 2014.
- Leonhard, Jörn: *Die Büchse der Pandora*, München 2014.
- Leonhard, Jörn: «A war to end all wars»? Die Friedensverträge nach 1918 zwischen Erwartungslast und Desillusionierung, in: Erlen, Gernot: *Warum Frieden machbar ist*, Freiburg 2014.
- Mann, Thomas: *Betrachtungen eines Unpolitischen*, Frankfurt 2004.
- Mehring, Reinhard: *Carl Schmitt: Aufstieg und Fall*, München 2009.
- Müller, Tim B.: *Nach dem Ersten Weltkrieg, Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014.
- Münkler, Herfried: *Der große Krieg*, Berlin 2013.
- Die Ukraine-Krise und das Kriegsjahr 1939, in: *Tagesspiegel* Nr. 22169 vom 18.9.2014.
- Piper, Ernst: *Nacht über Europa*, Berlin 2014.
- Sontheimer, Kurt: *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München 1962.
- Schmitt, Carl: *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1963.
- Schulze, Hagen: *Weimar, Deutschland 1917–1933*, Berlin 1982.
- Steinbach, Matthias (Hrsg.): *Mobilmachung 1914, Ein literarisches Echolot*, Stuttgart 2014.
- Verfürth, Heinz: *Die Arroganz der Eliten*, Gütersloh 2008.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914–1990*, München 1995.
- Winkler, Heinrich August: *Weimar 1918–1933*, München 1993.
- Ziemann, Benjamin: *Gewalt im Ersten Weltkrieg*, Essen 2013.

## Der vergessene Krieg in Ostmitteleuropa<sup>1</sup>

Der Erste Weltkrieg in Ostmitteleuropa gehört heute zu den vergessenen Kriegen. An diesen Konflikt erinnert der Westen, der sich auf die Erinnerung an eigene Schlachten und dabei gefallene Armeen konzentriert, nicht. An ihn erinnern auch die Nationen nicht, auf deren Territorium der Krieg Jahre lang dauerte. Der Krieg in Ostmitteleuropa war kein peripherer Krieg und kein unbedeutender Kriegsschauplatz, er war von der Wichtigkeit her die zweite Front, auf der die Armeen der verfeindeten Mächte kämpften und auf deren Sieg sie mit einem Durchbruch im ganzen Krieg rechneten. Der russischen Heeresleitung im Sommer und Herbst 1914, bevor die große Niederlage kam, schien, dass Berlin in der Reichweite der Kanonen der zaristischen Armeen ist... Die Deutschen machten sich 1915 oder erneut Anfang 1918, nachdem sie erfuhren wie ihre Armeen große Teile Russlands eingenommen hatten, auch vor, dass das von Bedeutung für den ganzen Kriegsverlauf und der Tod der Soldaten im Osten nicht umsonst sei.

Der Krieg im Osten war ein blutiger Konflikt, unter Einsatz modernster Kriegsführung und Vernichtung der feindlichen Kräfte und ihres Potentials auf bisher unbekannter Art und Weise. Sogar auf dem Territorium, das seit Jahrhunderten Durchmarschgebiet und Schauplatz von Schlach-

ten unterschiedlicher Armeen war. Der Tod der Soldaten auf dem Schlachtfeld (aber auch in der Kriegsgefangenschaft) war von vornherein ein Massenphänomen, weit das überschreitend, was bisher bekannt war. «Wer hörte je von Przasnysz? – fragten rhetorisch die Verfasser des soeben in Polen erschienen Buches über den Ersten Weltkrieg, Włodzimierz Borodziej und Maciej Gorny. Wahrscheinlich nicht viele (...) Gerade hier nahmen an drei großen Schlachten insgesamt 100 Tausend von Russen und Deutschen teil (...). Die Gesamtzahl der Toten, Verwundeten und Vermissten (...) hat sicherlich über 100 Tausend überschritten. Warum kennen so wenige Przasnysz? (...). Währenddessen gibt es viele Przasnysz». Es gibt in der Tat viele solche Orte, die aber heute praktisch alle in Vergessenheit geraten sind.

Die Ostfront war kein klassischer Stellungskrieg, obschon auch hier Befestigungsanlagen gebaut wurden und viele Schlachten um Festungen, wie Przemysl oder Modlin, stattfanden. Im Vergleich zu der verhältnismäßig stabilen Frontlinie im Westen, haben wir hier mit auf ein ganzes Territorium ausgedehnten Kriegsoperationen zu tun, und die Länge der Ostfront überstieg mehrmals die der Westfront. 1917 erstreckte sich die Ostfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, sie verlief durch Territorien, die ethnisch, religiös und zivilisatorisch unterschiedlich waren. An der Ostfront gelang es den russischen Armeen 1914 und 1915 tiefer einzudringen und sie

1 Dieser Beitrag erschien in einer gekürzten Fassung in der FAZ vom 11. August 2014 unter dem Titel «Der fremde Krieg».



blieben länger auf dem feindlichen Gebiet als es je die westlichen Verbündeten Sankt Petersburgs erreicht hatten (hauptsächlich österreich-ungarisches Territorium, aber auch deutsches).

Die Ostfront dauerte den ganzen Krieg an, obschon es Zeiten der verstärkten Kämpfe gegeben hat, die mit der Offensive der einen oder anderen Seite verbunden waren. Das erste Opfer, und dazu eher zufällig, war die militärisch unbedeutende Grenzstadt Kalisz. Die einige Tausend Einwohner zählende Stadt wurde schon am 2. August 1914 von den Deutschen kampflos besetzt. In den nächsten drei Wochen wurde sie systematisch ausgeraubt, vernichtet, ihre Bevölkerung teilweise verhaftet und getötet, ein Großteil wurde vertrieben oder flüchtete selbst. Ca. 250 Personen wurden erschossen (aus den Händen von Soldaten fand also mehr Zivilbevölkerung den Tod als während der Kämpfe in Ostpreußen). Den Impuls zu solcher Härte der deutschen Armee gab der angebliche Beschuss der Soldaten durch die Stadtbevölkerung. Höchstwahrscheinlich kam es zu der Schießerei zwischen den deutschen Patrouillen selbst, die sich in der Dunkelheit nicht rechtzeitig erkannt haben. Der Befehlshaber, Major Hermann Preusker, statt die Angelegenheit klären zu lassen, hat die Zivilbevölkerung für schuldig erklärt und begann mit harten Repressalien. Das Schicksal Kalisz, ein einmaliger Fall, wurde schnell bekannt als Beispiel der preußischen Gräueltaten. Die russischen Machthaber nutzten ihn propagandistisch aus, um die Evakuierung der eigenen Bevölkerung zu beschleunigen. Eine ähnliche Politik verfolgten die deutschen Machthaber, in dem sie die Informationen über die russische Wildheit und Barbarei in Ostpreußen verbreiten ließen.

Der russische Angriff auf diese Provinz erwies sich trotz der anfänglichen Aussichten auf Erfolg verhältnismäßig schnell als eine große Niederlage, in der die Schwächen der zaristischen Armee deutlich zum Vorschein kamen: niedrige Ausbildung der Offiziere, schlechte Ausstattung, unzureichend vorbereitetes Hinterland für die kämpfenden Einheiten, planloses Riskieren des Lebens von ganzen Regimentern. In den Kämpfen bei Tannenberg und an den großen Masurischen Seen verloren die Russen zwei Armeen, getötet und/oder verwundet wurden ca. 120 Tsd. Soldaten, ca. 150 Tsd. gingen in die Kriegsgefangenschaft. Die deutschen Verluste überschritten keine 20. Tsd. Personen. Der Feind wurde zurückgedrängt und es wurde eine Legende über die glorreichen Siege und einen außergewöhnlichen Oberbefehlshaber, Paul von Hindenburg, geschaffen. Einen Erfolg brachte dagegen Russland die Kampagne in Ostgalizien, wo 3/4 der Streitkräfte im Einsatz waren. Sie kämpften mit der nicht so gut wie der deutschen funktionierenden habsburgischen Kriegsmaschinerie. Es wurde Lemberg besetzt, die Russen kamen bis zu den Vororten von Krakau. Das Problem stellte die Eroberung der Stadt Przemysl, einer der größten und modernsten Festungen Europas, dar. In mehrmonatigen Schlachten nahmen ca. 400 Tausend Soldaten auf beiden Seiten teil, wovon Zigtausende, vor allem russische, das Leben verloren haben. Das nächste Jahr brachte die Offensive der Zentralmächte. In der Schlacht bei Gorlice (Westgalizien) im Mai 1915 verloren die Russen ca. 150 Tsd. Soldaten, eine Viertel Million ging in die Kriegsgefangenschaft. Im Juni wurde Lemberg zurückerobert, und Anfang August 1915 wurde Warschau besetzt, die drittgrößte Stadt des Imperiums

der Zaren mit ca. einer Million Bevölkerung. Den Russen fehlten sichtlich nicht nur bedeutende Befehlshaber (hier hat sich nur Alexei Brussilow besonders hervorgetan), ausgebildete Soldaten oder Kanonen und Gewehre, sondern auch Kampfeswillen. Die große Festung Modlin mit 100 Tausend Mann Besatzung ergab sich schnell. Ende 1915 besetzten die Armeen Berlins und Wiens einen Großteil der westlichen Provinzen Russlands, mit Ausnahme der Ukraine, die von einer über 20 Millionen Bevölkerung bewohnt wurde.

Die Bevölkerung sollte sich den Kriegszielen der Sieger unterordnen, zu einem gewissen Teil sollte sie auch ihre eigenen Postulate realisieren. Die Okkupation dieser Gebiete bis Ende 1918 hatte unterschiedliche Folgen, von denen ein Teil (die Entwicklung der Selbstverwaltung, Möglichkeit zur eingeschränkten nationalen Tätigkeit) für die Okkupierten nützlich sein wird. Die Kosten des Krieges und der Okkupation waren allerdings sehr hoch, auch für die Okkupanten selbst. «Der Osten gibt nichts zurück. In Russland muss der Krieg mit dem Raum selbst geführt werden. Je tiefer die deutschen Heere in Russland vordrängen, desto mehr müssen sie ihre Kräfte zerstreuen. Je tiefer ich das Land besetze, desto mehr muss ich es besetzen» – beurteilte verhältnismäßig fatalistisch die Lage General Erich von Falkenhayn, bis 1916 der Oberbefehlshaber der deutschen Armee. Die Überlegenheit Berlins und Wiens (im Bewusstsein der Schwäche der österreich-ungarischen Armee) an der Ostfront war eine Tatsache, obschon Russland im Sommer 1916 eine neue Gegenoffensive unternommen hatte (die abgewehrte Offensive von General Brussilow in Wolhynien und Galizien). Die Niederlage des Zar-Imperiums und die Un-

fähigkeit seiner Nachfolger den Krieg weiterzuführen war gewissermaßen eine Verübung der Tatsache, dass Frankreich, und vor allem Großbritannien im Westen nicht unterworfen werden konnten.

Die großen Kriegsoperationen, die bis 1916 von Riga bis hin nach Czernowitz, von Warschau aus bis hin nach Vilnius (manchmal mehrmals auf demselben Gebiet) durchgeführt wurden, brachten nicht nur den Soldaten den Tod. Die Taktik der «verbrannten Erde», die die Russen begonnen haben, in dem sie evakuierten oder vernichteten, was nur möglich war, verbunden mit der Zerstörung und Raubüberfällen während der unmittelbaren Kriegshandlungen, ruinierte ganze Regionen und stürzte Millionen von Personen an den Rand des Elends. «Der Fuhrmann fuhr Gordon durch die zerstörten Dörfer (...)» – rekonstruierte das Elend während des Ersten Weltkrieges in den 1950er-Jahren in seinem bekannten Roman «Doktor Schiwago», Boris Pasternak. «Ein Teil davon war von den Einwohnern verlassen. In anderen hausten die Menschen in den Kellern, tief unter der Erde. Solche Dörfer waren Müll- und Schutthaufen längs der Straße, an der früher die Häuser gestanden hatten. Die verbrannten Siedlungen waren von einem zum andern Ende überschaubar wie Ödplätze ohne Vegetation. An ihrer Oberfläche wimmelten alte Frauen, jede auf ihrer eigenen Brandstätte, um noch etwas aus der Asche zu graben und irgendwo zu verstecken, und sie wähten sich vor fremden Blicken geschützt, als hätten sie noch die früheren Wände um sich. Mit ihren Blicken begrüßten und verfolgten sie Gordon, als wollten sie ihn fragen, ob die Welt bald wieder zur Vernunft käme und Ruhe und Ordnung zurückkehrten.» Die Industrie- und Landwirtschaftsanlagen, die Verkehrsinf-

rastruktur wurden abgebrannt, in die Luft gejagt, demontiert. Auf diese Weise wurde die weitere Entwicklung dieser hinter dem damaligen europäischen Niveau stehenden Gebiete auf Jahre gestoppt. Aufgrund der Evakuierung und der Fluchtbewegungen sowie der Aussiedlung von als gefährlich oder illoyal erachteten Bevölkerungsgruppen (z. B. die Bürger der Feindstaaten, Juden und die Deutschen in Russland) sank die Bevölkerungsdichte. Die Zivilbevölkerung wurde massenweise und bedingungslos aus der Nähe der Festungen und Befestigungen entfernt, indem ihr Eigentum zerstört wurde. Das waren die Folgen der ersten drei Jahre des Krieges, die dort noch lange andauerten.

Trotz dieser Kriegsanstrengungen, der Erfolge der einen und der Niederlagen der anderen Seite, entschied sich allerdings das Schicksal des ganzen Krieges nicht im Osten. Aus der Perspektive des Endes des Krieges scheint die Verurteilung zur Nicht-Erinnerung an die Ostfront als unbedeutender Kriegsabschnitt in gewisser Hinsicht verständlich zu sein. Wenn man allerdings auf die nächsten Jahre seine Betrachtung konzentriert, wie die Niederlage der drei Kaiserreiche, die neue politische Ordnung, die Schaffung von neuen Staaten, vor allem die Entstehung des bolschewistischen Russlands, dann kann man doch behaupten, dass das 20. Jahrhundert aus dem östlichen Kriegstheater geboren wurde.

Der Zustand der Marginalisierung, sogar des Vergessens des Krieges im Osten scheint ein Paradox zu sein. Dieser Zustand ist kein Ergebnis der letzten Dekaden. Er war schon in den ersten Jahren nach dem Abschluss der Kriegshandlungen sichtbar. Dafür sprechen einige Gründe. Die Vertreter vieler Länder dieses Teils Europas, wie z. B.

Tschechen, Polen, Ukrainer, Slowaken, Leten und Litauer kämpften und starben für ein «Vaterland und einen Kaiser», der nicht ihr Kaiser war. Sie fielen in Uniformen fremder Armeen, seien es deutsche, österreichische oder russische, weit davon entfernt, die Interessen der Staaten zu akzeptieren, die sie dazu brachte, dort Krieg zu führen, wo sie wohnten. In ihrem Fall scheint der Begriff «Kanonenfutter» schockierend treffend zu sein. Somit war es schwierig, auf dieser Grundlage in den Jahren darauf eine Erinnerung aufzubauen, denn wozu sollte solch eine Erinnerung der Verluste und Niederlagen im Namen von Fremden den neuen, nach dem Krieg wieder entstehenden Staaten nutzen?

Nur ein Aspekt dieser Niederlage war relevant: die Öffnung einer neuen politischen Situation als ihr Ergebnis. Ursache hierfür war die Niederlage aller drei Kaiserreiche zugleich. Das Ausbluten und die Schwächung der dominierenden Imperien war eigentlich ein Grund zur Freude für die kleineren Gruppen, die von diesen mehr oder weniger unterdrückt worden waren. Die erzwungenen eigenen Verluste in diesem «fremden Krieg» waren demnach ein unangenehmer, aber notwendiger Tribut. Allerdings gelang es nicht, diese Verluste in ein neues Narrativ über den Totenkult der nationalen Helden umzuwandeln. Zu diesen gehörten nur diejenigen, die unmittelbar um die Freiheit ihrer Nation gekämpft hatten. Allerdings wurde die Tragik des erzwungenen Bruderkampfes gesehen. Manchmal wurde ein Versuch unternommen, sie in einer martyrologischen Sichtweise auf die Geschichte zu rationalisieren. Der Pole in der deutschen und/oder der k.u.k.-Uniform stand dem Landsmann in einer russischen Uniform gegenüber. Auch der Ukra-

iner als Untertan der Habsburgermonarchie stand seinem Landsmann gegenüber, der in der zaristischen Armee kämpfen musste. «Geteilt hat uns, mein Bruder, ein grausames Los, das Wache hält – In zwei feindlichen Schanzen, schauen wir dem Tod ins Gesicht» – schrieb der polnische Dichter Edward Słoński im November 1914 in einem Gedicht – «In Gräben, erfüllt von Gestöhne, Hört man den Donner der Geschütze, Wir stehen uns gegenüber – Ich als dein Feind, du als mein Feind. (...) Denke nicht an mich, o Bruder, Beim tödlichen Kampfausgang, Und steh' im Feuer meiner Schüsse, Mannhaft wie ein Ritter. Und wenn du mich erblickst aus der Ferne, Nimm mich ohne zu zögern ins Visier, Und schieße in ein polnisches Herz, Eine russische Kugel. Denn immerfort sehe ich am Tag, Und träume jede Nacht, Dass Die, welche nie verging, Erwächst aus unserem Blute».

Zu den Trägern einer nationalen Kriegserinnerung konnten also in einigen Fällen einige wenige Militäreinheiten werden, die unter dem Schutz anderer Ländern an einer der Kriegsfrenten standen, aber – wie sich erwies – vor allem in ihrem eigenen Interesse handelten. Ihre Lage und Haltung unterlagen Veränderungen und entwickelten sich dynamisch. Polen kann hierfür ein gutes Beispiel sein. Die Legionäre von Józef Piłsudski, die Soldaten von Józef Haller, die Mitglieder des Korps von General Josef Dowbor-Muśnicki, nahmen am Krieg teil, aber mit eigener Fahne und eigenen Zielen. Für die Kämpfer um die nationale Freiheit waren die Kriegsbindnisse mit den Mächten vorübergehend. Piłsudski war ein Sozialist, der der Ideologie von Marx die Unabhängigkeit vorzog. Seine Legionäre kämpften seit 1914 gegen Russland und als 1917 die Deutschen ihnen ihre eigenen po-

litischen Ziele aufdrücken wollten, antworteten sie mit einer Revolte. Der österreichische Offizier Józef Haller kommandierte die zweite polnische Legion auf der Seite der Mittelmächte, allerdings kämpfte er 1918 mit den Deutschen in der Ukraine, schließlich kommandierte er die polnischen Einheiten in Frankreich. Sie rekrutierten sich u. a. aus den deutschen Kriegsgefangenen polnischer Nationalität. Dowbor-Muśnicki war ein zaristischer Offizier, der nach der Entfernung des Zaren den polnischen Verbänden vorstand, die später mit den Bolschewiki kämpften und von den Deutschen entwaffnet wurden. An der Jahreswende 1918/19 war er Befehlshaber des siegreichen Aufstandes in Großpolen gegen die Deutschen.

In den Zwischenkriegsjahren wurde die Erinnerung an die KriegslLeistungen dieser um nationale Unabhängigkeit kämpfenden Militärgruppen gepflegt und die Ereignisse des Großen Krieges mit späteren lokalen Kriegen verbunden. Vor allem ging es um den Weg zur Unabhängigkeit. Man hatte also nicht das Jahr 1914 im Sinn, sondern das Jahr 1918. Gegen Ende der 1930er-Jahre setzte man den polnischen Nationalfeiertag im Gedenken an die Ereignisse von 1918 auf den 11. November fest.

Allerdings ging es nicht darum, den Tag zu begehen, an dem an der Westfront Frieden geschlossen worden war, sondern um den Beginn des Aufbaus der eigener Staatlichkeit. An diesem Tag wurde Józef Piłsudski, der erst einen Tag zuvor aus der deutschen Haft nach Warschau gekommen war, zum Oberbefehlshaber und übernahm die politische Macht an der Weichsel. An dem in Warschau 1925 eingeweihten Denkmal für den Unbekannten Soldaten wurden Tafeln mit den Kriegsschauplätzen angebracht, an denen seit 1914 die polni-

schen Soldaten beteiligt waren. Allerdings waren nur diejenigen aufgelistet, die unter den nationalen Fahnen in teilweise autonomen Einheiten gekämpft hatten (auf beiden Konfliktseiten). Der Großteil dieser Kämpfe fand an der Ostfront statt. Die Westfront war nur durch die Schlacht bei Arras (1915, eine freiwillige polnische Einheit an der französischen Seite) und die bei St. Hilaire-le-Grand (1918, eine Einheit, die von General Haller kommandiert wurde) vertreten. Ihre Kämpfer um die Unabhängigkeit, die Mitbegründer der freien Staaten, ehrten die Tschechen, Esten, Litauer. Die tschechoslowakische Legion wurde in Russland 1916 gegründet und bestand aus den Kriegsgefangenen der österreich-ungarischen Armee. Sie kämpfte an der Ostfront. Diese Legion wurde bekannt durch ihren Kampf mit den Bolschewiki und eine dramatische Zugfahrt durch ganz Russland nach Wladiwostok (von dort wurde sie 1920 in die Heimat transportiert). Solche Helden hatten auch die Ukrainer, obschon ihr Traum zur Gründung eines unabhängigen Staates damals nicht in Erfüllung ging. Die Legende von den Sitscher Schützen verstärkte den nationalen Stolz und wurde zum wichtigen Bestandteil der ukrainischen Geschichtspolitik. Diese ukrainische Einheit, deren Anfänge die ukrainischen Kriegsgefangenen der österreich-ungarischen Armee waren, bestand in den Jahren 1917–1919 und kämpfte für die Verteidigung der Ukrainischen Volksrepublik gegen Bolschewiki und «Weiße».

Es gab darüber hinaus andere Gründe dafür, den Ersten Weltkrieg an den Rand des Interesses zu schieben. Für diesen Teil Europas endete der Krieg nicht am 11. November 1918, sondern dauerte noch einige Jahre länger an, indem er in eine Reihe von Konflikten anderer Art überging. Es war

also «ih» Krieg (1914–1918) und «unser» Krieg um die Freiheit und die gewünschte Grenzziehung (nach 1918). Polen kämpfte um seine Grenzen bis 1921, indem es mit Deutschland und Russland rang und einen Konflikt mit der Tschechoslowakei, den Ukrainern und Litauern austrug. Die baltischen Staaten befanden sich damals an der Existenzgrenze. Ihnen drohte eine erneute Unterjochung durch Moskau. Die Tschechoslowakei rang mit Polen um Teile Schlesiens und war mit Deutschland und Ungarn im Konflikt. Die nationalorientierten Ukrainer kämpften mit Polen, aber teilweise auch im Bündnis mit ihnen gegen die Bolschewiki.

Man muss betonen, dass die Spannungen in Ostmitteleuropa in den Jahren nach dem Ende des 1. Weltkrieges nicht endeten und die neuen Staaten von gutnachbarlichen Beziehungen weit entfernt waren. Diese Konflikte haben den Großen Krieg überschattet, der aus der Perspektive der neuen Staaten nicht als ein tragisches Ereignis, sondern als ein notwendiges Instrument zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit erachtet wurde. Die Dauerhaftigkeit der meisten Veränderungen auf der Landkarte hing von der Erhaltung des Status quo der europäischen Ordnung ab. Allerdings waren nicht alle Staaten mit dieser Ordnung einverstanden, auch ihre Symbolpolitik nicht. Generell kann man sagen, dass der Großteil der Staaten der Region den Krieg 1914–1918 schnell vergessen hat, zu dem sie keinen emotionalen oder symbolischen Zugang schaffen konnten. Es gab aber Staaten wie Deutschland und Ungarn, die durch die ständige Erinnerung und Erweiterung dieser Erinnerung eine Grundlage für radikale politische Stimmungen geschaffen haben. In einigen Staaten wollte man nicht erinnern, in den anderen wollte man nicht

vergessen. Diese Staaten wurden zu Nachbarn und die jüngste Kriegsvorgeschichte, unabhängig vom Verhältnis zur ihrem Erbe, warf einen Schatten auf die aktuelle Politik und die Beziehungen zueinander.

Mit Sicherheit hatte der 2. Weltkrieg einen enormen Einfluss auf die Erinnerung in diesem Teil Europas. Mit seiner ungeheuren Dimension an personellen und materiellen Verlusten, Grausamkeiten von Seiten des Besatzungsregimes und der Schwere der politischen Folgen stellte er seinen Vorgänger vollkommen in den Schatten. Aus der Perspektive von vielen Staaten Ostmitteleuropas brachte der 1. Weltkrieg die Freiheit, während der 2. Weltkrieg – obschon die deutschen Nazis geschlagen wurden – keine Freiheit garantieren konnte. Der 1. Weltkrieg verlor im öffentlichen Gedächtnis fast vollkommen an Bedeutung. Die Repressionen erreichten eine bis dato nicht gekannte Größe, indem sie die Form von Massentötungen und Völkermord annahm. Die Zerstörungen radierten mit einem Mal die bis 1939 so schwer erarbeiteten Erfolge beinahe vollkommen aus. Der neue Konflikt bedeutete in einigen Fällen die Notwendigkeit, sich anders zu positionieren als zuvor. Unter den Verbündeten Deutschlands fanden sich nun Länder, die bisher gegen Berlin gekämpft hatten. Zudem warfen die neuen Grenzen und der Sieg der Idee national homogener Staaten einen großen Schatten, was millionenfache Migrationen und damit den Verlust von Heimat für Millionen von Menschen bedeutete. Zusätzlich wurden aus politischen Gründen die mit dem Kampf um Unabhängigkeit zusammenhängenden Erinnerungsorte, die von den neuen kommunistischen Machthabern als konterrevolutionär und antisowjetisch angesehen wurden, zum Großteil zerstört

oder an den Rand gedrängt. Die zerbrechliche Unabhängigkeit während der Zwischenkriegszeit wurde als faschistisch bezeichnet, was im Falle der Staaten oder Nationen, die aus unterschiedlichen Gründen (auch aus Angst vor dem Kommunismus und der UdSSR) das Bündnis mit Hitler gewählt hatten, sehr leicht fiel. Auch gegenüber Polen unter der Herrschaft Piłsudskis wurden solche Erklärungsmuster verwendet. Die Erlangung der Unabhängigkeit 1918 durch Polen wurde mit der angeblich propolnischen Einstellung der Bolschewiki erklärt, und die Niederlage der Roten Armee bei Warschau 1920 sollte aus den Geschichtsbüchern und der Erinnerung der Polen ganz verschwinden. Ein Teil der bisherigen Erinnerungsorte wurde im Zuge der neuen Grenzziehung für die Formen des historischen Gedenkens nicht mehr zugänglich (z. B. polnische Friedhöfe und Denkmäler in Lemberg oder Vilnius). Das betrifft darüber hinaus auch die Hunderten von Erinnerungsorten in den ehemals deutschen Ostprovinzen, wie Kriegsgefallenendenkmäler und zahlreiche Kriegsgräber. Sie wurden bewusst zerstört, bestenfalls demontiert und am Rande der Ortschaften versteckt. Nach 1989 wurden diese Denkmäler in einer völlig neuen politischen Situation wieder entdeckt und oft an die alten Plätze gestellt. In den niederschlesischen Dörfern, die von Menschen aus unterschiedlichen Teilen Polens besiedelt wurden, kann man solche Denkmäler problemlos finden. Sie werden heute als eine touristische Attraktion betrachtet, ein Element des deutschen Kulturerbes der Region. Manchmal lösen sie eine Reflexion über den blutigen Charakter des Krieges aus, der viele junge Menschen aus den lokalen Gemeinschaften herausgerissen und mobilisiert hat. Mit großer Sorgfalt küm-

mert man sich im Opperler Schlesien um diese Denkmäler, was dort kein Wunder ist: es handelt sich oftmals um gefallene Familienmitglieder.

Die über 40 Jahre andauernde politische Teilung Europas ist ein wichtiger Faktor, den man nicht ignorieren sollte. Ihr Wesen zeigte sich vor allem darin, dass die Staaten Ostmitteleuropas zu Vasallen der UdSSR wurden, einer Art ideologisch geprägter Monarchie, die mit totalitären Mitteln ihr System in andere Staaten einzupflanzen versuchte. Die Machthaber in den totalitären Staaten kontrollierten darüber hinaus die symbolische Sphäre und übten einen großen Einfluss auf die Darstellungsart und -weise der Geschichte aus. Die offizielle Darstellung der Geschichte war oft einseitig und viel von Lücken bzw. Lügen geprägt. Die kommunistischen Machthaber beeinflussten schließlich auch das kollektive Gedächtnis, in dem sie ausgewählte Gedenktage, Denkmäler und Straßennamen zuließen. Man muss jedoch bemerken, dass ohne die ständige Instrumentalisierung des 2. Weltkrieges in der Geschichtspolitik der Kommunisten (z. B. in Form einer ständigen Beibehaltung einer antideutschen Stimmung in Polen) der Krieg 1914–1918 völlig aus dem Gedächtnis verschwunden wäre. Von der ersten Stunde an war der 1. Weltkrieg «unser», nationaler Krieg, und nicht ein als Abenteuer von drei fremden Monarchen verstandener Konflikt.

Es scheint nicht, dass die europäischen Erinnerungen an den Großen Krieg eine Chance hätten, einheitlich zu sein, aber es wäre sicherlich angebracht, wenn sie um neue Facetten erweitert werden könnten. Ich trete nach wie vor für die Polyphonie der Erinnerung ein, die auf unterschiedliche Erinnerungsstränge hinweist und für sie sen-

sibel macht. Zweifelsohne ist die Hölle des Krieges im Westen im östlichen Teil Europas durchaus präsent, u. a. dank der Kunst (z. B. der Literatur, wie im Falle des bekannten Romans «Im Westen nichts Neues» oder des Films, sogar so populären wie Steven Spielbergs «War Horse» von 2011). Trägt das Betrachten des Krieges durch die Brille des gutmütigen und cleveren Soldaten Schwejk, was im Osten sehr gerne getan wird, zur Vertiefung des Vergessens über sein wahres Gesicht bei? Immer mehr zeigt er sich als im Grunde genommen etwas Humoristisches, wie es in einem populären polnischen Film «K.u.K Deserteure» aus dem Jahre 1985 gezeigt wurde.

Was weiß «der Westen» aber über die verbissenen und blutigen Kämpfe an der Ostfront? Im Westen, vor allem in Deutschland, sind manchmal Informationen zur Schlacht bei Tannenberg anzutreffen, in der – unweit des historischen Schlachtfelds bei Grunwald/Tannenberg – die deutsche Armee auf den neuen «slawischen Sturm» («słowiańska nawała») traf. Sie erinnerte an eine ähnliche Schlacht im Mittelalter, wo der Deutsche Orden von dem polnisch-litauischen Heer geschlagen wurde. Die Zerstörung von Kalisch (Kalisz) in den ersten Tagen des Krieges durch die deutsche Armee ist dagegen eine vergessene und unbekanntete Tatsache. Dasselbe betrifft den Massentod von Soldaten, das Leiden der Zivilbevölkerung, die Anwendung von Zwangsarbeit. Nur wenige Historiker weisen darauf hin, dass der erste Einsatz von Kampfgas nicht im Westen Europas, sondern in Polen, in Bolimów, einem kleinen Dorf in der Wojewodschaft Lodz im Januar 1915, stattfand. Zu den Beobachtern dieses Einsatzes gehörte der spätere Nobelpreisträger und Chemiker sowie Professor der Friedrich-Wilhelms-

Universität Breslau (heute Uniwersytet Wrocławski) Fritz Haber, der dabei den militärischen Einsatz von Kampfgasen untersucht hat. Am Rande möchte ich bemerken, dass das Rektorat der Universität Wrocław vor Jahren eine dem deutschen Nobelpreisträger gewidmete Erinnerungstafel gestiftet hat. Natürlich ist auch Fritz Haber auf ihr zu sehen, obwohl seine Person nach wie vor Kontroversen weckt.

Kann der diesjährige 100. Jahrestag des Ausbruchs des Krieges etwas verändern? Wenn man die Zunahme des Interesses für dieses Jubiläum in unterschiedlichen Teilen Europas beobachtet, scheint es, dass es zu keinen Veränderungen kommt. Das jetzige Jahr ist für die Polen mit vielen wichtigen Jahrestagen gesättigt. Mit großem Aufwand werden die Jahrestage abgehalten: zunächst der 25. Jahrestag des Falls des Kommunismus, später der 70. Jahrestag des Warschauer Aufstandes, schließlich der 75. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges. Diese Jahrestage und die Vorbereitungen zu ihrem Begehen lösten großes gesellschaftliches Interesse aus. Es wurde von der Politik unterstützt. Diese Jahrestage helfen auch Polen, die

polnische Geschichte im Ausland zu popularisieren. Im nächsten Jahr gedenken wir dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und feiern den 35. Jahrestag der Gründung der Gewerkschaft «Solidarność». Das sind die führenden Daten im Kalender. Der 100. Jahrestag des Beginns des Großen Krieges vergeht eigentlich geräuschlos. Es fällt schwer zu sagen, dass «unseres Krieges» gedacht wird, obschon in gewisser Hinsicht es auch unserer war. Aus der Sicht der Polen und anderer Ostmitteleuropäer wird der 1. Weltkrieg nicht als ein unnötiges Massaker der Europäer betrachtet. Bleiben wird die Erinnerung an den seit Generationen lange erhofften Konflikt der bisher zusammenarbeitenden Besatzungsmächte (Russland, Deutschland, Österreich-Ungarn), der schließlich den Weg zur Freiheit eröffnet hat. 2010 wurde aus Anlass der Expo in Shanghai ein einige Minuten langer Film zur polnischen Geschichte gedreht. Er zeigt eine attraktive, aus Schnappschuss-Ikonen bestehende Geschichte. Darin fehlt das Jahr 1914. Dafür wird das Jahr 1918 aufgeführt, als die «Unabhängigkeit ausbrach».



## Die Mobilmachung der Kinematographen Filmpropaganda im Großen Krieg

Der Erste Weltkrieg war die Geburtsstunde der modernen Massenpropaganda und der psychologischen Kriegsführung. Nie zuvor waren so viele menschliche Energien und materielle Ressourcen investiert worden, um einen Krieg propagandistisch zu «verkaufen». Durch die optimale Nutzung aller zur Verfügung stehenden Technologien und Massenkommunikationsmittel erhielt die Propagandaarbeit eine neue Dimension und Qualität.<sup>1</sup> Aufgrund seiner Suggestivkraft, seiner dramaturgischen Gestaltungsmerkmale sowie seiner tendenziell weltweiten Einsatzmöglichkeiten wurde auch das junge Massenmedium Film in die Propagandaarbeit einbezogen.

Schon vor dem Krieg hatte sich der Film innerhalb weniger Jahre vom technischen Kuriosum zu einem Medium der Massenunterhaltung in festen Lichtspielhäusern entwickelt.<sup>2</sup> Kein Wunder, dass auch Politik und

Militär schon früh die Informations- und Einflussmöglichkeiten des neuen Massenmediums erkannten und für ihre Zwecke genutzt haben. Insofern betrat die Filmpropaganda im Krieg kein Neuland, als sie auf die suggestive Kraft der bewegten Bilder setzte.

Kaiser Wilhelm II. war geradezu in das neue Medium verliebt; für ihn war es ein willkommenes Vehikel der Selbstdarstellung. Wohl kaum ein Monarch hat den Film so intensiv zur Popularisierung seiner Person und des Herrscherhauses genutzt wie er. Er wollte die Monarchie über Bilder in den Köpfen seiner Untertanen verankern. Anlässe für inszenierte Filmauftritte gab es genug: Staatsbesuche, Manöver von Heer und Marine, Stapelläufe von Kriegsschiffen, Gedenkfeiern oder Truppenparaden.<sup>3</sup>

---

erste auf 2400 Fragebögen und mündlichen Interviews basierende soziologische Untersuchung zum Zuschauerverhalten und zur Zuschauerstruktur des Kinopublikums in Mannheim und Heidelberg. Die Enquete wurde seinerzeit in der bürgerlichen Publizistik und auch in der Arbeiterpresse sehr positiv aufgenommen. Einleitend gibt die Autorin auch über die Entwicklung des Filmwesens im Kaiserreich einen Überblick. Nach Altenloh gibt es 1913 im Reich 3000 Kinematographentheater, davon 300 in Berlin. Im Hinblick auf die Rezeptionschancen filmischer Propaganda ist aufschlussreich, dass allein in Mannheim allabendlich 7500 Bewohner ins Kino gingen, davon waren die meisten Arbeiter ( S. 52 ).

1 Vgl. Klaus Wasmund: «Schüsse auf die Seele» – der Erste Weltkrieg als Geburtsstunde der Massenpropaganda. In: *Das Parlament*, 54. Jahrgang, Nr. 48, 22. November 2004, S. 21.

2 Vgl. hierzu und zum Zuschauerverhalten die Pionierstudie von Elfriede Altenloh: *Zur Soziologie des Kino (sic!)*. Die Kino-Unternehmen und die sozialen Schichten ihrer Besucher. Jena 1914. Die Studie ist heute unter Filmhistorikern und -soziologen ein Kultbuch. Sie ist aus zwei Gründen bedeutsam. Einmal gehört sie zu den wenigen von Frauen eingereichten Dissertationen vor dem Ersten Weltkrieg. Doktorvater war der Nationalökonom und Soziologe Alfred Weber in Heidelberg. Es ist die

3 Die erste Filmaufnahme des Kaisers führt in das Jahr 1897. Anlässlich eines Stapellaufes auf der Stettiner Vulkanwerft gelang Messter eine Groß-

Im Kriege sollte sich die öffentliche Präsenz der Hohenzollern und der Landesdynastien in feldgrauen Uniformen fortsetzen. Jetzt galt es im Felde, bei Stäben oder in Lazaretten militärische Kompetenz und Verbundenheit mit der kämpfenden Truppe zu demonstrieren sowie Anteilnahme mit Kriegsgesopfern in Bilder umzusetzen.

Die moderne psychologische Kriegsführung zeichnete sich durch einen hohen Grad an Professionalisierung aus. Dazu gehörte die Einrichtung professioneller Berater- und Propagandastäbe, die unter Berücksichtigung der Erkenntnisse moderner Wirtschaftswerbung durch Wort-, Bild- und Symbolmanipulation die Einstellungen und Verhaltensweisen von Zielgruppen zu beeinflussen und zu steuern hatten.

Die Propagandaarbeit aller kriegführenden Mächte fokussierte sich im Kern darauf, den Kampfgeist und die Siegeszuversicht der eigenen Truppen sowie den Durchhaltewillen der «Heimatfront» zu stärken. Ein weiteres Ziel war es, über Flugblattpropaganda die Moral und den Widerstandswillen des Feindes zu unterminieren. Und last, but not least, stand im neutralen und befreundeten Ausland die Legitimität der eigenen, «gerechten Sache» und die Weckung von Sympathien im Fokus der propagandistischen Aktivitäten, dabei spielte der Film als Propagandainstrument eine herausragende Rolle.

---

aufnahme von Wilhelm II. Ein Jahr später durfte Messter den Kaiser auf seiner Orientreise filmisch begleiten. Es war eine Koinzidenz der Interessen. Das neue Medium kam der Eitelkeit und dem übersteigerten Hang zur Selbstdarstellung seiner Majestät entgegen, während Messter als Produzent von Kaiserbildern und ihrer Vermarktung ein erfolgreiches Geschäftsmodell sah. Damit war er hoffähig geworden, was seiner militärischen Karriere genützt haben dürfte.

Um diese Ziele zu optimieren, bedurfte es eines straff durchorganisierten administrativen Apparates. Bereits Anfang Oktober 1914 wurde die Zentralstelle für Auslandsdienst (ZfA) gegründet, die beim Auswärtigen Amt (AA) angesiedelt war. Sie hatte die Aufgabe, die ausländische Presse und die feindliche Propaganda zu analysieren. Auch die Koordinierung deutscher Propagandaaktivitäten im Ausland gehörte zu ihren Funktionen. Die Bildzentrale der ZfA versorgte verbündete und neutrale Staaten u. a. mit Fotos von der Front und einschlägigem Filmmaterial.

Um das ständige Kompetenzgerangel zwischen dem AA und der militärischen Führung zu vermeiden und um die Effizienz der Dienststelle zu optimieren, wurde Anfang Juli 1916 in Verbindung mit dem Stellvertretenden Generalstab (Abt. IIIb) die «Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes» eingerichtet, die für alle die Film- und Fotoverwertung betreffenden Fragen zuständig war.

Für den Einsatz und die Betreuung der Kameramänner (eine frühe Form des «embedded journalism») sowie für die Zensur der Bildberichterstattung von der Front war seit Kriegsbeginn die Presseabteilung des Stellvertretenden Generalstabes in Berlin verantwortlich.<sup>4</sup> Zu dieser Dienststelle war seit Oktober 1914 der als Leutnant reaktivierte Filmpionier und Filmunternehmer Oscar Messter abkommandiert und mit der Ausarbeitung von Zensurbestimmungen für «Kriegs-Photographen und Kameramänner»

4 Als embedded journalist fuhr auch auf Einladung der OHL der deutschfreundliche gesinnte schwedische Reiseschriftsteller Sven Hedin an die Westfront. Das Ergebnis seiner Eindrücke und Beobachtungen fasste er zusammen in dem Band: *Ein Volk in Waffen*. Leipzig 1915.

an der Front betraut. In seiner Eigenschaft als «Filmsachverständiger», wie er es selbst nannte, unterstand ihm darüber hinaus die Zensur des gesamten an der Front aufgenommenen Bildmaterials.<sup>5</sup>

Auf administrative Kontrollmaßnahmen allein wollte sich Messter jedoch nicht beschränken. So hatte er die Filmpropaganda der Ententemächte intensiv verfolgt und zu diesem Zwecke sogar einen Vertreter der Messter-Filmgesellschaft als Beobachter in die neutrale Schweiz entsandt. Die Ergebnisse der Messterschen Analyse fanden sich in seiner Denkschrift wieder, die er im August 1916 seinen militärischen Vorgesetzten beim Stellvertretenden Generalstab unter dem Titel «Der Film als politisches Werbemittel» vorlegte.<sup>6</sup> Darin moniert der Verfasser, die politisch und militärisch Verantwortlichen hätten den «Einfluss unterschätzt, den der rollende Film in politischer Beziehung auf die Massensuggestion» ausübe.<sup>7</sup> Zum modernen Krieg gehöre auch die «publizistische Rüstung». Diese sei bisher sträflich vernachlässigt worden und erfordere daher ein radikales Umsteuern des bisher eingeschlagenen Kurses, um die «Schlacht auf der weißen Wand» zu gewinnen.<sup>8</sup>

Durch antideutsche Gräuelfilme – so Messter – kenne das Ausland die Deutschen ausschließlich als Barbaren und Mordbrenner, die «gewöhnheitsgemäß Frauen und Kinder», vor allem aber Säuglinge, abschlachteten. Auf dieses Propagandaniveau sollten die Deutschen sich nicht herablassen. Statt mit gleicher Münze heimzuzahlen, setzte er auf positive Bilder

und eine Verbesserung der deutschen Informationspolitik. So empfahl er als Antwort «unsere mustergültigen Einrichtungen für Säuglings- und Kinderheime» zu zeigen. Die Behauptung, «wir misshandelten die feindlichen Verwundeten», wollte Messter mit Aufnahmen von der «rührende(n) Fürsorge unserer Ärzte und Schwestern» entkräften.

Als Fazit seiner Überlegungen plädierte Messter vehement, den Film stärker «in den Dienst des Reiches» zu stellen. Um dieses Ziel durchzusetzen, schlug er die Gründung einer aus «Mitteln des Reiches subventionierten» Filmgesellschaft vor.

Mit diesem Vorschlag stieß er bei der militärischen Führung auf fruchtbaren Boden, waren die Militärs doch schon lange der Überzeugung, dass nur ein in Besitz und unter vollständiger Kontrolle des Reiches stehender Filmkonzern ein wirksames Instrument der «Volksaufklärung» und Auslandspropaganda sein könne.

Ludendorff, der als Chef des Generalstabes des Feldheeres für die gesamte Propagandaarbeit in seinem Befehlsbereich zuständig war, hatte klar erkannt, dass die Zersplitterung der privaten Filmwirtschaft ein Hemmschuh beim Aufbau einer schlagkräftigen Filmpropaganda darstellte. Aus dieser Überzeugung erwachsen schon kurz nach seinem Amtsantritt Initiativen zur Reorganisation der Filmwirtschaft. So wurde Ende 1916 in der OHL der Plan entwickelt, die Filmwirtschaft zu verstaatlichen. Diese Überlegung wurde jedoch von Reichskanzler von Bethmann Hollweg abgelehnt.

Am 30. Januar 1917 wurde unter der Ägide der OHL das «Bild- und Filmamt» (Bufa) gegründet, um den direkten Einfluss der militärischen Führung auf die Propagandaarbeit durchzusetzen. Finanziert wurde es nahezu vollständig vom Kriegsministerium.

5 Vgl. O. Messter: Mein Weg mit dem Film.

6 O. Messter : Der Film als politisches Werbemittel.

7 Ebd., S. 93.

8 Ebd., S. 100.

Im Zuge ihres Aufbaus wuchs das Personal der Bufa auf 450 Personen an.

Zu den Aufgaben des Amtes gehörten u. a. die Verbreitung von Militärfilmen im Reich und im Ausland sowie die filmische Versorgung der ca. 900 Feld- und Bordkinos. Die Bufa führte die Aufsicht über sieben militärische Filmtrupps, die den Heeresgruppen zugeteilt waren und die von Offizieren geführt wurden. Die Betreuung der Kameraarbeit für die deutschen Kriegswochenschauen war ein weiteres Tätigkeitsfeld. Auch wurden Entente filme systematisch ausgewertet, um Strategien für eine effektive Gegenpropaganda zu entwickeln.

Unter dem Eindruck der katastrophalen militärischen Lage nach dem Kriegseintritt der USA und der prekären Situation an der «Heimatfront» gab sich Ludendorff alarmiert. Am 4. Juli 1917 richtete er einen Brandbrief an das Königliche Kriegsministerium in Berlin, in dem er seine Kernforderung nach einer nationalen Filmwirtschaft in staatlichem Besitz und unter staatlicher Kontrolle auf den Punkt bringt. Einleitend stellte er fest:

«Der Krieg hat die überragende Macht des Bildes und Films als Aufklärungs- und Beeinflussungsmittel gezeigt. Leider haben unsere Feinde den Vorsprung, den sie auf diesem Gebiet hatten, so gründlich ausgenutzt, dass schwerer Schaden für uns entstanden ist. Auch für die fernere Kriegsdauer wird der Film seine gewaltige Bedeutung als politisches und militärisches Beeinflussungsmittel nicht verlieren. Gerade aus diesem Grunde ist es für einen glücklichen Abschluss des Krieges unbedingt erforderlich, dass der Film überall da, wo die deutsche Einwirkung

noch möglich ist, mit dem höchsten Nachdruck wirkt.»<sup>9</sup>

Als Konsequenz des Ludendorff Briefes wurde Ende Januar 1917 durch Erlass des Kriegsministeriums das Bild- und Filmamt (Bufa) gegründet. Für Ludendorff konnte die Gründung des Bufa nur der erste Schritt auf dem Wege zu einem finanzkräftigen, vom Reich indirekt gelenkten, zentral gesteuerten und einflussreichen national gesinnten Filmkonzern sein. Für ihn war die Organisation der Propaganda eine Führungsfrage. Entsprechend beließ er es in seinem Brandbrief nicht bei einer Analyse der Defizite der deutschen Propaganda. Um die «Kriegswaffe» Propaganda schärfer zu machen, forderte Ludendorff den Zusammenschluss der zersplitterten deutschen Filmindustrie zu einem «einheitlichen Ganzen» unter der verdeckten Regie der Reichsregierung. So entstand im Dezember 1917 auf Druck der OHL in geheimen Verhandlungen durch Kauf mehrerer Filmgesellschaften und unter verdeckter staatlicher finanzieller Beteiligung die «Universum Film-AG» (Ufa).

Der Ludendorff-Brief war sozusagen das Urdokument der Ufa-Gründung, jener legendären Filmgesellschaft, die in den zwanziger Jahren zwar nicht wirtschaftlich, aber in der Stummfilmzeit filmkünstlerisch sehr erfolgreich werden sollte und internationale Anerkennung gewann. Allerdings konnte die Ufa im letzten Kriegsjahr auf dem Felde der Propaganda die ihr zugedachte Rolle nicht mehr erfüllen.

Als Instrumente direkter und indirekter Filmpropaganda fungierten Kriegswochenschauen, Dokumentar-, Kriegswerbe- sowie Spielfilme. Die Rolle dieser Filmgattungen

9 Abgedruckt in: H. Barkhausen, a. a. O., S. 259-261.

als Propagandamedien soll an ausgewählten Beispielen im Folgenden kurz skizziert werden.

### Kriegswochenschauen

Schon kurz nach Beginn des Krieges kamen Kriegswochenschauen zum Einsatz. Bereits Mitte September 1914 flimmerte die «Eiko-Woche» über die Leinwand. Ihr folgte vier Wochen später die erste Ausgabe der «Messer-Woche». Sie wurden von privatwirtschaftlich geführten Unternehmen produziert, an deren «vaterländischer Gesinnung» keine Zweifel bestanden. Jede Firma hatte die Genehmigung erhalten, mit jeweils zwei «Kino-Operateuren» Aufnahmen an der Front zu machen. Beide Wochenschauen informierten bis zum Kriegsende die Öffentlichkeit.

Die Länge der Wochenschauen bewegte sich etwa zwischen 150 bis 170 Metern, was einer Laufzeit von etwa 8 Minuten entsprach. Durchschnittlich setzten sie sich aus einem Dutzend Bildbeiträgen zusammen, die durch Zwischentitel eingeleitet wurden. Unübersehbar in der Bildberichterstattung ist die häufige Präsentation des Kaisers und seiner bei Heer und Marine Dienst leistenden Söhne. Dabei werden die Realität der Schützengräben oder Besuche von Lazaretten ausgespart.

Die Militärs an der Front begegneten zivilen Kameramännern nicht ohne Misstrauen. Aus Furcht vor Spionage wurde ihre Arbeit massiv reglementiert und kontrolliert. In Großbritannien und in Frankreich waren die Militärs anfangs noch restriktiver. Englische Journalisten durften erst im Mai 1915 den Kriegsschauplatz besuchen. In Frankreich wurden Presse und Kameralente 1916 zugelassen.

Filmmaterial unterstand grundsätzlich der Vorzensur. Penible Zensurbestimmun-

gen führten zu einer erheblichen Einengung der Bildberichterstattung. So erhielt das von der «Oberzensurstelle des Kriegspresseamts» herausgegebene «Zensurbuch für die deutsche Presse» detaillierte Anweisungen und Verhaltensregeln, die auch für die Filmtrupps gültig waren.<sup>10</sup>

Zu den strikten Zensurbestimmungen kamen Probleme technischer Art. Die schwer zu handhabenden Kameras und ihre simple Aufnahmetechnik ließen realistische Bilder vom Kampfgeschehen kaum zu. Damit beschränkte sich der Aktionsraum der «Operateure» zwangsläufig auf die besetzten Gebiete hinter der Front und auf die Etappe. Allerdings bot der festgefahrene Stellungskrieg dem Kameraauge ohnehin kaum sensationelle Aufnahmemotive.

Aufnahmen, die die desolante Realität in den Bunkern und Schützengräben wiedergaben, wurden ohnehin von der Zensur konfisziert und in den Militärarchiven vergraben. Da sich die Sujets und Motive von Woche zu Woche in modifizierter Form mit anderen Personen und in anderen Konstellationen wiederholten, sahen sich die Zuschauer bald in ihren Erwartungen enttäuscht und blieben den Vorstellungen fern. Auch konnte den Kinobesuchern nicht entgehen, wenn mangels authentischer Bilder gestellte Szenen und Archivaufnahmen, z. B. von Land- und Seemanövern aus der Zeit vor dem Krieg, in die Filme montiert worden waren. Als Beispiel sei der Dokumentarfilm *Ein Großkampftag bei unseren Fliegern zur See* erwähnt (1918).

<sup>10</sup> *Zensurbuch für die deutsche Presse*. Herausgegeben von der Oberzensurstelle des Kriegspresseamts im März 1917. Das *Zensurbuch* enthielt auf 83 Seiten von A bis Z in Kurzform aufgelistet alle den Krieg und die Berichterstattung betreffenden Empfehlungen, Anweisungen und Verbote.

Ein weiteres Manko der Wochenschau betraf ihre Aktualität. Oft hinkten die gezeigten Aufnahmen weit hinter den tatsächlichen Ereignissen her. Die Transport- und Produktionsbedingungen sowie die bürokratische Vor- und Nachzensur führten zu beträchtlichen Zeitverzögerungen. Zudem sollte sich bald herausstellen, dass der Informationshunger auf authentische Bilder vom Kriegsgeschehen, der anfangs alle Schichten der Gesellschaft vor die Leinwand gelockt hatte, von der Wochenschau auf Dauer nicht gestillt werden konnte. Folglich ging das Zuschauerinteresse zurück. Dies war weniger den Film-Operateuren anzulasten, als den objektiven Arbeitsbedingungen an der Front. Denn die Kameramänner waren im Kampfgebiet erheblich in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die schwer zu handhabenden Stativkameras und die Unwegsamkeit des Geländes machten Kamerafahrten nahezu unmöglich. Teleobjektive waren noch nicht verfügbar. Die Kameramänner mussten also möglichst nahe an das Aufnahmeobjekt herangehen. Dies war im Kampfgeschehen äußerst riskant. Panoramaaufnahmen aus Schützengräben, Unterständen oder Bunkern wirkten dagegen statisch, monoton und auf die Dauer langweilig. Als Begleiter bei Stoßtrupps oder Angriffsbewegungen konnten Kameras wegen ihrer Schwerfälligkeit nicht eingesetzt werden. Doch gab es einfallreiche Neuerungen. So waren die Filmaufnahmen von Stoßtrupps in der Dokumentation *Kampftage in der Champagne* (1917) aus einem Flugzeug aufgenommen worden.

Aus der Erkenntnis heraus, dass Wochenschauen zwangsläufig hinter den aktuellen Ereignissen hinterher hinkten, setzte die Bufa im kritischen vierten Kriegsjahr verstärkt auf längere Dokumentarfilme, die

die Wehrhaftigkeit der Truppe und Heldentaten der Soldaten hervorhoben.

### Dokumentarfilme

Als «militärisch-amtliche Filme» der Bufa wurde u. a. gedreht: *Mit der Armee des Kronprinzen vor Verdun* (1917), *Höllenkampf an der Aisne* (1917), *Der magische Gürtel* (1917) und *Ein Großkampftag bei unseren Fliegern zur See* (1918). *Bei unseren Helden an der Somme* (1917) wurde als Antwort entwickelt auf den in Großbritannien und im Ausland sehr erfolgreichen englischen Dokumentarfilm *The Battle of the Somme* (1916). Beide Filme thematisieren die für jede kriegführende Seite äußerst verlustreiche Schlacht an der Somme (24.7. bis 26.11.1916), in der 400.000 britische Soldaten während der Kämpfe ihr Leben verloren. Die Deutschen hatten den Tod von 430.000 Soldaten zu beklagen. Am Ende der Kampfhandlungen konnten die Alliierten einen Geländegewinn von etwa 300 Quadratkilometern verbuchen (weniger als ein Drittel der Fläche der Insel Rügen). Trotz der hohen Verluste verstanden es die Briten, ihre gescheiterte Offensive als militärischen Erfolg darzustellen.

In realistischen Bildern zeigt der britische Film z. B. einen toten deutschen Soldaten im Schützengraben – ein Tabubruch. Man sieht verwundete deutsche und englische Soldaten sowie zermürbte und verstörte Gefangene. Es gibt auch «Fakes», also gestellte Szenen, die aber von authentischem Material nur schwer zu unterscheiden sind.

Das deutsche Pendant *Bei unseren Helden an der Somme* scheut sich nicht, in seinem einleitenden Zwischentitel das Grauen des industrialisierten Krieges beim Namen zu nennen (*Seit Monaten rast die Hölle der Sommeschlacht*). Die Grundausrichtung des

deutschen Somme-Filmes ist eher defensiv angelegt. In seinen einleitenden Sequenzen konzentriert er sich darauf, die Barbaren-Anklage der Alliierten optisch zu widerlegen. Die Kamera schwenkt über zerstörte Städte und Dörfer. Das Zerstörungswerk wird ausschließlich dem Feind angelastet (Zwischentitel: *Zerborstene Türme, tote Trümmer fragen die Welt: Wer sind die Barbaren?*). Der Imagepflege dienen humanitäre Einsätze wie die medizinische Versorgung gefangener Verwundeter oder die Rettung französischer Zivilisten vor dem Geschützfeuer der alliierten Verbände.

Bei der Betrachtung von Angriffs- und Kampfszenen fallen jedoch – im Gegensatz zum englischen Film – visuelle Ungereimtheiten auf, die unschwer als «Fakes» zu erkennen sind. Im Vergleich zum englischen Gegenstück wirkt die deutsche Produktion insgesamt weniger professionell komponiert. Man vermisst ein kohärentes Gestaltungskonzept.

In dem U-Boot-Film *Der Magische Gürtel* (1917) wird die U-Boot-Waffe als wirksame Gegenmaßnahme gegen die Seeblockade der Entente propagandistisch herausgestellt. Der Filmtitel ist abgeleitet von einer Metapher aus einer Rede Churchills als «Minister for Munitions», in der dieser von einem «enchanted circle» gesprochen hatte, den feindliche U-Boote um die «splendid Navy» gelegt hätten. Der Film dokumentiert die fünfwöchige Kaperfahrt von U-35 im Mittelmeer und vor der Atlantikküste. Der Kommandant Lothar von Arnauld de la Perière war einer der erfolgreichsten U-Boot-Kapitäne der kaiserlichen Marine und damit eine militärische Vorzeigefigur. Ein Kameramann an Bord hatte die Aufbringung und Versenkung feindlicher Handelsschiffe, aber auch das entspannte Bordleben im Bilde einge-

fangen. Der zügig fertig gestellte Film stieß bei seiner Uraufführung im September 1917 im Berliner Tauentzien-Palast bei Publikum und Presse auf ein begeistertes Echo.

Spannungsreich erlebt das Kinopublikum das Auslaufen des U-Bootes, die Aufbringung feindlicher Dampfer, die Weiterfahrt eines neutralen Schiffes, das keine Bannware geladen hat. Der Zuschauer wird Augenzeuge bei der Kontrolle der Schiffspapiere, der Gefangennahme englischer Kapitäne, der Versenkung feindlicher Schiffe durch Prisenkommandos und eines explodierenden Dampfkessels.

Aufgelockert sind die dramatischen Szenen durch unterhaltsame Sequenzen, die als beruhigende Nachricht an die Heimat die entspannten Seiten des Bordlebens zeigen. Zwischentitel: *Die Jagd auf Schildkröten, Badeleben im Atlantik!, Sonnenaufgang bei Algier, Malerische Fahrt an feindlicher Küste*. Ebenfalls wird die humane Behandlung der gefangenen englischen Kapitäne demonstriert. Sie machen ihren Morgenspaziergang an Deck, einer von ihnen schmaucht sein Pfeifchen. Diese Aufnahmen sollen unzweifelhaft den Vorwurf widerlegen, die Deutschen misshandelten ihre Kriegsgefangenen.

Auch ohne diesbezügliche Zwischentitel ist die Botschaft deutlich: Kriegsgefangene werden bei uns ritterlich und fair behandelt. Die ungewisse Fahrt der Besatzungen in ihren Rettungsboten wird allerdings ausgeblendet. Gegen Ende der Feindfahrt wird als Zwischentitel ein Funkspruch des Kommandanten an den Admiralstab eingeblendet: «... Habe versenkt 21 Dampfer, 3 Segler, zusammen 80 000 Tonnen».

Der Film ist inszeniert als aktionsgeladenes Abenteuerpos. Seine dramatische Struktur orientiert sich im Kern am Muster

einer klassischen Heldenreise aus der griechischen Mythologie. Der Kommandant und seine Mannschaft verlassen den schützenden Hafen und stellen sich den unkalkulierbaren Gefahren einer unergründlichen Welt in den Tiefen der Meere. Die Stationen dieser Fahrt sind durch die aufgebracht und versenkten Schiffe markiert. Wie in der klassischen Sagenwelt besteht die Chance, Bewährungsproben zu bestehen und heroische Taten zu begehen.

Der Film wirkt realistisch und authentisch. Er verzichtet gegenüber dem Feind auf hämische oder abfällige Kommentare in den Zwischentiteln oder herabsetzende Bildmanipulationen. Mit dieser seemännischen Zurückhaltung steht er ganz im Gegensatz zu den Gräu- und Hassfilmen der Entente, die bewusst negative Emotionen wecken wollten, um die Masse für ihre Ziele zu manipulieren. Von dieser Propagandamethode hat sich die OHL entschieden abgesetzt und auf die Macht der Tatsachen und Argumente gesetzt. Noch im Krisenjahr 1917 legte sie im «Zensurbuch für die Deutsche Presse» die Marschrichtung fest:

«Unser Schild muss rein bleiben... Die Sprache gegenüber den uns feindlichen Staaten kann hart sein; eine beschimpfende, den Gegner unterschätzende Tonart aber ist kein Zeichen von Kraft. Die Reinheit und Größe der Bewegung, die unser Volk erfasst hat, erfordert eine würdige Sprache. – Würdlose und geschmacklose Abbildungen dürfen nicht veröffentlicht werden.»<sup>11</sup>

Der 18-minütige Spielfilm *Der Feind hört mit* (1918) thematisiert, wie durch unüber-

legtes Geschwätz eines deutschen Telefonisten im Felde schwerer Schaden für die kämpfende Truppe entstehen kann. In der Einleitungssequenz sieht man in einer Originalaufnahme die beiden Militärikonen Hindenburg und Ludendorff am Kartentisch im Großen Hauptquartier, die einen Angriff auf englische Stellungen vorbereiten. In der darauf folgenden spannungreich aufgebauten Spielhandlung kann der Zuschauer verfolgen, wie der Angriffsbefehl von der Telefonzentrale der Operationsabteilung im Großen Hauptquartier unter «allerstrengster Geheimhaltung» an die zuständigen Stäbe und Kommandeure übermittelt wird.

Während die Angriffsvorbereitungen laufen (ZwT: *In den vordersten Stellungen werden Minenwerfer und Gasflaschen eingebaut*), lässt sich im Fernsprechunterstand einer Kompanie der Telefonist Musketier Krause auf ein privates Telefongespräch mit einem befreundeten Kameraden ein (*Hallo, hallo, Fritz, hast Du Dienst? Wie lange? – Na, wenn die wüssten, dass der Tanz morgen früh wieder mal losgeht*). Das Gespräch wird in der englischen Abhörstation mitgehört. Damit ist der Überraschungsangriff verraten. Hohe Verluste bei der eigenen Truppe sind die Folge. Wie in der griechischen Tragödie erhält der Missetäter seine gerechte Strafe. Im Zuge der Kampfhandlungen stirbt Musketier Krause unter den Trümmern des Unterstands. Im Sterben sieht er seine Schuld und sein Versagen ein und fragt: *War's nicht meine Schuld?!* In der Schlussequenz ist die Kamera in einer Totalen auf einen Soldatenfriedhof gerichtet. In den abschließenden Text schleicht sich falsches Pathos ein: *Und wer den Tod im heiligen Kampfe fand, ruht auch in fremder Erd' im Vaterland!*

11 Stichwort «Würde», ebd., S.81.



## Zeichentrickfilme

Auch der Zeichentrickfilm, der schon vor dem Kriege erste erfolgreiche Gehversuche in der Wirtschaftswerbung gemacht hatte, wurde in den Dienst der Kriegspropaganda gestellt. So entstanden im Auftrag der Reichsbank verschiedene Zeichentrickfilme, die für die Zeichnung von Kriegsanleihen werben sollten. Sie hatten alle eine dezidiert antibritische Stoßrichtung, bei der die Figur des John Bull als Anti-Symbol (S. Freud) im Mittelpunkt steht.

In dem kurzen Streifen *Das Saugetier* wird unter Verwendung der nationalen britischen Symbolfigur John Bull versucht, den Kolonialismus und die Expansionsbestrebungen des britischen Weltreichs zu demaskieren. Eingeleitet wird der Plot durch einen Schnell-Zeichner in Soldatenuniform mit aufgesetztem Stahlhelm, der vor einer weißen Leinwand mit einem großen Zeichenstift steht.

Die Zuschauer erleben wie der Zeichner in fetten, schwarzen Lettern den Titel *DAS SÄUGETIER* aufschreibt. Abschließend transformiert der Zeichner den Titel, indem er aus einem *Säugetier* ein *Saugetier* macht. Durch das Wegwischen der beiden Pünktchen über dem A wird damit der Grundtenor der Erzählung ersichtlich.

Die Zuschauer sehen wie der Zeichner in flotten Strichen eine Figur entstehen lässt, die sich als John Bull mit griesgrämiger Miene entpuppt. John Bull, von kleiner, bulliger Gestalt, trägt einen Frack, Kniebundhosen und Schaftstiefel. Eine Weste umspannt seinen behäbigen Bauch. Auf seinem für ihn typischen «John-Bull-Zylinder» ist der Union Jack abgebildet. John Bull sitzt im Schneidersitz auf einer stilisierten Landkarte des Vereinigten Königreichs. Mit missmutigem Gesichtsausdruck blickt er mit seinem Fern-

rohr in alle Himmelsrichtungen. Er entdeckt verschieden Kolonien des britischen Weltreichs und sieht, wie dort die Bewohner für englische Interessen schufteten und ausgebeutet werden. Die Karikaturen über die spezifischen Produkte und Bodenschätze in den Kolonien Südafrika, Ägypten, Ceylon und Jamaika werden durch schlichte Spottreime, die sich des einfachen Paarreims bedienen, kommentiert (*Fern in der südlichen Natur in Kapland fleißig schippt der Bur/Ha – schreit John Bull: Brillantensteine – ? Gleich gibst du her, Bur! – Alles meine!*).

Im Laufe der Erzählung mutiert John Bull Schritt für Schritt zu einem hässlichen Polypen, der seine Fangarme nach allen Kontinenten ausstreckt (*Er war als Mensch schon keine Zier: Schon wird er immer mehr zum Tier!/Gleich zeigt er seinen wahren Typ, er wird nun zum Polyp*). Schließlich bereiten deutsche U-Boote und von Flugzeugen und einem Zeppelin abgeworfene Bomben dem Monster, zu dem John Bull sich entwickelt hat, ein Ende.

Im Gegensatz zu *Das Saugetier* kommt der Zeichentrickfilm *Ein Boxkampf mit John Bull* eher leichtfüßig und beschwingt daher. Der Streifen erfüllt bereits alle Merkmale eines modernen Werbespots: Er übermittelt seine Botschaft, die 8. Kriegsanleihe zu zeichnen, in weniger als einer Minute, beschränkt sich auf sehr wenig Text, der in Reimform zu einem treffenden einprägsamen Slogan verdichtet ist und lässt statt dessen die Comiczeichnung für sich sprechen. Die Akteure im Bild, ein Geldsack und John Bull, sind frei von überflüssigen Details, nach dem Prinzip der grafischen Vereinfachung gestaltet. Die Handlung ist schnörkellos aufgebaut: John Bull tritt im Seitenprofil in seiner typischen Tracht

selbstsicher und behäbig ins Bild. Er trägt Boxhandschuhe. In Richtung eines imaginären Gegners übt er Rechts-Links-Ausleger. Hektische Mundbewegungen deuten auf eine aggressive Rhetorik hin. Ein personalisierter Geldsack auf zwei Beinen, auf dem *8. Kriegsanleihe* zu lesen ist, geht langsam auf John Bull zu. Dieser verpasst dem Geldsack sofort einen schwungvollen Linksausleger, der aber keine Wirkung zeigt. Als Reaktion auf den Angriff wehrt sich der Geldsack mit zwei Tritten gegen das Schienbein von John Bull, der nach einem dreifachen Salto zu Boden geht. Das Schlussbild zeigt den Geldsack, der in Siegerpose auf den ohnmächtig am Boden liegenden John Bull steht. Der Comic wird abschließend mit dem Reim kommentiert: *So/wird John Bull/zu/Fall gebracht,/wenn jeder zeichnet/«N° 8».*

### Spielfilme

In der Anfangsphase des Krieges entdeckten Spielfilmproduzenten ihre vaterländische Gesinnung. Mit feinem Gespür für die vorherrschende Volksstimmung wurden in rascher Folge harmlose Militärfilme, Kriegspossen und «feldgrauer Kitsch» produziert.

Zu diesem Genre gehört auch der Film *Weihnachtsglocken*<sup>12</sup>, der zeitnah im Dezember 1914 uraufgeführt wurde. In diesem Falle wird die propagandistische Botschaft in eine Liebes- und Weihnachtsgeschichte verpackt. Es geht nach der Burgfriedenrede des Kaisers um die Überwindung von Ständedünkel und Klassenschranken, um den Kampfgeist der Truppe zu stärken.

Der Plot ist ebenso schlicht wie vorhersehbar: Es ist die erste Kriegsweihnacht.

Am Heiligen Abend herrscht im Hause des adeligen Gutsbesitzers von Halden eine bedrückte Stimmung. Die Eltern sorgen sich um ihren Sohn Egon, der als Leutnant an der Front seine soldatische Pflicht erfüllt. Völlig unerwartet kündigt Egon in einem Telegramm seinen Besuch an, weil er nach einem Lazarettaufenthalt Weihnachtsurlaub bekommen hat. Egon bringt seinen Kriegskameraden, den einfachen Soldaten Hans Hertig mit, der im selben Ort wohnt. Hans hat in einem militärischen Einsatz Leutnant von Halden das Leben gerettet. Am ersten Weihnachtstag wird der Lebensretter als Zeichen des Dankes und der Anerkennung von der Familie von Halden eingeladen. Dort begegnet er Lo, der Schwester seines Kriegskameraden. Hans und Lo verlieben sich ineinander. Doch stehen die Standesunterschiede zwischen den Frischverliebten. Die Tochter eines adeligen Gutsbesitzers und ein Soldat aus einfachen Verhältnissen haben nach dem gesellschaftlichen Kodex keine Aussicht auf eine eheliche Bindung. Hans und Lo wissen um die Ausweglosigkeit ihrer Liebe aufgrund des Standesunterschiedes. Sie sind darüber unglücklich und bedrückt. Egon bemerkt die hoffnungslose Lage der Liebenden. Er spricht seinen Vater an und bittet um dessen Zustimmung für die Verlobung von Lo und Hans. Der Vater, ganz in den Denkstrukturen der herrschenden Klasse gefangen, überwindet nach anfänglicher Ablehnung sein adeliges Ständedenken und stimmt der Verlobung seiner Tochter mit dem Lebensretter seines Sohnes zu.

Die Botschaft des Films kommt ohne Umschweife zum Punkt. Militärische Tugenden und Kameradschaftsgeist stehen über verkrustetem Ständedenken und ermöglichen sogar eine Liebesheirat, die Klassen-

12 Helmut Korte: Der Krieg und das Kino: Von *Weihnachtsglocken* (1914) bis *Gewehr über!* (1918). In: *Faulstich/Korte*, a. a. O., S. 306–325.

schränken überwindet. Die manipulative Absicht des Streifens kommt unverblümt daher. Natürlich wird in einem Weihnachtsfilm im ersten Kriegsjahr die Realität des Fronteinsatzes ausgeblendet. Indirekt dienen die Begriffe «Lebensretter» und Lazarettaufenthalt als Metaphern für die Realität des Stellungskrieges.

Als sich die Kriegslage und damit die Stimmung in der Heimat dramatisch verschlechterten, wurde dieses Genre sehr schnell vom Markt genommen. Spielfilme hatten sich jetzt am «Ernst der Stunde» auszurichten. Vaterländische Erbauungsfilme und Melodramen waren nun gefragt. Im Vordergrund stand jetzt die Vermittlung gesellschaftlicher und politischer Überzeugungen und Werte wie sie in der Handlung des Spielfilms *Unsühnbar* (1917)<sup>13</sup> zum Ausdruck kommen. Hauptdarstellerin war die beliebte Tragödin Adele Sandrock. Dieser im Auftrag der Bufa produzierte Streifen thematisiert indirekt die Munitionsarbeiterstreiks in Berlin und Leipzig. Der Film warnt davor, dass Streiks den Munitionsnachschub gefährden.

Er enthält Elemente des klassischen Familiendramas. Im Mittelpunkt der Handlung steht eine Soldatenwitwe mit ihren beiden ungleichen Söhnen. Der «gute», ältere Sohn kämpft an der Front. Der «böse», jüngere lässt sich in der Heimat zu unsolidem Lebenswandel und zur Teilnahme an einem Streik in einer Munitionsfabrik verleiten.

Die pflichtbewusste Mutter scheitert mit ihrem Versuch, den vom rechten Wege abgewichenen Sohn zu verantwortungsbewusstem Handeln zu bewegen. Der Bruder an der Front fällt, weil im Schützengraben die Munition ausgeht. Als der Abtrünnige vom

Tode seines Bruders erfährt, und die Folgen seines verantwortungslosen Handelns erkennt, bittet er die Mutter um Vergebung. Doch diese kann ihrem Sohn sein folgen-schweres Fehlverhalten nicht verzeihen.

Mit erhobenen Arm schleudert sie ihm verzweifelt entgegen: *Unsühnbar!*. Die Botschaft des Plots: Vaterlandsliebe steht über Mutterliebe. In der Schlussequenz kommt es zur Läuterung und moralischen Umkehr des Sohnes. Er bereut sein Handeln zutiefst und will seine Schuld sühnen. Der Zwischentitel verkündet pathetisch: «Ich werde sühnen! Ich melde mich freiwillig!».

Als die unter der Schirmherrschaft der Bufa produzierten Filme in die Kinos kamen, hatte das anfängliche Interesse an Militärfilmen spürbar nachgelassen. Gefragt waren im vierten Kriegsjahr nicht so sehr militärische Erbauungsfilme, sondern Streifen, die im grauen Kriegsalltag Ablenkung und Zerstreuung versprachen. Liebesdramen, Lustspiele sowie die seinerzeit sehr beliebten Detektiv- und Abenteuerfilme standen jetzt in der Gunst des Publikums. Der Gentleman-Einbrecher verdrängte den todesmutigen Leutnant und Stoßtruppführer auf der Beliebtheitsskala. In einer globalen Welt des Verbrechens lockte das kleine Verbrechen auf der Leinwand.

### Literatur:

- Altenloh, Emilie: *Zur Soziologie des Kino. Die Kino-Unternehmung und die sozialen Schichten ihrer Besucher*. Jena 1914.
- Axelrod, Alan: *Selling the Great War. The Making of American Propaganda*. New York 2009.
- Barkhausen, Hans: *Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg*. Hildesheim u. a. 1982.
- Bredow, Wilfried von/Zurek, Rolf (Hrsg.): *Film und Gesellschaft in Deutschland*. Hamburg 1975.

13 Ph. Stiasny, a. a. O. S. 75 ff.

- Bub, Gertraude: *Der deutsche Film im Weltkrieg (1914–1918) und sein publizistischer Einsatz*. Berlin 1938.
- Bucher, Peter (Bearbeiter): *Wochenschaun und Dokumentarfilme 1895–1950 im Bundesarchiv – Filmarchiv*. Koblenz 1984.
- Diehl, Ruth/Hoffmann, Detlef/Tabrizian, Ingrid: *Ein Krieg wird ausgestellt. Die Weltkriegssammlung des Historischen Museums (1914–1918)*. Frankfurt a. M. 1976.
- Faulstich, Werner/Korte, Helmut (Hrsg.): *Fischer Filmgeschichte*, Bd. 1: 1895–1924. Frankfurt a. M. 1994.
- Hedin, Sven: *Ein Volk in Waffen*. Leipzig 1915.
- Hirschfeld, Gerhard u. a.: *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. 4. Aufl. Paderborn 2013.
- Jones, Heather: *Violence against Prisoners of War in the First World War. Britain, France, Germany, 1914–1920*. Cambridge 2011.
- Jung, Uli/Loiperdinger, Martin (Hrsg.): *Geschichte des dokumentarischen Films in Deutschland*. Bd. 1, Stuttgart 2005.
- Kalbus, Oskar: *Vom Werden deutscher Filmkunst*. Bd. 1: *Der stumme Film*. Altona-Bahrenfeld 1935.
- Kinter Jürgen: *Arbeiterbewegung und Film (1895–1933)*. Hamburg 1986.
- Kriegk, Otto: *Der deutsche Film im Spiegel der Ufa*. Berlin 1943.
- Kunczik, Michael: *Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland*. Köln, Weimar, Wien 1997.
- Loiperdinger, Martin: Kaiser Wilhelm II: Der erste deutsche Filmstar. In: Koebner, Thomas (Hrsg.): *Idole des deutschen Films*. München 1997.
- Ludendorff, Erich: *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*. Berlin 1919.
- Messter, Oskar: *Mein Weg mit dem Film*. Berlin 1936.
- Der Film als politisches Werbemittel. Abdruck in: *KINtop* Band 3, S. 93–102, Basel 1994.
  - *Filmpionier der Kaiserzeit*. (Katalog zur Ausstellung im Filmmuseum Potsdam). Frankfurt a. M. 1994.
- Oppelt, Ulrike: *Film und Propaganda im Ersten Weltkrieg*. Stuttgart 2002.
- Reeves, Nicholas: *Official Film Propaganda during the First World War*. London 1986.
- Rother, Rainer (Hrsg.): *Die letzten Tage der Menschheit. Bilder des Ersten Weltkrieges*. Berlin 1994.
- Sanders, M. L./Taylor, Philipp M.: *Britische Propaganda im Ersten Weltkrieg: 1914–1918*. Berlin 1990.
- Stiasny, Philipp: *Das Kino und der Krieg*. München 2009.
- Toeplitz, Jerzy: *Geschichte des Films*. Bd. 1: 1895–1928. Berlin 1984.
- Traub Hans: *Die Ufa. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des deutschen Filmschaffens*. Berlin 1943.
- Wippermann, Klaus W.: Die deutschen Wochenschaun im Ersten Weltkrieg. In: *Publizistik*, 16. Jg. 1971, H. 3, S. 268–278.
- Wood, Richard/Culbert, David: *Film and Propaganda in America. A Documentary History*. Vol. 1.: *World War I*. New York 1990.

**Zeitschrift:**

*Der Kinematograph*. Berlin, 8.–12. Jg., 1914–18.

## Umkämpfter Burgfriede Spontaner und organisierter Protest im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg steht nicht nur für millionenfaches Leid auf den Schlachtfeldern und an der Heimatfront. Es zeigte sich auch, dass viele Menschen, besonders aus der Arbeiterschaft, nicht bereit waren, ihrer jeweiligen Regierung blind zu folgen. Stattdessen protestierten sie unter hohem persönlichem Risiko gegen den Waffengang mit seinen politischen und sozialen Folgen. Das geschah in erheblichem Umfang gerade auch in der Stadt, in der mehr noch als anderswo die Entscheidung zum Krieg gefallen war: in Berlin.<sup>1</sup> Die Arbeiterbewegung stand dabei mit im Zentrum dieser Ereignisse. Allerdings war sie keineswegs ein monolithischer Block; vielmehr war sie geprägt von heftigen internen Auseinandersetzungen und kann keineswegs auf ihre traditionellen Organisationsformen wie Partei und Gewerkschaft beschränkt werden. Im Folgenden soll am Beispiel Berlins untersucht werden, wie sich das vielschichtige Verhältnis der Arbeiterbewegung zum Krieg gestaltete.

### Vom Frieden zum Burgfrieden

Die deutsche Arbeiterbewegung des Kaiserreichs hatte sich in entschiedener Gegnerschaft zu Staat und Gesellschaftsordnung befunden. Zwar passten sich viele Mitglie-

der und Funktionäre der wichtigsten Organisationen, SPD und Freie Gewerkschaften, partiell an die herrschenden Verhältnisse an, um auf dem Reformweg Verbesserungen zu erreichen. Aber in den Augen der etablierten Eliten waren die Sozialdemokraten doch noch immer «vaterlandslose Gesellen». Diese prekäre Stellung im politischen System des Kaiserreichs lag nicht zuletzt in ihrem Internationalismus und ihrer Kritik am Militarismus begründet. Das stand diametral gegen das politisch dominante Denken der Epoche.

Das gesellschaftliche Klima hielt die Sozialdemokratie – und in vielleicht noch höherem Maße die Anarchisten um Landauer – allerdings nicht davon ab, gegen Aufrüstung und die drohende Kriegsgefahr vorzugehen. Schon um 1900 war es in Berlin zu beachtlichen Protestversammlungen gegen die Flottengesetze gekommen, die den Aufbau einer gewaltigen Kriegsmarine zum Ziel hatten.<sup>2</sup> Ähnliche Aktionen gab es aufgrund der deutschen Militärintervention in China 1901, als Zehntausende eine friedliche Außenpolitik forderten. Die größten Kundgebungen fanden im Herbst 1911 und 1912 im Treptower Park statt. In Massen folgten ihre Anhänger dem Aufruf der SPD, um gegen die Zuspitzung der in-

1 Die folgenden Ausführungen basieren in Teilen auf meiner kürzlich publizierten Monografie: *Axel Weipert: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934*. Berlin 2013.

2 Schröder, Wolfgang u. a.: *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*. Bd. 1, Berlin (O) 1987, S. 541–562.

ternationalen Lage im Zusammenhang mit der Marokkokrise und dem Balkankrieg zu protestieren. Besonders hervorzuheben sind die Aktionen am 17. November 1912: Während deutsche Parteiführer in London, Paris und Budapest referierten, sprachen der Franzose Jean Jaurès, der Österreicher Karl Renner und der Brite James O'Grady in Berlin. Die vielbeachtete Rede Jaurès' für Völkerverständigung und gegen den drohenden Krieg in einem Saal nahe dem Park Hasenheide veranlasste den ehemaligen Reichskanzler Bernhard von Bülow dabei zu der Aussage: «Die auswärtige Politik wird nicht in der Hasenheide gemacht.»<sup>3</sup> Diese Stellungnahme zeigt, dass die Haltung der organisierten Arbeiterbewegung von den etablierten Politikern aufmerksam verfolgt wurde.

In der Zweiten Internationale war man sich vor dem Krieg darin einig gewesen, alle aggressiven Schritte der europäischen Staaten entschieden zu verurteilen.<sup>4</sup> Allerdings bestanden erhebliche Meinungsunterschiede darüber, wie auf einen möglichen Krieg reagiert werden sollte. Während besonders die französischen Delegierten vehement den Einsatz radikaler Mittel wie Generalstreik oder Lahmlegung der Rüstungsindustrie forderten, hielten sich die deutschen Vertreter eher zurück. Ein Grund dafür dürfte in der beschriebenen innenpolitischen Lage zu suchen sein. Mehr noch als in Frankreich oder Großbritannien standen die Sozialisten hier unter dem Generalverdacht des Landesverrats. Letztlich blieb es bei weitgehend unverbindlichen Handlungsempfeh-

lungen, die die Mitgliedsparteien aus den einzelnen Ländern fast nach Belieben auslegen konnten. Der vielbeschworene Internationalismus war also kaum mehr als ein Lippenbekenntnis, konkrete Politik folgte nur sehr bedingt daraus.

Das hatte in dem Moment fatale Konsequenzen, als die Kriegsfrage in der Juli-Krise von 1914 mit besonderer Wucht auf die Tagesordnung drängte. Man hatte schlicht kein wirksames und konsensfähiges Konzept entwickelt, um nun angemessen reagieren zu können.<sup>5</sup> Viele Parteiführer waren von der Eskalation nach dem Attentat von Sarajevo derart überrascht worden, dass sie sich sogar noch im Urlaub befanden. Schließlich wurden aber Ende Juli doch große Versammlungen für den Frieden durchgeführt. Allein in der Hauptstadt folgten Zehntausende Menschen dem Aufruf des Parteivorstandes, in dem es hieß:

«Parteigenossen, wir fordern Euch auf, sofort in Massensammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg!

3 Zitiert nach: Schröder 1987, S. 542.

4 Hoffrogge, Ralf: *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914*. Stuttgart 2011, S. 141-180.

5 Miller, Susanne: *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf 1974, S. 31-74; Schröder 1987, S. 558-568; Brandt, Peter/Groh, Dieter: *Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*. München 1992, S. 142-162.

Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!»<sup>6</sup>

Das war natürlich ein unzweideutiges Bekenntnis zum Frieden. Bei aller verbalen Radikalität konnte man sich allerdings zu weiteren Maßnahmen nicht entschließen. Es war vorhersehbar, dass Versammlungen nicht ausreichen würden, um die Regierung von ihrem Kriegskurs abzubringen. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass es im Anschluss an die Treffen in Lokalen trotz Verbots zu zahlreichen spontanen Demonstrationen auf den Berliner Straßen kam. In einem Presseartikel hieß es dazu:

«Der Polizeipräsident hatte von gestern Abend an Umzüge aller Art auf den Straßen verboten. Trotzdem versuchten zahlreiche Teilnehmer der sozialdemokratischen Versammlungen, insbesondere Unter den Linden Umzüge zu veranstalten. [...] An der Ecke Unter den Linden und Friedrichstraße vor dem bekannten Café Kranzler ertönten gegen zehn Uhr einzelne Piffe und dazu Rufe wie: «Nieder mit den Kriegshetzern!» Nun wurde die Zahl der Sozialdemokraten rasch größer, und vor dem Café stimmten einige von ihnen die Arbeitermarseillaise an. Ein kurzer Befehl – die berittenen Schutzleute sitzen auf, scharen sich zusammen und ziehen los gegen die Tumultuanten, so sehr diese sich wehren und schreien, Pfuirufe werden laut, dazwischen erst vereinzelt, dann in vollem Chor von der anderen Seite «Heil dir im Siegerkranz» und «Deutschland, Deutschland über alles». Die Massen prallen aufeinander, im-

mer wieder müssen die Berittenen vor, die Bürgersteige sind bald gesäubert, die Pferde treiben, was nicht freiwillig geht, vor sich her.»<sup>7</sup>

Entgegen einem noch immer verbreiteten Mythos war die Kriegsbegeisterung im Lande keineswegs allgemein. Getragen wurde sie in erster Linie von Studenten und Bürgern, die Arbeiterschaft dagegen verhielt sich weitgehend reserviert.<sup>8</sup> Das betonte beispielsweise der Vorsitzende des SPD-Wahlvereins Friedrichsfelde, Paul Schwenk:

«Kriegsbegeistert waren die Berliner Arbeiter nicht. Nur ein verschwindend kleiner Teil hat sich – und auch nur kurzfristig – von dem hurratriotischen Rummel des Bürgertums, der Kleinbürger, Beamten und Angestellten mitreißen lassen. Die übergroße Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft war gegen den Krieg.»<sup>9</sup>

Das hatten die Kundgebungen der vergangenen Tage eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Diese fanden im Übrigen nicht nur in Berlin, sondern in nahezu allen deutschen Städten statt.<sup>10</sup> Allerdings bemühten sich die Führungen von Partei und Gewerkschaften, gegenüber der Regierung ihre Bereitschaft zum Entgegenkommen zu betonen.

6 Zitiert nach: Schröder 1987, S. 559.

7 Zitiert nach: Glatzer, Ruth/Glatzer, Dieter: *Berliner Leben 1914–1918. Eine historische Reportage aus Erinnerungen und Berichten*. Berlin (O) 1983, S. 26.

8 Wegner, Jörn: Die Antikriegsprotteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Heft 11/2014, S. 39–52.

9 Zitiert nach: Schröder 1987, S. 570.

10 Wegner 2014, S. 45–48.

Das hatte mehrere Gründe. Zunächst wurde über Berlin erst der Kriegs- und dann der Belagerungszustand verhängt, empfindliche Einschränkungen der politischen Freiheiten waren die Folge. Weitere Kundgebungen hätten demnach nur illegal stattfinden können. Davor schreckte man zurück, um sich nicht der Gefahr eines allgemeinen Verbots und möglicher Schutzhaft auszusetzen. Diese Bedrohung war durchaus real. So wurden später Kriegsgegner immer wieder eingesperrt oder zum Militärdienst eingezogen und die Presse der strikt pazifistisch orientierten Freien Vereinigung noch im August verboten. Außerdem hofften die Sozialdemokraten, für ihre Zusammenarbeit später belohnt zu werden, etwa mit einem gleichen Wahlrecht in Preußen. Die Gewerkschaften gingen noch weiter und stellten sämtliche Arbeitskämpfe ein. Außerdem war schwer abzuschätzen, wie sich die anderen Parteien der Internationale – insbesondere die französische SFIO – verhalten würden. Wie sich bald zeigte, hatten sich aber fast alle in ähnlicher Weise auf eine Unterstützung ihrer jeweiligen nationalen Kriegspolitik verpflichtet, ebenso wie die jeweiligen Gewerkschaftsverbände.<sup>11</sup> Schließlich kam noch die geschickte Diplomatie der Reichsregierung hinzu, die den Krieg als eine Verteidigungsaktion gegen Russland erscheinen ließ – und nicht als den Angriffskrieg, der er in vielerlei Hinsicht tatsächlich war.<sup>12</sup> Darauf hatte insbesondere Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg bewusst hingearbeitet; vor allem weil er

wusste, dass ein großer Krieg undurchführbar wäre, wenn die eigene Arbeiterschaft nicht mitziehen würde. Das bedeutete aber im Umkehrschluss, dass eine glaubhafte Drohung mit energischem Widerstand ein durchaus erfolgversprechendes Instrument gewesen wäre, den Krieg zu verhindern.

Zentrales Zeichen für die Unterstützung des Krieges war die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im Reichstag am 4. August 1914. Das war zwar vor allem eine symbolische Geste, denn alle anderen Parteien und damit eine breite Mehrheit der Abgeordneten stimmten ohnehin dafür. Aber es war doch weit mehr als das: Für die einen ein konsequenter weiterer Schritt hin zur Einbindung der Arbeiterbewegung in die Gesellschaft, für die anderen ein schändlicher Verrat an den eigenen Prinzipien. SPD und Gewerkschaften hatten sich jedenfalls eindeutig positioniert. Allerdings fielen diese Entscheidungen im kleinen Kreis der höheren Funktionäre in Parteivorstand und Reichstagsfraktion. Die allermeisten Mitglieder und Anhänger wurden nicht einbezogen und sogar noch nicht einmal über die kontroversen Debatten innerhalb der Gremien informiert. Das war sicher auch dem engen Zeitrahmen geschuldet, aber es zeigte zugleich, wie selbstverständlich der Führungsanspruch der Funktionsträger selbst bei dieser fundamentalen Frage erhoben wurde.

Hätte man sich dagegen im Sinne eines innerparteilichen Kompromisses wenigstens der Stimme enthalten, wäre der politische Spielraum in der Folgezeit wohl größer gewesen. Diese Möglichkeit wurde nicht nur real diskutiert, sie hatte auch eine Vorgeschichte. Denn die Parteigründer August Bebel und Wilhelm Liebknecht enthielten sich bei Ausbruch des Deutsch-Französi-

11 Becker, Jean-Jacques/Krumeich, Gerd: *Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918*. Essen 2010, S. 79–103.

12 Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*. Düsseldorf 2009.



schen Kriegs 1870 ebenfalls der Stimme im damaligen norddeutschen Reichstag. Die letztlich erfolgte Zustimmung, faktisch ein Blankoscheck für die Regierung, erwies sich in mehrfacher Hinsicht als fatal. Die Sozialdemokratie büßte gegenüber ihren deutschen Anhängern und in der Internationale massiv an Glaubwürdigkeit ein. Die belgischen Sozialisten beispielsweise weigerten sich auch noch nach Kriegsende, mit Vertretern der SPD an einem Tisch zu sitzen.<sup>13</sup> Das sah bei der kriegskritischen USPD ganz anders aus, denn diese genoss im feindlichen wie neutralen Ausland ein weit höheres Ansehen. Zugleich blieb es lange Zeit bei inhaltlichen Versprechungen der Regierung, was innere Reformen anging. Wirkliche Zugeständnisse im Rahmen der Oktoberreform 1918 gab es erst, als das alte System vor der Kriegsniederlage und also mit dem Rücken zur Wand stand. Es ist daher unwahrscheinlich, dass im Falle eines militärischen Sieges und dem damit verbundenen Prestigegewinn der alten Eliten Ähnliches zu erwarten gewesen wäre. Die strategische Kernfrage der Arbeiterbewegung – Reformierung oder Revolutionierung der Gesellschaft – hätte sich natürlich auch nach einem solchen Kompromiss gestellt. Aber sie hätte dann von einer insgesamt stärkeren Bewegung beantwortet werden können, und auch hier wären, zumindest temporär, Zwischenstufen möglich gewesen.

Die Burgfriedenspolitik als Einstellung sämtlicher innerer Kämpfe wirtschaftlicher oder politischer Art hatte sich trotz Vorbehalten durchgesetzt. Allerdings blieb das nicht für alle gültig, und je länger der Krieg andauerte, desto mehr nahm der Widerstand dagegen zu. Dennoch bleibt festzu-

halten: Der vielbeschworene Internationalismus und Antimilitarismus versagten in dem Moment, als sie ihre wichtigste Bewährungsprobe zu bestehen hatten. Es hat allerdings an hellsichtigen Warnungen vor dieser Entwicklung nicht gefehlt. So schrieb Gustav Landauer bereits Jahre vor dem Kriegsausbruch: «Auch heute schon steht es um die Machtverteilung in den verschiedenen Staaten Europas so, daß, wenn es einmal zum großen Weltkrieg kommt, die Sozialdemokratie ihr Teil Verantwortung dafür übernehmen muß und auch nach kurzem Schwanken übernehmen wird.»<sup>14</sup> Während das für Landauer einer Bankrotterklärung der SPD gleichkam, betonte der Parteivorsitzende Hugo Haase in der entscheidenden Reichstagsitzung am 4. August unter entgegengesetzten Vorzeichen: «Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.»<sup>15</sup>

### Die Entwicklung im Krieg

Bald nach Kriegsbeginn kam es zu einer sprunghaften Zunahme der Arbeitslosigkeit, die sich auf nun über 20 Prozent verdreifachte.<sup>16</sup> Das lag zum Teil am Zusammenbruch der Exporte, insbesondere aber an der Umstellung auf die Rüstungsproduktion. Das Verlangen der Armee nach Waffen und anderem Material führte dann rasch zu einem Arbeitskräftemangel. Nun wurden von der Arbeiterschaft zahlreiche Überstunden geleistet und die Sonntagsarbeit wie-

14 Zitiert nach dem Nachdruck in: Landauer, Gustav: *Rechenschaft*. Berlin 1919, S. 70.

15 Zitiert nach: *Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte*, Bd. 306, S. 9.

16 Kocka, Jürgen: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*. Göttingen 1978, S. 12–21; Large, David: Berlin. *Biografie einer Stadt*. München 2002, S. 132–140.

13 Miller 1974, S. 275–281.

der eingeführt. Aber selbst das reichte nicht aus, denn viele Beschäftigte waren als Soldaten eingezogen worden und fehlten nun in den Fabriken. Gerade in Berlin als wichtigem Standort der Rüstungsindustrie arbeiteten nun Frauen und Jugendliche als Ersatz. Das galt nicht nur für die großen Fabriken, sondern beispielsweise auch für die Straßenbahn, die Müllabfuhr und viele weitere Bereiche. Ihre Löhne lagen aber spürbar unter denen der männlichen Kollegen – selbst dann, wenn sie dieselben Tätigkeiten verrichteten.

Ab Februar 1915 führte Berlin als erste deutsche Großstadt die Rationierung von Brot ein, andere Nahrungsmittel folgten. Die Lebensmittelkarten reichten kaum aus, um den Bedarf zu decken, und so musste man sich anderweitig umsehen. Auf jedem verfügbaren Stückchen Land wurde Gemüse angebaut. Viele begaben sich auf Hamsterfahrten ins nähere Umland, um an den staatlichen Verteilungsbehörden vorbei direkt bei den Bauern einzukaufen. Die staatlich oder privat betriebenen Massenspeisungen waren dagegen unpopulär, denn mit zunehmender Kriegsdauer litt die Qualität der verabreichten Mahlzeiten erheblich.<sup>17</sup> Besonders hart war der «Kohlrübenwinter» 1916/17. Die Kartoffelernte war in diesem Jahr katastrophal schlecht ausgefallen. So kam die unbeliebte Kohlrübe als Ersatznahrung zur Verwendung, obwohl sie eigentlich als Schweinefutter angebaut wurde. Die Preise stiegen weitaus rascher als die Löhne, vor allem auf dem Schwarzmarkt. Dort war zwar alles zu bekommen, aber zu

einem Vielfachen der staatlich verordneten Höchstpreise. Auch im Adlon am Pariser Platz, dem renommiertesten Hotel Berlins, blieb dank der exquisiten Speisekarte den ganzen Krieg hindurch kaum ein Zimmer frei. Je länger der Krieg andauerte, desto prekärer wurde die Lage. Vor den Lebensmitteläden bildeten sich lange Schlangen, die sog. «Lebensmittelpolonaisen». Ein Berliner Polizist berichtete dazu seinen Vorgesetzten:

«An den Verkaufsstellen der in den Arbeitervierteln gelegenen Markthallen und Lebensmittelgeschäften lassen sich mitunter Wahrnehmungen machen, die sehr zu denken geben. Sobald zum Beispiel irgendein notwendiges Lebensmittel eine weitere, teilweise wucherische Preissteigerung erfahren hat, stehen die wartenden Arbeiterfrauen in kleineren und größeren Gruppen herum und geben ihrem Unwillen in lebhafter Weise untereinander Ausdruck. Es herrscht hierbei eine äußerst gereizte Stimmung [...] und die Maßnahmen der Regierung erfahren häufig ein recht gehässige Kritik.»<sup>18</sup>

Die erzwungenen Ansammlungen dienten also als Ersatzöffentlichkeit – die Presse stand unter strenger Zensur – und damit zugleich als Verstärker der Unzufriedenheit. Nicht von ungefähr nahmen viele Ausschreitungen und Proteste hier ihren Anfang. Zahlreiche Frauen stürmten beispielsweise am 14. Oktober 1915 ein But-

17 Seyffarth, Jenny: Die Berliner Volks- und Kriegsküchen im Ersten Weltkrieg. In: *Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins*, Heft 1 2014, S. 307-316.

18 Zitiert nach: Ullrich, Volker: *Kriegsalltag. Zur inneren Revolutionierung der Wilhelminischen Gesellschaft*. In: Michalka, Wolfgang (Hg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung Analyse Wahrnehmung*. Weyarn 1997, S. 601-621, hier S. 608.

tergeschäft in der Friedrichshainer Barnimstraße, das gerade die Preise angehoben hatte.<sup>19</sup> Zusätzlich waren sie vom Besitzer provoziert worden, der ihnen prophezeite, dass sie bald «Heringslake und Scheiße als Delikatesse fressen» würden. Daraufhin wurden sie handgreiflich und schlugen die Fensterscheiben des Geschäfts zu Bruch. Den ganzen Monat hindurch kam es in den Arbeitervierteln des Berliner Ostens zu ähnlichen Vorfällen, an denen teilweise über tausend Personen teilnahmen.

Es liegt auf der Hand, dass unter solchen schlechten Bedingungen Krankheiten und Arbeitsunfälle häufiger wurden. Zur unzureichenden Ernährung kam noch der Mangel an Kleidung und Kohlen; zugleich stieg die Arbeitsbelastung enorm. Karl Retzlaw, Arbeiter in einer Berliner Rüstungsfabrik, erinnerte sich an die Zustände an seinem Arbeitsplatz:

«Die Arbeitsverhältnisse waren so, wie sie im Frühkapitalismus gewesen sein mögen. Immer war ‚etwas los‘. Besonders in den Nachtschichten. Keine Nacht ohne Zusammenbruch einer oder mehrerer Frauen an den Maschinen, infolge Erschöpfung, Hunger, Krankheit. [...] In der Kantine gab es zwölfmal in der Woche, mittags und mittenachts, Kohlrüben; manchmal mit, meistens ohne Kartoffeln»<sup>20</sup>

19 Scholz, Robert: Ein unruhiges Jahrzehnt. Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923. In: Gailus, Manfred (Hg.): *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830 1980)*. Berlin (W) 1984, S. 79–123, hier S. 83–85; Large 2002, S. 139.

20 Zitiert nach: Retzlaw, Karl: *Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*. Frankfurt a. M. 1971, S. 72.

Die Zuspitzung der Verhältnisse konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung bleiben.<sup>21</sup> Im selben Maß wie die Not nahm daher die Bereitschaft zu, mit Streiks und anderen Aktionen die Lage zu verbessern. Zunächst kam es in einzelnen Berliner Betrieben zu spontanen Arbeitsniederlegungen, dann immer besser vernetzt und breiter. Das geschah gegen den Willen der Gewerkschaftsführer, die im Zeichen des Burgfriedens alle Konflikte gütlich auf dem Verhandlungsweg lösen wollten. Die ersten dieser wilden Streiks fanden im Oktober 1914 statt, vor allem in der Metallindustrie. Diese Branche profitierte besonders von den Rüstungsaufträgen, weshalb die Unternehmer einerseits hohe Gewinne erwirtschafteten und andererseits an einer reibungslosen Produktion interessiert waren. Deshalb kamen sie den Arbeitern oft entgegen. Teilweise wurden die Ausstände aber mit Entlassungen der «Rädelsführer» beantwortet. Im Jahr darauf kam es zu ähnlichen Ereignissen etwa bei Daimler in Marienfelde und bei den Maurern und Zimmerleuten Spandaus. Daimler musste trotz einer breitangelegten Aussperrung schließlich einer Lohnerhöhung zustimmen. Abgesehen von einigen Facharbeitern in der Rüstungsbranche sanken die Reallöhne jedoch deutlich ab. Denn die grassierende Inflation machte die Lohnerhöhungen rasch zunichte.

Aufgrund des Belagerungszustands regte sich nur langsam Protest in der Öffentlichkeit. Dabei verbanden sich wirtschaftliche mit politischen Forderungen. Getragen wurden die meist spontanen Aktionen vielfach von Frauen. Während ihre Männer an der Front waren und nur einen geringen Sold erhielten, mussten sie selbst oft außer

21 Kocka 1978, S. 13–19; Schröder 1987, S. 574–584.

im Haushalt auch in den Fabriken arbeiten. Am 18. März und 28. Mai 1915 demonstrierten jeweils gut tausend Arbeiterfrauen vor dem Reichstag und forderten in Sprechchören: «Wir wollen Frieden und unsere Männer zurückhaben! Wir wollen Brot für unsere Kinder!»<sup>22</sup> Im ersten Fall formierte sich anschließend ein Zug quer durch die Innenstadt zum Friedhof der Märzgefallenen. Dort lagen bereits zwei Kränze, der eine lediglich mit einem goldenen Fragezeichen versehen, der andere trug auf der Schleife die Inschrift «Der 18. März – ein Todestag für euch. Der 4. August – ein Todestag für uns.» Das war eine Anspielung auf die Barrikadenkämpfe der Revolution von 1848 und auf die Zustimmung zu den ersten Kriegskrediten im Vorjahr. Bei der Demonstration im Mai schritt die Polizei dann sofort ein und verhaftete zwanzig Anwesende. Immer wieder drängten aber trotz der Verbote Proteste in den öffentlichen Raum. So auch Ende November 1915. Die Sozialdemokratin Käthe Duncker beschrieb den Gang der Ereignisse:

«Heute war eine imposante Demonstration abends zwischen 8 und 9 Uhr Unter den Linden. Auf einmal, als wir dort standen, sahen wir vom Schloss her zwischen den Lindenbäumen einen endlosen Zug heraufkommen, alles schwarz, so weit man sehen kann. Nun werden Rufe laut: Frieden, Brot, nieder die Lebensmittelwucherer, Frieden, Frieden. Neue Rufe! Wir gehen ins Café Bauer hinauf, um vom Balkon die Menge zu übersehen – 10–15tausend waren es mindestens. Die Polizei hatte

blankgezogen. Aufsehen hat die Sache gemacht.»<sup>23</sup>

Ende 1914 stand im Reichstag die Abstimmung über die zweite Kriegsanleihe an. Wieder beugten sich die Kritiker in der sozialdemokratischen Fraktion der Mehrheitsmeinung und stimmten dafür. Nur Karl Liebknecht, Abgeordneter des «Kaiserwahlkreises» Potsdam, stimmte dagegen. Damit hatte er sich zum wohl bekanntesten Wortführer der Antikriegspolitik gemacht. Später schlossen sich ihm dann weitere SPD-Abgeordnete an. Liebknecht legte aber auch großen Wert auf außerparlamentarische Aktionen, etwa am symbolträchtigen 1. Mai 1916. Unter anderem die von radikalen Sozialdemokraten vor allem aus Berlin gegründete Spartakusgruppe hatte zum Protest gegen den Krieg aufgerufen. Die Veranstaltung auf dem Potsdamer Platz lief jedoch anders als geplant, bereits unmittelbar nach seiner Ankunft wurde Liebknecht verhaftet. Im Tumult hatte er lediglich einige Sätze gegen Krieg und Regierung ausrufen können, dann wurde er abgeführt.

Während der Gerichtsverhandlung gegen Liebknecht kam es zu mehreren Solidaritätsstreiks, die allerdings seine Verurteilung nicht verhindern konnten. Dennoch war ihr Umfang beeindruckend. Allein am 28. Juni 1916 streikten in Berlin über 50.000 Arbeiter. Federführend organisiert wurde die Aktion von den revolutionären Obleuten, die bei dieser Gelegenheit erstmals in Erscheinung traten. Die Gewerkschaften standen dem eher verständnislos gegenüber und sahen darin vor allem Landesverrat. Von besonderer Bedeutung war der Streik deshalb, weil es sich nicht mehr um eine wirtschaft-

22 Schröder 1987, S. 583f.; Glatzer 1983, S. 213f.

23 Zitiert nach: Schröder 1987, S. 589f.

liche, sondern um eine eindeutig politische Aktion handelte. Die organisierte Arbeiterbewegung hatte das immer mit unverhohlener Skepsis beurteilt, was sich nun von unten, gegen ihren Willen, vollzog.<sup>24</sup> Erst im Zuge der Revolution kam Liebknecht wieder frei. Ähnlich ging es vielen anderen, die wegen oppositioneller politischer Tätigkeit eingesperrt, von ihren Betrieben entlassen oder zur Armee eingezogen wurden.

Auch im Krieg gab es weitere Parteiversammlungen der Berliner Sozialdemokraten, dort wurde kontrovers um die politische Linie gerungen. Nach ihrer anfänglichen Schockstarre im Gefolge der Zustimmung zu den Kriegskrediten gewann die Opposition hier allmählich Oberwasser.<sup>25</sup> Das galt neben Berlin jedoch nur für einige andere Städte, weshalb die Kritiker des Burgfriedens insgesamt eine Minderheit blieben. Aber hier, am Sitz der Regierung und der Schaltstelle des Reiches, gaben doch die Radikalen den Ton an. Generell wurde die Arbeiterbewegung in Norddeutschland mehr ausgegrenzt als im Süden des Reichs, weshalb sie hier traditionell skeptischer gegenüber einer reformerischen Taktik war als beispielsweise im liberaleren Großherzogtum Baden. Dabei kam es in einigen Berliner Wahlkreisorganisationen zu der schwierigen Situation, dass der jeweilige Reichstagsabgeordnete für, seine Anhänger aber gegen den Kriegskurs eingestellt waren. Die Autorität der angestammten Führer wurde also zunehmend in Frage gestellt. Je länger der Krieg dauerte und Reformen

auf sich warten ließen, desto mehr schmolz die Unterstützung für die gemäßigt-parlamentarische Taktik der Parteiführung dahin. Der Abgeordnete Eduard David, ein klarer Befürworter des Burgfriedens, schrieb schon Ende 1914 in sein Tagebuch:

«Versammlung der Charlottenburger Funktionäre, Karl Liebknecht Referent, ich Korreferent über die Frage der Kreditbewilligung. [...] Der Eindruck ist niederschmetternd. Die «Funktionäre» sind in Berlin fast durchweg junge Leute in den 20er-Jahren, die die Mühe der Flugblattverteilung noch nicht scheuen. [...] Es sind im Grunde Anarchosozialisten, die den Generalstreik gegen den Krieg als die richtige Taktik bezeichnen und auf dem rabiatesten Standpunkt der außerparlamentarischen Aktion stehen, jede Errungenschaft auf dem Wege der Reform belächeln und verkleinern, alle Hoffnung auf den großen Tag setzen. [...] Ich verlasse den Schauplatz dieses vergeblichen Kampfes mit der festen Überzeugung: die Partei wird auseinanderreißen. Es ist kein gemeinsamer Boden mehr da.»<sup>26</sup>

Der Bruch kam keineswegs mit einem Schlag, vielmehr entwickelte er sich in einer Reihe von Etappen. Gerade in den ersten Kriegsmonaten spielten verschiedene kleinere Zirkel von oppositionellen Berliner Sozialdemokraten eine nicht unwichtige Rolle.<sup>27</sup> Sie versandten beispielsweise kritische

24 Müller, Richard: *Vom Kaiserreich zur Republik*. Bd. 1, Wien 1924, S. 63f.

25 Luban, Ottokar: Der Kampf der Berliner SPD-Basis im ersten Kriegsjahr gegen die Kriegskreditbewilligung. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Heft 11/2014, S. 53–65.

26 Zitiert nach: David, Eduard: *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918*. Bearb. von Miller, Susanne/Matthias, Erich. Düsseldorf 1966, S. 84f.

27 Luban 2014, S. 60–64.

Referentenmaterialien, planten Auftritte auf Parteiversammlungen und diskutierten die politische Lage. Auch in der Jugendorganisation regte sich zunehmend Protest. All das waren in der Summe durchaus erfolgreiche Versuche des linken Parteiflügels, trotz der Niederlage vom 4. August 1914 eine wirksame Gegenposition zum Kriegskurs aufzubauen.

Ein weiteres Beispiel für den zunehmenden Unmut der Anhängerschaft ist ein Ereignis am 28. Oktober 1915.<sup>28</sup> An diesem Tag versammelten sich Funktionäre der SPD in der Parteizentrale. Zeitgleich demonstrierten gut 200 Frauen vor dem Haus und verlangten, gehört zu werden. Grund ihrer Aufregung war die massive Verteuerung von Grundnahrungsmitteln; sie erwarteten von ihrer Partei eine konsequentere Bekämpfung dieser Missstände. Zunächst weigerten sich die Funktionäre, eine Delegation der Frauen zu empfangen. Daraufhin stürmten sie das Besprechungszimmer, ohne dort zu einer Aussprache zu kommen. Mit wüsten Beschimpfungen gegen die Anwesenden zogen sie dann unverrichteter Dinge wieder ab. Offenbar war es nicht mehr möglich, zwischen beiden Seiten eine Verständigung zu erreichen: Die einen sahen ihre Belange nicht ernst genommen, die anderen wollten sich nicht in ihren Beratungen stören lassen und schoben später die Verantwortung für den Tumult im Hintergrund gebliebenen Demagogen zu.

Neben der Frage der Kriegskredite und der sozialen Not erhielt die Parteipresse eine erhebliche Bedeutung in den innerparteilichen Auseinandersetzungen. Denn nur wer die Publikationen kontrollierte, konnte wirksam Einfluss auf die Mitglieder und

Anhänger nehmen. Das galt auch unter den Bedingungen des Belagerungszustandes, zumal die gesamte bürgerliche Presse den Krieg unterstützte. Neben der Leipziger Volkszeitung war der Berliner Vorwärts das wichtigste Sprachrohr der Parteilinken geworden.<sup>29</sup> Die Redakteure waren strikt oppositionell eingestellt. Unter ihnen fanden sich so bekannte Köpfe wie Rudolf Hilferding, Heinrich Ströbel, Ernst Meyer und Ernst Däumig. Als es im Oktober 1916 zu einem zeitweisen staatlichen Verbot der Zeitung kam, forderte der Militärbefehlshaber von Berlin die Absetzung Däumigs als Vorbedingung für eine erneuten Freigabe. Der Parteivorstand als Verfechter des Kriegskurses nutzte die Gelegenheit, um nicht nur den unliebsamen Radikalen zu entfernen, sondern gleich die ganze politische Linie des Blattes zu ändern. Dazu setzte er zunächst einen ihm genehmen Vorzensur ein und entließ dann binnen kurzem alle oppositionellen Redakteure. Trotz heftiger Proteste und Boykottaufrufe der Berliner Parteiorganisation ließ der Vorstand sich den Vorwärts nicht mehr nehmen, fortan leitete ihn Friedrich Stampfer. Der Vorgang ging als «Vorwärts-Raub» in die Parteigeschichte ein; auf ähnliche Weise übernahm die Parteiführung zahlreiche Zeitungen in der Provinz. Die Affäre sorgte für großes Aufsehen weit über Berlin hinaus, selbst die ausländische Presse kommentierte den Fall.

Die organisatorische Trennung der Parteiflügel lief zunächst über die Reichstagsfraktion.<sup>30</sup> Dort waren die 18 Sozialdemokraten, die Ende 1915 gegen die Kredite

28 Scholz 1984, S. 85f.

29 Prager, Eugen: *Geschichte der USPD*. Berlin 1921, S. 116-120; Miller 1974, S. 143-147.

30 Miller 1974, S. 148-167; Schröder 1987, S. 608-618.

gestimmt hatten, kurz darauf aus der Fraktion ausgeschlossen worden und gründeten deshalb die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Sie bildeten dann die Keimzelle der neuen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die sich im April 1917 konstituierte. Das einigende Band war die Forderung nach einem schnellen Frieden. Diese Gemeinsamkeit überdeckte aber viele inhaltliche Differenzen, wie sich später zeigen sollte. Von den 124 Delegierten des Gründungsparteitages kamen allein 23 aus Berlin, was die wichtige Rolle der Hauptstadt in der Kriegsopposition unterstrich. Außerdem spielten in deren Führung von Anfang an Berliner Funktionäre wie Hugo Haase, Georg Ledebour und Ernst Däumig eine maßgebliche Rolle. Die Spartakusgruppe beteiligte sich ebenfalls an der USPD, auch wenn sie nur einen kleinen Teil stellte. Die Berliner Sozialdemokraten traten fast geschlossen in die USPD über, im Juli 1917 zählte sie hier 28.000 Mitglieder. Lediglich rund 6.500 Mitglieder blieben dem rechten Flügel um Ebert treu, die ab Ende April offiziell eine neue SPD-Bezirksorganisation aufbaute.<sup>31</sup>

Die Arbeiterbewegung insgesamt hatte während des Krieges einen heftigen personellen Aderlass zu verzeichnen, nicht zuletzt wegen der Einberufungen zum Wehrdienst und der Einschränkungen politischer Betätigung. Das erklärt, warum selbst beide Parteien zusammen bei weitem nicht an die Sozialdemokratie von vor dem Krieg herankamen, die damals in Berlin noch über 120.000 Genossen vereinte. Kaum besser erging es den Freien Gewerkschaften, die ebenfalls einen starken Rückgang zu verzeichnen hatten.

Natürlich hatte es auch schon vor dem Krieg kleinere Abspaltungen gegeben, etwa als die sog. Jungen und die Lokalisten die SPD verließen. Aber erst der Krieg spitzte die Gegensätze dramatisch zu. Letztlich handelte es sich weniger um taktische Fragen als vielmehr um prinzipielle politische Unterschiede. Der Kriegsausbruch hatte die Bewegung vor eine nun ganz akute Herausforderung gestellt. Diese lief im Kern auf die Frage hinaus, ob sie sich im Gegenzug für begrenzte Reformen in die bestehende Gesellschaft integrieren oder deren revolutionäre Umwälzung angehen sollte. Hier bahnte sich in der Tat eine Entwicklung von historischer Dimension an: die definitive Spaltung der Arbeiterbewegung. Erst vor diesem Hintergrund wird die Erbitterung verständlich, mit der dieser Bruderkampf schon während des Krieges, vor allem aber danach geführt wurde. Berlin spielte aufgrund seiner exponierten Stellung in diesem Kampf von Anfang an eine tragende Rolle.

Auch in den Gewerkschaften regte sich Opposition gegen den Burgfrieden und damit den Kurs der angestammten Funktionäre. Das begann bereits kurz nach Kriegsbeginn und steigerte sich schließlich zu einer machtvollen Bewegung. Ausdruck und zugleich Taktgeber dieser Entwicklung waren die revolutionären Obleute.<sup>32</sup> Zunächst bildeten sie einen informellen Kreis innerhalb der Metallergewerkschaft, dem DMV. Sie waren in der Regel qualifizierte Facharbeiter und schon vor dem Krieg in der Arbeiterbewegung tätig gewesen. Um einen kleineren Kern gruppieren sich mehrere tausend Vertrauensleute in den Betrieben Berlins,

32 Oertzen, Peter von: *Betriebsräte in der Novemberrevolution*. Berlin (W) u. a. 1976, S. 71–78; Müller 1924.

31 Miller 1974, S. 333; Schröder 1987, S. 631.

vorzugsweise in den großen Fabriken der Rüstungsindustrie. Ihre Stärke beruhte auf der engen Verbindung mit der Arbeiterschaft. Richard Müller, einer der wichtigsten Wortführer, schrieb über die Obleute:

«Es war keine Massenorganisation, zu der jeder Zutritt hatte, sondern ein ausgewählter Kreis von Personen, die eine gewisse Schulung und Erfahrung im politischen und gewerkschaftlichen Tageskampf genossen hatten und im Betrieb unter den Arbeitern einen Einfluss haben mussten. Es war im wahren Sinne des Wortes ein ›Vortrupp des Proletariats.›»<sup>33</sup>

Anders als die alten Gewerkschaftsfunktionäre traten sie für eine Verbindung von ökonomischen und politischen Kämpfen ein, denn beides war ihrer Meinung nach untrennbar verknüpft. In Berlin gewannen sie rasch an Rückhalt. Schon 1916 hätten sie im DMV die Führung übernehmen können, denn die Mehrheit der Mitglieder stand auf ihrer Seite. Das taten sie aber nicht; vermutlich, weil sie die Organisationseinheit nicht gefährden wollten. Später verboten dann die Militärs Neuwahlen innerhalb des Verbandes mit der lakonischen Begründung, dazu bestünde keine Notwendigkeit. Ganz offensichtlich war man von Seiten des Staates an einer Stärkung der kriegskritischen Teile in den Gewerkschaften gerade in der so wichtigen Berliner Rüstungsindustrie nicht interessiert.

Entsprechend ihrer Basis in den Fabriken gingen die Aktionen der Obleute von diesem Bereich aus, waren es nun Demonstrationen oder Streiks. Damit grenzten sie

sich von der USPD ab, der sie zwar meist angehörten, deren parlamentarisch ausgerichtete Politik ihnen jedoch nicht ausreichend erschien. Die feste Verankerung in den Betrieben führte außerdem dazu, dass sie auf die Stimmungen und Wünsche der Arbeiterschaft besonders sensibel reagierten. Sie etablierten damit ein System, das basisdemokratische Elemente mit der angesichts des Krieges notwendigen Geheimhaltung verband. Aktionen mussten dabei stets gründlich vorbereitet, die Massen immer erst überzeugt werden, bevor man loszog. Hier ergab sich wiederum eine Differenz zur Spartakusgruppe, die mit ihren permanenten, ja bisweilen hektischen Aufrufen wenig Erfolg an der Basis hatte. Trotz der Vorbehalte gegenüber den linken Parteien arbeiteten die Obleute aber mit ihnen zusammen. Das galt ganz besonders für die größten Aktionen, die beiden Massenstreiks in den letzten Kriegsjahren.

Im Februar 1917 war in Russland eine erste Revolution ausgebrochen. Das hatte eine doppelte Signalwirkung in Deutschland: Einmal, weil nun die russische Autokratie als Kriegsgegner wegfiel, vor allem aber als Ansporn, auch im eigenen Land demokratische Reformen zu fordern. Unmittelbarer noch wirkten jedoch der Hunger und eine allgemeine Friedenssehnsucht auf die Haltung der Berliner Arbeiterschaft. Im April war es dann so weit. Die Obleute gaben die Streiklösung aus, eine große Versammlung der Metallgewerkschaft bestätigte das.<sup>34</sup> Am nächsten Tag, dem 16. April, setzte der Generalstreik mit voller Wucht ein. In 300 Rüstungsbetrieben und zahlreichen kleinen Unternehmen wurde

33 Zitiert nach: Müller 1924, S. 125f.

34 Miller 1974, S. 290–296; Schröder 1987, S. 623–629; Müller 1924, S. 78–85.



die Arbeit niedergelegt, 300.000 Beschäftigte beteiligten sich. In einigen anderen Städten, vor allem in Leipzig, kam es zu ähnlichen Aktionen. Meist verlangte man eine bessere Ernährung, kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne. Dennoch kam es in einigen Betrieben zu grundlegenden Forderungen nach Frieden oder sogar Sturz der Regierung.

Allerdings blieben die Verhandlungen mit den Behörden ergebnislos. Es kam lediglich zu dem unverbindlichen Versprechen, die Ernährungslage zu verbessern. In den meisten Fabriken wurde schon nach einigen Tagen wieder gearbeitet. Hinzu kam eine beispiellose Verhaftungswelle und die Armee zog zahlreiche Arbeiter ein. Die Polizei hielt sich allgemein zwar zurück, löste aber doch eine Reihe von Versammlungen auf; eine verschärfte Pressezensur sollte die Lage wieder beruhigen. Das Ergebnis war eine nahezu vollständige Niederlage. Dennoch hatten sich die Obleute als Organisatoren bewährt, und erstmals waren Räte als Vertreter der Belegschaften gewählt worden. Sie sollten in den kommenden Jahren noch häufiger eine wichtige Rolle spielen.

Im Januar 1918 kam es wieder zu einer großen Massenbewegung.<sup>35</sup> Und wieder standen Ereignisse im Ausland Pate. Denn wenige Tage zuvor waren die Arbeiter in Wien und Budapest in den Streik getreten und in Russland hatten die Bolschewiki

schon vor geraumer Zeit unter der Losung «Brot, Land und Frieden» eine zweite Revolution, die des Oktobers, durchgeführt. Im Deutschen Reich wiederum war die Versorgungslage nicht besser, die Stimmung dagegen schlechter geworden. Und noch immer war ein Ende des Krieges nicht absehbar.

Erneut spielten die Obleute die entscheidende Rolle. Sie hatten sich schon vorab mit der USPD verständigt, die sich grundsätzlich mit Aktionen einverstanden erklärte, ohne selbst die Führung zu übernehmen. Wichtigstes Ziel war ein schneller Friede ohne Eroberungen, der unter Beteiligung von Arbeiterdelegierten ausgehandelt werden sollte. Dieser Punkt allein musste den Herrschenden schon als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen. Denn bis dahin war die Diplomatie immer eine Domäne des Adels gewesen. Eine verbesserte Lebensmittelvesorgung kam gleich danach als zweiter Punkt. Ferner forderte man noch politische Veränderungen, zunächst die Aufhebung des Belagerungszustands und mehr Rechte für die Arbeiter in den Betrieben, die Entlassung der politischen Häftlinge und eine weitgehende Demokratisierung des Staates. Offenkundig waren die Forderungen nun weitaus politischer als noch im April 1917, sicher ein Beleg für die seither gewachsene Unzufriedenheit. Zur Durchsetzung glaubte man daher auf die Arbeiterparteien angewiesen zu sein.

Deshalb wurden je drei Funktionäre der USPD und SPD in die Streikleitung aufgenommen. Besonders die Beteiligung der SPD war jedoch mehr als umstritten, faktisch blieb die Leitung der Aktion ohnehin in den Händen der Obleute. Jahre später noch wurde den Sozialdemokraten Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, beide Mitglieder der Streikleitung, ihre Beteiligung als

35 Müller 1924, S. 100–111; Habedank, Heinz/Materna, Ingo u. a.: *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*. Bd. 2, Berlin (O) 1987, S. 11–17; Dittmann, Wilhelm: *Erinnerungen*. Bd. 2, Frankfurt a. M. 1995, S. 525–532; Ullrich, Volker: *Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918*. Frankfurt a. M. 2007, S. 530–536.



der von der Wehrmacht besetzten Gebiete – weit besser versorgt wurden als im Ersten Weltkrieg. Nicht von ungefähr hatte Adolf Hitler am Tag des Überfalls auf Polen vor dem Reichstag kategorisch erklärt: «Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen!»<sup>38</sup>

Generell kann festgehalten werden, dass in den Jahren von 1914 bis 1918 soziale und politische Protestaktionen in Berlin oft zusammenfielen und daher kaum zu trennen sind. Das war auch naheliegend, denn die Versorgungslage verschärfte sich für weite Bevölkerungskreise schon bald nach Kriegsbeginn, ein Zusammenhang konnte also von jedermann leicht hergestellt werden. Weniger offensichtlich war allerdings, gegen wen sich die Proteste richten sollten: Waren nun die staatlichen Behörden, die Händler und Schieber oder die Funktionäre der Arbeiterorganisationen die richtigen Adressaten? Faktisch sind Aktionen gegen bzw. Appelle an alle diese Gruppen nachweisbar.

Damit ist auch schon angedeutet, dass ein erheblicher Teil der Proteste von unten kam, weniger aus den Reihen der Spitzenfunktionäre. Letztere wurden zur Zielscheibe der Empörung, da die Kriegsgegner ihnen vorwarfen, mit den Verursachern von Krieg und Not zusammenzuarbeiten. Das galt gerade auch für Berlin, wo die «hohe Politik» und eine starke, selbstbewusste Basis am unmittelbarsten aufeinander trafen. Darüber hinaus entwickelten sich viele Aktivitäten spontan aus einer konkreten Konfliktlage heraus. Besonders die Lebens-

mittelunruhen fallen in diese Kategorie. Es verwundert nicht, dass Frauen dabei eine auffallend starke Rolle spielten. Denn sie waren traditionell für die Haushaltsführung zuständig und zugleich weniger als ihre Ehemänner oder Brüder in die disziplinierenden Organisationen eingebunden. Es gelang ihnen auf diese Weise auch, in die bislang männlich dominierte Sphäre der politischen Öffentlichkeit einzudringen.

Insgesamt muss das Verhalten der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften als widersprüchlich gekennzeichnet werden. Teils artikulierten sie in ihren Reihen eine bedeutsame Unterstützung für den Krieg im Zeichen des Burgfriedens. Teils beteiligten sich ihre Mitglieder und Anhänger aber auch am Kampf dagegen. Während es den Gewerkschaften mit gewissem Erfolg gelang, die Auseinandersetzungen intern auszutragen, zerbrach die SPD daran – eine Spaltung, die in wechselnden Konstellationen im Grunde bis heute andauert.

Berlin spielte im Widerstand eine herausgehobene Rolle, und das in mehrfacher Hinsicht. Als Hauptstadt Deutschlands war es sowohl das Zentrum der Kriegsanstrengungen wie auch der Kriegsgegner. Entsprechend fiel hier die Repression besonders drastisch aus. Als wichtigster Standort der Rüstungsindustrie war die Stadt ohnehin von enormer Bedeutung. Das hieß aber zugleich, dass Widerstand, etwa in Form der Massenstreiks, hier besonders wirksam sein konnte. Denn ein moderner Krieg war ohne laufenden Nachschub an Waffen und Munition nicht zu führen. Als Folge dieser Faktoren waren die Auseinandersetzungen in Berlin besonders heftig und umfassend. Der Weltkrieg, der nicht zuletzt von Entscheidungsträgern in Berlin begonnen wurde, fand hier zugleich seine entschlossensten Gegner.

38 Zitiert nach: Domarus, Max (Hg.): *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen*. Bd. 2, Untergang (1939–1945). Neustadt 1963, S. 1316.

# BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN

Hagen Weiler

## Zwischenruf zu Horst Heimann: «Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie»<sup>1</sup>

Mit diesem «Zwischenruf» versuche ich Horst Heimann zu bewegen, seine Kritik (über Wolfgang Streeck<sup>2</sup> hinaus) gegenüber dem «Elend und der Ohnmacht links-intellektueller Kapitalismuskritik» zu rechtfertigen, indem er den konstruktiven Maßstab seiner Kritik im Hinblick auf seine eigene Position zum «Demokratischen Sozialismus» offenlegt.

Ich beginne mit seinem Vorwurf (S. 142): «Denn politische Alternativen intellektuell nicht zu erkennen und praktisch-politisch nicht zu nutzen, ist Kern und Hauptursache für das Elend und die Ohnmacht links-intellektueller Kapitalismuskritik.»

Heimann (S. 142) hält es für ein «... spezifisch linkes Paradigma der Kapitalismuskritik, das objektivistisch-deterministisch die Entwicklung der ökonomischen Basis, also des Kapitalismus, als objektive «Naturgegebenheit» voraussetzt, die subjektiven Faktoren des Überbaus, politische Akteure und Ideen ausklammert und daher politische Al-

ternativen und Handlungsspielräume nicht wahrnehmen kann, also die Möglichkeit von Praxis negiert.»

Konkret spezifiziert Heimann (S. 142) seinen Vorwurf gegenüber Streeck<sup>3</sup>: «Aber er vermag nicht zu erkennen, was engagierte Demokraten praktisch tun könnten, um die Demokratie zu retten und den Kapitalismus zu überwinden.»

Dazu meine Gegenfragen:

1. Welche Erkenntnisse zur politischen Praxis kann Heimann selbst gegen Streeck hier zur Diskussion stellen?
2. Wie positioniert er sich gegenüber der traditionellen marxistischen These, nach der Revolutionen nicht von Intellektuellen herbei geschrieben werden können, bevor nicht eine objektiv revolutionäre Konstellation tatsächlich eingetreten bzw. allgemein absehbar ist? Erst wenn die Widersprüche zwischen der fortgeschrittenen «Basis» (der Produktivkräfte) und dem nachhinkenden «Überbau» (der Distributions- bzw. Legitimierungs-Verhältnisse) massenhaft als unerträglich erkannt werden, so dass «die Herrschenden nicht mehr kön-

1 Horst Heimann: Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. In: *perspektiven ds 2/2013*, S. 136-148.

2 Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013 (3. Aufl.), S. 136ff., vgl. 1.

3 Vgl. ebd., S. 69.

nen und die Beherrschten nicht mehr wollen», kann die sog. wissenschaftlich-technische Intelligenz «den Kapitalismus überwinden»<sup>4</sup>, indem sie die überzeugende Alternative vorträgt.

3. Doch will Heimann selbst «den Kapitalismus überwinden» oder nur «reformieren»? Heimanns (S. 143) Distanz gegenüber dieser Grund-Entscheidung hindert ihn jedoch nicht an seiner weiteren Kritik gegenüber Streeck: «Er erwähnt aber nicht, dass seit Ende der achtziger Jahre Heerscharen von intellektuellen Sozialisten als Kronzeugen reumütig das Scheitern des ‹Sozialismus jedweder Art› und den Endsieg des Kapitalismus im Weltmaßstab anerkannten und damit, mehr als die Unterschichten, dem Kapitalismus nützten und natürlich auch sich selbst.»

Leider erklärt Heimann nicht, was diese «Reue» oder Opportunismus (?) von (käuflichen) «Intellektuellen» (deren «Sozialismus» von Heimann mit keiner Namensquelle belegt wird) mit Streecks Argumentation zu tun hat. Auf der Suche nach Heimanns Position findet sich eine grundlegende Kritik von ihm<sup>5</sup> an Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier: «Gabriel stimmt dem Urteil Peter Sloterdijks zu, dass nach dem Ende des Sowjetkommunismus ‹bis auf Weiteres die sozialistische Idee hinreichend diskreditiert› sei (S. 13) und dass ‹dem Kapitalismus seine Alternative abhanden gekommen ist»

(S. 39). Doch das ist nach Meinung Gabriels wegen ‹der Katastrophen, die der Staatssozialismus zu verantworten hatte, auch wirklich gut so› (S. 39).

Er geht nicht auf die Frage ein, ob von der Diskreditierung der ‹Sozialistischen Idee› auch die Theorie der SPD betroffen ist und ob es zum ‹Staatssozialismus› – wenigstens als Idee – auch einmal eine akzeptable ‹sozialistische› Alternative gegeben habe. Offensichtlich sieht Gabriel zwar keine Alternative zum Kapitalismus, aber als Alternative zum amerikanischen Kapitalismus bevorzugt er den europäischen Kapitalismus (S. 39).»

Gegenüber Steinmeiers «positiver Bewertung» der Bezeichnung «demokratischer Sozialismus» meint Heimann (S. 112): «Eindeutig falsch aber ist seine Feststellung: Die Suche nach dem Dritten Weg *zwischen* Kapitalismus und Sozialismus war damals ‹allerorten im Gange› (S. 42). Denn ‹allerorten im Gange› war damals die Suche nach einem Dritten Weg *zwischen* Kapitalismus und diktatorischem Sowjetkommunismus. Und dieser ‹Dritte Weg› – anders als im ‹Schröder-Blair-Papier› war damals der ‹Demokratische Sozialismus.›» (Hervorhebungen nicht im Original).

So richtig Heimanns Korrekturen an Gabriel und Steinmeiers Einordnung und Begriffs-Verständnis des «Demokratischen Sozialismus» sind, in seinem entscheidenden Kriterium erscheint mir bereits dieses (von mir hervorgehobene) *zwischen* verfehlt: Der «Demokratische Sozialismus» liegt nicht *zwischen* dem (westlichen) Privat-Kapitalismus und dem (östlichen) «Staats-Kapitalismus» (so treffend Lenin), (als) wenn er von beiden deren spezifischen Vorzüge (welche?) in sich kombinieren sollte. Stattdessen steht er zu beiden in einem doppelten, *historisch-systematischen* Gegensatz:

4 Leider habe ich diese – hier nur sinngemäß aus dem Gedächtnis zitierte – Passage nicht mehr quellenbelegt wiederfinden können. Die Marx-Kenner werden sich zu helfen wissen.

5 Horst Heimann: Wo bleibt der demokratische Sozialismus? – Bei den Jusos? In: *perspektiven ds* 1/2010, S. 111-125.

- Zum einen bewahrt und entwickelt er weiter die geschichtlichen Errungenschaften parlamentarisch-demokratischer Rechtsstaaten sowie deren allgemeine und gleiche *Staatsbürger-Rechte* und (-pflichten).
- Zum anderen ergänzt und fundiert er diese durch die ökonomischen *Wirtschafts-Bürgerrechte* und -Pflichten (im Sinne der gesetzlich einlösbaren Verbindung von Art. 2, I; 3, I; 14, II, III; 15; 20, I; 28, I, 1; 33, I – III GG<sup>6</sup>).

(Somit holt er die von Marx noch «undialektisch» verkannte, objektiv fortschrittliche Potentialität des bürgerlichen Rechtsstaates nach.<sup>7</sup>)

Von daher lässt der «Demokratische Sozialismus» die Ineffizienzen der sowohl undemokratischen als auch rechtswidrigen «Zentralverwaltungswirtschaften» hinter sich. Diese erfüllten ihre Zwecke allein im sog. «Kriegs-Kommunismus». Danach nützte sie nur noch den materiellen und ideellen Privilegien der sog. «Nomenklatura», die sich bis zur Implosion ihrer Macht von den USA «zu Tode rüsten» ließ.

Auch die «Soziale Marktwirtschaft» der CDU/CSU funktionierte – relativ krisenfrei – nur so lange in der Wieder-Aufbau-Phase, wie diese in zwei Jahrzehnten an-

dauernden Wirtschafts-Wachstums nicht nur den Mittelschichten einen wachsenden Wohlstand versprach. Doch waren damit die – potentiellen – Erfolge des «Demokratischen Sozialismus» (dessen wirtschafts- und sozial-politische Programmatik die SPD in ihrem Godesberger Programm von 1959 aufgegeben hatte) widerlegt?

Hätte man nicht wenigstens theoretisch geltend machen können: Solange die Möglichkeiten des Grundgesetzes nicht nur zu einer staats-bürgerlichen sondern auch zu einer wirtschafts-bürgerlichen Demokratie nicht hinreichend vergleichend erprobt worden sind, können über deren Erfolge oder Miss-Erfolge keine zuverlässigen, d. h. logisch empirischen Aussagen getroffen werden.

Zuverlässig dagegen feststellen lassen sich die Resultate, d. h. die Struktur-Krisen, «Blasen» und Opfer des globalen Finanz-Kapitalismus:

- Hochrüstungen, Bürger- und Stellvertreter-Kriege mit Millionen Flüchtlingen, die niemand zurückhalten kann;
- Überschuldungen öffentlicher Haushalte, die mit weiteren Schulden prolongiert werden;
- Überlastungen von Atmosphäre, Meeren und Ackerböden – bis diese ersticken;
- Erschöpfungen der Energie- und Rohstoff-Vorräte, ohne dass diese hinreichend ersetzt werden durch Sonnen-, Wind- und Wasser-Kraft.

Wie könnten diese – global interdependenten – Überlebens-Gefahren «system-reformierend» (statt «system-überwindend»!) gestoppt werden durch – wiederum interdependente – Abrüstung, öffentliche Entschuldung und Umweltschutz gegen die Profiteure von Milliarden und Multi-Millionären, die mit Hilfe von:

6 Vgl. dazu bereits 1954: Wolfgang Abendroth: *Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland*. Wegen seiner grundrechtslogisch-verfassungssystematischen Verbindung liberaler Freiheits- mit sozialstaatlichen Gleichheitsrechten habe ich diese geradezu vorbildliche Rechtsgrundlage des demokratischen Sozialismus ausführlich referiert in: Hagen Weiler: *Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten*, Berlin 2008, S. 231–238.

7 Vgl. ebd., Kap. X mit Einzel-Begründungen und Belegen.

- (käuflichen) Journalisten und Wirtschaftlern («Think-Tanks») veröffentlichen Meinungen manipulieren,
- Parlamente und Regierungen mit Massen-Entlassungen bedrohen,
- mit organisierter Kriminalität (=Drogen-, Menschen- und Waffen-Handel) ähnliche Gewinne erzielen wie mit
- ihren «Wertschöpfungen» aus Finanz-Spekulationen, für deren Verluste die Steuerzahler haften?

Wo bleibt die Theorie-Kritik Heimanns gegenüber den (Halb-)Rechten, die auch in der SPD – nach dem Godesberger Programm – Anschluss suchten bei den Hoffnungen «auf Wohlstand für alle» in der sog. Sozialen Marktwirtschaft?

Wo bleibt seine Analyse ihrer historischen Irrtümer, der Staat brauche (und könne) nur die Markt-Regeln des Wettbewerbs, um die (größten und schnellsten) Gewinne für freie Unternehmer vorgeben?

Ist seine Behauptung (S. 119) gegen die sog. «Anti-Revisionisten» nicht geeignet, die unterschiedlichen Ebenen zwischen Theorie-Grundsätzen einerseits und (partei-)politischen bzw. publizistischen Anerkennungen zu verwischen: «Diese damals hegemoniale neolinke Theorietradition hat entscheidend zur intellektuellen Entmachtung der akademischen Linken beigetragen, die dann der neoliberalen Offensive kaum erfolgreich entgetreten konnte. Die gleiche Denkstruktur erleichterte es auch vielen «besiegten» Neolinken als siegreiche Neoliberale wiedergeboren zu werden.»

Noch bezeichnender erscheint danach Heimanns (S. 120) einziges, (geradezu genteiliges!) Personen-Beispiel: «Bei den Jusos in den siebziger Jahren hatten vor allem die «Antirevisionisten» das linke «Tina-

Prinzip» am vehementesten vertreten. Dennoch hat deren aktivster Protagonist nicht ...gewartet, sondern es (schon im Hier und Jetzt) ... bis zum Bundeskanzler gebracht, und dann sogar noch weiter.»

Soweit sich kundige Zeitzeugen erinnern, ist dieser «Protagonist» nie durch demokratisch-sozialistische *Theorie*-Beiträge aufgefallen. Wie er selbst ausdrücklich später öffentlich erklärt hat, war er daran auch gar nicht interessiert. Interessiert erschien er dagegen an dem publizistischen Eindruck, den Kapitalismus zu «modernisieren» bzw. für «Aufsteiger» (wie ihn selbst) zu öffnen. Wäre er sonst erst «hoch-» und danach wieder «abgeschrieben» worden, als er seine «Zwecke» erfüllt hatte, nämlich:

- den anglo-amerikanischen «Hedge-Fonds» und «Privat-Equities» steuerlich entgegenzukommen;
- den Spitzensteuersatz gleich um 10% zu senken;
- die Vermögenssteuer nicht wieder einzuführen;
- den Sozialstaat stufenweise zu privatisieren;
- Arbeits(losen)-Rechte erst zu «flexibilisieren» und danach zu «deregulieren»;
- die Zahl der Milliardäre in der BRD zu verdoppeln (100; 400.000 Multimillionäre);
- die Zahl der SPD-Wähler zu halbieren?<sup>8</sup>

Handelte es sich bei diesen «Leistungen» rotgrüner Wirtschafts-, Finanz- und Sozial-Politiken bloß um «subjektive Spielräume» – der sog. politischen Klasse – unabhängig von

8 Diesen Zweck hat Frau Merkel treffend pointiert: «Der Name Hartz bleibt. Er schadet der SPD.» (Die Quelle ist im Spiegel-Archiv wiederzufinden).

ihren vorgesetzten Kapital-Verwertungs-Interessen?

Was meint Heimann (wieder in *perspektiven ds 2/2013*, S. 143) mit seiner Abstraktion des «Kapitals» von seinen «Agenten»: «Nicht das Kapital hat durch Abschaffung der Demokratie die «Fundamentalrevision des Wohlfahrtsstaates» durchgesetzt, sondern die von der Mehrheit des Volkes demokratisch gewählten Volksvertreter, mit Unterstützung von Wirtschaft, Wissenschaft und Publizistik.»

Warum erwähnt Heimann nicht, wie – erst nach 16 Jahren Kohl-Regierung – ganze Gruppen von Banken- und Versicherungs-Juristen als «Hilfs-Referenten» Ministerien und Abgeordneten Gesetz-Entwürfe vorschreiben, wie man Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren kann?

Danach richte ich die Gegen-Fragen an Heimann (S. 146) nach dem konstruktiven (alternativen) Maßstab seiner Kritik, «... wie man durch Einfluss auf Parteien und Regierungen eine «systemverändernde Reform-Politik» durchsetzen könnte.»:

- Was unterscheidet diese «systemverändernde Reform-Politik» von antikapitalistisch-system-überwindender Strategie?
- Auf welche Interessen und Gruppen in Parteien und Regierungen will Heimann setzen?
- Welche Potentiale will er «reformerisch» mobilisieren gegen den «mainstream» der Verbände und Personen, die selbst – wie ihre Auftraggeber – so von diesem System (privater Gewinne) profitieren, dass sie an der Reform dieses Systems gar keine eigenen Vorteils-Interessen haben können?

Warum erweckt er mit seinem (mehr als nur relativierendem?) Terminus der (bloßen)

«Unterstützung» den Eindruck, als seien die Parlamentarier eine eigenständige «Klasse» (?), die aus eigenem Interesse sich engagierte für den Abbau sozial-, kultur- und rechtsstaatlicher Aufgaben – zu Lasten großer Teile ihrer eigenen Wähler?

Ohne Antworten auf diese Fragen bleibt Heimann auch in einem früheren Beitrag<sup>9</sup> nach meiner Kritik in seiner unaufgelösten Abstraktions-Isolation: «... im Wahlkampf sind Parteien die konkurrierenden Gegner, nicht der Kapitalismus, der gar nicht kandidiert und dem die SPD keine Stimmen abnehmen könnte. Daher kann und will die SPD den Wählern keine Alternative zum Kapitalismus anbieten, sondern nur zur schwarzgelben Regierung. Sie versteht sich nicht als Totengräber des Finanzmarkt-Kapitalismus, sondern als besserer Arzt an seinem Krankenlager!»

Wie könnte der «Kapitalismus» (als System) wie eine Person «kandidieren»? Ist er nicht personell in Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen, Verbänden und Massen-Medien *vertreten*? Schließlich bemerkt Heimann selbst die funktionale Repräsentation des Kapitalismus in seiner eigenen Partei-Führung, ohne jedoch zu erklären, welche wirksame Medizin der (bloße) *Assistenzarzt* SPD dem Finanzkapitalismus verschreiben könnte, wenn man absieht von den (homöopathischen?) Dosen, die er seinen eigenen Wählern sozialpolitisch verpacken und verkaufen will.

Zu Recht hat Heimann<sup>10</sup> zuvor an August Bebel (notwendige) Verbindung von gleichen politischen und ökonomischen Freiheiten auch für alle Arbeiter erinnert.

9 Horst Heimann: Keine Zukunft ohne Geschichte. In: *perspektiven ds 1/2013*, S. 73–85, 83.

10 Vgl. *perspektiven ds 2/2013*, S. 137.



Dieses Programm des Demokratischen Sozialismus galt bis zum Godesberger Programm von 1959.<sup>11</sup> Dieses Programm (S. 128) «erstrebt» (!) zwar einleitend noch «diese neue und bessere Ordnung des demokratischen Sozialismus.» Dessen historisches Vorbild (bereits von 1789!) *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* jedoch wird abgeschwächt durch den erst gar nicht definierten Begriff der *Gerechtigkeit*: «*Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander*».

«Freiheit» und «Gleichheit» bedingen einander: So können nur gleiche Freiheiten normiert werden – an Stelle von ungleichen Freiheiten, also Vorrechten und Privilegien. Der «Demokratische Sozialismus» wird also (nach 1959) nicht mehr verstanden als der Kern allgemeiner gleicher staatsbürgerlicher wie wirtschaftsbürgerlicher Rechte und Pflichten (wie noch in den vorangegangenen Programmen der SPD) sondern als (bloß) ideelles Konzept der Demokratie. In der Wirtschaftsordnung sollen (lediglich) «*freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative* wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sein ... die SPD bejaht den *freien Markt*, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht ... Wettbewerb soweit wie möglich – Planung so weit wie nötig!» (Hervorhebungen nicht im Original)

Was unterscheidet diese privatwirtschaftliche Unternehmer-Fixierung im Godesberger Programm noch von den Schlüssel-Kriterien der «Sozialen Marktwirtschaft» der CDU/CSU? Wozu brauchte diese noch die (ehemalige!) Opposition außer in der ersten Großen Koalition (nur sieben Jahre später), nachdem mit der FDP die erste Struktur-

krise (vor allem im Ruhrgebiet mit 800.000 Arbeitslosen) nicht mehr zu regulieren war?

Ihr «theoretisch verdünntes, programmatisches Selbstverständnis» ist die SPD-Führung seit Godesberg nicht mehr losgeworden. Selbst nach ihren beiden letzten Wahlniederlagen (als Quittung für ihre Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) scheint sie ihrer Illusion nachzulaufen, sie könne – auch als Junior-Partner – die «Märkte» so «beruhigen» wie den Rest ihrer eigenen Wähler.

Liegt nicht in dieser Illusion die tatsächliche «theoretisch-programmatische Ohnmacht», der (Halb-)Rechten, die – politisch opportun – wiederum Anschluss suchen bei den anfänglichen Versprechungen der «Sozialen Marktwirtschaft», die in den Zocker-Zirkeln des globalen Finanzkapitalismus gar keine Autoren und Adressaten mehr hat?

Demgegenüber weiß auch der Verfasser, (der sich in der SPD – wo sonst? – seit bzw. trotz des Godesberger Programms für den Demokratischen Sozialismus engagiert) nicht mehr, als das, was er oben<sup>12</sup> skizziert hat. Somit kann er nur noch auf Horst Heimanns positive «Reform-Strategie» warten.

Mein konkreter Vorschlag dazu: Als ersten Schritt könnte die SPD (wieder?) unterschiedene Substanz auf ihre Wahlplakate bringen: *Unser Demokratischer Sozialismus*: Freiheit, Gleichheit, Solidarität – gleiche Rechte und Pflichten für alle. Daran könnt Ihr unsere Politik messen!

12 Vgl. FN 8, sowie Hagen Weiler: Der Anachronismus (noch) ungleicher Gerechtigkeit. In: *Blickpunkt Zukunft*, Dez. 2013. Zum Schluss sei noch auf zwei Untersuchungen verwiesen: Jürgen Borchert: *Sozialstaats-Dämmerung*, Frankfurt 2013; Wolfgang Hetzer: *Finanzkrieg*, Frankfurt 2013. Diese belegen und begründen exemplarisch den Krieg der Reichen gegen die Armen.

11 Im Folgenden zit. nach Wolfgang Abendroth: *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt 1964, S. 128-143.

Horst Heimann

## Antworten auf Hagen Weilers Zwischenruf

Danke, Hagen Weiler, für Deinen Zwischenruf. Denn Zwischenrufe könnten auch dazu beitragen, die vorherrschende Kommunikationslosigkeit zwischen den vielen noch vorhandenen Kapitalismuskritikern zu überwinden. Da es zwischen diesen keinen Diskussionsprozess gibt, der theoretische Positionen präzisieren und weiterentwickeln könnte zu einem linken gesellschaftstheoretischen Paradigma (im Sinne von Thomas S. Kuhn), bleibt die sogar vorherrschende Kapitalismuskritik hilflos und praktisch ohnmächtig. Das einzig mächtige gesellschaftstheoretische Paradigma bleibt daher der Neoliberalismus, obwohl er von fast allen verbal verurteilt wird.

Zunächst verweise ich auf eine grundsätzliche Gemeinsamkeit zwischen uns: Wir beide wollen den Kapitalismus nicht nur kritisieren und reformieren, sondern ihn durch eine neue und bessere Ordnung des Demokratischen Sozialismus überwinden, wie die SPD bis zum Berliner Programm von 1989. Daher verstehe ich nicht Deine Frage, ob ich den «Kapitalismus überwinden» oder nur «reformieren» wolle. Denn es gibt in meinen Publikationen zehntausende Belegstellen, dass ich ihn überwinden will, aber kein einziges Zitat, dass ich ihn nur «reformieren» wolle.

### **Vier Fünftel des Volkes möchten den Kapitalismus durch ein besseres System ersetzen**

Mit unserer Gemeinsamkeit, dass wir den Kapitalismus überwinden wollen, sind wir glücklicherweise keine isolierten Außensei-

ter, sondern befinden wir uns in Übereinstimmung mit 81 Prozent des Volkes. (Vgl. dazu ausführlich meine Beiträge «Die Zweite Große Transformation» in: *perspektivends*, Teil I und Teil II, 2/11 und 1/12) Allerdings sind wir eine irrelevante Minderheit gegenüber den ökonomischen und politischen Machteliten, von denen in der «Postdemokratie» alle Macht ausgeht. Obwohl eine große Mehrheit des Volkes den Kapitalismus ablehnt, ist dennoch die überschäumende linke Kapitalismuskritik politisch ohnmächtig, weil sie zwar den Kapitalismus zutreffend und scharf verurteilt, aber nicht einmal die Frage stellt, auf welchem Wege ein alternatives System geschaffen werden könnte. Das versuchte ich in *perspektivends* 2/13 am Beispiel Streeck wieder zu begründen, was Dich allerdings nicht ausreichend überzeugt hat. In Deinem Zwischenruf klingt der Vorwurf an, dass ich ihm wohl Unrecht angetan habe. Bevor ich darauf zurückkomme aber noch grundsätzlich zur Frage nach dem «konstruktiven Maßstab meiner Kritik» an Streeck und meiner «Position zum Demokratischen Sozialismus».

Das versuche ich zu erläutern in meiner Antwort auf Deine «Gegenfrage» nach meiner Position zur «traditionellen marxistischen These, nach der Revolutionen nicht von Intellektuellen herbei geschrieben werden können». Wie Du stimme ich dieser «These» zu, da es sich dabei schlicht um eine empirisch bewiesene Tatsachenaussage handelt. Aber grundsätzlich widerspreche ich Deiner impliziten Meinung aus dem

zweiten Teil Deiner «Gegenfrage», nämlich: Revolutionen können doch herbei geschrieben werden, wenn «eine objektiv revolutionäre Konstellation tatsächlich eingetreten, bzw. allgemein absehbar ist.» Denn alle historischen Erfahrungen zeigen, wenn die Verhältnisse «massenhaft als unerträglich erkannt werden», ist es noch nie zu einer Revolution in Richtung Demokratischen Sozialismus gekommen. In solchen Situationen werden eher rechtsradikale Bewegungen gestärkt oder kommen in einer «Revolution» Faschisten an die Macht.

Noch nie konnte «die sog. wissenschaftlich-technische Intelligenz den Kapitalismus überwinden», indem sie die überzeugende Alternative vorträgt». An entsprechende Textstellen erinnere ich mich, aber eher bei Lenin als bei Marx, zumal sie seinem Konzept einer politischen Arbeiterbewegung widersprechen, die die politische Macht erobert und das – in der Tat «von Intellektuellen herbei geschrieben» – Konzept des Sozialismus verwirklicht. Der ursprünglich revolutionäre Glaube, das könne in einem revolutionären Sprung sehr schnell geschehen, wurde in einem langen Diskussionsprozess durch die reformistische Erkenntnis überwunden, dass ein alternatives Wirtschaftssystem nur in einem längeren Transformationsprozess den Kapitalismus überwinden könne.

Auch dieses reformsozialistische Konzept wurde «von sozialistischen Intellektuellen herbei geschrieben». Und – in der Tradition Bernsteins – hatte auch als aktiver Jungsozialist Wolfgang Streeck dabei «mitgeschrieben», in seinen Beiträgen zur «Strategie systemüberwindender Reformen». Und dieses reformsozialistische Konzept ist auch heute noch der «konstruktive Maßstab» meiner Kritik an der Ohnmacht

der Kapitalismuskritik von Streeck und vielen anderen.

Und hier erlaube ich mir einen «Zwischenruf»: Was Du – in Anlehnung an Wolfgang Abendroth – schreibst, ist kompatibel mit meinem Konzept des Demokratischen Sozialismus, der auf der Grundlage des «parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaates» in einem systemüberwindenden Transformationsprozess den Kapitalismus überwinden soll. Und Deine Ausführungen sind auch kompatibel mit dem Godesberger Programm, in dem keineswegs die systemüberwindende Zielsetzung aufgegeben wurde.

Da dieses Konzept des Demokratischen Sozialismus «mein konkreter Maßstab» geblieben ist, teile ich natürlich Deine Kritik an der neoliberalen Politik, wie auch zwei Drittel aller Wähler: Bei einer Umfrage der ARD am Wahlsonntag im September 2013 meinten zwei Drittel, dass die Agenda-Politik ein Bruch mit sozialdemokratischen Grundwerten sei. Im Zusammenhang mit der Agenda-Politik noch eine Anmerkung zu Deinen Zweifeln an meiner Kritik am «Objektivismus», der keine alternativen Handlungsspielräume zu erkennen vermag und auch nicht erkennen will: Für die Agenda-Politik ist kein objektiver kapitalistischer Sachzwang verantwortlich, sondern die Politiker, die sich für diese Politik entschieden haben, und damit gegen durchaus vorhandene Alternativen.

Offensichtlich hat Dich auch meine Kritik an Streeck nicht überzeugt, dass sein «objektivistisch-deterministischer» Ansatz verhindere, alternative Handlungsspielräume zu erkennen. Habe ich also realistische Ansätze für erfolgreiche Politik zur Überwindung des Kapitalismus bei Streeck und anderen einfach übersehen oder unter-

schlagen? Darauf antworte ich mit einem wissenschaftstheoretischen Zwischenruf: Niemand – also auch ich nicht – kann beweisen, dass es bei Streeck solche Praxisansätze nicht gibt. Aber Du hättest meine Aussage einfach widerlegen können, wenn Du in seinem Buch ein konkretes Beispiel gefunden hättest, das einen praktischen Weg zur Überwindung des verurteilten Kapitalismus wenigstens andeutet. Ein einziger schwarzer Schwan falsifiziert die These. Alle Schwäne sind weiß! (Ein Bündnis mit Popper könnte eine Renaissance des Marxismus besonders konstruktiv machen!)

Du stellst auch meine Feststellung in Frage, dass «Heerscharen von intellektuellen Sozialisten» das Scheitern des Sozialismus anerkannt haben, weil ich das mit keiner «Namensquelle» belegt habe. Schon 1991, in meinem Buch «Die Voraussetzungen des Demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie», befinden sich auf den ersten Seiten zahlreiche «Namensquellen» mit Zitaten von Ex-Sozialisten, die sich nach der «Wende» eiligst und reumütig auf die Seite des Siegers Kapitalismus geschlagen haben und den Sieg des Neoliberalismus mit «herbei geschrieben» haben. Dazu gehören unter anderem Dieter Wunder, Joschka Fischer und Karlheinz Maldaner.

In meinem Beitrag in den Perspektiven ds 2/13 ist eine «Namensquelle» leider einer notwendigen redaktionellen Kürzung zum Opfer gefallen, nämlich Wolfgang Streeck, der sich nicht nur als Kritiker des Kapitalismus, sondern auch des faul machenden Sozialstaats Verdienste erworben hat. Zwar nicht als «käuflicher», aber als bezahlter Berater der rot-grünen Bundesregierung für die geplanten Arbeitsmarktreformen schrieb er (mit Rolf Heinze) im SPIEGEL

Nr. 19/1999 den Artikel «An Arbeit fehlt es nicht». (Dieser Titel impliziert die «wissenschaftliche» Erkenntnis: Nicht fehlende Arbeitsplätze sind Ursache für die hohe Zahl von Arbeitslosen, sondern die faulen Arbeitslosen, die die vorhandenen Arbeitsplätze nicht annehmen). In diesem Artikel präsentiert der radikale Kapitalismuskritiker eine marktkonforme Lösung des Problems Arbeitslosigkeit trotz genügender Arbeitsplätze: «Das wichtigste Instrument einer neuen Arbeitsmarktpolitik im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft ist – der Markt.» Dagegen habe die «Betreuungsmentalität» der bisherigen Arbeitsmarktpolitik den Arbeitslosen «die Erfahrung vorenthalten ..., daß sie für sich selbst sorgen können». Es gehöre zu den «Solidaritätspflichten der Gemeinschaft ..., ihre Mitglieder nicht vor Marktzwängen zu schützen, die sie dazu bewegen könnten, sich noch einmal aufzuraffen». (S. 44)

Im Unterschied zu seiner Kapitalismuskritik enthielt seine Sozialstaatskritik durchaus konkrete Vorschläge für eine erfolgreiche Praxis, so dass sie wirksam dazu beigetragen hat, den Sozialstaat durch marktkonforme Demokratie weitgehend zu überwinden. Wenn die Kritik eines Autors dem Kapitalismus keinen Schaden zuzufügen vermag, wäre das nicht schlimm, wenn es andere kapitalismuskritische Tendenzen gäbe, die ihn wenigstens wieder in sozialstaatliche Grenzen eindämmen könnte. Zur Beurteilung des Kapitalismus gibt es aber nur zwei alternative Paradigmen, die gesellschaftspolitisch mächtig sind:

1. **Der Kapitalismus ist gut**, daher ist es auch gut, dass es zu ihm keine Alternative gibt. Diese Meinung teilt zwar nur noch eine Minderheit des Volkes, aber die große Mehrheit der Machteliten,

von denen alle Macht ausgeht. Eine Mehrheit des Volkes, und inzwischen sogar fast eine Mehrheit der wissenschaftlich-publizistischen Eliten, neigt eher der Meinung zu:

2. **Der Kapitalismus ist schlecht**, daher ist es auch schlecht, dass es zu ihm keine Alternative gibt, weil der **Sozialismus** auch schlecht war. Der **Antikapitalismus** ist zwar machtlos, aber das macht nichts!

Inzwischen hat sich aber der verehrte linke Meisterdenker Jeremy Rifkins ein viel diskutiertes optimistisches Paradigma ausgedacht:

3. **Der Kapitalismus ist schlecht**, aber er ist bald weg. Nicht der **Demokratische Sozialismus** wird ihn überwinden, sondern er selbst schafft sich ab und an seine Stelle tritt, bisher noch unbekannt: **«Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus.»** Frankfurt/New York 2014, 525 Seiten, 27 €.

Eine Beschreibung dieser kommenden «Null-Grenzkosten-Gesellschaft» ist nicht nur aus Platzgründen unmöglich, sondern auch überflüssig. Denn niemand braucht sie zu kennen und etwas zu tun, um sie zu verwirklichen, denn sie kommt einfach durch den digitalen Fortschritt, das «Internet der Dinge». Rifkin liefert ein neues Beispiel für ein «objektivistisch-deterministisches» Paradigma, und endlich wieder einmal mit happy-end. Die Süddeutsche Zeitung, die sich um eine konkrete Beschreibung dieser Gesellschaft bemüht, in der im «Internet der Dinge» alles – auch alle Menschen – «mit 100 Billionen Sensoren» vernetzt ist, gibt ihr

den verdienten Namen «Schöne neue Welt», also einer totalitären negativen Ideologie.<sup>1</sup> Das einzig Beruhigende an Rifkins «Alternative» zum Kapitalismus ist die Gewissheit, dass seine Horrorvision nie gesellschaftliche Wirklichkeit werden wird, in der sich auch jeder Sozialist zurücksehen würde in die human-paradiesische Welt des Kapitalismus.

Die entscheidende Frage, ob es nicht doch noch ein praxisrelevantes Paradigma mit einer realisierbaren Alternative zum Kapitalismus gäbe, versuche ich im Zusammenhang mit Deiner «Gretchenfrage» – «wie hältst Du's mit der SPD?» zu beantworten, Faust modernisierend:

### **Der Glaube fehlt mir nicht, allein ich hör' wohl keine Botschaft**

Für eine systemüberwindende Zielsetzung sind zwar unzufriedene Massen, Basisbewegungen und überzeugende wissenschaftlich-publizistische Kapitalismuskritik notwendig und hilfreich. Aber gesellschaftspolitisch wirksam wird das alles nur in Kommunikation mit politischen Parteien, die eine Überwindung des Kapitalismus zum Programm machen und dafür Mehrheiten gewinnen. Seit der Jahrhundertwende sendet die SPD keine Botschaft mehr in Richtung jener kritischen Bürger, die eine neue und bessere Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft wünschen. Daher kann ich Deiner Kritik an der SPD, bezogen auf Gegenwart und jüngste Vergangenheit zustimmen, aber nicht in Bezug auf das Godesberger Programm von 1959. Denn dieses Programm, von seinen rechten «Freunden» und «linken» Feinden falsch interpretiert,

1 «Der Kapitalismus hat sich zu Tode gesiegt». In: *Süddeutsche Zeitung*, 16. September 2014.

ermöglichte der SPD die erfolgreichste Politik ihrer Geschichte in Richtung Demokratischer Sozialismus.

Heute dagegen hat die SPD nicht einmal mehr einen linken Flügel, der die Partei wieder auf die systemverändernden Ziele des Godesberger und des Berliner Programms verpflichten möchte. Nur noch die Jungsozialisten halten daran fest, dass Demokratischer Sozialismus nicht nur ein Wort ist, sondern eine «machbare» Alternative zum Kapitalismus. Eine Hoffnung für die Zukunft bleibt daher eine Wiederbelebung dieser großen Idee als gesellschaftsgestaltende Kraft. Aber kurzfristig steht das noch nicht auf der Tagesordnung programmati-

scher Diskussionen. Aber damit diese große Idee nicht endgültig aus der Ideengeschichte der Menschheit verschwindet, müsste die SPD im Wahlkampf 2017, wie 2013, für einen Politikwechsel eintreten. Denn nur ein Politikwechsel könnte die endgültige Rückkehr unserer Gesellschaft zur «Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts» (Thomas Piketty) aufhalten. Eine rot-rot-grüne Koalition könnte zwar nicht den Kapitalismus überwinden, aber nachdem dieser in den vergangenen Jahren durch neoliberale Politik «deformiert» wurde, könnte er durch einen Politikwechsel 2017 wieder «reformiert» und in einem erneuerten Sozial- und Wohlfahrtsstaat zivilisiert werden.

Josef Kny/Raffaella Then

## FUTURZWEI zeigen den Yeti!

Wir alle sind Kinder des Kapitalismus. Auch, wenn wir gegen Fracking, Shopping bei Primark und das TTIP sind und für Passivhäuser, Windräder und Hybridautos. Wir wehren uns hier und da ein bisschen, aber grundsätzlich erzählt der Kapitalismus auch in uns seine Geschichte des «Mehr, größer, weiter». Was Tobias Kühne in seinem Beitrag «Das «Ende des Mangels» durch Fortschritt» (2013) anspricht, möchten wir aufgreifen und näher betrachten: «Kapitalismus ist ja heute sicher mehr als eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ein kultureller Code vielleicht, eine soziale und kulturelle Praxis, die sich jenseits von äußerlichen Strukturen schon längst in die Körper und Seelen von Gesellschaften und Individuen eingeschrieben hat.» (ebd., S. 102)

Ein Verständnis von Kapitalismus als mentales Deutungsschema ist tatsächlich ausschlaggebend, um ein Verständnis für gesellschaftliche Transformationsprozesse auszubilden. Unsere äußere Lebensrealität prägt auch unsere mentale Infrastruktur, das heißt unsere Wahrnehmungen und Erwartungen, unsere Gefühls- und Verhaltensmuster, unser Empfinden von Zeit und Entwicklung. Harald Welzer, Sozialpsychologe und Direktor der Stiftung FUTURZWEI, beschreibt in seinem Buch «Selbst denken» (2013) diesen Vorgang der «tiefen Industrialisierung», in dessen Zuge sich unsere Lebens- und Weltdeutung verschiebt – vom Sein zum Haben, vom Substanziellen zum Unfertigen. In diese große Erzählung fügen wir uns geschmeidig ein und wechseln

den Job, den Partner, den Wohnort, das technische Zubehör, immer auf der Suche nach der nächstbesseren Version (vgl. ebd., S. 59 ff.). Der Kapitalismus ist ein großartiger Geschichtenerzähler: Er schafft es, uns mit dem Slogan «Geiz ist geil» etwas zu verkaufen. Er bringt uns dazu, bei Verkaufstart des neuen iPhone auf der Straße zu kampieren. Er suggeriert uns die Notwendigkeit, unsere gesamte Garderobe zweimal pro Jahr komplett zu ersetzen und lässt uns glauben, dass wir mit dem Kauf eines Fair-Trade-Kaffees die Welt ein Stück besser gemacht haben. In Anbetracht solcher Phänomene fällt es schwer, tatsächlich noch an den rational abwägenden Homo oeconomicus zu glauben. Wolfgang Ullrich (2010) definiert die Gegenwart gar als «Zeitalter einer materialisierten Empfindsamkeit»: «Wie Deos, Mineralwasser, Zahnbürsten, Fahrradhelme und Autos heute jeweils als real gewordene Metaphern auftreten, die ausdrücken, welche Vorstellungen und Gefühle Menschen mit eben diesen Produkten verbinden, so drängen auch andere innere Bilder – psychische Regungen – nach außen. [...] Fantasien zu bestätigen und zu intensivieren, indem man sie verkörpert, ist der herrschende Modus der heutigen Wohlstandswelt.» (ebd., S. 28)

Was kann dem eine trockene, rationale Aufklärung entgegensetzen? Hat ein erhobener Zeigefinger schon einmal einen tiefgreifenden und langfristigen Wandlungsprozess ausgelöst? Irritation und Kritik mag hilfreich und berechtigt sein. Aber kann sie

tatsächlich Veränderung in Gang setzen? Dazu wirkt das kapitalistische Denk- und Deutungsschema des «Alles immer, sofort und für jeden» zu stark im Unbewussten und die strukturelle Nicht-Nachhaltigkeit, die uns in fast allen Lebensbereichen umgibt und prägt (vgl. Sieferle 2010), bleibt unüberwunden. «Deshalb kann man auch noch so viel «Bildung für nachhaltige Entwicklung» machen und sich wundern, dass die Entwicklung moderner und sich modernisierender Gesellschaften ihre Richtung nicht wechselt: weil wir uns in einer Geschichte befinden, die uns in den Begriffen von Fortschritt, Wettbewerb und Wachstum erzählt. Bevor wir etwas gegen diese Geschichte einwenden können, sind wir immer schon Teil von ihr.» (Welzer 2013, S. 65 f.)

Gegen unbewusste, vorrationale Prägnungen auf Verstandesebene zu moralisieren, scheint also recht sinnlos. Sinnvoll hingegen scheint, sich erst einmal darüber klar zu werden, dass auch die Position des «Dagegen» stabilisierend auf ein System wirkt. Joachim Radkau beschreibt diesen Effekt anhand der Ökobewegung: «Die Geschichte der Öko-Ära ist nicht nur die Geschichte einer neuen Aufklärung, nicht nur eine Wissens-, sondern auch eine Vergessensgeschichte. [...] Den charismatischen Momenten der Erleuchtung und spontanen Begeisterung folgte eine nicht endende Flut von Umweltverordnungen, die nicht einmal mehr Experten für Umweltrecht auch nur annähernd überblicken.» (Radkau 2011, S. 614 f.) Eine kraftvolle Bewegung verläuft sich mit der Zeit in juristisches Kleinklein, statt in umgesetzte Ideale. Die Kritik an den negativen Begleiterscheinungen einer Wirtschaftsform bei gleichzeitiger Akzeptanz ihrer grundlegenden Logik, gekoppelt mit Utopielosigkeit und der Selbstgewissheit,

als Opposition auf der «guten» Seite zu stehen – all das ist kaum geeignet, um grundlegende Transformationen anzustoßen.

Auch die Totalverweigerung und das aggressive Aufbegehren gegen den kapitalistischen Mechanismus sind langfristig effektlose Strategien. Denn darin liegt ja das Perfide des Kapitalismus: dass er fähig ist, auch das Subversive in die Logik seiner Erzählung zu integrieren. Nichts setzt eine Verweigerungsbewegung schneller außer Kraft, als ihre Symbolik und ihren Habitus in Hochglanzmagazinen zum neuen Verkaufsschlager auszurufen – siehe Punk, siehe Occupy, siehe Urban Gardening. Was bleibt der Erzählung, die die kapitalistische Logik spinnst, also noch entgegenzusetzen, wenn rationale Kritik, trotzig Verweigerung und wildes Aufbegehren im Sande verlaufen? Geschichten. Keine fiktionalen Geschichten und fernen Visionen, sondern reale Geschichten über bereits veränderte soziale Praktiken, welche die Ideen und Folgen des kapitalistischen Systems infrage stellen.

Wenn wir beginnen, Geschichten über eine andere Form des Handelns zu erzählen, so beginnen wir, uns selbst und die Welt auf eine neue Art zu erschließen, zu denken und zu deuten. Und entgegen Tobias Kühnes Zweifel (vgl. Kühne 2013) gibt es sie tatsächlich, diese veränderte soziale Praxis. Sie findet sich häufig abseits ideeller Debatten, manchmal im banalsten Alltagshandeln, manchmal im großen Stil. Sie wird getragen von Menschen, die ihre Lebens- und Arbeitsweise verändern, während in anderen Kreisen noch Revolutionen gegen das kapitalistische System diskutiert werden. Sie sind genau diese «zivilgesellschaftlichen Akteure», die Tobias Kühne mit dem Yeti gleichsetzt. Nur sind sie eben nicht die klassischen «Adressaten, Multipli-



katoren und Aktivisten von Kapitalismuskritik» (ebd.), auf welche der Blick sofort fällt, da sie wie Femen oder Occupy schlaglichtartig und effektiv «aufblitzen». Ihre Form der Kritik ist weit stabiler und weit weniger modisch – weil sie in der Lebenswirklichkeit der Akteure verwurzelt ist und wirkt.

*FUTURZWEI*. *Stiftung Zukunftsfähigkeit* begibt sich auf die Suche nach diesem «Yeti», nach Akteuren und Bewegungen des Wandels, auf die bislang wenig Licht fällt. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen und Projekte zu porträtieren, die innerhalb einer von struktureller Nicht-Nachhaltigkeit geprägten Gesellschaft, etwas anders machen, die so schlicht wie ergreifend: ihre Handlungsspielräume nutzen und die weitsichtige Frage «Wer werde ich gewesen sein?» – in der grammatikalischen Form Futur II – beginnen zu beantworten. Sie trägt deren Ideen, Visionen und Erfahrungen von angewandten Formen des anderen Lebens und Wirtschaftens zusammen und verbreitet sie über Medienformate (zentral dabei die Webseite [www.futurzwei.org](http://www.futurzwei.org)), Veranstaltungen und direkte Ansprache von Multiplikatoren, um sie sichtbar und politischer wirksam zu machen.

*FUTURZWEI* erzählt dabei ganz bewusst Geschichten, um ein Gegengewicht zu abstrakten Zielnummern (wie beispielsweise die globalen «Zwei Grad Celcius» mittleren Temperaturanstiegs oder die europäischen «Minus 40 Prozent Kohlenstoffdioxid bis 2030»), apokalyptischen Szenarien und moralischen Appellen zu setzen, die als solche keinen Bezug zum täglichen Leben vorweisen. Erzählte Geschichten hingegen sind lebensnah, greif- und nachfühlbar. Sie lassen leichter zu, dass sie dem Hörer oder der Leserin im Kopf bleiben. Dort können sie nachwirken, sich entwickeln und sich in

Gedanken und Ideen für ähnliches Handeln auswachsen. Von dort aus können sie weiter erzählt und in die Welt getragen werden.

Noch genauer gesagt erzählt *FUTURZWEI* «Geschichten des Gelingens», um das tatsächliche, im jeweiligen Bezugsrahmen weitsichtige und sinnvolle Tätigwerden hervorzuheben. Welche sozialen Praktiken dabei als solche Geschichten gelten, kann nicht mithilfe eines ausgeklügelten Indikatorensystems herausgearbeitet werden. Angesichts der Komplexität und Dynamik der globalen sozialen und ökologischen Zukunftsentwicklungen sowie der unzureichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse darüber, scheint es gegenwärtig unmöglich, detaillierte Handlungsanleitungen über das Richtig und Falsch einer zukunftsfähigen Gesellschaft vorzulegen; unabsehbare Neben- und Wechselwirkungen können auftreten und erst dann mitgedacht werden. Daher sind es vielmehr Suchbewegungen und Momente des Ausprobierens, die sich schrittweise in eine bessere Welt vortasten. Die Auswahl der «Geschichten des Gelingens» rahmen daher nur zwei weiche Kriterien: Ein sorgsamer Umgang mit Ressourcen soll mit anderen Formen sozialen Miteinanders verwoben sein. Zusammen entsteht damit eine andere soziale Praxis, die ökologische Probleme von Abfallaufkommen bis Wasserverschwendung in ihren Mittelpunkt nehmen kann.

Die Herangehensweisen können dabei ganz unterschiedlich sein. An einer zukunftsfähigen Gesellschaft arbeitet eine verantwortungsbewusste Unternehmerin wie Sina Trinkwalder mit, die die Globalisierung der Textilindustrie im Kleinen zurückdreht und mit ihrem Modeunternehmen *manomama* begann, in Augsburg unter fairen Arbeitsbedingungen ökologische Kleidung

zu produzieren. Ebenso zählt ein Verein wie *HausHalten* in Leipzig und Dresden dazu, der Eigentümerinnen leerstehender Häuser mit interessierten, aber wenig finanzkräftigen Zwischennutzern oder Ausbauwilligen zusammenbringt, oder ein Einzelakteur wie der pensionierte Biologe Jürgen Reckin aus dem brandenburgischen Finowfurt, dessen Ziel es ist, passende nährstoffreiche und kompakt wachsende Nutzpflanzen zu züchten und somit zur zukünftigen Ernährungssicherheit im urbanen Raum beizutragen.

Grob lassen sich die im «Zukunftsarchiv»<sup>1</sup> der Stiftung FUTURZWEI bislang rund 200 gesammelten Geschichten – jede Woche kommt online eine neue hinzu – in sechs Kategorien einteilen: Geschichten, bei denen konkret der Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Energie («Saft und Stoff»), Praktiken des Konsumierens und Produzierens («Kaufen, Essen, Trinken») oder die Bereiche Verkehr, Mobilität und Tourismus («Nah und Fern») im Vordergrund stehen, und die Formen des sozialen Miteinanders und Gemeinwohls («Wir, Ihr, Sie») sowie Bildung («Spielen und Lernen») verändern oder multiplikatorisch wirken («Weiter und Breiter»). So ergibt sich eine enorme Bandbreite von Engagementformen, mal mehr und mal weniger weitab der kapitalistischen Verwertungslogik.

Natürlich würden sich all diese Projekten und Initiativen nicht diskussionslos einen einzigen Stempel aufdrücken lassen – und das will auch FUTURZWEI nicht. Doch – und damit zurück zu den eingangs gefundenen

Worten – sie alle betreiben Kapitalismuskritik, auf vielfältige Weisen, und mehr oder weniger explizit. Sie alle versuchen dem vorherrschenden «Denk- und Deutungsschema» eine andere Realität gegenüberzustellen. Oder wie die Upcycling-Künstlerin Ursula Cyriax, die unter anderem mit Jugendlichen aus ihrer Heimatstadt Müll in Gebrauchsgüter umwandelt, es in einem Gespräch formulierte: «Es gibt ganz viele Leute, die etwas anders machen, nur wir wissen nicht voneinander.» (zit. nach Kny 2014) *FUTURZWEI* will sichtbar machen, den Yeti in seiner ganzen Erscheinung entdecken und einen Beitrag dazu leisten, den kapitalistischen Monomythos durch eine Vielfalt anderer Geschichten zu ersetzen.

### Literatur:

Kny, Josefa (im Erscheinen): «*Damit es eine Zukunft gibt.*» – *Eine Exploration der Beweggründe und Zielvorstellungen der Initiatoren von Nachhaltigkeitsprojekten.* Masterarbeit im Masterstudiengang Zukunftsforschung an der Freien Universität Berlin. iF-Schriftenreihe *Sozialwissenschaftliche Zukunftsforschung.* (Erscheint voraussichtlich im Herbst 2014.)

Kühne, Tobias (2013): *Das «Ende des Mangels» durch Fortschritt? Perspektiven einer Debatte um Kapitalismus und Kapitalismuskritik.* In: *perspektiven ds 2/2013*, S. 100–108.

Radkau, Joachim (2011): *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte.* Bonn.

Sieferle, Rolf-Peter (2010): *Lehren aus der Vergangenheit. Expertise für das WBGU-Hauptgutachten «Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation».* Berlin.

Ullrich, Wolfgang (2010): *Wohlstandsphänomene. Eine Beispielsammlung.* Hamburg.

Welzer, Harald (2013): *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand.* Frankfurt a. M..

1 Vgl. «Geschichten des Gelingens» auf [www.futurzwei.org](http://www.futurzwei.org) sowie in: Welzer, H./Rammler, St. (Hrsg.) (2012): *Der FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2013*, Frankfurt a. M.; Welzer, H./Giesecke, D./Tremel, L. (Hrsg.) (2014; im Erscheinen): *Der FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2015/2016*, Frankfurt a. M.

Margarete Mommsen

## Eine gekränkte Großmacht? Russland und der Ukraine Konflikt

### Einführung

Soviel scheint sicher: Dem Gezerre zwischen der EU und Russland um die Ukraine liegen geopolitische und geoökonomische Interessenskonflikte zugrunde. Doch ist auch der Kalte Krieg in einem neuen Gewand wiedergekehrt? Ging es im historischen Ost-West-Konflikt vorwiegend um ideologische Antagonismen, so fällt heute eher eine Konkurrenz um Integrationsalternativen – hier die Europäische Union, dort die Eurasische Wirtschaftsunion – ins Gewicht. Zu bedenken ist weiter, dass sich Länder wie Russland und die Ukraine noch in komplexen Prozessen der Staats- und Nationsbildung befinden. Seit Auflösung der UdSSR 1991 sind sie auf der Suche nach nationaler Identität und nach einem Platz in der Welt. Sie müssen sich abnabeln von dem gemeinsamen sowjetischen Erbe und ihr Verhältnis zu Nachbarstaaten und internationalen Organisationen bestimmen. Die Ukrainekrise legt offen, in welchem Maße sich die beiden «slawischen Brüder» dabei von einander entfernt haben.

Im Folgenden werden zunächst Grundfragen der Staats- und Nationsbildung im postsowjetischen Raum erörtert. Zugleich sollen anhand eines kurzen historischen Überblicks über die Außenpolitik Russlands wie der Ukraine die Voraussetzungen für den Ausbruch der Krise ausgelotet werden. Schließlich interessieren vor allem die Dynamik des Konflikts, dessen maßgeblichen Ak-

teure und die zentralen Beweggründe der russischen Führung für die Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine.

### Postsowjetische Staaten auf der Suche nach nationaler Identität und internationalem Status

Alle fünfzehn ehemaligen Sowjetrepubliken waren nach Auflösung der UdSSR mit einer schwierigen Staats- und Nationsbildung konfrontiert. Neue Verfassungen mussten verabschiedet und entsprechende staatliche Institutionen gebildet werden. Optionen für Bündnisfreiheit oder internationale Integration standen an. Es bot sich die Orientierung auf internationale Organisationen wie Europarat, Europäische Gemeinschaft (EU) und OSZE (KSZE) an. Fürs Erste diente die lose Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) als Anlaufstelle für ehemalige Sowjetrepubliken. Während die drei baltischen Staaten schnellstmöglich in EU und NATO drängten, zogen andere Nachfolgestaaten wie die Ukraine einen blockfreien Status vor. Gegenüber der GUS blieb die Ukraine auf Distanz.<sup>1</sup>

Sowohl für Russland als auch für die Ukraine wie überhaupt für alle aus der Kontrolle der UdSSR entlassenen Staaten war die «Rückkehr nach Europa» das Leitmotiv

1 Solchanyk, R., Ukraine, Russia, and the CIS. In: Hajda, L. A. (Hrsg.): *Ukraine in the World*, Cambridge/Mass. 1998, S. 27 ff.

des Systemwechsels. Darunter wurde nicht nur die Hinwendung zu den europäischen Institutionen, sondern auch die Übernahme der mit ihnen verbundenen Werte verstanden. Die Staatsbildung folgte daher überall dem Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat. In diesem Geist wurden alle neuen Verfassungen verabschiedet. In Russland wie in der Ukraine klafften Verfassungsordnung und Verfassungspraxis allerdings rasch auseinander. Dies lag sowohl an dem fehlenden demokratischen Know-how als auch an der noch völlig unterentwickelten Infrastruktur, darunter einem pluralistischen Parteiensystem.

Dank weitreichender Meinungsfreiheit und gewaltenteiligen Elementen ging das semipräsidentiell konzipierte, in Wirklichkeit jedoch «superpräsidentiell» gehandhabte «System Jelzin» gerade noch als Demokratie, wenn auch als «defekte Demokratie», durch. Da sich die politische Führung in ihrem nationalen Selbstverständnis unsicher war, gab Jelzin 1996 die Suche nach einer neuen «gesamtnationalen Idee für Russland» in Auftrag. Dieser Versuch der Nationsbildung von oben führte nicht weit. Außer Diskursen über die mythische «Russische Idee», die vor allem auf Russlands zivilisatorische «Einzigartigkeit» abhebt, kam wenig Neues zutage. Hingegen verstärkte sich das traditionelle Selbstverständnis von dem unverzichtbaren Großmachtstatus des Landes.<sup>2</sup>

Im ersten Jahrfünft der nationalen Selbständigkeit des postsowjetischen Russland war man mit diesem herkömmlichen Selbstverständnis betont zurückhaltend umge-

gangen. Dies zeigte sich in der zunächst starken Westorientierung des Landes. Jelzin betonte, «ein starkes und demokratisches Russland» werde «niemals mehr ein Imperium» sein. Außenminister Kosyrew schwärmte von Russland als einer «normalen», «freundlichen Großmacht». Diese «romantische Periode» russischer Außenpolitik scheiterte bald an heftiger Kritik der Kommunisten und Nationalisten. Die Jelzin-Führung war ihrerseits von dem zögerlichen Entgegenkommen des Westens enttäuscht. Deshalb kehrte Moskau schon 1993 wieder zu den sowjetischen Denkkategorien der Einflusszonen, Geostrategie und Nullsummenspiele zurück. Nach der Betonung der europäischen Identität Russlands vollzog sich unter dem seit Anfang 1996 amtierenden Außenminister Primakow ein klarer Paradigmenwechsel in Richtung einer multipolaren Weltsicht und des absoluten Vorrangs geopolitischer Interessen. Moskau orientierte sich wieder stärker auf sein «Nahes Ausland», also auf die ehemaligen Sowjetrepubliken, denen Russland wie es 1996 hieß, in einem «Liebesbund» eng verbunden sei.<sup>3</sup> Dabei stand die Ukraine im Fokus des Interesses.

Das Drängen der Ukraine nach staatlicher Unabhängigkeit hatte 1991 dem schon darniederliegenden Sowjetreich den letzten Todesstoß versetzt. Bereits im August 1991 proklamierte das ukrainische Parlament die Unabhängigkeit des Landes. Das darüber abgehaltene Referendum brachte am 1. Dezember 1991 landesweit eine Zustimmung von 90 Prozent. Selbst in den Gebieten Donezk und Luhansk mit hohen Anteilen an ethnischen Russen stimmten 84 Prozent

2 Mommsen, M.: *Wer herrscht in Russland? Der Kreml und die Schatten der Macht*, München, 2. Aufl., S. 148 ff.

3 Archiv der Gegenwart, 13.6.1996, S. 41140.

der Wähler mit «Ja».<sup>4</sup> Dies macht ersichtlich, dass die übergroße Mehrheit der Ukrainer hinter dem Aufbruch in die staatliche Unabhängigkeit stand.

Nach der förmlichen Auflösung der UdSSR Ende 1991 war man in der Ukraine bemüht, die nationale Eigenständigkeit des Landes von alters her neu zu begründen. Die vorgebrachten Argumente widersprachen allerdings der realen Geschichte, hatte sich das Land doch immer wieder unter Fremdherrschaft befunden. Neue nationale Mythen traten dem entgegen. Die Kiewer Rus' des 9. bis 12. Jahrhunderts, die als erster Vorläufer einer ostslawischen Staatlichkeit gilt, wurde jetzt als die alleinige Wiege der Ukraine beansprucht. Folglich sei die Ukraine der «ältere Bruder» gegenüber Russland und nicht umgekehrt.<sup>5</sup> Darüber hinaus entdeckte man die Verfassung des Kosakenhetmanats von 1710 als erste Quelle einer bereits rechtsstaatlich angelegten ukrainischen Staatsbildung.<sup>6</sup> Tatsächlich hatte die «Ukraine» im Zarenreich nicht als administrativ-territoriale Einheit existiert. Die zwischen 1918 und 1921 erreichte Eigenstaatlichkeit endete im Bürgerkrieg und durch Integration des Landes in die UdSSR.

Nach dem Ende des Sowjetimperiums entbrannte zwischen der Ukraine und Russland ein «Krieg der Identitäten». Er stellte eher auf symbolische Rechte der «Erstgeburt» denn auf materielle Konflikte ab. Wäh-

rend man in Moskau zum Beispiel ins Treffen führte, dass die Vorläufer der Schwarzmeerflotte schon unter Peter dem Großen die Türken zurückgedrängt hätten, hielt man in Kiew die Zaporoger Kosaken für die eigentlichen Ahnherren der Schwarzmeerflotte, da sie das Schwarze Meer noch früher befahren hätten. Für Russland war die Bewahrung der Hoheitsgewalt über die Flotte von entscheidender Bedeutung, sah man darin doch ein unverzichtbares Attribut einer Großmacht, ein «Symbol des Stolzes, der Ehre und der Macht des russischen Staates». Im Rahmen eines «Großen Vertrages» «Über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft» gelang es Moskau und Kiew im Mai 1997, die aus dem gemeinsamen Erbe der UdSSR resultierenden Streitfragen beizulegen. Russland bewahrte sich dank eines Pachtvertrages die Hoheitsgewalt über die Flotte, während die Ukraine ihre Schuldenlast gegenüber Russland durch die Pachtzahlungen verringerte.<sup>7</sup> Für die Ukraine war die Einigung mit Russland ein weiterer wichtiger Schritt bei der Festigung ihres internationalen Status. Die Frage der im Lande verbliebenen sowjetischen Atomwaffen war bereits 1994 im Rahmen des Trilateralen Vertrages zwischen Russland, der Ukraine und den USA geregelt worden. Das im gleichen Jahr mit den USA, Russland und Großbritannien unterzeichnete Memorandum über die Anerkennung der territorialen Integrität und der Unantastbarkeit der Ukraine sah Kiew als Garantie für die Absicherung der staatlichen Existenz an. Man wertete es als «Beloh-

4 Simon, G.: Demokratie und Nation. Voraussetzungen der Volksherrschaft. In: *Osteuropa* 2-4/2010, S. 71.

5 Kuzio, T.: Die Ukraine in Europa. Außen- und Sicherheitspolitik einer neuen Nation. In: *Europa-Archiv*, Folge 7/1993, S. 202-214.

6 Nußberger, A./v. Gall, C.: Rechtsstaat ohne Masterplan. Recht und Gerichtswesen in der Ukraine. In: *Osteuropa* 4/2010, S. 90f.

7 Mommsen, M.: *Wer herrscht in Russland*, a. a. O., S. 175.

nung» für die eingegangene Selbstverpflichtung zur atomaren Abrüstung.<sup>8</sup>

Aufs Ganze gesehen hatte sich die post-sowjetische Ukraine sowohl mit Russland als auch mit westlichen Mächten mehr schlecht als recht arrangiert. Während unter dem ersten ukrainischen Präsidenten, Leonid Krawtschuk, die Abgrenzung von Russland dominierte, setzte sein Nachfolger, Leonid Kutschma, auf eine Politik der «Mehrgleisigkeit» (mnogovektornost), die sowohl gute Beziehungen zu Russland als auch eine Westintegration der Ukraine ermöglichen sollte. So wurde mit der EU bereits 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen abgeschlossen. Auf Präsident Kutschmas Drängen nach einem Assoziierungsstatus und einer Beitrittsperspektive für die Ukraine reagierte die EU jedoch ablehnend. Ähnlich erging es den Bemühungen Kiews um eine Anbindung an die NATO. Die Ukraine trat früh dem Programm «Partnerschaft für den Frieden» bei. 1997 wurde eine Charta über die besondere Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine unterzeichnet.<sup>9</sup> Es blieb bei derartigen symbolischen Annäherungen.

Auffallend ist, dass die Ukraine auch unter der Führung der beiden Helden der demokratischen «Orangen Revolution», Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko, im Westen auf verschlossene Türen stieß. Offensichtlich hatte sich mittlerweile eine Ukrainemüdigkeit des Westens eingestellt. Die westlichen Akteure waren sich der großen Bürde bewusst geworden, die eine engere Integration der Ukraine in die euro-

atlantischen Strukturen bedeuten würde. Deshalb verhielten sie sich gegenüber den Kiewer Avancen stets hinhaltend bis abweisend. Aber auch die russische Führung unter Jelzin ertete bei ihren Bemühungen, die NATO und die EU für eine Mitgliedschaft Russlands zu interessieren, wenig Verständnis. Ebenso scheiterte Moskau in seinen Bemühungen, die NATO Osterweiterung aufzuhalten. Tatsächlich hatten die seit 1993 im westlichen Bündnis hervortretenden Bestrebungen, die NATO nach Osten zu erweitern, in Moskau Betroffenheit und Ablehnung ausgelöst. Man sah in dem Vorhaben eine schmachvolle Zurücksetzung Russlands, eine Ausgrenzung Russlands aus Europa wie überhaupt einen gewaltigen internationalen Statusverlust. Hinzu kam die Empörung darüber, dass Russlands Beitritt zum Europarat wegen der Menschenrechtsverletzungen im ersten Kaukasuskrieg hintangesetzt wurde. Dies hatte zur Folge, dass die kleinen baltischen Länder noch vor dem «großen» Russland in den Europarat einzogen. Moskau war über die Zurücksetzung empört. Jelzin sprach von einem «Kalten Frieden», der in Europa eingekehrt sei. Und er forderte mehr Respekt von den westlichen Partnern ein. Sie hätten Russland «mit Sie» anzusprechen.<sup>10</sup>

Die Politik der NATO-Osterweiterung führte dazu, dass sich in Russland selbst zwischen allen politischen Lagern ein umfassender «patriotischer Konsens» über die Notwendigkeit herausbildete, Russlands Selbstbehauptung in der Welt nun erst recht entschlossen zur Geltung zu bringen. Unter den Liberalen wurde aber auch ein Beitritt Russlands zur NATO als vorstellbar und so-

8 Bos, E.: Das politische System der Ukraine. In: Ismayr, W. (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, Wiesbaden 2010, 3. Aufl., S. 574.

9 Ebd.

10 Mommsen, M.: *Wer herrscht in Russland*, a. a. O., S. 158 f.

gar als unabdingbar angesehen. So machte Kosyrew Anfang November 1993 geltend, dass sich Moskau jeglicher NATO Osterweiterung entgegenstellen werde, wenn Russland selbst ausgeschlossen bliebe.<sup>11</sup> Als Russland 1994 der NATO-«Partnerschaft» für den Frieden beitrug, ging man noch davon aus, dass dieses Programm die Osterweiterung der NATO überhaupt ersetzen würde. Noch lange wurden im Kreml Hoffnungen auf eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der NATO gehegt. So ventilierte man 1997 einige aus Moskauer Sicht attraktive Kompensationsgeschäfte mit der NATO wie mit der EU. Beim Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton schlug Boris Jelzin im März 1997 in Helsinki als Kompensation für eine russische Tolerierung der NATO Osterweiterung die Aufnahme Russlands als achties Mitglied in die G7 und die Zusicherung der Unterstützung für den Beitritt Russlands in die WTO und mittelfristig in die OECD vor.

Jelzin kündigte auch das Interesse Russlands an einer Vollmitgliedschaft in der EU an. Er sagte: «Russland will als vollwertiger europäischer Staat anerkannt werden. Wir sind bereit, in die Europäische Union einzutreten.»<sup>12</sup> Ähnliche Avancen machte wiederholt Jelzins langjähriger Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin. Während ein Partnerschafts- und Kooperationsvertrag mit der EU schon im Juli 1994 unterzeichnet wurde, kam es mit der NATO 1997 zu einer zumindest vorläufigen Einigung durch Abschluss der «Grundakte». In dem Doku-

ment gelobten NATO und Russland, einander nicht als Gegner zu betrachten.

Größte Verstimmung im Verhältnis Russlands und der Westmächte löste allerdings bereits 1999 die Intervention der NATO in Jugoslawien aus. Russland konnte und wollte sich von seinem traditionellen Treueverhältnis gegenüber Serbien nicht lösen und versuchte – wenn auch vergeblich – seinen Widerstand gegen das Vorgehen des Westens zur Geltung zu bringen. Zugleich fühlte man sich beim zweiten Waffengang gegen Tschetschenien von Rücksichtnahmen auf Kritik seitens des Westens entbunden. Dabei wurde deutlich, dass das Syndrom der «gekränkten Großmacht» zu einem festen Bestandteil des russischen Nationalbewusstseins im Übergang von der Ära Jelzin auf die erste Präsidentschaft Putins geworden war. Manche schlossen nicht aus, dass die so lange gesuchte «neue Idee für Russland» in der allgemeinen «patriotischen Entrüstung» endlich Gestalt angenommen habe.<sup>13</sup> In der im Juni 2000 angenommenen Außenpolitischen Doktrin fand dieses Denken Eingang. Während liberale Kritiker in dem Dokument eine neurotische «Manie der Größe» und den Komplex einer «gekränkten Großmacht» sahen, fühlten sich andere bestätigt. So stellte Aleksej Puschkow fest: «Wir werden zusammengehalten vom Gefühl, eine Großmacht zu sein, wenn man uns dieses Gefühls beraubt, verlieren wir die uns vereinigende Idee.»<sup>14</sup>

11 Zitiert nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.11.1993.

12 Mommsen, M.: *Wer herrscht in Russland*, a. a. O., S. 172 ff.

13 Ebd., S. 189.

14 Zitiert nach Rahr, A.: *Wladimir Putin, der «Deutsche» im Kreml*, München 2000, S. 255.

### Putins außenpolitischer Salto – vom Westschwenk 2001 zum neuen Kalten Krieg 2014

Wenn auch Jelzin zum Ende seiner Präsidentschaft dem Westen wegen seiner als ungerechte Zurücksetzung Russlands wahrgenommenen Haltung schmolte, so war jedoch die möglichst enge Integration Russlands in die euroatlantischen Strukturen bis zuletzt auf seiner Agenda geblieben. Wie würde Putin dieses Vermächtnis aufnehmen und wo würde er neue Akzente setzen? Zu Beginn seiner Präsidentschaft zeigte sich Putin als getreuer Nachfolger dieser Politik. So ventilierte er eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO und in der EU. Noch vor dem Antritt der Präsidentschaft hielt er eine NATO-Mitgliedschaft für möglich, «solange Russlands Interessen Berücksichtigung finden und es ein gleichberechtigter Partner ist».<sup>15</sup> Auf die Terroranschläge am 11. September 2001 reagierte Putin mit sofortiger spontaner Hinwendung zu den USA. Eine ganze Weile akzeptierte er sogar die Zunahme des amerikanischen Einflusses auf Russlands Hinterhof in Zentralasien und in Georgien. Einen Höhepunkt erreichte diese nach Westen gewandte Außenpolitik im Frühjahr 2002. Nach einem Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush in Moskau wurde mit der NATO ein Vertrag über den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus besiegelt. Diese neue «NATO der Zwanzig» und die Schaffung eines «Russland-NATO-Rats» waren eine Art «Türöffner» für Russlands Eintritt in die «euroatlantischen Strukturen», wie der deutsche Außenminister Fischer beobachtete.<sup>16</sup>

Russlands Verhältnis zur EU unter Putin startete ebenfalls mit beiderseitig großen

Erwartungen und einer Reihe von Kooperationsprogrammen. Putin übte sich gerne in der Rhetorik des Gemeinsamen Großen Europas und des europäischen Charakters Russlands. Als jedoch die EU 2004 die Aufnahme zehn weiterer Staaten beschloss, äußerte Moskau Sorgen über die negativen Auswirkungen für Russland. Folglich verlangte man ganz nach Sowjetmanier angemessene Kompensationen. Brüssel verweigerte sich und betonte, dass die Erweiterung der Union keine «Gegenleistungen» dulde.<sup>17</sup> Moskau betrachtete jedoch weiterhin die Bemühungen der EU um das neue «Zwischeneuropa» – Belarus, Moldowa, Ukraine – mit Argwohn. Offenkundig sah man diese Länder als vorrangig russische Einflusssphäre an, aus der sich westliche Mächte herauszuhalten hätten. Diese Rivalität wurde Ende 2004 im Umgang mit der ukrainischen «Orangen Revolution» überdeutlich. Der Volksaufstand richtete sich gegen die massiven Fälschungen der Präsidentschaftswahl. Nachdem Putin voreilig die Wahl von Viktor Janukowitsch anerkannt hatte, musste er angesichts des Volksaufstandes und angesichts des massiven Eintretens der EU für eine Wiederholung der Wahl von seinem Protegé wieder Abstand nehmen. Für Putin bedeutete dies eine große außenpolitische Niederlage.<sup>18</sup>

Das Syndrom der gekränkten Großmacht und das Trauma über den Verlust des

17 Mommsen, M.: Die Europäisch-Russischen Beziehungen – eine europäische Perspektive. In: Bos, E., Dieringer, J. (Hrsg.): *Die Genese einer Union der 27. Die Europäische Union nach der Osterweiterung*, Wiesbaden 2008, S. 288 ff.

18 Schneider-Deters, W. zus. mit Schulze, P. W., Timmermann, H. (Hrsg.): *Die Europäische Union, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der Geopolitik*, Berlin 2008, S. 378 f.

15 Iswestija, 7.3.2000; Kommersant, 7.3.2000.

16 Zitiert nach *Neue Zürcher Zeitung*, 29.5.2002.



Imperiums und auch nur über den Verlust der bloßen Einflussnahme auf die Geschichte im «Nahen Ausland» verstärkten sich. Nicht zufällig beklagte Putin in seiner Botschaft an das Parlament im April 2005 den Zerfall der UdSSR als die «größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts». <sup>19</sup> Um 2006/07 forderte Russland wieder offen den Status einer Weltmacht und die Gleichrangigkeit mit den USA ein. Kulminationspunkt dieser Weltsicht war Putins Rede auf der internationalen Sicherheitskonferenz in München im Februar 2007, in der er den Anspruch der USA auf eine unipolare Weltordnung bestritt. Der Beifall zuhause war groß. Erst recht war die nationale Begeisterung grenzenlos, als Russland im August 2008 im «Fünftagekrieg» gegen Georgien siegte und damit den klaren Nachweis der Moskauer Oberhoheit über jedwede aufmüpfige ehemalige Sowjetrepublik erbrachte. <sup>20</sup>

Im Verhältnis Russland-Europäische Union machte sich während Putins zweiter Präsidentschaft immer mehr eine Entfremdung bemerkbar. So kam keine Neuauflage des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens von 1997 zustande. Während man wechselseitig die «strategische Partnerschaft» rhetorisch weiterhin hochhielt, dümpelte das Verhältnis in Wirklichkeit nur vor sich hin. Nicht zufällig machte sich – ähnlich zur «Ukrainemüdigkeit» – nun der Begriff der «Russlandmüdigkeit» breit. In Brüssel stieß man sich an den zunehmend autoritären Regierungsverhältnissen in Russland. Umgekehrt wurde die EU in Russland als

«normatives Imperium» und als imperiale Gegenmacht wahrgenommen. <sup>21</sup> Von daher begegnete Moskau allen weiteren Bemühungen der EU, ihre «Nachbarschaftspolitik» (ENP) und sodann die 2009 initiierte «Östliche Partnerschaft» auszubauen, mit großer Skepsis. Moskau begann damit, die Nachbarstaaten zu schikanieren, um den eigenen Einfluss sicherzustellen. Es traf Armenien, die Moldowa und immer wieder die Ukraine. Im Sommer 2013 unterzog Moskau den russisch-ukrainischen Handel strengsten Grenzkontrollen. Dies war eine drastische Warnung vor den Folgen eines möglichen Abkommens der Ukraine mit der EU. <sup>22</sup>

Zuletzt versuchte Moskau, die Gunst der Ukraine mit Finanzspritzen zu gewinnen. Kurz vor dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius im November 2013 gelang es Putin, mit Hilfe großzügiger Versprechungen eines 15 Milliarden Dollar-kredits und dem Angebot eines niedrigen Gaspreises den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch von der Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU abzubringen. Die als Hilfe für den «Bruderstaat» ausgegebene Geste war der glatte Versuch, der Ukraine den Weg in Richtung EU abzukaufen. Zum Ausgleich winkte der Kreml mit einer Mitgliedschaft der Ukraine in der von Moskau geplanten «Eurasischen Wirtschaftsunion». <sup>23</sup>

19 *Rossijskaja Gazeta*, 26.4.2005.

20 Mommsen, M.: Das politische System Russlands. In: Ismayr, W. (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, a. a. O., S. 472.

21 Mommsen, M.: *Die Europäisch-Russischen Beziehungen*, a. a. O., S. 288 ff.

22 Stewart, S.: Die EU, Russland und eine zusehends weniger gemeinsame Nachbarschaft, Lehre des Gipfeltreffens in Vilnius. In: *SWP-Aktuell* 6. Februar 2014.

23 Ebd., siehe auch Meister, St.: Lehren aus der Krise. Die Ukraine, Russland und die EU. In: *Osteuropa* 5-6/2014, S. 323 f.

Die Verweigerung Janukowitschs, das Dokument mit der EU zu unterzeichnen, löste in Kiew Massenproteste aus. Sie führten zu einer breiten demokratischen Basisbewegung. Dieser «Euromaidan» nahm sich bald das korrupte Janukowitsch-Regime als Ganzes zum Ziel seines Kampfes. Die Ereignisse eskalierten und mündeten in Ausbrüche der Gewalt. Daraufhin reisten die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens im Auftrag der EU-Kommission zum Krisenmanagement nach Kiew. Die am 20. Februar 2014 erreichte Vereinbarung wurde allerdings von weiteren sich überstürzenden Ereignissen überholt. Die Militarisierung des Maidans, die Absetzung des Präsidenten durch das Parlament und die Flucht von Janukowitsch nach Russland schufen eine völlig neue Konstellation. Der Kreml sah sich mit einer erneuten schweren außenpolitischen Niederlage konfrontiert.<sup>24</sup>

Moskau wollte weder die Absetzung des Präsidenten Janukowitsch hinnehmen noch die vom Kiewer Parlament umgehend installierte Regierung anerkennen. Sie sei unter Verfassungsbruch zustande gekommen und deshalb nicht legitim. Außerdem sei sie von faschistischen Kräften, von Nationalisten und Extremisten beherrscht. In dem von Kiew geplanten neuen Sprachengesetz werde das Ukrainische bevorzugt. Dies bedrohe die russischsprachige Bevölkerung. Im Gegenzug zu all den Vorwürfen beschloss Moskau kurzerhand die Annexion der Krim. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass die dort bedrohten Russen des Schutzes bedurften.

Diese vom staatlichen russischen Fernsehen gewaltig aufgebauschten Anschuldigungen waren in der Realität nicht zu erhärten. Weder hatten die rechtsextremen Kräfte in dem Umsturz eine entscheidende Rolle gespielt, noch war die Regierung «illegal». Sie war zugleich mit einem geschäftsführenden Staatspräsidenten mit großer Mehrheit vom Parlament berufen worden. Deshalb war die Bezeichnung der neuen Kiewer Regierung als illegale «faschistische Junta» irreführend und verfehmend zugleich. Erst recht war die Behauptung, die ethnischen Russen würden in der Ukraine unterdrückt, völlig hergeholt. Die Vorlage für ein neues Sprachengesetz zugunsten des Ukrainischen wurde von der Kiewer Führung sofort wieder zurückgezogen. Es liegt auf der Hand, dass die Moskauer Polemik nur darauf gerichtet war, die neuen Kiewer Kräfte einzuschüchtern sowie in der eigenen Bevölkerung eine feindselige Stimmung gegenüber dem Nachbarstaat zu erzeugen.<sup>25</sup>

Welche Motive und Wahrnehmungen lagen der russischen Führung in der Ukrainepolitik tatsächlich zugrunde? Kommentatoren sind sich darin einig, dass Putin in erster Linie von Emotionen, von Gefühlen des Zorns auf den Westen und von Rachegehlüsten sowie von Ängsten vor der möglichen Entstehung eines russischen «Euromaidan» geleitet war. Dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Michael McFaul, zufolge habe Putin in Washington den Urheber und Regisseur des Sturzes von Janukowitsch ausgemacht. Putin habe sich ein weiteres Mal von den USA hintergangen gefühlt. In Wirklichkeit, so McFaul, habe sich Washing-

24 Simon, G.: Zusammenbruch und Neubeginn. Die ukrainische Revolution und ihre Feinde. In: *Osteuropa* 5-6/2014, S. 9-40.

25 Voswinkel, J.: Zynismus mit journalistischem Antlitz. Russlands Medien, die Macht und die Ukraine. In: *Osteuropa* 5-6/2014, S. 175-191.

ton als Vermittler im Kiewer Machtkampf in letzter Stunde versucht.<sup>26</sup>

Es waren zweifellos Putins eingeübte Wahrnehmungen von einem Russland gegenüber feindlich gesinnten Amerika, die ihn in der Annahme bekräftigten, dass nur der Westen hinter dem Umsturz in Kiew stecken könne. Dabei wurde Putin offensichtlich Opfer der eigenen antiwestlichen Propaganda und des von ihm selbst forcierten Feindbildes USA. So hatte er bereits anlässlich der Massendemonstrationen in Russland, die Ende 2011 gegen Wahlfälschungen und gegen den plumpen Ämtertausch mit Medwedjew ausgebrochen waren, die Überzeugung geäußert, dass die Proteste von der damaligen amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton angeordnet worden seien.<sup>27</sup> Es war wohl der Herkunft Putins aus dem KGB und den hier üblichen konspirativen Denkweisen geschuldet, dass er sich nicht vorstellen konnte, die Protestbewegung des «Euromaidan» sei ohne Hilfe seitens westlicher Geheimdienste zustande gekommen. Aufgrund solcher Prägungen und um von vorne herein Demonstrationen in Russland zu verhindern, war Putins Handeln und Denken nach seiner Wiederwahl im März 2012 darauf gerichtet, die Opposition im eigenen Land noch weiter zu unterdrücken und kritische Stimmen sofort mundtot zu machen.

Putin teilte sich diese Überzeugungen mit den anderen Geheimdienstlern, die in Russland das Regime der «gelenkten Demokratie» kontrollieren. Seit seiner Wiederwahl

hat sich ihr Anteil in der obersten Führung verstärkt. Es erscheint charakteristisch für das oligarchische, von Geheimdienstoffizieren gesteuerte Herrschaftssystem, dass die Entscheidung zur Annexion der Krim von einem kleinen informellen Kreis aus Putins engsten Vertrauten gefällt wurde. Sie alle rekrutieren sich aus den «Silowiki» genannten Geheimdienstlern und repräsentieren die Hardliner in dem «Prätorianerregime», wie Lilia Schewzowa das heutige System nennt.<sup>28</sup> Die gelenkten Medien eröffneten unverzüglich einen Propagandafeldzug mit dem Ziel, die Annexion der Krim zu rechtfertigen und die Kiewer Regierung zu diffamieren.

Die «Heimholung» der Krim versetzte Russland über Nacht in einen nationalen Großmachttaumel. Man feierte die Wiedergewinnung der 1954 von Chruschtschow an die Ukrainische Sowjetrepublik verschenkten Halbinsel als Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit. Der völkerrechtswidrige Coup führte dazu, dass die Zustimmung zu Putin neue Höchstwerte von über 80 Prozent erreichte. Das «Prätorianerregime» erhielt einen beachtlichen Schub politischer Legitimierung. Vorstellungen von Russlands nationaler Größe und Einzigartigkeit sahen sich bestätigt. Ebenso die Gewissheit, dass das Land wieder zu einem unverzichtbaren weltpolitischen Spieler geworden war. Das Syndrom der gekränkten Großmacht war fürs erste verfliegen.

Die in der öffentlichen Meinung wieder entfachte Feindseligkeit gegenüber dem Westen hat auch mit einer neuen ideologi-

26 Graham, D. A.: The Two Events That Turned Putin Against the U.S.. Former ambassador Michael McFaul on what really motivated Russia to invade Ukraine, *The Atlantic* 2.7.2014, nach Johnson's Russia List 146/46, 3.7.2014.

27 *The New York Times*, 8.12.2011.

28 Shevtsova, L.: Putin is looking for new ways to strangle Ukraine. Interview mit Euromaidan Press, 19.9.2014, zitiert nach Johnson's Russia List 200/22 21.9.2014.

schen Strömung zu tun, die in Russland in den letzten Jahren in Mode gekommen ist. Es handelt sich um den «Eurasianismus», der auf eine einzigartige geopolitische Einheit von Europa und Asien abstellt. Wichtiger Ideenspender des Eurasianismus ist der Philosoph Alexander Dugin, der seit längerem als Verfechter einer Aufgliederung und «Kolonisierung der Ukraine» hervorgetreten ist und auch als geistiger Vater des Projekts einer «Eurasischen Union» gilt. Putin selbst scheint diese Weltsicht zu teilen. Zugleich wünscht er sich weitere Beiträge zur nationalen Identität Russlands. Im September 2013 rief auch er zur Suche einer neuen nationalen Idee auf. Zur wünschenswerten Mission Russlands in der heutigen Welt hatte er auch Eigenes zu sagen: Russland sollte ein Bollwerk konservativer Werte sein, sollte Familie und Religion wieder zu Ehren bringen und sich dem postmodernen «ultraliberalen» Westen entgegenstellen. Russland sei auch Europa, doch stehe es für ein anderes Europa als Westeuropa.<sup>29</sup> Derartige Vorstellungen kommen den archaischen, paternalistischen und antiwestlichen Gefühlslagen in der Bevölkerung entgegen. Putins Werben für die «Russische Welt» als dem Inbegriff allen russischen Lebens, das gefördert und geschützt werden muss, wo auch immer es in der weiten Welt anzutreffen ist, schlägt in die gleiche propagandistische Kerbe.<sup>30</sup>

29 Spanger, H.-J.: Unheilige Allianz. Putin und seine Werte. In: *Osteuropa* 1/2014, S. 43–62.

30 Schröder, H.-H.: Hat die Putin-Administration eine Strategie? Russische Innen- und Außenpolitik in der Ukraine-Krise. In: *Russland-Analysen* Nr. 277, 23.05.2014, S. 2 ff. Zur «Russischen Welt» siehe auch Jilge, W.: Die Ukraine aus Sicht der «Russkij Mir». In: *Russland-Analysen* Nr. 278, S. 2 ff. Siehe weiter Rogoza, J.: Konservative Gegenrevolution:

Seit der Annexion der Krim verschärften sich separatistische Tendenzen in der Ost- und Südostukraine. Moskau engagierte sich auch hier für die «Russische Welt» und unterstützte die Rebellen mit Kämpfern und schweren Waffen. Umgekehrt sah sich der neu gewählte ukrainische Präsident Petro Poroschenko aufgrund des Drucks aus Militär und Gesellschaft zu einer blutigen «antiterroristischen» Aktion veranlasst. Die Ukraine war aber nicht in der Lage, den unerklärten Krieg gegen eine militärische Übermacht zu gewinnen. Die faktische Kapitulation war unvermeidbar. Kiew schwenkte folglich auf einen Waffenstillstand ein.

### Abschließende Betrachtungen

Ende September 2014 trat der von der Minsker trilateralen Kontaktgruppe ausgehandelte Waffenstillstand in Kraft. Die EU verstärkte den Druck auf Moskau, indem sie nach und nach Sanktionen verhängte. Sie ließ sich aber auch darauf ein, die Wirkung größerer Teile des Assoziationsabkommens zwischen der EU und der Ukraine bis Ende 2015 auszusetzen. Das entsprach Russlands Vorstellungen. Das ukrainische Parlament verabschiedete ein Gesetz, das den Gebieten Donezk und Lugansk ein hohes Maß an Autonomie garantiert. Auch das kam Moskau entgegen. Während Russland so seine geoökonomischen wie geopolitischen Interessen absicherte, gelang es der ukrainischen Seite, zumindest symbolische Pluspunkte für ihren Kurs nach Westen zu sammeln. Poroschenko wurde auf dem NATO-Gipfel in Wales hofiert und erhielt Standing Ovationen im US-Kongress. Andererseits verhallte seine Bitte um Waffen und um

---

Beleg für Russlands Stärke oder Schwäche? In: *Russland-Analysen* Nr. 281, 18.07.2014, S. 2 ff.

konkrete Perspektiven für eine EU- wie eine NATO-Mitgliedschaft ungehört.

Russland befindet sich weiterhin auf der Suche nach nationaler Identität und nach einem internationalen Status, der einer Weltmacht entspricht. Um neue Kraftzentren und Imperien unter direkter oder indirekter Führung Russlands zu bilden, zieht es Putin rastlos bald nach Südamerika, bald nach Ostasien. In Europa gibt sich der Kreml weiterhin unversöhnlich und stellt sich jeder Osterweiterung von EU wie NATO entgegen. Vor dem Hintergrund des wiederholten Liebäugelns mit einer eigenen Mitgliedschaft in der NATO und angesichts einer fehlenden realen Bedrohung erscheint

diese Abwehrhaltung kaum glaubwürdig. Sie tritt vorwiegend als ein künstlich aufgebauter Popanz entgegen, um das Syndrom der gekränkten Großmacht zu bedienen und um die Legitimitätsressource des nationalen Kampfes gegen eine vorgebliche «Einkreisung» Russlands verfügbar zu halten.

Tatsächlich zeugen alle Dimensionen der Ukraine Krise zusammengekommen von einem neuen Ost-West Konflikt. Im Unterschied zu dem ideologischen Antagonismus im historischen Kalten Krieg geht es jetzt in erster Linie um Integrationskonkurrenz und um geopolitisches Kräfteressen ähnlich dem Wettbewerb der Großen Mächte im 19. Jahrhundert.

Edgar Einemann

## Medienkritik und neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit

Die Medienkritik ist in Deutschland spätestens im April 1968 populär geworden – als die von Berlin ausgehende Studentenbewegung der BILD-Zeitung und der gesamten Springer-Pressen die Hauptverantwortung für das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke anlastete (Motto: BILD hat mitgeschossen), die Auslieferung der Zeitungen blockierte und mit der Kampagne «Enteignet Springer» begann. Nach verbreiteter Auffassung nutzten die den Zeitungsmarkt und die öffentliche Meinung beherrschenden Medien ihre ökonomische und politische Macht zur Manipulation der Bevölkerung und zur Hetze gegen Andersdenkende. Irgendwann kam der Gedanke auf, dass Millionen von Bürgern jeden Morgen mit ihrem Portemonnaie abstimmen und die Zeitungen käuflich erwerben würden, mithin ein wie auch immer geartetes Bedürfnis an wie auch immer deformierter «Information» bestand. Als Gegenstrategie wurde eine Zeit lang eine Anti-BILD-Zeitung produziert und in aller Frühe angeboten – das Projekt erwies sich aber weder ökonomisch noch politisch als erfolgreich und wurde wohl auch aufgrund des damit verbundenen Kraftaufwandes bald wieder eingestellt.

Der inhaltlichen Unterfütterung der Medienkritik diente damals nicht nur das im SPIEGEL vorabgedruckte (Nr. 2–8/1968) Buch von Hans-Dieter Müller (1968) über den Springer-Konzern, sondern vor allem die gesellschaftstheoretisch fundierte Kulturkritik der «Frankfurter Schule». Adorno, Horkheimer und Marcuse hatten seit den

dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts zu Fragen von Kapitalismus, Ideologie, Kulturindustrie und Aufklärung gearbeitet und wurden (zumindest kurzfristig und wahrscheinlich auch zu ihrer eigenen Überraschung) zu geistigen Vätern der Studentenbewegung, für die die Medienkritik als Teil von Gesellschaftskritik eine zentrale Bedeutung hatte. Viele haben wie Frank Böckelmann (1975) versucht, «Alternativen politischer Aufklärung» zu entwickeln und in der Massenkommunikation auch ein «potenziell emanzipatorisches Wirkungsinstrument» (S. 223) gesehen – und wurden zumindest zunächst enttäuscht.

Analysen von Gesellschaft, Medien und Medienwirkungen kreisen um die Frage, ob und wie und in welchem Maße welche Medien zur Stabilisierung von Gesellschaftssystemen und von Herrschaft beitragen und welche Bruchstellen und Alternativen im Sinne von Aufklärung und Emanzipation zur Verfügung stehen. Eine kritische Würdigung der Rolle und der Wirkungen der Medien hat ihr Fundament nicht nur in der Gesellschaftstheorie, sondern auch in der empirisch orientierten Medienwirkungsforschung. Eine Befassung mit dem Thema ist sinnvoll, auch wenn Bonfadelli in der zweiten Auflage seines Übersichts-Buches zur Medienwirkungsforschung im Jahr 2004 in der Zusammenfassung einen sehr ernüchternden Generalbefund formuliert hat: «Medieninhalte sind weder eine hinreichende noch eine notwendige Ursache von direkten Effekten. Der Einfluss der Medien ist

im kognitiven Bereich größer als bei Einstellungen. Massenkommunikation verstärkt in erster Linie existierende Einstellungen, aktiviert latente Positionen und verändert mit geringster Wahrscheinlichkeit existierende oder latente Gegenpositionen.» (Bonfadelli 2004, S. 283).

Viele kritische Befunde oder Behauptungen zur Medienwirkung gehen auf sehr alte Analysen vor allem aus der «Frankfurter Schule» der «Kritischen Theorie» zurück. So haben Adorno, Horkheimer und Marcuse nach ihrer Flucht vor den Nazis schon in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in den USA damit begonnen, sich kritisch zu den Entwicklungen im Kulturbereich zu äußern. In dieser Zeit hat Marcuse in einem Aufsatz den «affirmativen Charakter der Kultur» (in Deutschland veröffentlicht 1965, S. 56) kritisiert. Adorno und Horkheimer haben 1941/42 im Rahmen ihres Werkes «Dialektik der Aufklärung» ein Kapitel über die Kulturindustrie mit der Überschrift «Aufklärung als Massenbetrug» (in Deutschland veröffentlicht 1969, S. 128) versehen. Hans-Magnus Enzensberger wollte 1962 den Begriff «Kulturindustrie» durch den Begriff «Bewusstseinsindustrie» ersetzt wissen (1962, S. 8) und kritisierte ihren gesellschaftlichen Auftrag, unabhängig vom jeweiligen System «die existierenden Herrschaftsverhältnisse, gleich welcher Art sie sind, zu verewigen» (S. 13). Habermas hat in seinem Werk über den «Strukturwandel der Öffentlichkeit» (erstmalig veröffentlicht 1962) die Adorno-Diagnose (1963) des Wandels vom kulturräsonierenden zum konsumkonsumierenden Publikum (S. 193) aufgegriffen und um viele medienkritische Elemente ergänzt. Dazu gehören z. B. Hinweise auf die Gefahren der Gleichschaltung und Kommerzialisierung im Gefolge der Pres-

sekonzentration (S. 223), die Beiträge zur Manipulation von Menschen (S. 241) und die Reduktion politisch relevanter Nachrichten durch Unterhaltungselemente (S. 204). Habermas, der in seinem Nachwort zur «Dialektik der Aufklärung» von Adorno und Horkheimer (1969, S. 281) deren Kulturpessimismus vor dem Hintergrund von deren Eindrücken der Zivilisations-Zerstörung durch Faschismus und Stalinismus erklärt, hat in der Neuauflage seines Buches über den «Strukturwandel der Öffentlichkeit» im Jahr 1990 eingeräumt, die kritischen Potentiale in der Bevölkerung selber zu pessimistisch beurteilt zu haben.

Frank Böckelmann widmet den größten Teil seines Buches zur «Theorie der Massenkommunikation» (1975) der «Beschränktheit der Wirkungsforschung als Ausdruck isolierender Massenkommunikation» (S. 94–238) und kritisiert die Folge der umfangreich zur Verfügung gestellten Mittel («mehr... als für alle anderen Bereiche der Kommunikationswissenschaft», S. 94): «Die instrumentelle Verwertungsabsicht reduziert den Gegenstand, die massenhafte Kommunikation, auf wenige Aspekte und isolierte Relationen.» (S. 96). Nach der kritischen Würdigung und Einordnung vieler Erkenntnisse (S. 207–221) plädiert er für eine Erweiterung der Fragestellung selbst (S. 222) und hofft auf eine Veränderung der starren Strukturen der Massenkommunikation durch den Ausbau von reflexiven Mechanismen. Diese müssten «weit über die heute gepflogenen feedback-Vorstellungen hinaus ausgebaut und verstärkt werden» (S. 228). Reflexiv waren für ihn Prozesse der Themenselektion, der Rückkoppelung von sozialer Interaktion und Massenkommunikation, der redaktionellen Demokratie und die Berücksichtigung möglicher Reakti-

onen der Empfänger durch die Sender. Böckelmann hatte damit begonnen, damals erkennbare «emanzipatorische» Möglichkeiten aufzuzeigen. Er plädierte für eine Ausweitung der Mitbestimmung und der Publikumsbeteiligung (S. 263) sowie für eine Ausweitung der «Interaktion als Massenkommunikation» (S. 290). Er sah auch in der «face-to-face-communication» ein Moment der Massenkommunikation“ (S. 291), verwies auf die vielen «Beziehungsbereiche der direkten, nicht über Medien verlaufenen Kommunikation» (S. 295) und die sich abzeichnenden neuen technischen Möglichkeiten (Kommunikationskanäle «von unten»). Erwähnt wurden eigene Sendekanäle z. B. für engagierte Gruppen (S. 298), Offene Kanäle (S.301) und die Nutzung von Rückkanälen in Kabelnetzen (S. 301). Er bezog sich auf die Ideen von Brecht aus dem Jahr 1932 (wieder veröffentlicht 1968) und von Enzensberger (1970), für die jeder Empfänger ein Sender sein sollte und die die Medien von Distributionsapparaten zu Kommunikationsapparaten des öffentlichen Lebens machen wollten (S. 302).

Dieser Vision kommen die Neu-Entwicklungen des Internets nahe, die mit Begriffen wie «Web 2.0» und «Social Media» verbunden werden und (ca. 50 Jahre nach dem Erscheinen des gleichnamigen Buches von Jürgen Habermas) einen neuen und massiven «Strukturwandel der Öffentlichkeit» und eine «Medienrevolution» (Möller 2005) bedeuten. Theoretisch kann jeder Mensch ein Sender werden, in sozialen Netzwerken wird horizontale Kommunikation organisiert, es entsteht eine neue Form von Öffentlichkeit. Transparenz, Demokratie und Partizipation bekommen bei aller Kritik z. B. durch Google, Facebook, Twitter, Wikileaks und Wikipedia eine neue Dimension (z. B. Fuchs 2014).

Es kommt zu massiven Verschiebungen von Machtverhältnissen in der Gesellschaft mit mehr «Communication Power» für alternative Bewegungen (z. B. Castells 2009). Oppositionelle Kräfte wie die Indignados in Spanien oder die Occupy-Bewegung haben neue Chancen, und Revolutionen wie im «arabischen Frühling» verdanken ihren Erfolg zumindest zu einem Teil der Unterstützung durch neue technische Möglichkeiten (z. B. Castells 2012).

Mit den neuen emanzipatorischen Möglichkeiten des neuen Leitmediums Internet hat sich die «klassische» Medienkritik natürlich nicht von selbst erledigt, und die kritische Auseinandersetzung mit den Problemen der Internet-Kommunikation steht erst am Anfang. Aber alles spricht dafür, die beiden Seiten der Medaille im Blick zu haben: die der auch mit zweifelhaften Methoden betriebenen Herrschaftsstabilisierung und die der emanzipatorischen Aufklärung.

### **Gesellschaft und Medien**

Zum Einstieg ist ein Hinweis auf die Einbindung der Medien in die Gesellschaft erforderlich – viele von oder über die Medien erreichte Wirkungen haben ihre Grundlage in den Interessen von gesellschaftlichen Akteuren und können «den Medien» zumindest nicht alleine zugeschrieben werden.<sup>1</sup> An dieser Stelle kann keine differenzierte Abhandlung zu Gesellschaftsstrukturen, der Funktion von Medien und den vielfältigen Wechselwirkungen erfolgen. Aber es ist nötig, diese Ebene in den Blick zu bekommen, um mögliche Beschränkungen einer ausschließlich unter dem Blickwinkel der

1 Ein Schaubild findet sich unter [http://www.einemann.de/Dokumente/2014\\_Bild\\_Medien\\_Gesellschaft.pdf](http://www.einemann.de/Dokumente/2014_Bild_Medien_Gesellschaft.pdf).



Medienwirkungsforschung erfolgenden Betrachtung zu vermeiden.

«Die Gesellschaft» ist geprägt von vor allem von Institutionen, Unternehmen, Einzelpersonen und Gruppen, die miteinander interagieren und dabei immer auch Partialinteressen verfolgen, die möglicherweise im Konflikt mit anderen Interessen stehen. Unternehmen und Unternehmer, der Staat und Staatsvertreter, Parteien und Politiker, Interessengruppen und Interessenvertreter, Bewegungen und Akteure sowie Einzelpersonen und «das Volk» (bzw. Teilmengen desselben) kämpfen auch in der Öffentlichkeit für ihre politischen, ökonomischen und persönlichen Eigeninteressen und bedienen sich dabei zum Erreichen von Aufmerksamkeit und zur Erhöhung ihrer Wirkung gerne der Massenmedien.

Dazu setzen sie häufig auf professionelle Mitarbeiter für «Public Relations» in Kommunikations-Abteilungen und Pressestellen – ihre Zahl soll die Zahl der professionell tätigen Journalisten inzwischen um ein Vielfaches übersteigen. Zwischen ihnen und den Massenmedien agieren unterschiedlich organisierte und profilierte «Kommunikations-Vermittler». Dazu gehören politisch-strategische Medienberater (Spin-Doktoren), Werbeagenturen, Produzenten von Inhalten und Medien wie «Think Tanks» und Experten, Journalisten, Designer, Musiker, Filmemacher und Internet-Gestalter. Auch sie haben politische, ökonomische und persönliche Eigeninteressen, die durchaus mit anderen Interessen kollidieren können (wenn z. B. ein eitler Produzent öffentliche Anerkennung will, der Auftraggeber aber zur Vermeidung von Problemen auf Diskretion angewiesen ist).

Die Massenmedien selber werden beeinflusst von und nehmen Einfluss auf die

öffentliche Meinung, Unternehmen, Institutionen, das «Publikum» sowie Gruppen und Personen. Auch sie haben politische, ökonomische und persönliche Eigeninteressen, die im Einzelfall miteinander kollidieren können (wenn z. B. die politische Botschaft eines Medien-Moguls unpopulär ist und eine Entscheidung zwischen Sendungsbewusstsein und Profitabilität getroffen werden muss).

### **Medien und Medienwirkungen**

Man muss differenzieren zwischen Interessen von Akteuren (auch der Medien selber), den eingesetzten Instrumenten und Aktivitäten, den Wirkungen bei einzelnen Personen und dem Publikum sowie der Subjekt-Konstitution mit den individuellen und kollektiven Interessen der «Betroffenen». Einzelne Theoreme der Medienwirkungsforschung können dann einzelnen Wirkungszusammenhängen zumindest grob zugeordnet werden. Ein Schaubild dazu findet sich unter [http://www.einermann.de/Dokumente/2014\\_Bild\\_Medienwirkung.pdf](http://www.einermann.de/Dokumente/2014_Bild_Medienwirkung.pdf).

### **(Medien-)Eigeninteressen**

Das Vertreten von Eigeninteressen gilt gemeinhin nicht als verdammenswert. Kritik entsteht, wenn sich z. B. Medien mehr an ihren ökonomischen Eigeninteressen (Profitmaximierung) als an demokratischen Normen und Werten wie z. B. der wahrheitsgemäßen Berichterstattung orientieren.

Als primäre ökonomische Eigeninteressen von Akteuren und vor allem der Medien wird immer wieder das Interesse an Umsatz und Gewinn genannt, das u. a. über das Erreichen möglichst hoher Reichweiten und Einschaltquoten sowie (damit verbundenen) Werbe-Einnahmen realisiert werden soll. *Politische Eigeninteressen* sind z. B. das

Interesse am eigenen Machterhalt, das Erreichen der Meinungsführerschaft in der Medienkonkurrenz, die kurz- und langfristige Beeinflussung der öffentlichen Meinung und das Erzielen direkter politischer Effekte (wie z. B. den Rücktritt eines prominenten Politikers oder die Mobilisierung von Massen). Das Interesse am Erhalt der eigenen Reputation und am Image der Glaubwürdigkeit als Quelle ist mit dem Festhalten an einer Ethik verbunden, die mit anderen Interessen in Konflikt geraten kann. Schließlich gibt es immer, auch bei den Medien, *persönliche Interessen* von Akteuren. Unternehmer, aber auch «Medien-Schaffende» und Journalisten wollen den persönlichen Erfolg, wollen ein hohes Einkommen und den eigenen Aufstieg sowie Reputation, Macht und Einfluss. Dabei können sie selber in Interessenkonflikte geraten. Auch Netz-Aktivist\*innen wollen den persönlichen Erfolg.

### **Instrumente und Aktivitäten**

Dauerhafte Glaubwürdigkeit und Reputation erreicht in der Medienlandschaft nur, wer sich um die korrekte Information, um Transparenz und Aufklärung bemüht und einseitige Parteinahmen vermeidet. Medienkritik setzt dann ein, wenn hier (möglicherweise aus Eigeninteressen oder in bewusster Verfolgung der nicht offen gelegten Interessen Dritter) Abstriche gemacht werden.

Kritisiert wird z. B. die (vor allem über Umfragen und Quotenmessungen rückgekoppelte) Orientierung am Publikumsgeschmack, die insbesondere beim Fernsehen zu einer Dominanz von Unterhaltung und Oberflächlichkeit geführt hat. Werbung wird in vielfältigsten Formen platziert, es gibt eine Priorisierung von Sensationsberichterstattungen bis hin zur Überbetonung von Gewalt. Privates wird zunehmend

(mehr oder weniger authentisch) an das Licht der Öffentlichkeit befördert. Medien versuchen, Agenda-Setting zu betreiben und die von ihnen selektierten Themen in der von ihnen vorgegebenen Form auf die Tagesordnung zu setzen. Dabei wird auch auf Instrumente wie die Zensur (bestimmte Themen oder Personen kommen nicht vor) und die bewusste Fehlinformation zurückgegriffen, Wirklichkeiten werden auf vielfältige Weise konstruiert und das Publikum wird manipuliert. Teilweise wird massiv an der Erzeugung von politischen Reaktionen gearbeitet. Journalisten sind (demokratisch nicht legitimierte) «Gatekeeper», die ihre (oft privatwirtschaftlich definierten) politischen und ökonomischen Vorgaben umsetzen und häufig über den Erfolg und Misserfolg anderer entscheiden.

### **Wirkungen auf Personen und Publikum**

Medien sollen zur Aufklärung beitragen, können für umfassende Information und Transparenz sorgen und die Weiterbildung von Menschen fördern. Sie können die Entstehung und Entfaltung von Diskursen fördern, Partizipation organisieren und befördern – und auch den kollektiven Widerstand gegen herrschende Interessen unterstützen. Dieser potentiell emanzipatorischen Funktion stehen aber viele beobachtete weniger positive Wirkungen gegenüber.

Ein Kritikpunkt zielt auf einen zumindest nicht in böser Absicht intendierten Effekt: die Über-Information. Menschen werden auf vielen Kanälen einem unüberschaubaren Informationsangebot ausgesetzt und kommen in vielfältige Schwierigkeiten. Das kann man allerdings kaum den Informationsaktivitäten der Medien anlasten (hier sind Einschränkungen bis hin zur Zensur wohl demokratisch nicht zu vertre-

ten); Lösungen müssen auf anderen Ebenen gefunden werden.

Insbesondere die Unterhaltungs-Dominanz wird für die weitgehende Ausblendung des Denkens, für die Auslösung von Orientierungslosigkeit und die fortschreitende Entpolitisierung verantwortlich gemacht. Die wird auch gefördert durch die Mediatisierung der Politik: Politik wird zu Show und die Telegenität von Personen wird wichtiger als die vertretenen Inhalte. Menschen geraten in Abhängigkeit vom Medienkonsum (Mediensucht), die Entmenschlichung schreitet immer weiter voran. Allerdings werden beim Publikum bewusst oder unbewusst Emotionen ausgelöst und teilweise direkte politische (erwartete oder unerwartete) Reaktionen erreicht. Politische Meinungen und Einstellungen werden massiv beeinflusst, Informationsdefizite werden bewusst oder unbewusst nicht beseitigt oder gar verstärkt. Bestehende Spaltungen des Informationsniveaus in der Bevölkerung (Wissenskluft, Digital Divide) werden eher verstärkt als verringert (weil die Informierten zur selektiven Wahrnehmung zusätzlicher Informationen in der Lage sind und Wissen akkumulieren, während sich die wenig Informierten nur wenig weiterentwickeln). Soziales Lernen findet durch Nachahmung von Fernseh-Vorgaben statt – das betrifft auch das Alltagsverhalten (z. B. vermittelt über Soap Operas) und kann sich fortsetzen bis hin zu Gewalttaten.

### **Subjekt-Konstitution und kollektive Interessen**

Alle auf das Publikum bezogenen Medien-Effekte treffen auf reale Menschen, deren Grundorientierungen, Bewusstseinsstrukturen und Verhaltensmuster (individuell und kollektiv) nicht verkürzt als bloßer Reflex auf Medienvorgaben interpretiert wer-

den können. Hier setzt zwar die Medienforschung nicht an (dafür sind wohl andere wissenschaftliche Disziplinen «zuständig»), aber auch sie muss die entsprechenden Tatbestände zur Kenntnis nehmen.

Empirisch festgestellt wurde z. B. eine gewisse Manipulations-Resistenz von Menschen. Ein hohes Bildungsniveau und eine große Persönlichkeitsstärke reduzieren die Chance auf die Beeinflussung eines Menschen massiv. Die Wirkung von Medienbotschaften ist abhängig von der subjektiven Relevanzstruktur: Menschen beschäftigen sich in erster Linie mit Dingen, für die sie sich interessieren. Die Lebensrhythmik ist eine andere als die Nachrichtenrhythmik, die Publikumsagenda kann eine andere sein als die Medienagenda. Gruppennormen und das Agieren von Meinungsführern in sozialen Strukturen haben einen Einfluss, den Medienbotschaften kaum überlagern und dominieren können. Das eigene Engagement von Menschen stärkt deren Überzeugungen, die dann nicht einfach veränderbar sind. Menschen sind auch kollektiv zur Vertretung ihrer Interessen gegen herrschende Interessen in der Lage und davon durch die Medien nicht unbedingt abzubringen.

### **Forschungs-Theoreme der Medienwirkungsforschung**

Die Medienwirkungsforschung (Bonfadelli 2004; Bonfadelli/Friemel 2011; Jäckel 2002 und 2011; Schenk 2007; Einemann 2014) hat eine Vielzahl von (durchaus kontrovers diskutierten) Erklärungsansätzen und Theoremen produziert, die zur Charakterisierung unterschiedlicher Medienwirkungen genutzt werden.<sup>2</sup> Beispiele hierfür sind z. B.

<sup>2</sup> Eine nähere Erläuterung dieser Theoreme der Medienwirkungsforschung findet sich z. B. im

Begriffe wie Schweigespirale, Bandwaggon-Effekt, Vorderbühne und Hinterbühne, Verschwinden der Kindheit, Wissensklüften, Medien-Priming, doppeltes Meinungsklima, Medium als Botschaft, Kultivierungseffekte, Sleeper-Effekt, Third-Person-Effekt, Trigger Events, Bewusstseins-Industrie, Reiz-Reaktions-Modell und spektakuläre Medienwirkungen.

Eine (an dieser Stelle nicht mögliche) differenziertere Betrachtung der Befunde der Medienwirkungsforschung gibt Hinweise sowohl auf die begrenzte Reichweite ihrer Aussagen als auch auf die Relativität der mehr oder weniger radikalen Medienkritik. Es gibt «zwei Seiten der Medaille», und bei aller berechtigten Kritik dürfen die emanzipatorischen Elemente nicht übersehen werden. Auch innerhalb der Welt der Medien und ihrer Macher gibt es unterschiedliche Interessen; «die Medien» befinden sich nicht durchgängig in der Welt des Bösen, und es gibt neben zu krisisierenden Tendenzen auch Aufklärungsinteressen und Aufklärungsaktivitäten. Es gibt kaum Beispiele für den dauerhaften Erfolg von Versuchen der Herrschenden und der Medien, jegliche Aufklärung zu verhindern und den Drang der Menschen nach Freiheit und Wahrheit zu unterdrücken. Neue soziale Netzwerke und der beginnende globale Strukturwandel der Öffentlichkeit werden die emanzipatorische zweite Seite der Medaille weiter fördern.

Positiv zu bewerten ist die kritische Reflexion von Medienstrukturen und Medienwirkungen in einem Medium wie dem

Kinofilm, der die für den Verkauf wohl unverzichtbare Unterhaltungskomponente mit Elementen der Aufklärung verbindet. In der Bildungsarbeit lassen sich viele Fragen anhand von Filmen gut diskutieren – Beispiele hierfür sind «Wag the Dog», «Network», «Die Truman Show», «Willkommen Mr. Chance», «Nachrichtenfieber – Broadcast News», «15 Minuten Ruhm», «Good Bye Lenin» und auch «Bulworth» (Einemann 2014). Für die aufklärerische Seite von Medienaktivitäten steht z. B. ein Film wie «Die Unbestechlichen», für die neuen Möglichkeiten des Web 2.0 der über YouTube publizierte Film über die Veränderungen in der Ukraine mit dem Titel «My Revolution – Video Diary from Kiev»<sup>3</sup>.

### Literatur

- Adorno, T. W. (1963): *Eingriffe. Neun kritische Modelle*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Brecht, B. (1968): *Gesammelte Werke in 20 Bänden. 18 Schriften zur Literatur und Kunst. 1 : Aus den Notizbüchern 1920 bis 1929. Über alte und neue Kunst 1920 bis 1933. Über Kritik 1924 bis 1931. Radiotheorie 1927 bis 1932. Über Film 1922 bis 1933. Kunst und Politik 1933 bis 1938. Bemerkungen zur bildenden Kunst 1935 bis 1939*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Böckelmann, F. (1975): *Theorie der Massenkommunikation. Das System hergestellter Öffentlichkeit, Wirkungsforschung und gesellschaftliche Kommunikationsverhältnisse*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bonfadelli, H. (2004): *Medienwirkungsforschung 1. Grundlagen und theoretische Perspektiven*.

---

Zusammenhang mit der Besprechung des Buches von Michael Jäckel unter [www.einemann.de/Dokumente/2014\\_Buch\\_Jaekel\\_Medienwirkungen.pdf](http://www.einemann.de/Dokumente/2014_Buch_Jaekel_Medienwirkungen.pdf).

3 Ein umfangreicheres Papier und detaillierte Filmbesprechungen finden sich unter [http://www.einemann.de/Dokumente/2014\\_Medienwirkungen\\_Film.pdf](http://www.einemann.de/Dokumente/2014_Medienwirkungen_Film.pdf).

3. überarb. Aufl., Konstanz: UVK Verlags-Gesellschaft.
- /Friemel, T. N. (2011): *Medienwirkungsforschung*. 4. überarb. Aufl., Konstanz u. a.: UVK Verlags-Gesellschaft.
  - Castells, M. (2009): *Communication power*. Oxford u. a.: Oxford Univ. Press.
  - (2012): *Networks of outrage and hope. Social-movements in the internet age*. Cambridge u. a.: Polity Press.
  - Einemann, E. et. al. (2008): *Web 2.0: Chancen-nutzen, Gefahrenvermeiden*. Abrufbar unter [http://www.einemann.de/Dokumente/2008\\_WEB\\_20.pdf](http://www.einemann.de/Dokumente/2008_WEB_20.pdf).
  - Einemann, E. (2014): *Medienwirkungen und Medi-ekritik im Medium Kinofilm*. Abrufbar unter [http://www.einemann.de/Dokumente/2014\\_Medienwirkungen\\_Film.pdf](http://www.einemann.de/Dokumente/2014_Medienwirkungen_Film.pdf).
  - Enzensberger, H. M. (1962): *Einzelheiten 1. Bewußt-seins-Industrie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
  - (1970): *Baukasten zu einer Theorie der Medien*. Kursbuch 20/1970.
  - Fuchs, C. (2014): *Socialmedia a criticalintroduction*. Los Angeles, California u. a.: Sage Publ.
  - Habermas, J. (1962): *Strukturwandel der Öffent-lichkeit Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 5. Aufl., Neuwied: Luchterhand.
  - (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Unter-suchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuaufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
  - Horkheimer, M., & Adorno, T. W. (1969): *Dialektik der Aufklärung philosophische Fragmente*. Frankfurt a. M.: Fischer.
  - Jäckel, M. (2002): *Medienwirkungen. Ein Studien-buch zur Einführung*. 2. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
  - (2011): *Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung*. 5. vollst. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden: VS.
  - Marcuse, H. (1965): *Kultur und Gesellschaft 1 [...]*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
  - Möller, E. (2005): *Die heimliche Medienrevolution wie Weblogs, Wikis und freie Software die Welt verändern*. Hannover: Heise.
  - Müller, H. D. (1968): *Der Springer-Konzern*. München: Piper.
  - Müller, H. D., Brock, A., Hindrichs, W., Einemann, E., Francke, R., Hoffmann, R. & Markus, G.: «Live» dabei, wenn's vor der Haustür spannend wird. Fernsehen selber machen – nicht nur in die Röhre gucken. In: *Frankfurter Rundschau* (29.3.1980). Abrufbar unter [http://www.einemann.de/Dokumente/1980\\_Lokales\\_Buergerfernsehen.pdf](http://www.einemann.de/Dokumente/1980_Lokales_Buergerfernsehen.pdf).
  - Schenk, M. (2007): *Medienwirkungsforschung*. 3. vollst. überarb. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.

Jan-Philipp Küppers

## Der kompetente Politiker fällt nicht vom Himmel Über das Fehlen eines Maßstabs

### Politiker steuern das Staatsschiff

Die Verantwortung für die Weiterentwicklung der Demokratie liegt zwar in den Händen aller Bürger, doch der Bürger kann nicht die Aufgabe des Politikers<sup>1</sup> übernehmen. Politiker regieren im Auftrag der Bürger zu deren Wohl. Sie nehmen von den Bürgern Geld in Form von Steuern, mit denen sie wirtschaften. Politiker «retten» mit Steuergeld Banken, definieren Wachstum, Wohlstand, Freiheit und Sicherheit und sollten die Rahmenbedingungen des Agierens am Markt bestimmen. Politiker bestimmen die Struktur von politischen Verwaltungsapparaten, entwickeln institutionelle Arrangements und wichtige Bündniskonstellationen. Sie stecken angemessene Handlungsräume und Handlungsgrenzen ab, lenken politische Debatten und lösen mitunter Proteste und öffentliche Entrüstung aus. Sie entscheiden über militärische Missionen und verwalten die friedliche Bestandssicherung. Politiker schaffen gesetzmäßige Regeln, von denen gesellschaftliche Ordnung und soziale Gerechtigkeit abhängen. Regierende be-

einflussen die zusammengewachsene und zugleich unüberschaubar komplexe Welt mit ihren Entscheidungen in allen Sphären der Politik. Ihre tatsächliche Problemlösungskompetenz wird zu einem essentiellen systembildenden Faktor, der auf lokaler wie globaler Ebene durch vielfältige Einflüsse auf das Leben von Millionen und Milliarden Menschen wirkt.

Diese weitreichenden Verantwortungsverhältnisse, denen Politiker ausgesetzt sind, hat die Historikerin Barbara Tuchman in einen klaren Satz formuliert: «Im Wirken von Staat und Regierung hat die Ohnmacht der Vernunft besonders schwere Folgen, weil sie alles, was in ihrer Reichweite liegt, in Mitleidenschaft zieht – Bürger, Gesellschaft, Zivilisation.»<sup>2</sup> Damit verbindet sich freilich die große Last, in Entschlüssen, die in wenigen Augenblicken zu treffen sind, dass politische Schicksal ganzer Staaten in den Händen zu halten. Diese politische Gemeinschaft ist, mit Bezug auf den Soziologen Max Weber, Träger des *Monopol(s) legitimer physischer Gewaltsamkeit*. Weber hat bekanntlich auch in seinem berühmten Vortrag «Politik als Beruf» von 1919 die pointierte Frage nach dem Pathos des Politikers gestellt, «was für ein Mensch man sein muß,

1 Man wird der inneren Verwaltungskultur in keinem Staate gerecht, wenn man nur die politische Spitze der hierarchischen und bürokratischen Funktionsweise von Regierungsapparaten beachtet, ohne zumindest auf den Unterbau vom permanenten Beamtentum (im klassischen Funktionsmuster vom Staatssekretär, Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter etc.) hinzuweisen, mit ihrer Hilfe es der Berufspolitiker erst vermag, seine Funktionen im Staat auszuüben.

2 Barbara Tuchman: *Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam*. Frankfurt a. M. 1992, S. 477.

um seine Hand in die Speichen des Rades der Geschichte legen zu dürfen?»<sup>3</sup>

### **Die Grammatik der Politik hat sich verändert – und damit auch die Ansprüche**

In Zeiten, in denen komplexe Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge die Grammatik der politischen Wahrnehmung strukturiert, sollte es auch der Anspruch unserer zu «Anwältinnen der Gesellschaft» (Scheer) bestellten Politikern sein, mit ihnen umgehen zu können. Entsprechend rückt die Frage nach der Legitimation politischer Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit stärker in den Vordergrund. Provokanter formuliert: Ist es unter solchen – für den Beruf des Politikers – hochkomplexen und daher weitreichenden Entscheidungen überhaupt noch sinnvoll, an der herkömmlichen Bedingung eines «demokratischen Postulats der Nichtqualifikation»<sup>4</sup> für den Beruf des Politikers festzuhalten?

Diese Ansicht will Errungenschaften demokratischer Prozesse nicht schmälern oder anderweitig diskreditieren. Auch wäre es unzutreffend, diese Frage allein als erneutes Aufbrechen des Gegensatzes von unzufriedener Bürgerschaft und törichten Politikern zu betrachten. Zunächst einmal konstatiere ich ein Problem, das «offene» demokratische Postulat der Nichtqualifikation für politische Ämter. Gerade weil es die Kraft besitzt, die politische Ordnung zu verändern, bedarf es – so die Überlegung – einer schulischen Konvergenz.

Der Beitrag soll zunächst die Eignung für das Regierungsgeschäft wieder in Er-

innerung rufen. Erst an zweiter Stelle werden einige Gedanken bereitgestellt, wie das Staatsschiff von der «Brücke» aus zu kommandieren ist, dass es auch bei unerwartet hohen Wellen (oder völliger Windstille) in internationalen Gewässern manövrierfähig bleibt, ohne Schiffbruch zu erleiden.

Diesem Umstand haftet die kindliche Einfachheit einer besonders beharrlichen Frage an, die leicht zu stellen aber ungeheuer schwer zu beantworten ist, nämlich ob Politiker ein Studium erfolgreich absolvieren sollten, damit Sie ihren Beruf ausüben dürfen? Diese suggestive Frage nach Kompetenz impliziert nicht, dass Politiker durchweg unbegabt sind und vor den Gemeinschaftsaufgaben, die ein komplexes Gemeinwesen für sie bereithält, kapitulieren. Doch scheint mir das Wagnis dieser Frage keine große Übertreibung zu sein, angesichts jüngster Krisenszenarien auf allen politischen Ebenen. Womöglich ließe sich diese heikle Frage leichter beantworten, wenn sich die Politikwissenschaft verlässlicher mit den «Subjekten des politischen Prozesses» (Scheer) beschäftigt hätte.

Doch zunächst ist die Beschreibung des Problems, das ich auch in der herrschenden Sichtweise der Ablehnung zu erkennen glaube, die Voraussetzung dafür, dass man sich über alternative Sichtweisen – mehr als bisher geschehen – Gedanken macht.

### **Die herrschende Sichtweise: Vom Lernen freigestellt**

Die Auseinandersetzung mit politischen Ideen von «kompetenten Politikern» war lange Zeit insbesondere in Deutschland aufgrund bitterer Erfahrungen, nicht zuletzt durch die Kriegsschuldfrage, verbaut. Die Rede von Größe und charismatisch aufgeladenen politischem Persönlichkeitskult

3 Max Weber: *Politik als Beruf*. Frankfurt a. M. 1999 (1919), S. 67.

4 Giovanni Sartori: *Demokratietheorie*. Darmstadt 1992, S. 423.

erhielt einen zweifelhaften Status. Daraus ergab sich – freilich mit einigen recht vage und unbestimmt gebliebenen Überlegungen verbunden – eine unweigerlich stabile Deutungshegemonie des demokratischen Postulats der Nichtqualifikation für den Beruf des Politikers.

Diese Art der Homogenität, wenn sie als politischer Konsens auftritt, kann leicht dazu führen, dass man «bewährtes» als Gegenwehr auf «neues» falsch deutet und es als Zeichen des Angriffes auf das demokratische Postulat interpretiert. Die Abneigung, so scheint mir, besteht bis heute. Sinnvoller wäre es hingegen, aus dieser Alternative einen gewissen allgemeinen Maßstab des Handelns und Urteilens abzuleiten, der Politikern bei Entscheidungen in zunehmend hochkomplexen, unbeständigen und unvorhergesehenen Abläufen Orientierung verleiht und Prinzipien definiert nach denen sie sich beim Urteil richten können. Dieser Maßstab könnte mit darüber entscheiden, inwieweit der Staat als widerstandsfähig oder verwundbar wahrgenommen wird.

Wo durch Erkenntnisgewinn Neues geschaffen werden soll, müssen zunächst bestehende Gewohnheiten und Denkmuster hinterfragt werden. Dem kann nicht folgen, wer bedingungslos dem demokratischen Postulat der Nichtqualifikation anhängt, wonach jeder Bürger a priori die Möglichkeit hat, ein politisches Mandat zu erlangen. In diesem demokratischen Fluchtpunkt, man ahnt es, steht eine Problemfigur, die sich bis heute auf diese stabile Formel der Nichtqualifikation bezieht – unsere politische Funktionseile.

Gleichzeitig sind vage politische Ideen und Utopien der konservativen Natur seit jeher zutiefst suspekt. «Wenn man sich klar macht, dass das Geheimnis der Erhaltung

nicht Stagnation ist, erkennt man, dass der Konservative eine subtile Einstellung zum Wandel hat»<sup>5</sup> beschreibt Ben Dupré den Fortschrittswiderspruch des Konservatismus. Konservativ gesinnte Politikwissenschaftler würden ihre durch strenge Rechtsstaatlichkeit ermöglichte Freiheit der Politik einbringen, die es bedingungslos – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen – einzuhalten gilt. Vermutlich würden Sie eine überhöhte Anspruchsinflation der Bürger beklagen, die die eigentliche Funktionsfähigkeit des Staates bedrohen.<sup>6</sup> Folglich erinnern Kompetenzideale den Politikwissenschaftler Emanuel Richter an ein exklusives Verständnis für ein «sublimales Überbleibsel des Ideals der absoluten Fürstenherrschaft»<sup>7</sup>. Doch trifft die Kritik die Relevanz des Problems? Wohl kaum.

### Eine alternative Sichtweise

Seit den Anfängen der Politischen Wissenschaft in der Bundesrepublik beschäftigte man sich mit dem politischen Bildungunterricht (früher «Staatsbürgerkunde»), aus der umsichtig die Voraussetzung für «gute Politik» abgeleitet wurde. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts erwachte das Bewusstsein erneut, «daß auch Bürger zu einer knappen Ressource der politischen Ordnung werden können»<sup>8</sup>, so der Politikwissenschaftler Her-

5 Ben Dupré: *Politik. 50 Schlüsselideen*. Berlin, Heidelberg 2013, S. 63.

6 Dieter Rulff: Politische Gestaltung zulasten künftiger Generationen. Serie Scheidelinien der Politik (1/4): Die Zukunft der Gestaltung. In: *Deutschlandfunk* vom 1.9.2013.

7 Emanuel Richter: *Was ist politische Kompetenz?* Frankfurt a. M. 2011, S. 12.

8 Herfried Münkler: Der kompetente Bürger. In: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement*



fried Münkler. Das frühe Problembewusstsein einer fehlenden Bürgerkompetenz veranlasste den damit betrauten ersten Ordinarius für Politische Wissenschaft in der Bundesrepublik, Theodor Eschenburg, zu sagen: «Wir brauchen eine Fahrschule für Politik. Richtig Autofahren kann nur, wer dessen Mechanismus beherrscht. Heute [1986, Anm. d. Verf.] würde ich sagen: Der mündige Bürger fällt nicht vom Himmel».<sup>9</sup> Ist dieser lebensweltliche Auszug nicht uneingeschränkt aktuell geblieben, insbesondere auch, wenn nach dem Kompetenzerwerb von politischen Entscheidungsträgern gefragt wird? Will man es emphatischer mit Eschenburg formulieren, so fällt auch der kompetente Politiker nicht vom Himmel!

Die alternative Sichtweise muss zunächst das demokratische Postulat der Nichtqualifikation aufsprengen, dass zum Grundvokabular des politisch-kulturellen Grundverständnisses zumal in der Bundesrepublik Deutschland gehört. Die Schwierigkeit, die einen unweigerlich begleitet, besteht dann darin, den demokratischen Mechanismus weder voreilig zu diffamieren noch bequem zu idealisieren. Letzteres scheint mir heute der Fall zu sein.

Um es deutlich an dieser Stelle hervorzuheben: Hier geht es nicht um die Vision einer autokratischen Experten Herrschaft, die im «Sog der Technokratie» (Habermas) gefangen ihre paternalistischen Planspiele mit vermeintlicher Effizienz an genuin demokratisch kontrollierten Politikprozessen vorbei ersinnt. Vielmehr wird eine politische

Grundformel zur Disposition gestellt, die selten weitergedacht wurde, aber als Versicherung für das demokratische Postulat bis heute nicht fehlen darf!

### Kurzes Studium der Geschichte

Der Ruf nach kompetenten Politikern ist nicht neu. Das Thema ist über Jahrhunderte hinweg Gegenstand philosophischer Überlegungen gewesen und folgt einer philosophischen Vorliebe für ideale Theorien, die von den Belehrungen der Sophisten 450 vor Christus bis hin zu postdemokratischen Gegenwartsdiagnosen reichen:

- Im Hinblick auf die Regierungskunst war Platon vor rund 2.500 Jahren der Meinung, dass von den Regierenden keiner seinem ebenso berühmten Abbild des «Philosophenkönigs» genüge und empfahl eine Art voraussetzungsreiche Vorsichtsmaßnahme, künftige Hüter des Staates in einer Phase des Heranreifens zu beobachten und zu prüfen.<sup>10</sup>
- In der auf Aristoteles zugeschriebenen Schrift «Athēnaion politeia» mussten sich in sogenannten dokimasía-Verfahren im 4. Jahrhundert vor Chr. designierte Amtsträger (Dokimasie) vor Amtsantritt einer formellen Prüfung der Befähigung athenischer Bürger zur Ausübung ihrer öffentlichen Ämter stellen. Übernehmen durften sie ihr Amt erst nach der Prüfung.
- Im 17. Jahrhundert übernahm Thomas Hobbes in seiner Schrift «Vom Bürger» (1642) die platonische Empfehlung einer frühen und umfassenden Erziehung, wonach die erforderlichen Qualifikationen für die politische Tätigkeit erwor-

---

*in Deutschland.* Baden-Baden 1997, S. 153-172 (darin: S. 153).

9 Theodor Eschenburg: Anfänge der Politikwissenschaft und des Schulfaches Politik in Deutschland seit 1945. In: *Augsburger Universitätsreden* 7. Augsburg 1986, S. 27.

10 Karl Vretska (Hrsg.): *Platon: Der Staat*. Drittes Buch/20. Stuttgart 2000, S. 200.

ben werden sollen. Diejenigen, welche die höchste Staatsgewalt zum Wohle des Volkes verwalten wollte Hobbes an der Universität belehren. «Dort müssen die wahren und wahrhaftig bewiesenen Grundlagen für eine Staatslehre gelegt werden; die darin unterrichteten jungen Leute werden dann später die Masse im einzelnen und öffentlichen darüber belehren können»<sup>11</sup>.

- Mitte des 18. Jahrhunderts konkretisierten sich fachspezifische Qualifikationsbestimmungen im Rahmen einer professionellen Ausbildung im *corps diplomatique*, wodurch erstmals ein Professionsethos mit speziellem Anforderungsprofil ersichtlich wurde.<sup>12</sup> Die Auswahl diplomatischer Karrieren an europäischen Höfen führte Mitte des 19. Jahrhunderts zwar über eine Staatsprüfung, doch blieben jene Auswahlprozeduren hinsichtlich konkreter Fachkenntnisse einem egalitären und herrschaftlichen Prinzip ausschließlich persönlicher und höfischer Angelegenheiten unterworfen<sup>13</sup>.
- Im 20. Jahrhundert sah Karl Jaspers in seiner «Idee des vernünftigen Staatsmanns» (er unterschied zwischen «Staatsmann» und «Politiker») die Politik zwar nicht als lernbaren Beruf an, doch bedürfen Staatsmänner als Repräsentant und Erzieher zugleich einer gewissen Sachkunde ohne jedoch allwissend zu sein, um das Wesentliche

schnell zu begreifen und überall orientiert zu sein.<sup>14</sup>

- Zur selben Zeit vertrat Eugen Kogon die Ansicht, «dass man für die Berufsausbildung der Parlamentarier eigentlich etwas tun müsste, [...] ihre Neigung und den Entschluß, sich ganz der Politik zu widmen, ein wenig durch systematische, nicht bloß durch die natürlichen und die im Laufe des Lebens halt zu erwerbenden Kenntnisse zu unterbauen»<sup>15</sup>. Sein Ziel war es, dafür zu sorgen, «dass sich in den Reihen unserer politischen Repräsentanz die Zahl derer vermehrt, die systematisch dafür geschult sind, die Probleme der heutigen Gesellschaft zu sehen und in den Griff zu nehmen»<sup>16</sup>.
- Oder hat Barbara Tuchman recht, dass es vielleicht nicht so sehr darauf ankommt, «Politiker und Beamte zum Regieren zu erziehen – vielleicht sollte man vor allem die Wähler erziehen, Integrität und Charakter zu erkennen und zu belohnen und den Ersatz abzulehnen»<sup>17</sup>.

Alle diese Vorschläge sind nie ernsthaft weiterentwickelt geschweige denn erprobt worden! Die triviale Kenntnis, dass jede qualifizierte Tätigkeit eine entsprechende Begabung voraussetzt, berechtigte Kogon zu der bis heute ungemein denkwürdigen Frage, «warum unter allen qualifizierten Berufen, die es in unserer hochzivilisierten

11 Thomas Hobbes: *Vom Menschen. Vom Bürger. Elemente der Philosophie II/III*. Hamburg 1994 [1642], S. 209.

12 Vgl. Richter: *Was ist politische Kompetenz?*, S. 121 f.

13 Pietro Gerbore: *Formen und Stile der Diplomatie*. Reinkbek 1964, S. 52 ff.

14 Karl Jaspers: *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen*. München 1960, S. 330.

15 Eugen Kogon (Hrsg.): *Der Parlamentarismus unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen*. In: *Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik* 17:11 (1962), S. 732.

16 Ebd., S. 730.

17 Tuchman: *Torheit der Regierenden*, S. 485.

Gesellschaft gibt, just der Beruf, von dem unser aller Schicksal abhängt, *überhaupt* keine geordnete Nachwuchspflege haben soll»<sup>18</sup>. Ähnlich, nur unter anderen Gesichtspunkten sieht es Hans-Joachim Maaz, praktizierender Psychiater und Psychoanalytiker, in seinem Psychogramm einer gestörten narzissuspflichtigen Politik: «Kein Beruf darf ohne entsprechende Prüfungen, die Sachkompetenz und persönliche Eignung berücksichtigen, ausgeübt werden. Warum sollte das nicht auch für politische Ämter gelten? Die narzisstische Störung darf nicht an die Macht!»<sup>19</sup>

Tatsächlich wird bis heute nicht geprüft, wer die Politik als Beruf beherrscht; Regierende werden nicht danach ausgewählt, ob sie in bedeutenden argumentativ-rhetorischen Auseinandersetzungen brillieren, oder sich durch profunde Sachkenntnis in einer Entscheidungsschlacht bewährten. Nicht einmal «die Unkenntnis der Grundrechenarten oder der Grammatik wären, zumindest formal gesehen, ein Hindernis»<sup>20</sup>, schrieb Hermann Scheer.

### **Auffallende Befunde und bleibende Hinterlassenschaften**

Viel Wahres steckt darin, wenn die politische Repräsentanz eher nach ihren Kompromissen beurteilt werden sollte, als nach idealistischen Vorstellungen und normativen Konstrukten.<sup>21</sup> Wie also ist der Kompromiss, als selten beachtete Kategorie politischen

Denkens, zu bewerten, den der amtierende US-Präsident Barack Obama nach der Amtsübernahme im Jahre 2009 schloss, als er die 13 einflussreichsten US-amerikanischen Banker zu sich bestellte, um über die Vorkommnisse auf den Finanzmärkten zu sprechen. Er beließ letzten Endes die für die Krise Mitverantwortlichen auf ihren Positionen. Obama war bereit, die staatlichen Finanzhilfen für die Banken aufrecht zu erhalten. Im Gegenzug verlange er eine Unterstützung der Banker für eine Reform des Finanzsystems. Handelte es sich hierbei um einen faulen, verwerflichen Kompromiss?

Vermutlich auch durch ihre Kompromisse haben politische Repräsentanten die jüngste Banken-, Fiskal- und Realwirtschaftskrise mit verantwortet.<sup>22</sup> Durch verheerende und folgenreiche institutionelle Rahmenbedingungen und Konstruktionsfehler schritt auch die Finanzialisierung des komplexen Gesellschaftskörpers voran, mit- samt ihrer Einpflanzung neoliberaler Systemideen ins soziale Gewebe.

Was die Genese und Folgen der 2007 einsetzende Finanzkrise betrifft, sind unsere damals wie heute tätigen Mandatsträger als tragische Figuren zu öffentlichen Risikoträgern<sup>23</sup> avanciert, die die politische Verfasstheit aufs Spiel setzen. Entging ihnen wirklich die bedrohliche Vernetzung mäch-

18 Kogon: *Parlamentarismus*, S. 731. (=Hervorhebung im Original).

19 Hans-Joachim Maaz: *Die narzisstische Gesellschaft. Ein Psychogramm*. München 2012, S. 200.

20 Hermann Scheer: *Die Politiker*. München 2003, S. 20.

21 Avishai Margalit: *Über Kompromisse – und faule Kompromisse*. Berlin 2011, S. 14.

22 Zum Entwicklungspfad des neoliberalen Transformationsprozesses und seiner politischen Entmachtung in der gegenwärtigen Finanz- Wirtschaft- Staatsschuldenkrise empfehle ich das Buch *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus* von Wolfgang Streeck (2013).

23 Der Begriff des «Risikos» stammt aus Seefahrt und Spiel und lässt über den etymologischen Umweg erhellende Gedanken über die Entscheidungs- und Handlungskompetenz von Politikern zu.

tiger gegenseitiger Beteiligungen, die die Weltwirtschaft lenkt?<sup>24</sup>

An öffentlichen Regulierungsstellen, so mein Eindruck, gaben sie ihre «Instrumente zum Schutz der öffentlichen Interessen»<sup>25</sup> bedenkenlos glatt aus der Hand:

- Die Aufhebung des Glass-Steagall-Acts<sup>26</sup> in den USA im Jahr 1999. Mit der Reform hatte man ursprünglich vor, nach dem großen Bankencrash von 1929, das Geschäft der Investmentbanken vollständig von dem der Geschäftsbanken zu trennen,
- durch das Basel II-Abkommen, dass Eigenkapitalanforderungen an Markttagen anpasste,<sup>27</sup>
- der wachsende Einfluss auf staatliche Finanzpolitik durch private gewinnorientierte Rating-Agenturen, die stillschweigend hoheitliche Aufgaben übernommen haben, indem sie die Kreditwürdigkeit von Kommunen, Konzernen, Wertpapieren und Länder beurteilen, ohne darüber rechenschaftspflichtig zu sein,<sup>28</sup>

- das paradoxe Verantwortungsverständnis von Politikern und Bankenaufsicht, Banken und anderen Finanzinstituten durch ein merkwürdig hohes Maß an Vertraulichkeit die Möglichkeit einzuräumen, ihre risikobehafteten Geschäfte in Off-Shore-Gebiete zu verlagern; in Gebiete außerhalb der Länder ihrer Hauptsitze, wo sie die Wirksamkeit der nationalen Bankenaufsicht unterhöhlen<sup>29</sup>
- oder der erneut forcierte politische Versuch eines transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens («Transatlantic Trade and Investment Partnership», TTIP), dass sich am erwartungsgemäßen Interesse von Konzernen und Investoren orientiert und ihnen sogar zweifelhafte Rechtsinstrumente (Investorenschutzgesetze) zur Durchsetzung persönlicher Interessen (Schadenersatzforderungen) gegen souveräne Staaten erlaubt, und damit indirekt auch gegen Politiker von Staaten, die TTIP befürworten!<sup>30</sup>

Im Zusammenschritt nur vom jüngeren Marktgeschehen als exemplarischen Schau-

24 Stefania Vitali, James B. Glattfelder, Stefano Battiston: *The network of global corporate control*. Zürich 2011, online unter: <http://www.plosone.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0025995> (Stand 11. September 2014).

25 Lori Wallach: TAFTA – die große Unterwerfung. In: *Le Monde diplomatique* 11/2013.

26 Eine Übersicht über den «Glass-Steagall-Act» bietet ein Artikel der *New York Times*, online unter: [http://topics.nytimes.com/top/reference/times-topics/subjects/g/glass\\_steagall\\_act\\_1933/](http://topics.nytimes.com/top/reference/times-topics/subjects/g/glass_steagall_act_1933/)

27 Joseph Vogl: *Das Gespenst des Kapitals*. Zürich 2010/2011, S. 163.

28 Stephen Labaton: Obama Plans Fast Action to Tighten Financial Rules. In: *The New York Times* vom 24.1.2009, online unter: [http://www.nytimes.com/2009/01/25/us/politics/25regulate.html?\\_r=4&hp&](http://www.nytimes.com/2009/01/25/us/politics/25regulate.html?_r=4&hp&). Ergänzend dazu Werner Rügemeier: Der Rating-Komplex. In: *Blätter für nationale*

---

*und internationale Politik*, 4/2012, Berlin 2012, S. 71–81.

29 Paul R. Krugman/Maurice Obstfeld: *Internationale Wirtschaft. Theorien und Politik der Außenwirtschaft*. 8. aktual. Auflage. München 2009, S. 791 ff.

30 Wallach: TAFTA. 2013. Interessant sind die Beiträge von Cecilia Olivet/Pia Eberhardt: *Profiting from Crisis. How corporations and lawyers are scavenging profits from Europe's crisis countries. Corporate Europe Observatory and the Transnational Institute*. Amsterdam/Brüssel 2014 und Cecilia Olivet/Pia Eberhardt: *Profiting from injustice. How law firms arbitrators and financiers are fuelling an investment arbitration boom. Corporate Europe Observatory and the Transnational Institute*. Amsterdam/Brüssel 2012.

platz zeigt sich die politische Urteilskraft die sich mit besonderer Intensität zum Tableau jüngster elementarer Gefahren und Risiken fügt. Ist Jaspers Satz nicht uneingeschränkt wahr, wonach Entscheidungsträger chaotisch im Dauerlosen hantieren und durch ihr Tun Geschichte in Flugsand schreiben?<sup>31</sup> Und auf Flugsand, dass weiss man, fällt noch die kühnste politische Agenda (sofern es sie gibt) bei der nächsten Windböe in sich zusammen. Handelten sie nicht als gutmütiger «Erfüllungsgehilfe» der Finanzbranche, als sie ihre reale Macht an irrationale Prozesse abgaben und diese mit derartigen Machtkonzentrationen ausstatteten?

Sicherlich muss erwähnt werden, dass in diffusen und oftmals auch geschlossenen Sprachräumen des europäischen Krisendiskurses das politische Handlungsfeld zunehmend von «externen Temporalitäten» vorgeschrieben wird, womit Münkler die aktuellen Stressgefahren finanzwirtschaftlicher Prozesse meint, die eine parlamentarische Eigenrhythmik über grundlegende Entscheidungen nachzudenken nicht zulasse. Die zeitliche Komponente der politischen Entscheidungsbildung wird fundamental erschwert. Politischen Problemlösungsversuchen wird immer weniger Raum für Kritik und Revision zugestanden, wodurch sich die politische Problembearbeitungskapazität – einer argumentativen Abwägung von Pro und Contra – nicht mehr im angemessenen zeitlichen Gleichgang bewegt.<sup>32</sup>

Nichtsdestotrotz lässt sich eine Verkettung von Torheiten erkennen, die Europa

an den Rand des Chaos gerückt haben, und an jedem Glied dieser Verkettungen hätte die Intervention von ein wenig politischer Weisheit als Bewusstsein für Risiken, diese Finanzkrise seit 2007 wenn nicht verhindern so doch regelnd eindämmen können. Aus dem Bewusstsein heraus, welche Fehler regierende Politiker in Augenblicken einer dramatischen zugespitzten Krisensequenz begehen können, lassen sich Erwartungen für das politische Amt formulieren.

### Erwartungen – ganz vorsichtig

Das Hauptargument dieses Beitrags lautet, Grund für die dramatische Abfolge von Finanzkrisen und anderen ernsthaften Versäumnissen und Problemen, die wir gerade erleben und hinnehmen, sei das Versagen der Politik, Zusammenhänge sozialer, ökologischer und ökonomischer Reproduktion zu erkennen und ernst zu nehmen. Das Versäumnis der fehlenden Kompetenz, «Zusammenhänge herzustellen», wird durch das offene Postulat der demokratischen Nichtqualifikation noch begünstigt. Es stellt sich damit die Frage, ob und wie sich Staaten vor der «schützenden Dummheit» (Tuchman) im politischen Entscheidungs- und Handlungsprozess wappnen können, woraus sich die zweite Frage ergibt: *Was sollten* Politiker lernen und *wie* sollten Institutionen organisiert werden, um über die heutige dynamische Umwelt und ihre Unsicherheiten eine gewisse berechenbare Kontrolle auszuüben?

Dabei scheint mir die Frage nach Kosten und Nutzen eines starken Gewaltmonopols des Staates und den Möglichkeiten, die dadurch gewonnene Stabilität auch unter dem Druck von unüberschaubarer und komplexer Gemengelage der Globalisierung zu bewahren, fundamental zu sein.

31 Jaspers: *Die Atombombe*, S. 329.

32 Herfried Münkler: Die rasenden Politiker. In: *Der Spiegel* Nr. 29 vom 16.7.2012. Vgl. Andreas Voßkuhle: Organisierter Widerstand. In: *Die Zeit* vom 20.5.2012, S. 8.

Der Tag, an dem ein kompetenter Politiker vom Himmel fällt, ist natürlich reiner Zufall. Um dennoch politischen Amtsträgern zu einem besseren Verständnis der Reichweite ihres Berufes zu verhelfen, schlage ich zwei Reformen vor:

- Mein erster Reformvorschlag gilt der fachlichen Diagnose und besteht darin, eine Art «Schulpflicht» für Politiker einzuführen. Bereits Jaspers sprach von einer «Schule der Staatsmänner», in der politisches Denken als ein universales Denken geübt wird. Ich plädiere in dieser Erfahrungs- und Vermittlungsinstitution für politisches Wissen für eine breit angelegte Herangehensweise, die inhaltliche Fragestellungen des Gemeinwesens zur Grundausbildung des politischen Lernens macht, wobei Themen der Nachhaltigkeit, Achtsamkeit, Geschichte, Ökonomie und Gemeinwesenarbeit nicht voneinander getrennt gelehrt werden. In Anlehnung zu John Maynard Keynes' Vorstellung eines Ökonomen sollte ein Politiker bis zu einem gewissen Grad auch Gemeinwesenarbeiter, Ökonom, Historiker und Philosoph sein und «kein Aspekt der menschlichen Natur und Institutionen sollte ganz außerhalb seines Blickwinkels liegen»<sup>33</sup>.
- Der zweite Reformvorschlag besteht darin, Politiker «auf Probe» in ihr gesellschaftliches Berufsfeld zu entlassen. Ähnlich wie das Beamtenverhältnis auf Probe vorsieht, die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung für die spätere Übernahme in das Berufsverhältnis zu erproben und festzustellen,

wird die Praxis der alltäglichen Politik in permanenten Gesprächs- und Verifizierungsrunden über Versuche, Ideen, Erfolge und Fehler in Entscheidungs- und Handlungsprozessen gegenseitig analysiert. Wenn sich jedoch die Torheiten beginnen zu stapeln, schließt sich die fragende Konsequenz einer politischen Abberufung an: «Wie können wir politische Institutionen so organisieren, dass es schlechten oder inkompetenten Herrschern unmöglich ist, allzu großen Schaden anzurichten?»<sup>34</sup> Diese Überlegung Poppers bleibt ungemein aktuell, auch deswegen, weil die Regierungen der Welt voll sind von Leuten, die sich für unentbehrlich halten.

### Das Gebot der Achtsamkeit in der Politik

Um in einer immer komplexer werdenden Welt politisch handlungs- und gestaltungsfähig zu bleiben, lohnt sich auch ein Blick in die Organisationsforschung: Die Organisationspsychologen Karl Weick und Kathleen Sutcliffe<sup>35</sup> beschreiben, wie Unternehmen lernen können, das Unerwartete zu managen. Die *Theorie der Organisationen hoher Zuverlässigkeit* (High Reliability Theory) ging aus der Analyse von Organisationen mit hohem Gefährdungspotenzial hervor, die dennoch durch ein «Höchstmaß an Zuverlässigkeit» weit weniger Unfälle produzierten als herkömmliche Organisationen. Dazu zählen sie Flugzeugträger, Atomkraftwerke oder Feuerwehrmannschaften. Die Arbeit an diesen «High-Reliability-Organisations» (HROs), bei denen das Eintreten

33 Zitiert aus Robert Skidelsky: *Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert*. München 2010, S. 273.

34 Karl R. Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde 1*. Tübingen 1980, S. 170.

35 Karl E. Weick/Kathleen M. Sutcliffe: *Managing the Unexpected*. San Francisco 2001.

unerwarteter Ereignisse katastrophale – ja tödliche – Folgen haben kann, zielt auf wirksame organisationale Mechanismen, die ein System befähigen, zuverlässig zu operieren. Das Zusammenspiel der folgenden fünf Verhaltensmuster von HROs bewirkt ihrer Meinung nach den Zustand der *Achtsamkeit* («mindfulness»):

- Konzentration auf Fehler
- Abneigung gegen vereinfachte Interpretationen
- Sensibilität für betriebliche Abläufe
- Streben nach Flexibilität
- Respekt vor fachlichem Wissen und Können

Nun wird es komplexer, wenn man es mit gesellschaftlichen und politischen Systemen zu tun hat. Flugzeugträger sind keine Staatengebilde, dennoch weisen beide ein Höchstmaß an komplexen Zusammenhängen auf, deren Erkennen und Problemlösen entscheidend ist für eine nachhaltige Weiterentwicklung.

### **Überforderte Unregierbarkeit oder normative Unterforderung?**

Die Antwort auf die Frage, ob von «überforderter Unregierbarkeit» infolge normativer Anforderungen gesprochen werden kann, oder im Gegenteil mit einer «normativen Unterforderung» der Preis für eine destruktive Abwertung politischer Handlungs- und Entscheidungskompetenz gezahlt wird, wird vermutlich irgendwo dazwischen zu finden sein. Weder die normative Überfrachtung, noch die Abwesenheit normativer Ideen ist letzten Endes das alleinige Alleinstellungsmerkmal für Politikverdrossenheit, notorisch niedrige Wahlbeteiligungen und Ursache für politische Frustrationen.

Good Governance, also ein «gutes» politisches Ordnungs- und Lenkungssystem, lässt sich weder nostalgisch herbeireden noch technokratisch verordnen. Es beginnt beim einzelnen Entscheidungsträger, seiner Art zu Denken, seiner mutigen Streitbarkeit und seinem gesunden Zusammenspiel im Sinne von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont (Koselleck).

Welcher Weg auch begangen wird, politische Entscheidungen in komplexen Fragen zu falsifizieren, bedeutet mit konsequentem Blick auch, über «das Wissen» zum Handeln neu nachzudenken. Die Frage der politischen Reife ist letztlich immer eine Wissensfrage.

Andererseits lässt sich fragen, ob es anders gelaufen wäre, wenn Politiker Dilemmata aufgelöst und Konfliktlösungsmechanismen für systemische Risiken neuer Qualität – hier im Fokus der Finanzkrise – erarbeitet hätten, und so notwendigerweise mehr Kommunikationspunkte mit anderen Gebieten geknüpft hätten, um zu tieferen Verständniszusammenhängen zu kommen und so frühzeitig die trügerische Idylle der Finanzökonomie als krisenhafte Dynamiken für die Gesellschaft und das Gros seiner Bürger erkannt hätten?

Die Logik des fragwürdigen Ausleseprozesses der Parteien sieht all dies zumeist nicht vor! Der unvermeidliche Besitz von achtsamen Qualitäten und der eng miteinander verknüpften heute notwendigen Schlüsselqualifikation und -kompetenz «Zusammenhänge herzustellen», versetzt Politiker zweifellos eher in die Lage, eine politische Ordnung von strategischer Resilienz zu gestalten, als ihr Fehlen. Sie erlauben es dem Inhaber, seine Hände in die Speichen des Rades der Geschichte legen zu dürfen.

Klaus Faber

## Die islamistische Terrororganisation ISIS, Israel und der Westen

### Vom Sykes-Picot-Abkommen von 1916 zur Mossuler Kalifatsausrufung von 2014

#### Identitätskonflikte, das Reich des Friedens und Nahost

Nationale und – allgemeiner – identitätspolitische Fragen spielen auf der internationalen Ebene, auch in Europa und Nahost, im Jahre 2014 – hundert Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs – eine größere Rolle. Die Stichworte Ukraine, Kurdistan, Schottland, Katalonien genügen, um das Szenario zu beschreiben. Das schottische Referendum vom 17. September 2014 hat trotz eines klaren Vorsprungs der Nein-Stimmen zur Unabhängigkeit Schottlands den Statuskonflikt vielleicht nicht dauerhaft beigelegt. In Katalonien gibt es nach allem, was bekannt ist, wohl deutliche Mehrheiten für die Unabhängigkeit von Spanien und auch für ein damit politisch verbundenes Votum gegen die spanische Monarchie. Auf die Dauer wird der spanische Zentralstaat wohl kaum eine Abstimmung über die Unabhängigkeit Kataloniens mit konsultativem Charakter verhindern können – was auch als Nebeneffekt der Schottland-Abstimmung angesehen werden kann. Bei den hier erwähnten sprach- und identitätspolitischen Auseinandersetzungen in Europa geht es meist um komplexe, weit in die Vergangenheit zurückreichende Konflikte, die nicht auf Einzelaspekte, wie etwa auf Fragen der Steuer- oder allgemeiner der

Reichtumsverteilung, reduziert oder auch nur konzentriert werden können.

Es war eine der verbreiteten Illusionen nach den Umwälzungen von 1990, die nationalen Konflikte seien jedenfalls in Europa im Wesentlichen beendet worden, was schon durch die Kriege in Ex-Jugoslawien widerlegt worden ist, oder, weitergehend, insgesamt und global sei das «Ende der Geschichte» eingetreten und ein allgemeines Reich des Friedens am Horizont zu erkennen. Für Europa, einschließlich Russland (bis Wladiwostok), mögen jenseits des aktuellen Russland-Ukraine-Konflikts aufgrund der realen europäischen Interessenkonvergenzen (Modernisierungsbedarf in Wirtschaft und Gesellschaft, außereuropäische Rivalitätskonstellationen) mittel- und langfristig gesehen bessere Kooperationschancen bestehen, als dies heute vielfach angenommen wird. Das spricht, auch vor dem Hintergrund der neueren russischen Anti-Putin-Demonstrationen, nicht gegen eine entschiedene Abwehr von Putin-Russlands Übergriffen gegenüber der Ukraine (vgl. dazu Leitartikel – Triumph der Gewalt, in: *Spiegel* Nr. 39, 22.9.2014, S. 14), wohl aber gegen eine dramatisierende Überzeichnung der Krise zwischen dem Westen und Russland als wiederbelebtem Ost-West-Konflikt.



Im globalen Rahmen ist andererseits mit der Möglichkeit von andauernden Spannungsfeldern und kriegerischen Auseinandersetzungen, etwa im südchinesischen Meer oder zwischen Pakistan und Indien, zu rechnen. Das gilt auf absehbare Zeit auch für die Nahostregion.

Bereits der Bürgerkrieg in Syrien hat die Unsicherheit und die Fragmentierung in der Identitätsbildung vieler Gesellschaften und Staaten mit arabischer Mehrheitsprache im Nahen Osten deutlich gezeigt. In der englischen Politiksprache taucht vor allem nach dem grenzüberschreitenden ISIS-(IS-) Vormarsch in Syrien und im Irak in der Konfliktbeschreibung häufig der Begriff «sectarian» auf. Anders als im Deutschen kann diese Bezeichnung beides bedeuten: «sektiererisch» und «konfessionsbezogen». Diese Mehrdeutigkeit führt im Englischen zu falschen Schlussfolgerungen, wenn damit an europäischen Erfahrungen ausgerichtete Vorstellungen von «Sekten»-Erscheinungen mit insgesamt geringer Bedeutung auf die ganz anderen Verhältnisse im Nahen Osten übertragen werden. Schia und Sunna sind in jeder Hinsicht keine «Sekten» (im deutschen oder – «sects» – im englischen Sinne). Ihre identitätsbildende Kraft ist häufig – nicht immer – ähnlich stark wie diejenige, die ethnische Formationen (im westlichen Sinne) entwickeln können – oder stärker.

### **Das Sykes-Picot-Abkommen und die Folgen**

Die früher von der heutigen IS-Terrorbewegung (IS: Islamic State) selbst gewählte Bezeichnung «ISIS» geht auf die englische Übersetzung aus dem Arabischen zurück: Islamic State in Iraq and Syria. Der zugrunde liegende arabische Organisationsname enthält als letztes Wort «esch-Scham», mit der ursprünglichen Bedeutung Links und Nor-

den. Wenn man vom früheren Midian, dem heutigen Nord-Hedschas, nach Osten blickt, liegt links «esch-Scham» (und rechts, weit im Süden, der Jemen; vgl. dazu im Hebräischen «Benjamin», der Sohn der «rechten Hand», des Glücks, oder die historische lateinische Bezeichnung «Arabia felix» für den Jemen). Die Bezeichnung «esch-Scham» war vor dem Ersten Weltkrieg in osmanischer Zeit als Regionalname, aber auch als Name für Damaskus, verbreitet. Der Regionalname umfasste damals das heutige Syrien, Teile des heutigen Irak, die heutigen Staaten Libanon, Israel, Jordanien, die heutigen palästinensischen Autonomiegebiete und Teile im Norden des heutigen saudi-arabischen Staates (siehe badiet esch-scham, die «syrische Wüste»). «Großsyrien» könnte eine einigermaßen zutreffende Übersetzung ins Deutsche sein, «Levante» (davon abgeleitet die von Obama und seinen Beratern bevorzugte englische Abkürzung «ISIL») umfasst nicht alle «Esch-Scham» zuzuordnenden Gebiete. Die alte ISIS-Selbstbezeichnung zeigt in der arabischen Abkürzung konsequenterweise am Ende den Buchstaben «Schin» – wie dargelegt für «Scham».

Nach der Kalifatsausrufung von 2014 im von ISIS eroberten Mossul reduzierte sich der ISIS-Name in der englischen Übersetzung auf das Kürzel «IS» («Islamic State»). Er erweiterte sich damit zugleich territorial auf eine unbegrenzte, tendenziell globale Dimension.

Die alte ISIS-Selbstbezeichnung bezog sich in einem wesentlichen Bestandteil *nicht* auf die aktuellen, nach dem Ersten Weltkrieg von den europäischen Teilungsmächten auf der Grundlage des britisch-französischen Sykes-Picot-Abkommens von 1916 gezogenen Staatengrenzen. Die größten Beschwerden für die Sunna-Minderheit im Irak – deren In-

teressen ISIS in al-Qaida-Nachfolge vertreten will – begannen nach der anzunehmenden ISIS-Sicht zwar nicht unmittelbar mit der Bildung des irakischen Staates durch die britische Kolonial- und Mandatsmacht. Die irakische Staatsgründung durch die Briten konnte aber, wie sich nach der US-Invasion von 2003 herausstellte, in der Fernwirkung zu unangenehmen Konsequenzen für die Sunniten im Irak führen.

Die in der osmanischen Zeit übliche Territorialbezeichnung «Irak», die auch im alten ISIS-Namen erwähnt wird, bezog sich eher auf den Süden des heutigen irakischen Staates, vor allem auf die früheren osmanischen Provinzen Basra und Bagdad. Dort gab es seit langem eine überwiegend schiitische Bevölkerung. Anders als dies im Sykes-Picot-Abkommen von 1916 zur Aufteilung der osmanischen Territorien zunächst vorgesehen war, konnten die Briten später das eigene Gebiet unter Einschluss von Gebieten der früheren osmanischen Provinz Mossul bis zur heutigen türkischen Grenze ausdehnen. Das nach der Vereinbarung von 1916 ursprünglich Frankreich zugeordnete Mossul-Gebiet verfügte (und verfügt) über eine kurdische, sunnitische Mehrheit. Es wurde von den Briten in den von ihnen konzipierten neuen irakischen Staat eingegliedert. Frankreich hatte als Folge des 1917 erfolgten Wegfalls des russischen Verbündeten und Beutepartners bei der Aufteilung des osmanischen Reiches seinen 1916 noch vom Vereinigten Königreich anerkannten Anspruch auf die Mossulprovinz und auf andere osmanische Gebiete aufgegeben.

Der neue sowjetische Staat veröffentlichte das Sykes-Picot-Abkommen und unterminierte damit die Glaubwürdigkeit der britischen Politik. Großbritannien hatte in einem Briefwechsel 1915/1916 die arabi-

schen Stammesformationen im Hedschas für einen antitürkischen Aufstand mit der In-Aussicht-Stellung eines unabhängigen Staats in den arabischsprachigen osmanischen Gebieten in Vorderasien gewonnen. Wie das Sykes und Picot für England und Frankreich später im Mai 1916 vereinbart hatten, sollte diese In-Aussicht-Stellung jedoch nicht oder nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen umgesetzt werden. Mit diesem delegitimierenden Makel waren die meisten unter europäischer Ägide entstandenen, kolonial oder halbkolonial regierten arabischen Staaten südlich der heutigen Türkei (unter Ausnahme Saudi-Arabiens) behaftet.

Im britischen Irak setzten die Briten nach einer kurzen Zwischenlösung den Haschemiten Faisal aus dem Hedschas als König ein. Dessen sunnitische haschemitische Familie wurde später (1925) von den wahhabitischen (nach dem heutigen Sprachgebrauch wohl als «islamistisch» zu bezeichnenden) Saudi-Heeren nach dem Ersten Weltkrieg aus ihrem Herrschaftsgebiet im Hedschas vertrieben. Faisals Vater Hussein (der «König von Hedschas») hatten im Ersten Weltkrieg, wie Faisal selbst, gegen die Türken gekämpft und wurde dabei von Lawrence unterstützt. 1920 war durch Frankreichs Widerstand, das auf das heutige Syrien und den heutigen Libanon nach dem Sykes-Picot-Abkommen und den entsprechenden Regelungen der Völkerbundmandate Anspruch erhob, Faisals Versuch gescheitert, sich als König in Damaskus (über «Großsyrien» – «Scham») zu installieren. Von den Briten erhielt er 1922 nach einer Volksabstimmung als Entschädigung die Königswürde im neugebildeten Irak. Sein jüngerer Bruder Abdallah wurde mit der östlichen Hälfte des ursprünglich für die Errichtung

einer jüdischen Heimstätte vorgesehenen Völkerbundmandats Palästina als Emir von Transjordanien (heute Königreich Jordanien) versorgt, das eine Landverbindung mit dem britischen Irak erhielt. Über «Palästina», «Transjordanien» und Irak verfügte das britische Imperium so über eine Landbrücke von Ägypten bis Iran. Das imperiale Großziel, Kapstadt, Kairo und Kalkutta mit britischen Gebieten zu verbinden, war aufgrund der Territorial- und Einflussgewinne nach dem Ersten Weltkrieg fast erreicht. Es fehlte nur noch das letzte Verbindungsstück im Irak.

Heute gehören im Irak den Schiiten ungefähr 60 Prozent der Bevölkerung an, die restlichen 40 Prozent mehrheitlich den Sunniten, neben kleineren christlichen und anderen Minderheiten, z. B. den überwiegend kurdischsprachigen Jesiden. Die sunnitischen Turkmenen bilden einen Teil des sunnitischen 40-Prozent-Bevölkerungsanteils. Etwa jeweils die Hälfte der Sunniten gehört zur kurdischen und zur arabischsprachigen Bevölkerung. Die arabischsprachige Bevölkerung Iraks, die nicht als politische Einheit agiert, umfasst ungefähr 80 Prozent der irakischen Einwohner. Sieht man von den durch die europäischen Mächte gezogenen Territorialgrenzen einmal ab, gibt es von Syrien, Jordanien, den palästinensischen Autonomiegebieten über Saudi-Arabien bis zu den sunnitischen, arabischsprachigen Gebieten im Irak ein zusammenhängendes Sunna-Territorium. Syrien, die palästinensischen Autonomiegebiete und Saudi-Arabien sind überwiegend sunnitische Länder. Die arabischen Sunniten im Irak sind also erst durch die europäische Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg in eine Minderheitenlage geraten.

Die sunnitisch-arabische Vorherrschaft im Irak wurde andererseits erst durch die

westliche Irak-Invasion von 2003 beendet. Bis dahin hielt sich im Irak über die Entkolonialisierung sowie alle Regimewechsel von der Monarchie zur Republik und danach auch über die unterschiedlichen, meist diktatorischen Regierungssysteme im Irak hinweg eine sunnitische Dominanz. Das hatte Auswirkungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, z. B. für die Offizierskorpsbildung. Nach dem Sturz dieser sunnitischen Dominanz durch die US-Invasion von 2003 erhielten die neuen, überwiegend schiitischen Streitkräfte dementsprechend auch ein überwiegend schiitisches Offizierskorps. Die Sunniten haben diesen Wechsel wohl vielfach als Diskriminierung empfunden.

In dieser neuen Lage nach 2003 übernahm zunächst al-Quaida den sunnitischen Terrorwiderstand gegen die zugunsten der Schia veränderten Verhältnisse. Später tauchte im Irak und in Syrien ISIS auf. Er verfolgte das für eine Terrororganisation (sieht man von Hamas, Hisbollah und anderen ab) eher unübliche Kriegskonzept, zunächst eine ausgedehnte Territorialherrschaft zu errichten. ISIS gelang es damit, für verschiedene sunnitische Sektoren attraktiv zu werden, z. B. für sunnitisch-arabische Stämme und Regionen im Nord- und Westirak. Viele Berichte stimmen darin überein, dass Teile des alten irakisch-sunnitischen Offizierskorps unter Saddam Hussein in den ISIS-Streitkräften tätig sind, ebenso türkische und europäische Freiwillige, darunter Konvertiten. Die Kampfkraft der neugebildeten Streitkräfte des schiitisch dominierten Irak ist offensichtlich sehr unterschiedlich. Mehrere irakische Divisionen sollen im Kampf mit ISIS-Truppen ihre Stellungen, etwa in Mossul, aufgegeben und ihre schweren Waffen, auch Panzer, zurückgelas-

sen haben. Über derartige Waffen verfügen die kurdischen Streitkräfte im Irak und in Syrien in aller Regel nicht oder nur in sehr begrenztem Umfang.

Frankreich erhielt nach dem Ersten Weltkrieg die Völkerbundmandate von Syrien und Libanon, mit den beschriebenen und einigen anderen Gebietsänderungen im Wesentlichen im Rahmen des nach 1917 geänderten Sykes-Picot-Abkommens. Syrien in den mit einer Ausnahme noch heute geltenden Grenzen wurde von den Franzosen zunächst in vier Teile geteilt: in die «Staaten» (états) Damaskus und Aleppo (offenbar für die sunnitische Mehrheit und verschiedene Minderheiten, wie Christen und Kurden), den Drusen-Staat um das Hauran-gebirge im Südosten, den Alawiten-Staat an der Küste Syriens in den heute noch geltenden syrischen Grenzen und schließlich das Gebiet von Alexandrette (türkisch: Iskenderun). Dieses nördlich an den Alawiten-Staat angrenzende Küstenterritorium trat Frankreich kurz vor dem Zweiten Weltkrieg an die damals kemalistische Türkei nach zweifelhaften Abstimmungsverfahren ab. In der heute türkischen Hatay-Region (Hatay: ein künstlicher türkischer Name, der auf die Hethiter zurückzuführen ist) haben vor der Abtretung wahrscheinlich arabischsprachige Formationen (Sunniten, Alawiten, Christen) die Mehrheit gestellt. Lange Zeit hat der später unabhängig gewordene syrisch-arabische Staat, die Iskenderun-Abtretung sowie die Unabhängigkeit Libanons nicht anerkannt. Frankreich hat die Teilungsabsichten, die in den ursprünglich vorgesehenen syrischen Einzelstaaten zu erkennen waren, abgesehen vom Iskenderun-Abtretungsfall später wieder aufgegeben, auch aufgrund des Widerstands in der syrischen Bevölkerung.

Der kemalistische Staat hatte auch auf anderen Gebieten revisionistische Territorialambitionen. Er forderte z. B. die «Rückgabe» des britisch-irakischen Mossulgebiets, auch unter Berufung auf die dort lebende turkmenische Minderheit und mit Blick auf die Ölfunde in diesem Territorium. Diese Grenzkorrekturforderung ließ sich allerdings gegen Großbritannien nicht durchsetzen. Man muss in diesem Zusammenhang berücksichtigen, dass die kemalistische Türkei im Kampf gegen die sehr ungünstigen Bedingungen des Friedensvertrags von Sèvres (1920) entstanden war. Nach den Regelungen dieses Vertrags fielen große Gebiete an der ägäischen Küste der heutigen Türkei und des heute türkischen Thrakiens in die Hände der Griechen; Griechenland verfügte danach auch über eine Schwarzmeerküste. Große Teile des heute türkischen Ostanatoliens sollten zu einem unabhängigen armenischen Staat gehören. In Südostanatolien war außerdem die Gründung eines kurdischen Staats geplant. Atatürk hat nach den Siegen im türkisch-griechischen und im türkisch-armenischen Krieg eine Revision der Sèvres-Bedingungen im Sinne der heutigen türkischen Grenzziehung (noch ohne Iskenderun) im Vertrag von Lausanne (1923) erreicht. In diesem Vertrag wurde ein sehr weitgehender griechisch-türkischer Bevölkerungsaustausch (in der Bilanz eher zu Lasten Griechenlands) vereinbart oder zum Teil nachträglich sanktioniert, der von beiden Seiten mit Zwang, aber ohne weitere kriegerische Auseinandersetzungen umgesetzt wurde oder bereits umgesetzt worden war.

Diese Vorgänge entsprachen im Ergebnis den ethnischen Homogenisierungsprogrammen der Jungtürken, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg im Osmanischen Reich an die Macht gekommen waren. Der

artige Homogenisierungsprogramme prägten auch die Politik der neuen Christenstaaten auf dem Balkan. Einige Millionen muslimische Flüchtlinge oder Vertriebene kamen auf diese Weise vor dem Ersten Weltkrieg aus diesen Staaten und aus Russland in das osmanische Reich. Anders als der Hauptstrom der Jungtürken verzichtete Atatürk auf territoriale panturanische Annexionszielsetzungen in den zentralasiatischen turksprachigen Gebieten der 1917 gegründeten Sowjetunion. Die Türkei erhielt allerdings früher russische Gebiete an den Grenzen der heutigen unabhängigen Staaten Georgien und Armenien.

Die französische Grenzziehung für das Mandatsgebiet Libanon hatte ursprünglich ein großes Gebiet mit einer christlichen Mehrheit, die aus unterschiedlichen Christengruppen bestand, dem libanesischen Staat zugeordnet. Das war im Rückblick betrachtet an Danaergeschenk an die Christen. Die Bürgerkriege und andere Umstände haben zur Reduzierung des christlichen Bevölkerungsteils im Libanon und zur Christenflucht aus dem Libanon geführt. Heute gibt es dort keine christliche Mehrheit mehr.

### **Sonderfall Kurdistan**

Demokratischen Verhältnissen kommen in Irak und in Syrien die irakischen Gebiete der kurdischen Autonomieregierung unter Präsident Masud Barzani nahe. Hierhin flüchteten irakische Christen, die im Übrigen zu großen Teilen irakische Gebiete verlassen haben, sunnitische arabischsprachige Einwohner Mossuls, die sich der ISIS-Herrschaft entziehen wollen, sowie viele jesische Einwohner des Sindschar-Gebiets im irakischen Norden. Die kurdische Autonomieregierung hatte zunächst, auch um den ISIS-Vormarsch aufzuhalten, zwischen

der schiitischen Zentralregierung und ihr umstrittene Gebiete, darunter Ölfördergebiete, um die mehrheitlich kurdische Stadt Kirkuk militärisch besetzt und ihrer Administration eingegliedert. Wegen ihrer in vieler Hinsicht mangelhaften Bewaffnung haben die kurdischen Peschmerga-Streitkräfte der Autonomieregierung allerdings später auch militärische Niederlagen und Gebietsverluste durch ISIS hinnehmen müssen.

Als Zeichen für die Ambivalenz und Unübersichtlichkeit der Verhältnisse kann die Kooperation zwischen der Türkei und der kurdischen Autonomieregierung angesehen werden. Die Kooperation hat zum Bau einer Pipeline aus Irakisch-Kurdistan in die Türkei geführt, die kurdisches Öl über eine Anschlusspipeline zu einem türkischen Mittelmeerhafen weiterleitet. Auf diese Weise wird ohne Erlaubnis der irakischen Zentralregierung Öl aus Kurdistan exportiert. Die kurdisch-türkische Kooperation ist innerhalb der einzelnen kurdischen Formationen umstritten. Sie wird von den syrischen Kurdenorganisationen, die zunächst der türkischen PKK nahestanden und partiell auch heute noch nahestehen, teilweise kritisiert.

In der Bilanz gute, indirekte Beziehungen hat die kurdische Autonomieregierung unter Masud Barzani offenbar zu Israel. Anders als in nahezu allen arabischsprachigen Gebieten in Nahost gibt es im Gebiet der Autonomieregierung keinen tagtäglich präsenten, häufig gegen Israel, aber auch allgemein gegen Juden gerichteten Antisemitismus.

Als Ausweg aus den komplizierten und instabilen Bürgerkriegsverhältnissen im Irak und in Syrien wird in den westlichen Medien häufiger eine Teilung der beiden Länder erörtert. Die Idee eines unabhängigen Kurdistans auf irakischem und syrischem Ge-

biet findet vielleicht die größte Unterstützung. Auch die Erdogan-Regierung schließt eine derartige Entwicklung, anders als frühere türkische Regierungen, wohl nicht mehr ganz aus. Eine größere externe Militärintervention wäre für diese Lösung nicht notwendig.

### **Grenzrevisionen in Syrien und im Irak?**

Weiter gehende Neugliederungsvorschläge für Nahost sind in absehbarer Zeit dagegen kaum zu realisieren. Sie würden einen Sieg einer Bürgerkriegsseite und einen erheblichen militärischen Aufwand zur Durchsetzung und Sicherung der neuen Verhältnisse erfordern. Beide Ziele sind ohne massive militärische Interventionen nicht denkbar. Für eine westliche Intervention fehlen nach der von Obama verfolgten Rückzugspolitik und auch nach den bislang vom übrigen Westen vertretenen Positionen die politischen Grundvoraussetzungen. Die neue, seit September 2014 durchgeführte westlich-arabische Luftschlagintervention unter Führung der USA im Irak und in Syrien reicht dafür nicht aus, wie das ja auch niemand behauptet hat und behauptet. Seit der Veröffentlichung der Bilder über die Enthauptung westlicher Journalisten durch ISIS-Terroristen hat sich die Mehrheitsstimmung in den USA im September 2014 zwar gedreht. Die Mehrheit der US-Bürger unterstützt jetzt eine militärische Intervention gegen ISIS. Obama muss diese Stimmung berücksichtigen. Den Einsatz von Bodentruppen lehnt er aber nach wie vor ab.

Das spricht im Ergebnis gegen weitere Grenzänderungen in Nahost. Sie würden in jedem Fall auf verschiedenen Seiten, u. a. bei einem Teil der arabischen Staaten, auf Widerspruch stoßen. Waffenstillstandsvereinbarungen oder Absprachen mit humani-

tären Zielsetzungen sowie andere sachlich begrenzte Abkommen sind denkbar, im Kurdistan-Fall auch eine de-facto-Anerkennung etwa durch die Türkei. Dass auf dem Weg zu diesem Zwischenziel iranische und vom Iran geförderte Militärverbände einen sinnvollen Beitrag, z. B. im Irak, leisten können, ist nicht anzunehmen. In der US-Politik wird allerdings über derartige, auch im Sinne von «Realpolitik» unrealistische Gedanken diskutiert. Man muss in diesem Zusammenhang an die Politik der neoosmanischen Sunniten-Schutzmacht Türkei denken. Kann es ein sinnvolles Ziel sein, iranische, vom Iran gelenkte Hisbollah- und türkische Truppen in größerem Umfang in den Bürgerkriegsländern Syrien und Irak einzusetzen?

Das Nachbarland zum Irak, Syrien, das ebenfalls Objekt von Teilungsüberlegungen ist, verfügt, wie dargelegt, über eine klare sunnitische Bevölkerungsmehrheit. ISIS beherrscht dort einen größeren Teil der östlichen und nördlichen, an den Irak und partiell an die Türkei angrenzenden Landesregionen. Die Regierung Syriens, die seit der militärischen Machtergreifung des syrischen Baath-Flügels in den 1960er-Jahren von der schia-nahen Minderheit der Alawiten dominiert wird (im nahezu grotesken Gegensatz zum Irak, wo jahrelang eine sunnitische Minderheit über eine schiitische Mehrheit geherrscht hat), steht mit der Islamischen Republik Iran, mit der von dieser geführten Terrororganisation Hisbollah und in gewissem Umfang auch mit Russland im Bündnis. Sie bekämpft ISIS, aber auch andere syrische Widerstandsgruppen, die jetzt von den USA unterstützt und mit Waffen beliefert werden. Das schiitische Mullah-Regime im Iran bildet das Bindeglied zum Irak. Iran unterstützt die nach der auf US-Druck neugebildete, gegenüber den Minderheiten «in-

klusiv» orientierte, aber immer noch überwiegend schiitisch ausgerichtete Bagdader Regierung im Kampf gegen ISIS. In Syrien stehen die ethnisch-religiösen Minderheiten eher an der Seite von Assads Regierung in Damaskus. Die Führung der kurdischen Gebiete in Syrien tendiert in dieser Hinsicht mehr zu einer neutralen Position.

Eine durchsetzbare Teilungsoption ist in Syrien, abgesehen von den kurdischen Gebieten, nicht zu erkennen.

### **Europas Verantwortung für die Nahostzustände; Antisemitismus in Nahost**

Man kann bei der Bewertung der Nahostverhältnisse kaum eine Mitverantwortung Europas nach den Verträgen von Sèvres und Lausanne für die Gestaltung der Nahostverhältnisse, auch im Sinne eines negativen Beitrags, bestreiten. Die Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg war oft ausschließlich oder überwiegend an europäischen Interessen orientiert. Sie hat nicht selten die Basis für ethnisch-religiöse Konflikte gelegt oder diese vertieft, die bis heute wirken und jetzt auch im sunnitischen ISIS-Terror sichtbar werden.

Dabei ist andererseits die Frage zu stellen, ob ein unter türkisch-osmanischer Herrschaft verbleibendes arabischsprachiges Vorderasien einschließlich der arabischen Halbinsel im Wesentlichen friedliche Entwicklungsperspektiven hätte eröffnen können. Zweifel sind in mehrfacher Hinsicht begründet. Die Politik der Jungtürken hatte bereits vor dem Ersten Weltkrieg zu ethnischen Spannungen geführt oder vorhandene Konflikte ausgeweitet. Arabischsprachige (auch muslimische) Kinder mussten vor dem Ersten Weltkrieg in den öffentlichen Schulen z. B. in Jerusalem Türkisch lernen. Konflikte mit verschiedenen christlichen

Gruppen, darunter den Armeniern, gab es auch vor diesem Krieg. Im Ersten Weltkrieg wurde der Völkermord an den Armeniern begangen. Es ist fast ausgeschlossen, dass sich eine fortgesetzte jungtürkische Herrschaft im osmanischen Westasien ohne kriegerische Auseinandersetzungen hätte halten können.

Die im Vergleich relativ kurze europäische Kolonialherrschaft und Teilungspolitik in den früher osmanischen westasiatischen Gebieten hat zwar zu antiwestlichen Ressentimentdispositionen geführt (die übrigens durch die Kriegspropaganda Hitlerdeutschlands, insbesondere in ihrer antisemitischen Agitation, vertieft wurden) und auch die politische Emanzipation behindert. Sie kann aber, anders als das populäre Strömungen in Nahost und postkoloniale Tendenzen in westlichen Medien und an westlichen Hochschulen behaupten, nicht für alle oder die meisten Übel und Entwicklungsdefizite in dieser Region verantwortlich gemacht werden.

Es gab nach der Entkolonialisierung mehrere Versuche, die Grenzziehungen zwischen den einzelnen arabischsprachigen Ländern zu überwinden. Syrien und Ägypten hatten sich vereinigt. Diesem Bund waren zeitweise der Irak und der Jemen beigetreten. Alle derartige Unionsgründungen sind gescheitert – und zwar im Wesentlichen nicht aufgrund westlicher Interventionen. Die Rückständigkeit arabischer westasiatischer Staaten z. B. auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft, Innovation oder Emanzipation der Frau – und auch die rückwärtsgewandte ISIS-Erscheinung, die das von Atatürk abgeschaffte Kalifat wiedererrichten will – kann im Hauptgrund nicht auf einen negativen westlichen Kolonialeinfluss zurückgeführt werden. Dies zeigt auch der

Vergleich mit anderen Ex-Kolonien in Asien. Die sunnitisch-konservativen Wahhabiten gab es schon im 18. Jahrhundert im heutigen Saudi-Arabien. Sie richteten sich damals gegen innerislamische Feinde, auch gegen die osmanische Herrschaft, aber nicht gegen westliche Mächte.

Ähnliches gilt für den grassierenden Antisemitismus in den arabischen Staaten, der häufig in der Form des antisemitischen Israelhasses auftritt, der auf die Vernichtung Israels abzielt. Er ist das gemeinsame politisch-religiöse Glaubensbekenntnis fast aller islamistischen Staaten und Formationen in Westasien – von der Islamischen Republik Iran, Hisbollah, al-Qaida bis zu den Muslimbrüdern, Hamas (wie ihre Charta zeigt, vgl. Klaus Faber, *Neu-alter Judenhass – Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik*, Berlin: Verlag Berlin-Brandenburg, 2006, 2. Aufl. 2007, hg. mit Julius H. Schoeps und Sacha Stawski, S. 399 bis 424, insbes. S. 406) und ISIS. Antisemiten sind für die gegen die Menschenrechte gerichtete Deformation «Antisemitismus» verantwortlich – und niemals die Juden oder Israel.

Die auch in der deutschen Politik- und Mediendebatte anzutreffenden, oft hämevollen Äquidistanzvergleiche zwischen den «Radikalen» in Hamas und Israel (vgl. dazu den Bericht in der *Jerusalem Post* vom 28. 9. 2014, in: <http://www.jpost.com/Diaspora/Outrage-over-top-German-politician-comparing-Hamas-to-Israel-376504>) zeigen Spuren dieser Deformation in der Dämonisierung Israels. Wer sich zur Verteidigung derartiger Ausführungen auf eine große Zustimmung in der Bevölkerung beruft, hat offenbar nicht mitverfolgt, in welchem Umfang antisemitische Dispositionen global und auch in Deutschland verbreitet sind

(vgl. dazu die Untersuchung der amerikanischen ADL – Anti Defamation League – vom 13. Mai 2014 über den globalen Antisemitismus). Israels Existenz ist nicht der Grund für den lange anhaltenden, von Anfang an antisemitisch grundierten arabisch-israelischen Konflikt. Andere Konflikte in Nahost haben zudem durchaus größeres Gewicht.

Dies hat vor kurzem auch die US-Regierung in der Kritik an der Israel diffamierenden Rede des Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde Abbas vom September 2014 vor den Vereinten Nationen betont. Ein Vergleich mit dem griechisch-türkischen Konflikt oder mit dem syrisch-türkischen Streit um Iskenderun, in denen es um ähnlich wichtige oder wesentlich bedeutendere Territorialauseinandersetzungen ging, zeigt, dass nicht jeder Territorialkonflikt in eine jahrzehntelang gehaltene, rassistisch konnotierte Hassposition münden muss.

Jede Regierung Israels kann selbstverständlich, um diesen häufig zitierten Punkt aufzugreifen, inner- und außerhalb des Landes kritisiert werden – wie andere Regierungen in allen Weltregionen auch, sofern dort, dies gilt für Kritik im Land, Meinungs- und Pressefreiheit besteht. Zu den Kritikpunkten an Israels Regierung können die Grenzen und der Sinn der immer wieder erwähnten Siedlungspolitik gehören. Es handelt sich jedoch nicht um legitime Kritik, sondern um antisemitische Agitation, wie vor kurzem auch der bekannte US-Jurist Alan Dershowitz erklärt hat (der sich selbst zumindest von Teilaspekten der Siedlungspolitik distanziert), wenn das Ziel der Kampagne offen oder verdeckt die Delegitimierung und die Vernichtung Israels ist. Die politische und moralische Glaubwürdigkeit von Kritikern der israelischen Siedlungspolitik, die sich



nur zu diesem Punkt und nur zu Israel kritisch äußern, würde zudem außerordentlich gestärkt, wenn sie sich vergleichbar kritisch auch mit dem Hamas- oder ISIS-Terrorismus, mit dem Antisemitismus in arabischen Gesellschaften, mit dem Antisemitismus von ISIS, Hamas, Hisbollah und des Mullah-Regimes im Iran oder auch nur mit der indonesischen Siedlungspolitik in Westneuguinea, mit der chinesischen Siedlungspolitik in Sinkiang und im Rückblick mit der Siedlungspolitik der Khartum-Regierung im nicht-arabischen Südsudan oder mit der früheren Umsiedlungspolitik Saddam Husseins in Irakisch-Kurdistan befassen würden. Diese Umsiedlungspolitik hat teilweise mit Erfolg darauf abgezielt, die demografischen Verhältnisse in Irakisch-Kurdistan zugunsten der arabischen Sunniten zu verändern. Mehr Ausgewogenheit und weniger antiisraelische Parteilichkeit ist auf diesem Gebiet auch bei offiziellen EU-Stellungnahmen vorstellbar.

Die in jeder Hinsicht einseitige und in Sprache und Inhalt radikale Diffamierung und Dämonisierung Israels etwa in den Beschlüssen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen folgt demgegenüber oft genug den islamistischen Positionen. Sie führt nicht zum Frieden im arabisch-israelischen Verhältnis. Das gilt auch für die Kampagnen gegen Israel wegen angeblicher Völkerrechtsverletzungen im Gazakrieg. Die Kampagnen verkennen, dass sich hinter den Totenzahlen aus Hamas-Gaza nachweisbar in größerem Umfang Hamaskämpfer verbergen, dass die Zahl der wahrscheinlichen Ziviltoten (über 1.000) insgesamt begrenzt ist und dass deshalb, auch verglichen mit den täglichen flächendeckenden Raketenangriffen auf Israel, die israelischen Gegenangriffe auf Raketenstellungen, Hamas-

kämpfer, Waffenlager und Tunnelleingänge das Verhältnismäßigkeitsprinzip nicht verletzt haben. Auffällig ist demgegenüber, dass die unumstrittene, hohe Zahl der Ziviltoten in Syrien (etwa 200.000) zu keinen vergleichbaren Protestbewegungen oder offenen Briefen von Experten in Deutschland und Europa geführt haben. Gegenüber Israel wird offenbar gerne ein diskriminierender Ausnahmemaßstab angewandt.

Vor einer dauerhaften Friedensregelung mit umfassenden Entmilitarisierungsbestimmungen für das Westjordanland und Gaza, die den neuen Gefahren durch Tunnelbau und Raketenbeschuss gerecht werden, sind im Übrigen ernsthafte Anstrengungen zur Antisemitismusbekämpfung in diesen Gebieten erforderlich. Der Antisemitismusbefund weist dort – bei über 90 Prozent der erwachsenen Bevölkerung – den weltweit höchsten Stand auf (vgl. die erwähnte ADL-Untersuchung vom 13. Mai 2014). Bei dieser Ausgangslage ist in absehbarer Zeit nicht mit einem belastbaren Friedensvertrag zu rechnen.

### **Konstellationen für den Anti-ISIS-Krieg**

Welche Perspektiven zeichnen sich für den Anti-ISIS-Krieg ab? Mit Luftschlägen allein kann dieser Krieg nicht gewonnen werden. Ob die US-Versuche Erfolg haben werden, u. a. mit Waffenlieferungen an syrische Oppositionsgruppen mittelfristig die notwendigen Bodentruppen in Syrien zu bilden, bleibt abzuwarten. Ebenso unbeantwortet bleibt die Frage, ob es gegen Russland und den Iran (plus Hisbollah) gelingen kann, die Assad-Regierung, die zunächst einmal vom Anti-ISIS-Krieg profitiert, zu stürzen.

Eine sinnvolle Investition ist in jedem Fall die Unterstützung der Kurden im Irak und in Syrien. Die Regierung des Kurdi-

schen Autonomiegebiets im Irak ist, wie dargelegt, nicht auf allen Gebieten perfekt, aber im Vergleich zu allen anderen Staaten mit islamischer Bevölkerungsmehrheit in der Demokratieförderung, in der Frauenemanzipation und allgemeiner in der Menschenrechtspolitik am weitesten entwickelt. Die Kurdenunterstützung kann vielleicht partiell mit der Erdogan-Türkei abgestimmt werden – trotz aller berechtigten Zweifel an der Zuverlässigkeit der aktuellen islamistischen türkischen Regierung.

Mittel- und längerfristig werden die überwiegend schiitischen Kampfverbände unter Kontrolle der Bagdader Regierung auch ohne Iran-Beteiligung wohl ein ernst zu nehmender militärischer Faktor werden. Bereits heute sind sie der Zahl nach den ISIS-Truppen (30.000 oder, durch neue Rekrutierung, mehr) weit überlegen. Die ISIS-Milizen werden das mehrheitlich schiitische Bagdad auch in der jetzt erkennbaren Schwächephase der schiitischen Streitkräfte nicht erobern können. In den ISIS-Reihen befinden sich zwar, wie dargelegt, offenbar einsatzfähige und besonders radikale ausländische Kämpfer, darunter europäische Islam-Konvertiten, auch aus Deutschland, deren Hin- und Rückweg bislang häufig über die Türkei führte. Aus kurdischen Kreisen in Syrien wird immer wieder der Vorwurf erhoben, die ISIS-Einheiten seien zumindest früher aus der Türkei mit Waffenlieferungen unterstützt worden, was die türkische Regierung bislang allerdings dementiert.

Diese «Stärken» auf der ISIS-Seite ändern aber das Gesamtbild nicht. Die Ausrufung des Kalifats stößt nicht nur bei arabisch-muslimischen Regierungen, sondern ebenso bei der sunnitischen Bevölkerung in vielen Ländern nicht nur auf Zustimmung, auch nicht in den kurdischen Terri-

torien und in nicht-sunnitischen Gebieten. Mit größerer Wahrscheinlichkeit steht ISIS auf längere Sicht vor einer politisch-militärischen Niederlage – ohne dass damit die Bürgerkriege und Konflikte in Nahost beendet wären. Langfristig wird in der sich immer weiter von Demokratie und Pluralismus wegbewegenden, islamistischen, neosmanischen und antisemitischen Erdogan-Türkei das größere Gefahrenpotenzial sichtbar. Vergleichbares gilt für die Islamische Republik Iran, die systematisch fundamentale Menschenrechte verletzt und, kaum verborgen, die Vernichtung Israels plant.

Es ist nicht sicher, ob die Obama-Administration von ähnlichen Gefahreinschätzungen ausgeht. Sie tendiert eher zu problematischen Inklusionsstrategien z. B. gegenüber den ägyptischen Muslimbrüdern. Diese hält sie, anders als die ägyptische Regierung und die große Bevölkerungsmehrheit in Ägypten, trotz ihres islamistischen Programms und ihrer offenen Grenze zum Terrorismus nicht nur in Ägypten für integrationsfähig.

### **Bürgerkriege, Übergangsabkommen und Friedensperspektiven**

Die Bürgerkriegszustände in Syrien und im Irak haben Auswirkungen auf den gesamten Nahen Osten. In vielen Nahostländern gehört staatlich-politische Instabilität zu den Grundmerkmalen. Das gilt neben dem Libanon auch für Jordanien, ein nur scheinbar politisch stabiles Land, wie die Präsenz der islamistischen Muslimbrüder inner- und außerhalb des Parlaments zeigt. Ägypten kann seit der Machtergreifung der Muslimbrüder und ihrem Sturz, die jeweils durch Wahlen legitimiert wurden, ebenso nicht mehr unter allen Gesichtspunkten als Hort der Stabilität angesehen werden. Ähnliches

gilt langfristig für das in seiner Staats- und Gesellschaftsform islamistische Saudi-Arabien. Ein Syrien ohne Assad wird für längere Zeit wohl ein Wunschbild bleiben. Ob nach einer ISIS-Niederlage die Verhältnisse im Irak als stabil bezeichnet werden können, ist unsicher. Dies gilt, wie erwähnt, auch für die künftige Orientierung des Iran und der Erdogan-Türkei.

Eine umfassende Regelung zur Lösung aller Nahostkonflikte ist nicht erkennbar. Vereinbarungen über einen Waffenstillstand zwischen einigen Bürgerkriegsparteien oder sonstigen Partnern mit Schutz-zonen für Vertriebene und Flüchtlinge sind im Irak und in Syrien möglich, ebenso Rückkehrabkommen, die auch die Sicherheit und die Versorgung für die Rückkehrer regeln. Denkbar sind Schritte in Richtung auf eine Föderalisierung sowohl in Syrien als auch im Irak. Auch im arabisch-israelischen Konflikt sind Entspannungsschritte nicht auszuschließen. Sie setzen allerdings ein Ende der Israeldiffamierung durch die palästinensische Autonomiebehörde und in den Vereinten Nationen voraus. Notwendig ist vor allem nach dem Gazakrieg ebenso eine gesicherte Entmilitarisierung im Gazastreifen und im Westjordanland.

Die Bedingung, der Israeldiffamierung und Delegitimierung Israels ein Ende zu setzen, kann nur erfüllt werden, wenn sich die westlichen Staaten, unter Einschluss von Deutschland, dafür deutlich wahrnehmbar einsetzen. Das ist, was Deutschland und die übrigen westlichen europäischen Staaten anbelangt, bislang nicht der Fall. Obama hat vor den Vereinten Nationen im September 2014 immerhin die antiisraelische Agitationsrede von Abbas als friedensschädlich kritisiert. Er ging damit weiter als die meisten europäischen Regierungen, auch

weiter als die deutsche Regierung. Man kann ohne Thematisierung des alltäglichen Antisemitismus und der ebenso alltäglichen Infragestellung der Existenz von Israel sowie ohne Berücksichtigung der Minimalbedingungen für die israelische Sicherheit kaum glaubwürdig Forderungen gegenüber Israel stellen. Wie bei anderen Problemlagen in Nahost kann auch im arabisch-israelischen Konflikt nur schrittweise Vertrauen aufgebaut werden. Pragmatische Einzelschritte sind besser als unrealistische Großpläne, denen häufig illusionäre Annahmen, wie diejenige einer allgemeinen Friedensbereitschaft, zugrunde liegen.

Dass die Islamische Republik Iran ebenso wie die islamistische türkische Führung unter Erdogan keine zuverlässigen Partner für dauerhafte Friedensregelungen sein können, ist eine Position, die sich im Westen erst wieder oder noch durchsetzen muss. Die Türkei hat sich im letzten Gazakrieg zusammen mit Katar als Hamas-Unterstützer profiliert. Sie hat in dieser Rolle einen früheren Waffenstillstand verhindert. Erdogan hat auch als neuer Präsident Israel diffamiert und ebenso den ägyptischen Präsidenten wegen dessen kritischer Haltung gegenüber den Muslimbrüdern angegriffen. Der Charakter der türkischen Beziehungen zu ISIS muss noch aufgeklärt werden. Die Hamas-Bewegung sollte künftig als das angesehen werden, was sie ist: eine antisemitische Terrororganisation – wie Hisbollah.

Auch die allgemeinen Positionen des Westens gegenüber globalen Interventionsfällen bedürfen der Neuordnung. Westliche Interventionen dürfen nicht zu sehr oder überwiegend von Stimmungslagen abhängen, wie das bei der ISIS-Intervention der Fall gewesen ist. Wahrscheinlich ist eine strategische Neuorientierung in derartigen

Fragen erst nach den Präsidentenwahlen von 2016 zu erwarten.

In Deutschland stehen ebenso Überprüfungen an. In der Nahostpolitik ist die Rückkehr zu einer realistischen Lagebeurteilung unter Einschluss des Antisemitismusfaktors erforderlich. Das gilt auch für die Innenpolitik. Bundeskanzlerin Merkel hat sich auf der

Demonstration gegen Antisemitismus am Brandenburger Tor am 14. September 2014 mit Unterstützung aller Bundestagsfraktionen deutlich dafür ausgesprochen, Antisemitismus in jeder Form zu bekämpfen. Das ist ein richtiges Ziel – von dem wir noch sehr weit entfernt sind.

Kira Ludwig

## Die Geschichte der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V.

### Teil 3: Ökosozialismus, Godesberg 2 und die Deutsche Einheit (1984–1990)

Das Jahr 1984 hatte in der westdeutschen Öffentlichkeit einen zweifelhaft verheißungsvollen Klang, auf den sich das politische Feuilleton immer gerne bezog, weil George Orwell 1948 seiner Dystopie den Titel «1984» gegeben hatte. Auch wenn Orwells Fantasie nicht Wirklichkeit geworden war, so war dennoch einiges los in Politik und Gesellschaft. Die *Perspektiven des demokratischen Sozialismus* (*perspektiven ds*) erschienen zum ersten Mal und damit nahm die HDS nun auch schriftlich öffentlich Stellung zu den Vorgängen. Dabei richtete sie den Blick zunächst nach innen, denn es waren durch die Bestätigung der Kanzlerschaft Helmut Kohls und seine Ausrufung einer konservativen «Erneuerung» umfangreiche gesellschaftliche Veränderungen zu erwarten mit großen sozialen Nachteilen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die neu im Bundestag vertretenen Grünen wiederum drängten auf eine ökologischere Politik und man sah sich mit Umweltkatastrophen, u. a. Dioxin-Skandal und der Katastrophe von Bhopal konfrontiert. Auch friedenspolitisch wuchs mit den Grünen eine Konkurrenz heran. In dieser letzten Hochrüstungphase kam der Kalte Krieg mit SDI im Weltraum an.

Ein neues Konzept eines «Ökosozialismus» sollte Wirtschaft, Soziales, Umwelt und Frieden nun zusammenbringen. Auf welchen Raum die HDS ihren Ökosozialis-

mus bezog, blieb allerdings diffus, die Deutsche Einheit lag zumindest nicht im Horizont der undogmatischen Betrachter und das obwohl der Zusammenbruch des Ostblocks keine Unmöglichkeit mehr darstellte. 1983 und 1984 leistete die Bundesrepublik der DDR mit Milliardenkrediten Hilfe, der gesamte Ostblock befand sich in einer schweren Wirtschaftskrise. Heute wissen wir: Eine neue Zeit brach an.

#### Weiterentwicklung der Theorie in der HDS: Ökosozialismus

Das Konzept des Ökosozialismus brauchte in der HDS eine Weile, bis es tatsächlich in der ersten Reihe saß. Fritz Vilmar hatte das Thema Ökologie in der Plattform von 1976 bereits platziert. Im ersten Arbeitsheft der HDS eröffnete das Thema den Reigen der angedachten wirtschaftspolitischen Vorhaben der jungen wissenschaftlichen Vereinigung, gepaart mit dem Schlüsselwort Wachstumskritik.<sup>1</sup> Inzwischen hatten sich wie erwähnt die Grünen im Bundestag etabliert und ihre Theorie einer ökologischen Lebensweise, mancherorts auch Elemente eines eigenen Ökosozialismus entwickelt. In Vilmars «Sieben Essentials des Ökosozialismus» von 1984 warf er zu Beginn eine Frage auf, die die HDS eine Weile beschäftigen sollte: Wie verhält sich dieser Ökosozial-

<sup>1</sup> *HDS Arbeitshefte* 1975–1976, Nr. 1, S. 20.

alismus eigentlich zum Demokratischen Sozialismus? Ergänzt er ihn, erweitert er ihn? Passt er überhaupt in dessen Konzept oder läuft er völlig quer zur Theorie des DS, wie Norbert Kunz es später vertrat? Ideengeber für den Ökosozialismus waren Ossip K. Flechtheim, Klaus Traube, Johano Strasser, Johan Galtung, Erhard Eppler, Andre Gorz, Joseph Huber und Günter Nenning sowie Rudolf Bahro.

Um die Theorien kompatibel zu machen, legte Vilmar die Konzepte mit ihren wichtigsten Merkmalen wie Folien aufeinander und erkannte so Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Eine Orientierung auf Grundwerte würde demnach Gemeinsamkeiten ausloten und betonen, das Prinzip der Verantwortung für die Mitmenschen, Solidarität und Gewaltlosigkeit, das Prinzip Leben und die Freiheit fördern. Die Betonung der Selbstverantwortlichkeit und damit der Selbstorganisation und der Selbstveränderung war das zweite Prinzip, das sich in beiden Zielvorstellungen gleichermaßen gut finden ließ. «Anders Arbeiten» kann sowohl im Demokratischen Sozialismus als auch im Ökosozialismus begründet werden und so können die beiden Theorien im Sinne einer selbstbestimmten, ökologischen Lebensweise zusammengeführt werden.<sup>2</sup> Ebenso zentral wird die Gleichberechtigung zum gemeinsamen Anker. Im Gegensatz zum orthodoxen Marxismus rangiert das Thema «Abschaffung des Patriarchats» nicht unterhalb des zentralen Widerspruchs von Arbeit und Kapital, sondern ist eigenständiges Politikfeld von zentraler Bedeutung. Ein schwieriges Arbeitsfeld wurde es, die Demokratieansätze der Grünen und der

Demokratischen Sozialisten zusammenzubringen. Grüne Vorstellungen von Rotation und Konsensbildung trafen zwar in der HDS auf Sympathie, entbehrten aber gleichzeitig der Hoffnung auf Machbarkeit und vor allem der Effektivität. Auf keinen Fall wollte man die zermürenden Verfahrenskämpfe und kräftezehrenden Streitereien der Grünen nachmachen, diese viel «zu idealistischen und daher illusionären» Prinzipien bedürften «dringend der Reform».<sup>3</sup>

Mehr Übereinstimmung sah Vilmar bei der Wirtschaftspolitik, wenn auch Vorstellungen über den «Ausstieg aus dem gegenwärtigen Industrialismus» kontrovers war. Auch in der Sozialpolitik erkannte er mehrheitlich Überschneidungen.<sup>4</sup> In Fragen der Gewaltfreiheit, dem Gewaltmonopol des Staates, gehe der Ökosozialismus weiter als der Demokratische Sozialismus. Vilmar begrüßte die aus der Friedensbewegung stammenden klare Ausrichtung der ökosozialistischen Forderungen, sah aber abschließend genau in der Radikalität der Ansätze das Problem: Reform, Zwischenschritte werden unmöglich, wenn die Ziele verabsolutiert werden. Er befürchtete, 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung würden die radikalen Auffassungen nicht teilen.<sup>5</sup> Vilmar bereitet damit das Terrain für die Bündnispartnerschaft mit den Grünen, machte aber auch deutlich, dass er für grüne Experimentiererei nicht zu haben war, sondern nach machbaren Politikkonzepten für die Sozialdemokratie suchte.

2 Abschied vom Sozialismus? *perspektiven ds*, Sonderheft 1984, S. 17f.

3 Ebd., S. 19-21.

4 Ebd., S. 22.

5 Ebd., S. 24.

### Das Verhältnis zu den Grünen

Die in den 1980er-Jahren erneut einsetzende Programmdiskussion der SPD hatte sehr viel mit dem Aufkommen der Grünen zu tun. Im ideologischen Sortierungsprozess der späten 1970er-Jahre hatte sich der Raum für eine ökologische Partei geöffnet, wobei rasch klar wurde, dass sie keine per se linke Partei sein würde, die den Demokratischen Sozialismus als Hauptgründungsmotiv vor sich her tragen würde.<sup>6</sup> In der Auseinandersetzung um die Frage wirkungsvoller Einflussnahme auf den Politikprozess und die mögliche Gründung einer neuen Partei spielte das Sozialistische Büro (SB) eine wichtige Rolle. Das SB mobilisierte enorme Kräfte, veranstaltete Kongresse, Ratschläge, mit mehreren Tausend Besuchern und seine Zeitschrift *links* erzielte bis etwa 1980 große Auflagen. Danach war die beste Zeit des SB Anfang der 1980er-Jahre vorbei, nämlich genau mit der Gründung der Grünen, die der Kommunikationsplattform SB die Kraft zu rauben schien, so jedenfalls aus grüner Perspektive.<sup>7</sup>

Dabei drang aber die sozialistische Perspektive bei den Grünen letztlich nicht richtig durch, was sich auch an der Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft ablesen lässt. Als die Gründungs-Ökologen Herbert Gruhl und Baldur Springmann die Partei 1980 verließen, gewannen Ökosozialisten wohl an Einfluss, dennoch verorteten sich die meisten Mitglieder 1980 in der Mitte und nur 15 Prozent zählten sich zu einer, wie

auch immer gearteten, Linken.<sup>8</sup> Damit wurden sie zu einer echten Gefahr für die SPD, denn dort konnte sie um Stimmen buhlen. Andererseits wurde ihr immer wieder die Kluft zwischen Legitimität und Effizienz- oder anders gesagt: der Bewegungskarakter – zum Verhängnis, und damit genau das, was sie selbst als gewünschten Vorteil für sich definierte.<sup>9</sup>

Den undogmatischen Linken in der SPD waren die Grünen damit immer verdächtig und sie galten ihnen als unsichere Kantonnisten. Bei aller Sympathie war man sich nicht sicher, ob man eine gemeinsame Basis hatte oder ob die Grünen, polemisch gesagt, den Verhandlungstisch für ein paar Krötenzäune wieder verlassen würden. Erfahrungen in Koalitionsregierungen schienen die Kluft zwischen Sozialdemokraten und Grünen zunächst sogar zu vertiefen, da beim Aufeinandertreffen von Anti-Parteien-Parlamentariern und Traditionssozialdemokraten nicht nur politisch sondern auch kulturell mancher Abgrund auftrat. Außerdem sind beide Parteien – trotz möglicher Gemeinsamkeiten und einem sich herausbildenden Gefühl, zum gleichen «politischen Lager» zu gehören – Konkurrenten im politischen Betrieb mit Wahlen und Verfahren, die sich trotz der Beteiligung der Grünen an den Parlamenten nicht geändert hatten.

Es ist anzunehmen, dass sich die Protagonisten der Grünen und der SPD bis zur Gründung der Grünen teilweise aus den Zusammenhängen des Sozialistischen Büros und des SDS kannten. Bei der HDS sah es

6 Vgl. hierzu die Dissertation von Mende, Silke: «Nicht rechts, nicht links, sondern vorn». Eine Geschichte der Gründungsgrünen. In: *Ordnungssysteme. Studien zur Geschichte der Neuzeit*, Bd. 33. München 2011, S. 168–212.

7 Mende 2011, S. 213.

8 Raschke, Joachim: *Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn*. Marburg 1991, S. 31. Es zählten sich 8 Prozent der potentiellen Wähler der Grünen zu den Rechten, 57 zur Mitte und 15 zur Linken.

9 Raschke, S. 10f.

zunächst so aus, dass sich der Verein ganz zaghaft und über die Friedrich-Ebert-Stiftung an die neue grüne Pflanze herantastete. Das lag daran, dass man mit Johano Strasser praktisch den ökologischen Vordenker in den eigenen Reihen hatte, der eben dazu noch Sozialist war. Wozu brauchte man also die Grünen? 1980 hatten die Grünen die Landesverbände Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gegründet, was aus ihnen werden würde, war noch völlig unklar. Die HDS druckte einen Beitrag von Carl Amery ab, den dieser vor Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung gehalten hatte.<sup>10</sup> Der Autor warb für das politische Lagerdenken mit dem Slogan für Baden-Württemberg: «Wählt grün – wählt Eppler!» Eine schöne Provokation. Er stellte die Wurzeln der grün-alternativen Bewegung vor, die dabei war, Partei zu werden: eine freiheitlich-republikanische Kern-Artikulation, abgegrenzt vom Konservatismus mit Parallelen zum Sozialismus. Noch musste man befürchten, dass die Umarmungs-Strategie der SPD die Grünen vielleicht in den Ansätzen erdrücken könnte, dennoch begrüßte Amery Willy Brandts Offenheit, sich aktiv mit den Grünen und alternativen Gruppen auseinanderzusetzen. Den Kernstreitpunkt zwischen den Grünen und allen etablierten Parteien hatte er mit der Wachstumsdebatte bereits treffend ausgemacht.<sup>11</sup>

### Aus rot wird nicht grün: 5 Jahre Debatte

In den *perspektiven* ds institutionalisierte die Redaktion die Diskussion um den Ökosozialismus mit einer ständigen Rubrik, die bis 1988 den Gedanken weiterentwickelte. Den Aufschlag machte Klaus-Jürgen

Scherer, der seinen Ausführungen ein programmatisches Zitat von Günther Nenning voranstellte: «Es ist die Stunde null des Sozialismus. Nicht sein Ende, aber ein neuer Anfang. Drum ist Grün das schönste Rot.»<sup>12</sup> Die Stunde Null: ein umstrittener Terminus für die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, der sich, wie man nicht erst heute weiß, keineswegs kritiklos anwenden lässt, u. a. weil beim Übergang von der Hitler-Diktatur zur Bundesrepublik nicht alles neu begann und mehr personelle Kontinuität erhalten blieb, als vielen lieb war. Nun waren DDR und UdSSR zwar ziemlich pleite, aber untergegangen waren sie noch nicht. Dennoch: Es ging hier um Deutungshoheit.

Scherer präziserte sein Ansinnen. Er suchte nach einem neuen übergreifenden Dach, einer Bewegung jenseits von Parteien, weil er die Chancen der Durchsetzung ökologischer Politik so höher einschätzte, und er hoffte, der Ökosozialismus könnte Leitidee für so ein Dach werden. Er erkannte, dass ein bloßes Herumdoktern an den sozialen und wirtschaftlichen Problemen nicht zu besseren Ergebnissen führen würde und hoffte, durch eine wirklich neue Sichtweise die SPD aus der Engführung ihrer Politik zu befreien. Die Grundwertekommission sei dabei schon weiter als beispielsweise die Jusos, die die Avantgarde-Stellung stets für sich beanspruchten.<sup>13</sup> Das war einerseits der Versuch, den Ökosozialismus auf ein Kerngeschäft von Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzuführen und andererseits ein Appell an die Lernfähigkeit der SPD und

<sup>10</sup> HDS *Arbeitsberichte* 1980, Nr. 4, S. 24–36.

<sup>11</sup> Ebd., Nr. 4, S. 33–35.

<sup>12</sup> Nenning, Günther: *Vorwärts zum Menschen zurück. Ein rot-grünes Plädoyer*. Wien 1983, zit. nach Scherer, Klaus-Jürgen: Vom Demokratischen Sozialismus zum Ökosozialismus? In: *perspektiven ds*, Nr. 2 (1984), S. 49.

<sup>13</sup> Ebd., S. 50.



ihrer Organisationen, nicht wie ein *closed-shop* zu agieren. Die SPD sollte sich nach dem Machtverlust endlich ernsthaft den gesellschaftlichen Veränderungen stellen und sich breiten gesellschaftlichen Schichten öffnen.

Ältere Jahrgänge wie Achim von Loesch teilten weder den Alarmismus grüner Öko-Apologeten noch die Passfähigkeit des ökosozialistischen Konzepts mit dem Demokratischen Sozialismus überhaupt. In direkter Reaktion auf Scherers Beitrag begann er in der Rubrik «Diskussion des ökologischen Sozialismus» nicht nur eine inhaltliche und programmatische Auseinandersetzung, sondern auch ein Generationengespräch.<sup>14</sup>

Eine weitere Diskrepanz auf dem Weg zu einem grünen Verständnis roter Politik in der HDS musste innerhalb der jüngeren Generation selbst überwunden werden. Denn während der hausinterne Öko-Philosoph und Ökosozialismus-Praktiker von Kindesbeinen an, Johano Strasser, ein überzeugter Verfechter des auch von Klaus-Jürgen Scherer angemahnten völlig neuen Herangehens ist, tasteten sich klassisch sozialdemokratisch sozialisierte Jusos wie Norbert Kunz von hinten an das Thema Ökologie heran und betrachten den Einfluss des Ökosozialismus eher als «Querschnittsaufgabe», die den Demokratischen Sozialismus irgendwie ökologisiert, was aber nicht grundsätzlich zu einem neuen Verständnis der Welt führt.<sup>15</sup> Übrigens ist der eine, Jo-

hano Strasser, immer noch Sozialdemokrat, während Norbert Kunz die SPD in Richtung «Linkspartei» verlassen hat, in der Umweltpolitik bis heute Nebenthema geblieben ist.

Zweifel an der Notwendigkeit, der Durchsetzungsfähigkeit und Strahlkraft einer ökologischen orientierten Politik waren jedenfalls nachhaltig gesät. Die SPD hatte andere Probleme, sie suchte einen neuen Kanzlerkandidaten. Man kümmerte sich zunächst um das Thema, von dem man annahm, das es wahlentscheidend war: die Wirtschaftspolitik.

Aber mitten im Wahlkampf 1986 rüttelte der Ökonom Matthias Kollatz die HDS aus ihrem ökologischen Mittagschlaf und bereitete ein neues Schwerpunktthema zum Ökosozialismus für die Zeit nach den Bundestagswahlen vor.<sup>16</sup> Kollatz war quasi «Chefideologe» der aus dem «Malenter Kreis» hervorgegangenen undogmatischen Juso-Fraktion um die Zeitschrift Sozialistische Praxis (SP) herum. Im Schwerpunktthema bemängelte er, das Konzept sei nicht ökonomisch fundiert genug. Außerdem geißelte er die SPD-Wirtschaftspolitik, speziell die nordrhein-westfälische Industriepolitik, die Umweltschutz mit einer «Mischung aus Unwissenheit und Halbwahrheiten» betreibt und damit praktisch unmöglich mache – eine mehr als deutliche Kritik am Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Die SPD verlor die Wahlen und man zog sich erneut zur Sammlung zurück, um das Programm zu schärfen. In der Schwerpunktausgabe «Ökologie und ökosozialistische Politik» zeigte man sich zufrieden mit dem «Irseer

14 Loesch, Achim von: Ist der «Ökosozialismus» ein sinnvoller Begriff? Eine Erwiderung auf den Beitrag «Vom Demokratischen Sozialismus zum Ökosozialismus?» von Klaus-Jürgen Scherer. In: *perspektiven ds*, Nr. 2 (1984), S. 46–48.

15 Vgl. die beiden Artikel in *perspektiven ds* 1 (1985): Strasser, Johano: Warum Ökosozialismus? S. 40–45 und Kunz, Norbert W.: Zum Verhältnis

von Ökosozialismus und Demokratischem Sozialismus. S. 45–49.

16 Kollatz, Matthias: Ökologische Politik umsetzen! In: *perspektiven ds*, Nr. 2 (1986), S. 133–137.

Entwurf» der in ökologischer Hinsicht sehr gründlich vorging, das Thema gut in den Griff bekommen habe.<sup>17</sup> Die SPD war thematisch von mehreren Seiten in die Zange genommen worden, in der Grundwertekommission saßen die HDS-Mitglieder, Erhard Eppler als Vorsitzender der Grundwertekommission hatte einen starken Einfluss auf die Programmkommission, die Reformsozialisten unter den Jusos veröffentlichten unablässig Papiere und Bücher zum Thema. Das hat Erfolg gezeigt: Die SPD wollte nicht nur thematisch auf den grünen Zweig kommen, sondern sie erkannte, so schien es zumindest, über den reinen Umweltschutzgedanken hinaus die globale Notwendigkeit ökologischer Politik und ließ umfassend sich auf das Thema ein.

Mit dem Irseer Entwurf verschwanden die Ökologie und der Ökosozialismus praktisch nicht nur vom Titel der *perspektiven ds*, sondern auch aus dem Heft. Nur wenige Berichte bezogen sich noch auf ökologische Themen, und die gewerkschaftlichen und wirtschaftspolitischen Themen und die neuen Themenkreise, die ab 1988 aufgemacht wurden, entbehrten einer dezidiert ökologischen Überlegung. Es scheint, als reiche es den Blatt-Machern, die SPD auf die richtige Schiene geschoben zu haben, das Interesse für den Ökosozialismus und die Ökologie an sich schien erloschen. Im Heft 4 von 1989 wird «Öko» gar zum Schreckgespenst: «Weltinnenpolitik oder Ökodiktatur?» fragt Michael Müller ketzerisch vom Titel einer Ausgabe, die sich mit dem Fall der Mauer überschneidet.

17 Scherer, Klaus-Jürgen: Ökosozialistische Reformpolitik und sozialdemokratische Programmatik. In: *perspektiven ds*, Nr. 1 (1987), S. 4–10, 8.

### Die Programmdebatte als «Godesberg 2»

Die Auseinandersetzung mit dem SPD-Programm war genau wie die Ökologie eine feste Rubrik in den *perspektiven ds*. Mit «SPD- wohin?» hatte es einen gemeinsamen Aufschlag der Hochschulgruppen und der HDS zur Programmdebatte gegeben, die von Sabine von Oppeln für die nächsten Jahre im neuen Heft begleitet werden sollte.<sup>18</sup>

Nicht, dass die HDS-Mitglieder, Redakteure und Autoren etwa tatsächlich glauben, ein Programm sei etwas mit Außenwirkung, mit dem man Wahlen gewinnen könne, weil jeder Bundesbürger es unter dem Kopfkissen zur Nachtlektüre liegen haben würde. Es ist der Anspruch der kommunikativen Vorgehensweise, der Prozess der Auseinandersetzung selbst, der an sich als wertvoll eingeschätzt wird, wenn man mit vielen Menschen auf demokratischem Weg etwas erreichen will. Mit Erhard Eppler gesagt: «Ein neues Grundsatzprogramm ist so viel wert wie der Diskussionsprozess, der dahin führt, und wie die Zahl und das Engagement der Menschen, die daran teilnehmen.»<sup>19</sup> Es geht um eine wissenschaftliche Vorgehensweise, vorurteilsfrei und ohne ideologische Scheuklappen und zuletzt.

Godesberg lag schon 10 Jahre zurück, als Willy Brandt Kanzler wurde und nun wurde es höchste Zeit, die Grundlagen neu zu bestimmen. Angesichts der harten Ausei-

18 Zusammengefasst wurden die Beiträge auch in dem Band der Schriftenreihe der HDS: Papcke, Sven/Albers, Detlev (Hrsg.): *25 Jahre nach Godesberg. Braucht die SPD ein neues Grundsatzprogramm?* (Schriftenreihe der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, Bd. 16). 2. Aufl. Berlin 1985.

19 Zitiert nach: Jungsozialisten Schleswig-Holstein (Hrsg.): *Godesberg 2 – Unsere Grundsätze in der Diskussion.* (Schriftenreihe des VPJ). Kiel 1986, S. 1.

nersetzungen innerhalb der Partei, die die vergangene Programmdebatte aufgelöst hatte, scheute man sich etwas, wirklich damit zu beginnen. Der Wandel zur Volkspartei und das Abstreifen alter Ideologie war ja nicht unumstritten geschehen.

Dieser programmatische Streit setzte sich fort und wurde auch öffentlich wahrgenommen. In einem Interview 1973 beharrte Brandt darauf, dass Godesberg ein Programm des Demokratischen Sozialismus sei.<sup>20</sup> Allerdings wird schnell klar, dass der zentrale Wert dieses Überbaus die Freiheit ist und auch Brandt den demokratischen Sozialismus nicht so sehr dringend in der aktuellen Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD verwirklicht sehen mag. 1974 eröffnet der Parteivorstand die Debatte um eine neues Programm («Orientierungsrahmen 85») offiziell mit der Herausgabe eines Bandes aus der Reihe Theorie und Grundwerte.<sup>21</sup> Der einführende Beitrag des Parteivorsitzenden Brandt nennt den demokratischen Sozialismus erst unter Punkt 4 im direkten Zusammenhang mit dem Freiheitsbegriff.

Jusos und HDS knüpften daran an, dass der Demokratische Sozialismus durch das Godesberger Programm zumindest nicht völlig verschwunden war, andere Parteigenossen rechts und in der Mitte mochten das nicht erkennen. Es gebe keinen Hinweis im Godesberger Programm auf sich ablösende Systeme, so Hans-Jochen Vogel, Johano Strasser würde «Sozialismus» schlicht als Antikapitalismus definieren, außerdem seien die theoretischen Konzepte völlig realitäts-

fern.<sup>22</sup> Entsprechend andersherum definierte die Parteirechte Auffassungen der Linken und JUSOS als *gegen* Godesberg gerichtet. Sie selbst, namentlich die Seeheimer, seien die Hüter Godesbergs.

Aus Kiel wiederum meldete sich mit Hans-Peter Bartels, Carsten Schlüter, Jörn Thießen und Udo Wnuck 1986 eine junge Garde der Jungsozialisten zu Wort. Sie sind Sozial- und Politikwissenschaftler, Ökonomen und Theologen. Sie sahen die Entwürfe hinter das Programm von Godesberg zurückfallen und ermahnten die SPD, das Programm nicht in einer links-rechts-Auseinandersetzung zu zerreißen.<sup>23</sup>

Damit erregten sie die Aufmerksamkeit auch der HDS. Die von den Nordlichtern aufgeworfene Grundsatzfrage, inwieweit das Programm das sozialdemokratische Menschenbild enthalten solle und damit eher zum Weltanschauungsprogramm werde, nahm die HDS auf und lud Carsten Schlüter zu einem Beitrag in ihrer Zeitschrift ein.<sup>24</sup>

Die Programmdebatte war im Schwung und wurde in den *perspektiven ds* kritisch begleitet. Die HDS sorgte sich um die künftige Öko-Bilanz des Programms, konzentrierte sich in der letzten Phase ab 1988 aber auf wirtschafts- und vor allem arbeitspolitische Themen. In einem Interview mit Willy Brandt 1986 konfrontierte Marie-Luise Weinberger den Vorsitzenden mit frechen Fragen zum Entwurf. Brandt stellte ihn in den *perspektiven ds* als die neue Philosophie

20 Ich könnte mir die Antwort sparen. Schriftliches Interview mit Willy Brandt. In: *Der Spiegel*, 14/1973, 2.4.1973, S. 22-23. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42602546.html> (3.3.2013).

21 Vorstand der SPD (Hrsg.): *Zum Auftrag des Godesberger* 1975.

22 Gebauer, Annekatrin: *Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf*. Wiesbaden 2005, S. 80f.

23 Jungsozialisten Schleswig-Holstein, 1986, S. 3.

24 Schlüter, Carsten: SPD am Scheideweg: Weltanschauungs- oder Grundsatzprogramm? In: *perspektiven ds*, Bd. 4/1987, S. 279-287.

der SPD vor. Einen Grundwert Ökologie lehnte Brandt ab, weil er wie Frieden Leitbild sei und daher nicht als Grundwert taugte.<sup>25</sup>

Ansonsten wurde in jeder Ausgabe der Zeitschrift zu den verschiedenen Aspekten diskutiert, eine Doppelnummer 1987 wird ganz dem Irseer Entwurf gewidmet und schließt die Diskussion in gewisser Weise ab, obwohl Ulrich Heyder im Vorwort betont, der Band lade dazu ein, mitzudiskutieren. Doch am Ende war eigentlich alles umsonst.

Das aus dem Irseer Entwurf ausgehende Berliner Programm war – auch wenn es Anfang 1990 von einer vereinten SPD beschlossen wurde – im Grunde schon im Moment des Beschließens Makulatur, denn der Mauerfall veränderte Deutschland nachhaltig und darauf konnte das Papier in der Kürze der Zeit gar nicht eingehen. Die Ost-SPD fand sich darin entsprechend gar nicht wieder und mahnte schon Ende der 1990er-Jahre eine Revision an. 2007 wurde das Hamburger Programm beschlossen.

### Die *perspektiven ds* und die Deutsche Einheit

Zur Analyse der defizitären Startbedingungen der Bundesrepublik gehörte für Ossip Flechthaim die deutsche Teilung. Sehr nüchtern betrachtete der Anhänger der sozialdemokratischen Ostpolitik 1974 die Angelegenheit, sah die DDR schon lange fest eingebunden in das System des Sowjetkommunismus. Flechthaim zitiert Erich Müller-Gangloff, die Wiedervereinigung sei verspielt und man müsse, so ein Buchtitel Gangloffs aus dem Jahr 1965, «mit der Teilung leben».<sup>26</sup> Entsprechend erwartete auch Flechthaim nur so eine sinnvolle Annäherung der Systeme bei gegenseitiger Anerkennung des Status quo. Reformpotentiale könnten so erst wirklich hervortreten.<sup>27</sup> Angedeutet wurde die Erwartung einer Angleichung der Lebensverhältnisse, gleichzeitig erwartete Flechthaim, dass der Westen in puncto Demokratisierung und Gemeinwirtschaft lernen würde, während der Osten Deutschland von Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit profitieren würde.<sup>28</sup>

Insgesamt nahm die HDS auf der Papieroberfläche von der DDR nicht viel Notiz. Sie interessierte sich mehr für Ungarn und die CSSR. 1986 tauchte ein anonymer Beitrag aus der DDR zur Blockkonfrontation auf. Auf die seit 1985 mit Gorbatschow einsetzenden Entwicklungen in der UdSSR reagierten die *perspektiven ds* im Jahr 1986 mit einer thematischen Ausgabe «Friedensbewegung und Ökologiediskussion in Osteuropa».<sup>29</sup> Damit knüpfen sie an die Auseinandersetzungen mit Ota Šik «Drittem Weg» und an die Kontakte mit ungarischen Wissenschaftlern an und suchen parallel zu den neuen und kritischen Bewegungen in Deutschland das Reformpotential in den osteuropäischen Ländern.

26 Der Gründer der Berliner evangelischen Akademie, Erich Müller-Gangloff, sah sehr früh die DDR als Fakt an und vertrat zeitig eine neue Ostpolitik, wie sie ab 1969 von Willy Brandt und Egon Bahr gestaltet wurde. Er prägte auch den Begriff der «unbewältigten Vergangenheit». Vgl. Gerechter Zorn. In: *Der Spiegel* 24/1967, 3.7.1967, S. 24. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46214155.html> (12.3.2013).

27 Flechthaim, Ossip K.: *Zeitgeschichte und Zukunftspolitik*, Hamburg 1974, S. 42.

28 Ebd., 43.

29 *perspektiven ds*, Nr. 3 (1986).

25 Brandt, Willy/Weinberger, Marie-Luise: Über das Neue Programm und die Rolle der Sozialdemokratie. Antworten auf Fragen von Marie-Luise Weinberger. In: *perspektiven ds*, Nr. 4 (1986), S. 244-253.

Und dabei bleiben die Herausgeber auch im Jahr 1990: Freude kam nicht wirklich auf. Willy Brandt rief aus: «Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört». Dieser Satz, herrlich karikiert von Klaus Staeck mit einer Banane aus deren abgepellter Schale oben das Ende einer Bockwurst herausblickt, schien auch nach innen gerichtet zu sein. Der Satz betont das Prozesshafte an dem, was nun kommen musste, das Wachsen – und er appelliert an die Grundauffassung, dass diese Einheit gewollt wurde, quasi wie eine Vergewisserung. Man konnte seine Zweifel daran haben, denn in Westdeutschland hatte man es sich hübsch eingerichtet und war nicht darauf eingestellt, so eine Mammut-Aufgabe zu erledigen.

Im Gegenteil war abgesehen von Lippenbekenntnissen und vereinzelt Kontakten über Kirchengruppen der Kontakt nach Osten völlig abgerissen und die Vorstellung dass die Empfänger der Weihnachtspakete, die armen Verwandten wirklich vor der Tür stehen würden, gruselte manchen nicht nur heimlich.

Besonders der Reformflügel der SPD hatte nur wenige Berührungspunkte mit der Opposition in der DDR. Das lag u. a. daran, dass man sich schon früher mit den christlichen Zugängen um Sozialismus auseinandergesetzt hatte, die HDS hatte dazu einen mäßig erfolgreichen Arbeitskreis. Die Jusos mit dem damaligen Bundesvorsitzendem Willi Piecyk hatten den Kontakt zu den Kirchen reaktiviert und gefestigt. Hintergrund war die Friedensbewegung in der man Bündnis-Partner für die eigene Politik sah. Mit dem Umweg über die Bergpredigt waren immerhin direkte Kontakte möglich.

Die aktive Generation jedenfalls, die nun in der SPD am Ruder war, zog an der Pfeife und suchte ihr Heil auf dem politi-

schen Umweg über die Länderparlamente und Landesregierungen. Tief in den 1980er-Jahren war die Einheit in Vergessenheit geraten, «die Zweistaatlichkeit schien auf unabsehbar lange Dauer gestellt»<sup>30</sup>, die Wiedervereinigung auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Als sie plötzlich da war, wurde es ein Beitritt auf ganzer Linie.

Die HDS mit ihrer Zeitschrift schien genauso überrascht wie alle anderen. Das geplante erste Heft von 1990 zum Berliner Programm ging noch so über die Bühne, es werden keine Aktualisierungen vorgenommen. Warum auch, es steckten alles in allem 5 Jahre Arbeit und Diskussion dahinter, man hatte Franz Vranitzky und die Grünen dazu gewinnen können, Beiträge abzuliefern. Viel wichtiger als die Einheit, die man ohne Regierungsmacht ohnehin nicht beeinflussen konnte, waren nun die nächsten Wahlen – und die Zukunft des Sozialismus. Zwar verstand die HDS unter Sozialismus immer etwas anderes als das DDR-Regime daraus gemacht hatte<sup>31</sup>, aber auf solche Feinheiten wurde nun keine Rücksicht mehr genommen. Sozialismus war für die Debatte erledigt. Die Ohnmacht und den Frust ließ man im zweiten Heft des Jahres 1990 Jiří Kosta aussprechen, einen Beitrag von ihm hatte man aus einer Forschungszeitschrift entlehnt:

Es zählt zu der schwerwiegendsten Schuld des kommunistischen Establishments in den Ländern des ehemaligen Ostblocks, dass es ihm «gelang», die

30 Schildt, Axel: Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er-Jahre. In: *AfS* 52, S. 21–46, 23.

31 Noetzel, Thomas: Editorial. In: *perspektiven ds*, Nr. 2 (1990), S. 83.

Idee des Sozialismus in weiten Kreisen der dortigen Bevölkerung, insbesondere der Jugend, völlig zu diskreditieren.<sup>32</sup>

Kosta benannte auch das Paradox, dass ausgerechnet die alten kommunistischen Parteien sich jetzt Demokratische Sozialisten nannten. Das Folgeheft widmete sich ganz der «Krise des Sozialismus», blieb sich also in der theoretischen Diskussion treu. Ende 1990 ist man beim Schwerpunkt-Thema «Werbung» angekommen, pflegt die Kontakte und den Austausch mit Österreich und Italien weiter. Die fünf neuen Länder, ein anderes Deutschland scheinen einfach kein Thema für die intellektuelle Sozialdemokratie der Reform. Eine Untersuchung wert wäre es zu erforschen, was die Herausgeber und Redakteure während der Phase der Wiedervereinigung taten, so wie es Jäger und Villinger für einige Intellektuelle ausgearbeitet haben.<sup>33</sup>

1991 war es dann der unermüdliche Horst Heimann, der den Demokratischen Sozialismus in die 1990er-Jahre herüberretten wollte und seinen Klassiker Bernstein erneut in die Debatte einbrachte. Ersten erschien 1991 ein Sammelband einer wissenschaftlichen Fachtagung von 1988 zu «Sozialismus in Europa. Bilanz und Perspektiven», den Horst Heimann selbst in den *perspektiven* ds vorstellte. Der Beitrag lässt die Erschütterung spüren, die der Mau-

erfall hinterlassen hat, aber der «zwischen die Zeiten Gefallene» ließ nicht locker. Heimann schrieb der SPD nach den verlorenen Wahlen vom Dezember 1990 ins Stammbuch, sich jetzt nicht entmutigen zu lassen, sondern den reformistischen Kurs als einen Erfolg zu werten, der richtige Veränderungen herbeigeführt habe; jetzt zeige sich, dass das System überlegen war, nun müsse der Kurs von der konservativen Vorherrschaft befreit und fortgeführt werden: Keine Anpassung an neoliberale Politik, kein Verzicht auf den Begriff des Demokratischen Sozialismus!<sup>34</sup> Er bekam Hilfe von ehemaligen Juso-Hochschulgrüplern, nämlich Malte Ristau und Martin Gorholt, inzwischen zu Geschäftsführern und Referenten in der Sozialdemokratie in Berlin und Brandenburg geworden, die über das «Forum Demokratischer Sozialismus» an die Theorie anknüpfen wollten. Sie ließen Wolfgang Thierse in ihrem Band als erstes zu Wort kommen, der mit dem Begriff Demokratischer Sozialismus naturgemäß etwas haderte. Im Weiteren wird die Tradition und Geschichte erneut durch die einschlägig bekannten Autoren der HDS, der NGFH und der historischen Kommission der SPD aufgenommen.<sup>35</sup> Eine kommentierte Literaturliste half in archivalischer Absicht und in guter Tradition der Hochschulinitiative und der Hochschulgruppen dem Demokratischen

32 Kosta, H. G. J.: Die sanfte Revolution in der Tschechoslowakei. In: *perspektiven* ds, Nr. 2 (1990), S. 84–87, 86.

33 Vgl. Jäger/Villinger: Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, Freiburg 1997. Viele Protagonisten der HDS und der Jusos versammelten sich in dem Band: Gorholt, Martin (Hrsg.): *Deutsche Einheit – deutsche Linke. Reflexionen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung*. Köln 1991.

34 Vgl. Die Aufgaben der Sozialdemokratie. In: Heimann, Horst: *Die Voraussetzungen des demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Bonn 1991, S. 104–122.

35 Ristau, Malte/Gorholt, Martin (Hrsg.): *Demokratischer Sozialismus. Beiträge zur Verständigung. (Kritisches Jahrbuch des Forum Demokratischer Sozialismus)*. Marburg 1991, zu den Autoren zählen Susanne Miller, Peter Glotz, Horst Heimann, Peter von Oertzen und Johano Strasser.

Sozialismus über die Schwelle der Deutschen Einheit hinweg.

### **Eine Idee überlebt – vielleicht**

In Opposition zum Konservatismus und dem dogmatischen Leninismus entwickelte die HDS ihren Begriff vom Demokratischen Sozialismus: Sie setzt auf den Menschen, die Kultur und den Wunsch zu überleben, sie ist gleichzeitig so optimistisch wie illusionslos, was Mitnahmeeffekte, Missbrauch und Zerstörung angeht, will aber die Freiheit nicht gegen eine dirigistische Vorgehensweise tauschen. Das erstreckt sich auch auf ihren ökologischen Ansatz, der in einem Ökosozialismus-Konzept mündete, das alle Lebensbereiche einschloss. Ökosozialismus als Konzept überlebte sich aber mit

dem Ende der Programmdiskussion und als die SPD in Bündnisse mit den Grünen trat, die eine Arbeitsteilung nötig machten. Die HDS glaubt solange an die repräsentative Demokratie, die durch Parteien organisiert wird, solange uns nichts Besseres einfällt, und sie setzt in der Konsequenz auf konstruktives Mittun in der von ihr akzeptierten Verfassung.

Nur scheint Sozialismus tatsächlich nicht reanimierbar zu sein und so schlich sich bei der HDS auf leisen Sohlen langsam der Begriff der sozialen Demokratie auf den Klappentext. Wie es dazu kam, welche Themen aufgegriffen wurden, welche Wendungen die HDS-Geschichte nahm und welche Personen sie in der Folgezeit prägten, wird demnächst hier fortgeführt.

# REZENSIONEN

## Helga Grebing

*Rezension zu Fikentscher, Rüdiger: Liebe, Arbeit, Einsamkeit. Ein Gelehrtenpaar in zwei Diktaturen. Wilhelm Schubart, Papyrologe. Gertrud Schubart-Fikentscher, Rechtshistorikerin, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2013, 512 S., € 24,95*

Zugegeben: Hätte ich nicht den Autor kennengelernt, hätte ich sein Buch über «Liebe, Arbeit, Einsamkeit» eines Hallenser Gelehrtenephepaars wahrscheinlich nicht gelesen, jedenfalls nicht mit wachsender Spannung Seite für Seite. Und wer ist Rüdiger Fikentscher? Er hat nach 1989, von Beruf Mediziner (HNO), die heutige Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt aufgebaut – von 1990 bis 2002 als ihr Landesvorsitzender. Man konnte ihn alsbald in Berlin im Willy-Brandt-Haus treffen, denn von 1995 bis 2006 nahm er den Vorsitz des Parteirates wahr. In seinen Beruf kehrte er nicht wieder zurück, das erlaubte die lange politische Auszeit nicht mehr. So begann er schriftstellerisch tätig zu werden; zuerst erschien 2006 sein Buch «Zwischen König und Bebel» und nun das zu besprechende Buch. Erwähnt werden muss, dass Rüdiger Fikentscher heute neben der Mitarbeit in vielen kulturellen und kulturpolitischen Gremien der vorbildliche Leiter der Historischen Kommission der SPD in Sachsen-Anhalt ist.

Wilhelm Schubart (1873–1960), ein Pfarrerssohn aus eher bescheidenen Verhältnissen, war seit 1909 Kustos und Professor und damit Leiter der Papyrussammlungen der Staatlichen Museen Berlin. Gertrud

Schubart-Fikentscher (1896–1985) stammte aus einer die Stadt Zwickau prägenden wohlhabenden Fabrikantenfamilie (feuerfeste Keramik seit 1845), erhielt zunächst die auch in diesem sozialen Umfeld übliche eingeschränkte berufliche Ausbildung für Frauen (Fürsorgerin) und absolvierte dann erst alle Stationen der wissenschaftlichen juristischen Ausbildung; 1948 wurde sie schließlich als ordentliche Professorin für Deutsches Recht und Rechtsgeschichte an die Universität Halle berufen – die erste Frau in diesem Fach im deutschsprachigen Raum.

Beide lebten ihr Leben in einer nie enden wollenden Fülle der aufgeklärten Bildungswelt. Rüdiger Fikentscher, ihr Neffe, kann auf viele Arten klassischer Überlieferungen zurückgreifen (Selbstzeugnisse, Briefe, Dokumente, Publikationen, eigene Erinnerungen an beide) und einen zwar nicht lückenlosen, aber dennoch äußerst dichten Lebensverlauf vorlegen. Sein Stil dabei ist unaufdringlich sachlich beschreibend, und mit Bewertungen hält er sich zurück. Einige Beschreibungen fallen etwas biedermeierlich aus, und die «Stammbäume» würde man nicht vermissen, wenn man statt ihrer Kurzbiografien der vielen Genannten vorfinden würde, die man nun etwas umständlich mit dem Register in den einzelnen Kapiteln suchen muss. Aber: Man erfährt sehr viel von einer Welt, für die unaufhörliche Bildung den Lebenssinn ergab. Der Kunsthistoriker Wilhelm Worringer, der sein letztes Amt 1946 bis 1950 in Halle ausübte und



selbst aus dieser Welt kam, hat sie damals angesichts der neuen Welt der «klassenbewussten Kämpfer» «ein immer mehr zurücktretendes Randgebirge» genannt.“

In den 1920er-Jahren waren Wilhelm und Gertrud politisch linksliberal bis sozialdemokratisch orientiert. Dabei blieb es auch nach 1933. Nichts weist darauf hin, dass sie irgendwann und irgendwo faule Kompromisse eingegangen wären oder sich auf offene oder verdeckte Anbiederungen eingelassen hätten. Anders Gertruds vier Brüder, die es nicht lassen konnten, in die NSDAP einzutreten. Für das Gelehrtenehepaar war es vergleichsweise etwas einfacher, mit den Nazi-Zeitläuften fertig zu werden. Wilhelm vertrat eine international anerkannte Wissenschaft und galt als bedeutender Gelehrter, was auch sein Schriftenverzeichnis widerspiegelt. Bereits 1937 ging er in den Ruhestand. Gertrud arbeitete etwas abseits in wissenschaftlichen Institutionen und konnte sich dann auch erst 1946 an der Leipziger Universität habilitieren. Für sie war es 1945, genau: im Dezember 1945 selbstverständlich gewesen, in die SPD einzutreten (nicht etwa, was nahe lag, sich der FDP anzuschließen). Folglich wurde sie im April/Mai 1946 Mitglied der SED. Überlegungen, in den Westen zu gehen, z. B. nach Heidelberg, gab es auch bei dem Ehepaar; aber sie blieben in der DDR – wegen der großen Familie, die ihres Zuspruchs bedurfte, und schließlich war, so drückte es Gertrud einmal aus, «hier auch Deutschland».

Sie blieben also, und Gertrud tat etwas Ungewöhnliches: Sie trat am 12. Juni 1951, vor die Parteikommission für die damals laufende Überprüfung der SED-Mitgliedschaft bestellt, aus der SED aus. Ihre Begründung war: Die SED wolle und solle eine Arbeiterpartei sein, sie aber stamme aus dem Bür-

gertum; die Berufsarbeit und die Unterstützung ihres sehr viel älteren Mannes mache es für sie unmöglich, noch irgendwelchen Parteipflichten nachzukommen; in einer Partei zu sein, ohne aktiv sein zu können, erscheine ihr nicht vertretbar. Sie werde an ihrer sozialistischen Auffassung festhalten, habe sich aber eine eigene Überzeugung gebildet, «die wohl nicht immer dem entspricht, was die Partei erwarten kann». Die Partei war sprachlos, und ihr örtlicher Vorsitzender stellte, Gertrud verabschiedend, fest, «die Partei trägt nichts nach»: Der Schritt war unerhört mutig, da bereits einige Sozialdemokraten aus ihrem Umfeld verfolgt worden waren: Willi Brundert, Adam Wolfram, Ernst Thape. Dem Ehepaar passierte direkt nichts, wenn es auch später so manche sie belastende Schwierigkeit zu bewältigen gab.

Das Buch ist eine Fundgrube für die Erforschung des alltäglichen Lebens in zwei Diktaturen. Es bietet mehr als nur die Erinnerung an Tote und Vergangenes; es bietet, so wie es sich der Autor wünscht, die Möglichkeit für die heute Lebenden, Maßstäbe für ihr eigenes Handeln zu finden.

### **Tobias Kühne**

*Perspektiven einer Weltgeschichte des Kapitalismus und der Arbeit*

*Rezension zu Kocka, Jürgen: Geschichte des Kapitalismus, C. H. Beck, München 2013 (C. H. Beck Wissen in der Beck'schen Reihe, Bd. 2783), 144 S., € 8,85; Komlosy, Andrea: Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert, Promedia, Wien 2014, 204 S., € 17,90*

Seit den Krisen der letzten Jahre ist Nachdenken über den Kapitalismus und seine Auswirkungen, bis hin zu fundamentaler Kapitalismuskritik, wieder en vogue. Eben-

so die Frage, inwieweit ein technologisch beschleunigter «Turbokapitalismus» die globalen Arbeitswelten verändern wird. Vielleicht, so Jeremy Rifkin, schafft sich der Kapitalismus ganz von selbst ab und wir werden in Zukunft gar keiner Lohnarbeit mehr nachgehen müssen.<sup>1</sup> Dass die im und durch den Kapitalismus erzeugten sozialen Ungleichheiten<sup>2</sup> – regional und global – ebenso gut in Diktatur und Chaos enden könnten, versteht sich von selbst.

Erstaunlich bei den vielen Publikationen ist jedoch, dass «der Kapitalismus» ganz selbstverständlich als Phänomen vorausgesetzt wird, mit einer Definition oder auch nur einer Umschreibung hält sich keine und keiner der Autorinnen und Autoren auf. Für Beiträge in den *perspektiven* ds gilt dies auch. Vermutlich ist gerade deswegen Kapitalismuskritik ebenso anschlussfähig wie wirkungslos – man kritisiert (oder verteidigt) alles und nichts. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Phänomen Arbeit. Wir werden also in der Zukunft anders arbeiten als heute<sup>3</sup>, nur: was ist denn mit dieser banalen Erkenntnis überhaupt gewonnen?<sup>4</sup>

1 Vgl. Rifkin, Jeremy: *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*, Frankfurt a. M. 2014.

2 Vgl. Piketty, Thomas: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014; Solimano, Andrés: *The evolution of world income inequality: Assessing the impact of globalization*, Santiago 2001 (macro-economía del desarrollo, Bd. 11), online: <http://www.cepal.org/de/publicaciones/xml/0/9220/lcl1686i.pdf>, Stand: 1. Juli 2014.

3 Vgl. Friedman, Thomas L.: *Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 2006, S. 321 ff.

4 Eine interessante Kritik an der Vorstellung vom fundamentalen Wandel der Arbeit liefert Pfeiffer, Sabine: Web, Wert und Arbeit. In: *Gegenblende* Juli/August 2014, online: [http://www.gegen-](http://www.gegenblende.de/)

Vielleicht können zwei Neuerscheinungen, die sich mit Kapitalismus und Arbeit in globalhistorischer Perspektive auseinandersetzen, etwas Klarheit in die aktuellen Diskussionen bringen.

Wenn der bekannte Sozialhistoriker Jürgen Kocka zur Feder greift, um auf 128 Textseiten (sic) eine Globalgeschichte des Kapitalismus zu entwerfen, darf man gespannt sein. Zunächst stellt Kocka die wichtigsten Klassiker der Kapitalismusforschung vor: Karl Marx, Max Weber, Joseph A. Schumpeter vor allem, aber auch John Maynard Keynes, Karl Polanyi und Fernand Braudel (S. 9ff.). Adam Smith, und vor allem dessen nur halber Rezeption in weiten Teilen der Wirtschaftswissenschaften, ist ein eigenes Kapitel gewidmet (S. 73ff.). In welcher Kürze und mit welcher Leichtigkeit ihm diese hervorragende Einführung gelingt, ist mehr als bemerkenswert. Genau so geht es dann auch weiter.

Jürgen Kocka liefert keine Definition eines Systems, sondern eine Umschreibung «kapitalistischer Erscheinungen» bzw. einen Idealtypus (S. 21f.). Als wichtigste Merkmale dieser Phänomene sieht er *erstens* grundlegende Freiheitsrechte, insbesondere hinsichtlich des Eigentums, *zweitens* die Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten durch Märkte und schließlich *drittens* das Vorhandensein und die Mobilität von Kapital (S. 20f.). Mit dieser offenen Umschreibung gelingt es Jürgen Kocka im

---

[blende.de/++co++6b4b7f06-0358-11e4-bbae-52540066f352](http://www.gegenblende.de/++co++6b4b7f06-0358-11e4-bbae-52540066f352), Stand: 4. Oktober 2014, vgl. auch Kelly, G. M.: Employment and concepts of work in the new global economy. In: *International Labour Review* 139 (1), 2000, online: [http://www.vodppl.upm.edu.my/uploads/docs/dce5634\\_1299230794.pdf](http://www.vodppl.upm.edu.my/uploads/docs/dce5634_1299230794.pdf), Stand: 29. Juli 2014, S. 5–32.

Verlauf seiner Studie, eine ganze Reihe von Klischees über «den Kapitalismus» beiseite zu räumen – seien sie nun von linken Verschwörungstheoretikern oder liberalen Apologeten in die Welt gesetzt. Nur einige sollen hier kurz benannt werden.

Kapitalismus, so Kocka, ist weder ein Phänomen der Moderne noch Europas. Kapitalistische Strukturen lassen sich prinzipiell in allen eurasischen Reichen zu fast allen Zeiten seit der neolithischen Revolution identifizieren. Dieser «Kaufmannskapitalismus» (S. 23 ff.) durchsetzte zwar nicht ganze Gesellschaften, bildete aber die Grundlage für mögliche Entwicklungen.

Demzufolge gibt es auch keine Wesensgleichheit oder Bedingtheit von Kapitalismus und Industrialisierung, auch wenn beide Phänomene hochgradig kompatibel miteinander sind (S. 81 ff.). Ähnlich verhält es sich mit der freien Lohnarbeit. Ebenso wie Marcel van der Linden<sup>5</sup> – mit den ihn inhaltlich sonst wenig verbindet, später davon mehr – geht er davon aus, dass in kapitalistischen Strukturen ganz unterschiedliche Formen der Arbeitsorganisation möglich sind: Von freier Lohnarbeit über Zwangsregime bis hin zu allen möglichen Mischformen wie der Indentur (S. 99 ff.).

Im Unterschied zu vielen Kapitalismuskritikern aus der postkolonialen Ecke sieht Jürgen Kocka den Kapitalismus nicht als primäre Triebfeder für die europäische Expansion, sondern vielmehr als Katalysator (S. 47). Damit stellt sich dann fast automatisch die Frage, ob denn heute durch eine «Überwindung» des Kapitalismus nun alle weltweiten Probleme gelöst würden.

Auch mit dem von Linken wie Liberalen postulierten Gegensatz von Staat (oder Gesellschaft) und Markt, der Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie bzw. Emanzipation des Menschen und pauschaler Kapitalismuskritik und Kapitalismusapologie setzt sich Jürgen Kocka kritisch auseinander (S. 113 ff, 124 ff.). Wenn er stets die Gestaltbarkeit und Zeitgebundenheit kapitalistischer Strukturen hervorhebt, so kann man Jürgen Kockas brillante Studie, die in keinem Bücherregal fehlen darf, durchaus als Plädoyer für den Demokratischen Sozialismus verstehen: «In gewisser Hinsicht hat jede Zeit und jede Zivilisation den Kapitalismus, den sie verdient. Gegenwärtig sind überlegene Alternativen zum Kapitalismus nicht erkennbar. Aber *innerhalb* des Kapitalismus sind sehr unterschiedliche Varianten und Alternativen denkbar und zum Teil auch beobachtbar. Um ihre Entwicklung geht es. Die Reform des Kapitalismus ist eine Daueraufgabe. Dabei spielt Kapitalismuskritik eine zentrale Rolle» (S. 128).

Der Faktor Arbeit spielt in Jürgen Kockas *Geschichte des Kapitalismus* eine zentrale Rolle. Die Wiener Historikerin Andrea Komlosy unternimmt nun den Versuch, bisherige Ansätze einer Weltgeschichte der Arbeit zu bündeln und neue Perspektiven zu eröffnen. Dies ist auch dringend nötig, hat doch die Weltgeschichte seit der Jahrtausendwende enorm an Fahrt aufgenommen und völlig neue Blickwinkel eröffnet.<sup>6</sup>

Methodisch orientiert sich Andrea Komlosy an den strukturalistischen bzw. neo-

5 Vgl. Linden, Marcel van der: Global labor history. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 9 (1), 2010, S. 72–75.

6 Vgl. Conrad, Sebastian/Eckert, Andreas/Freitag, Ulrike (Hg.): *Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen*, Frankfurt/New York 2007 (Reihe «Globalgeschichte», Bd. 1).

marxistischen Ansätzen von Marcel van der Linden<sup>7</sup> und seinen Mitstreitern des *Internationalen Instituts für Sozialgeschichte* (IISG) in Amsterdam sowie der Weltsystemtheorie, namentlich Immanuel Wallerstein und Hans-Heinrich Nolte (und den übrigen «Hannoveranern»). Diese Vorgehensweise läuft auf zwei unterschiedliche Blickwinkel hinaus: Zum einen untersucht Andrea Komlosy kleinteilige Arbeitsorganisationen und Arbeitsverhältnisse vor Ort, zum anderen globale bzw. kapitalistische Vernetzungen und Strukturen. Beide Stränge beleuchtet sie in sechs zeitlich voneinander geschiedenen Streiflichtern, in denen sie exemplarisch auf die Jahre 1250, 1500, 1700, 1800, 1900 und 2010 eingeht.

Die einzelnen Kapitel überzeugen. Andrea Komlosy fasst den Forschungsstand der *labour history*<sup>8</sup> souverän und anschaulich zusammen und bietet einige neue Einsichten. Darüber hinaus ist es ihr Verdienst, im ersten Teil des Buches endlich einmal Analysekatgorien von Arbeit systematisch benannt zu haben – etwas, das bei bisherigen Ansätzen einer Weltgeschichte der Arbeit fast vollständig fehlte. Und sie geht, hier wiederum über Marcel van der Linden hinaus, auch auf kulturelle und diskursanalytische Felder einer Arbeitsgeschichte ein. Ihre Bemerkungen zu feministischen und postkolonialen Ansätzen können aber

nicht vollends überzeugen. Hier erzählt sie Arbeit nicht «gegen den Strich» (S. 20ff.), sondern pinselt ein ziemlich altbackenes Bild auf die Leinwand der Weltgeschichte. Ihre Kritik an der «eurozentrische[n] Meistererzählung» (S. 12 ff.) zündet nicht, da sie den Narrativ einfach nur in eine kritisch-eurozentrische Perspektive umbiegt. Und am Ende schildert sie dann doch fast nur Beispiele aus Mitteleuropa, so interessant diese auch sind. Dennoch ist die Studie, die ein so großes Thema auf so wenigen Seiten behandelt, im Rahmen ihres Ansatzes überaus gelungen.

So weit, so gut. Nur: Eine *Welt- oder Globalgeschichte*, so man darunter einen jüngeren und innovativen Zweig der Geschichtsschreibung versteht, schreibt Andrea Komlosy gerade nicht. Schon ein Blick in das Literaturverzeichnis macht stutzig. Nicht ein wichtiges Buch, keiner der hinlänglich bekannten Autoren ist dort zu finden. Weder David Landes, Jürgen Osterhammel, Ian Morris, Christopher Bayly noch Kenneth Pomeranz werden zitiert oder erwähnt, die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Alleine Jürgen Osterhammel widmet dem Thema «Arbeit» ein ebenso benanntes Kapitel von mehr als 50 Seiten.<sup>9</sup> Bleiben diese Namen unerwähnt, weil sie über einen dogmatisch verengten, einzig auf «Ausbeutung» fixierten Blickwinkel linker *labour historians* inhaltlich und methodisch weit hinaus gehen? Ohne die von der *neuen* Weltgeschichtsschreibung eröffneten Perspektiven jedenfalls kann im 21. Jahrhundert eine Weltgeschichte der Arbeit nicht geschrieben werden. Und so fehlt in

7 Vgl. Roth, Karl Heinz: Ein Enzyklopädist des kritischen Denkens: Marcel van der Linden, der heterodoxe Marxismus und die Global Labour History. In: *Sozial.Geschichte* 9, 2012, S. 116–244, online: [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet/Document-31959/09\\_Roth\\_Enzyklopaedist.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet/Document-31959/09_Roth_Enzyklopaedist.pdf), Stand: 1. September 2014.

8 Vgl. Hübner, Peter: Arbeitergeschichte. In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, online: <http://docupedia.de/docupedia/images/8/82/Arbeitergeschichte.pdf>, Stand: 4. Juni 2014.

9 Vgl. Osterhammel, Jürgen: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München <sup>2</sup>2009, S. 958 ff.

Andrea Komlosys Studie fast alles, was die Forschung zu der *einen Welt* so spannend macht und hinsichtlich einer Weltgeschichte der Arbeit spannend machen würde: Die Vernetzungen und (nicht nur ökonomisch-determinierten) Interdependenzen, die kul-

turellen Adaptionen und Verformungen vor Ort, die Vielfalt der Ideologien und Gegenbewegungen, die Verschränkung von Neuem und Altem. Eine derartige *Weltgeschichte der Arbeit* muss noch geschrieben werden.

# AUTORINNEN UND AUTOREN

**Edgar Einemann**, Dr. rer. pol., Dipl.-Soz., ist seit 1989 Professor im Studiengang Informatik/Wirtschaftsinformatik der Hochschule Bremerhaven. Schwerpunkt: Informatik und Gesellschaft. Nähere Informationen zu Profil und Publikationen stehen auf der Homepage unter [www.einemann.de](http://www.einemann.de) zur Verfügung.

**Klaus Faber**, Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt in Potsdam; Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Kuratoriumsmitglied des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam sowie des Zentrums für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Publikationen zu juristischen und bildungspolitischen Fragen, zu Nahost-, Islam- und Antisemitismusthemen.

**Faulenbach, Bernd** (\*1943), Prof. Dr., Professor an der Ruhr-Universität Bochum und Vorsitzender der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.

**Helga Grebing** (\*1930), Prof. Dr., Professorin (em.) für die vergleichende Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und die soziale Lage der Arbeiterschaft, Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. (Mit-)Herausgeberin der *perspektiven* ds. Veröffentlichungen u. a.: *Freiheit, die ich meinte*. Erinnerungen an Berlin. Verlag für Berlin-Brandenburg: Berlin 2012; *Willy Brandt. Der andere Deutsche*; Wilhelm Fink Verlag: München 2008 und *Die Deutsche Revolution 1918/19*, vorwärts|buch: Berlin 2008.

**Horst Heimann** (\*1933), Dr., Politikwissenschaftler und HDS-Vorstandsmitglied. Zahlreiche Beiträge zu Begründung über den «Demokratischen Sozialismus».

**Tobias Kühne** (\*1974), MA, Historiker und Wissenschaftlicher Bibliothekar. Redaktionsleiter der *perspektiven* ds.

**Kira Ludwig** (\*1965), Historikerin, Industriekauffrau, Projektmitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Rostock.

**Josefa Kny** (\*1987), MA Zukunftsforschung, BA Politikwissenschaft. Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie am Norbert Elias Center (NEC) for Transformation Design & Research der Europa-Universität Flensburg.

**Jan-Philipp Küppers** (\*1983), studierte Sozialarbeit, Politikwissenschaften und Soziologie in Emden, Kiel und Zürich, [www.jpkuueppers.de](http://www.jpkuueppers.de).

**Margareta Mommsen** (\*1938), Prof. em. Dr., Professorin für Politische Wissenschaft an der Universität München. Lehrstuhl für Politische Systeme Osteuropas. Veröffentlichungen u. a.: *Wer herrscht in Russland? Der Kreml und die Schatten der Macht*, Beck Verlag: München, 2. Aufl., 2004, zusammen mit Angelika Nußberger: *Das System Putin*, Beck Verlag: München 2007.

**Krzysztof Ruchniewicz** (\*1967), Prof. Dr. habil., Direktor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław und Leiter des Lehrstuhls für Zeitgeschichte am dortigen Zentrum.

**Karsten Rudolph**, Prof. Dr., lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Letzte Veröffentlichung: *Eurobrüssel von innen. Einsichten und Aussichten*, hrsg. mit Werner Wobbe, Bochum/Freiburg 2014.

**Heinz Verfürth** (\*1936), Dr., Journalist und Autor, Tätigkeit als politischer Redakteur bei verschiedenen Medien, zuletzt Chefredakteur der Mitteldeutschen Zeitung in Halle/Saale. Veröffentlichungen u. a.: *Die Arroganz der Eliten* (2008), *Schwarzbuch Politik – Gegen den Ausverkauf der politischen Kultur* (2009).

**Raffaela Then** (\*1987), hat Soziologie und Organisationspsychologie in Bamberg studiert und ist freie Mitarbeiterin bei FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit.

**Klaus Wasmund**, Diplom-Politologe, Dr. rer. pol., Professor (i.R.) für Politikwissenschaft an der TU Berlin.

**Hagen Weiler**, Dr. iur., Dr. rer. pol., von 1973 bis 2005 am Pädagogischen Seminar der Universität Göttingen. Letzte Veröffentlichung: *Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten*, Münster 2008.

**Axel Weipert** (\*1980), promovierte mit einer Studie zur Berliner Rätebewegung 1919/1920 und ist Redakteur des Jahrbuchs für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Veröffentlichungen u. a.: *Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934*, Berlin 2013 sowie als Herausgeber und Mitautor: *Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute*, Berlin 2014.